A 11.39

A5800F

IWK

Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung

12. JAHRGANG, SEPTEMBER 1976, HEFT 3

ADELHEID VON SALDERN: Die Gemeinde in Theorie und Praxis der deutschen Arbeiterorganisationen 1863-1920. Ein Überblick

HELMUT TROTNOW: Karl Liebknecht und der „Deutsche Hilfsverein für die politischen Gefangenen und Verbannten Rußlands"

VOLKER BACKHAUS: Quellen zur Geschichte der Arbeiterbewegung im Stadtarchiv Coburg

FORSCHUNGS- UND PUBLIKATIONS-VORHABEN

NEUE LITERATUR * TAGUNGSBERICHTE

Anzeige

LITERATUR ZUR GESCHICHTE DER ARBEITERBEWEGUNG

Adler, Georg, Die Geschichte der ersten sozialpolitischen Arbeiterbewegung in Deutschland . . . Breslau 1885. Neudruck 1966. VIII, 333, XIII S. Lwd. DM 60,—

Bernstein, Eduard, Die Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung. Berlin 1907 — 1910. Neudruck 1972. 3 Bde. Hldr. DM 250,—

Deutsch, Julius, Geschichte der österreichischen Gewerkschaftsbewegung. Wien 1929 — 1932. Neudruck 1975. 2 Bde. Lwd. DM 135,—

Dokumente des Sozialismus, Hrsg. Eduard Bernstein. Berlin 1901 — 1905. Neudruck 1968. 5 in 4 Bdn. Lwd. DM 500,—

Gärtner, Georg, Die Nürnberger Arbeiterbewegung 1869 — 1908. Nürnberg 1908. Neudruck 1976. IV, 220 S. Lwd. DM 45,—

Kowalski, Werner, Vorgeschichte und Entstehung des Bundes der Gerechten. Berlin 1962. Orig.-Ausgabe. 270 S. Lwd. DM 40,—

Laufenberg, Heinrich, Geschichte der Arbeiterbewegung in Hamburg, Altona und Umgebung. Hamburg 1911 — 1931. Neudruck 1976. 2 Bde. Lwd. DM 250,—; später: DM 280,—

Martow, Julius, Geschichte der russischen Sozialdemokratie. **Th. Dan,** Die Sozialdemokratie Rußlands nach dem Jahre 1918. Berlin 1926. Neudruck 1976/77. 340 S. Lwd. DM 80,—

Mayer, Gustav, J. B. v. Schweitzer und die Sozialdemokratie. Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Jena 1909. Neudruck 1969. VII, 448, VI S. Lwd. DM 75,—

Müller, Theodor, Die Geschichte der Breslauer Sozialdemokratie. Breslau 1925. Neudruck 1972. 2 T. in 1 Bd. Lwd. DM 120,—

Prager, Eugen, Geschichte der USPD. Berlin 1922. Neudruck 1970. 240 S. Lwd. DM 45,—

Quarck, Max, Die erste deutsche Arbeiterbewegung. Geschichte der Arbeiterverbrüderung 1848/49. Leipzig 1924. Neudruck 1970. VI, 400 S. Lwd. DM 80,—

Semler, Heinrich, Geschichte des Sozialismus und Kommunismus in Nordamerika. Leipzig 1880. Neudruck 1973. XXIII, VIII, 394 S. Lwd. DM 80,—

Strauß, Emil, Geschichte der deutschen Sozialdemokratie Böhmens. Prag 1925/26. Neudruck 1970. 2 Bde. Lwd. DM 90,—

New Politics. A journal of socialist thought. Bd. 1-11, H. 1-3 (Alles Erschienene). New York 1961/62 — 1973/74. Or.-Ausg. Bd. 1-10 neu gebunden Lwd., Rest in Heften. DM 600,—

Voices of National Liberation. The revolutionary Ideology of the „Third World" as expressed by intellectuals and artists at the Cultural Congress of Havana, Jan. 1968. Brooklyn 1970. Orig. Ausgabe. XVIII, 326 S. Lwd. DM 42,—

Verlag Detlev Auvermann KG
D — 6246 Glashütten im Taunus. Zum Talblick 2. Tel.: (06174) 6 15 60

IWK

Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung

Im Auftrage der Historischen Kommission zu Berlin herausgegeben von Henryk Skrzypczak
Wissenschaftlicher Beirat: Helga Grebing, Peter Lösche, Erich Matthias, Hans Mommsen, Hans-Josef Steinberg und Hermann Weber

Inhalt

ADELHEID VON SALDERN: Die Gemeinde in Theorie und Praxis der deutschen Arbeiterorganisationen 1863-1920. Ein Überblick . . . . . S. 295

HELMUT TROTNOW: Karl Liebknecht und der „Deutsche Hilfsverein für die politischen Gefangenen und Verbannten Rußlands" . . . . . S. 353

IRMGARD STEINISCH: Historische Prozesse der deutschen Inflation 1914-1924. Internationales Symposion der Historischen Kommission zu Berlin vom 12. bis 14. Juli 1976 . . . . . S. 369

VOLKER BACKHAUS: Quellen zur Geschichte der Arbeiterbewegung im Stadtarchiv Coburg . . . . . S. 378

FORSCHUNGS- UND PUBLIKATIONSVORHABEN zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und angrenzender Gebiete (29). Bearbeitet von Ursel Fadle . . . . . S. 382

NEUE LITERATUR

Rosa Luxemburg. Vive la lutte! Correspondance 1891-1914, Paris 1975 (*Bernhard Mutius*) . . . . . S. 395

Dieter K. Buse, Parteiorganisation und Wahlkreisvertretung. Eine Dokumentation über Friedrich Ebert und seinen Reichstagswahlkreis Elberfeld-Barmen, Bonn-Bad Godesberg 1975 (*Horst Dähn*) . . . . . S. 397

Hermann Duncker, Das „Manifest der Kommunistischen Partei", Berlin 1974 (*Horst Dähn*) . . . . . S. 398

Götz Eisenberg, Marxismus und Arbeiterbewegung, Gießen 1974 (*Frank Dingel*) . . . . . S. 399

Georg Lührs u.a. (Hrsg.), Kritischer Rationalismus und Sozialdemokratie, Berlin und Bonn-Bad Godesberg 1975 (*Walter Euchner*) . . . . . S. 401

William O. Henderson, The Life of Friedrich Engels, 2 Bde, London 1975 (*Bernd Wirkus*) . . . . . S. 403

Karen Honeycutt, Clara Zetkin, Ann Arbor 1975 (*Christa Söllner*) . . . . . S. 405

David S. Landes, Der entfesselte Prometheus, Köln 1973 (*Dirk H. Müller*) . . . . . S. 407

3/76
Sept.

Karin Hausen und Reinhard Rürup (Hrsg.), Moderne Technikgeschichte, Köln 1975 (*Dirk H. Müller*) . . . . . S. 409

Klassenkampf, Tradition, Sozialismus. Grundriß, Berlin 1974 (*Horst Dähn*) . . . . . S. 409

Peter Wende, Radikalismus im Vormärz, Wiesbaden 1975 (*Dorothea Fitterling*) . . . . . S. 410

Martin Martiny, Integration und Konfrontation. Studien zur sozialdemokratischen Rechts- und Verfassungspolitik, Bonn-Bad Godesberg 1976 (*Wolfgang Däubler*) . . . . . S. 412

Horst Duhnke, Die KPD von 1933 bis 1945, Köln 1972 (*Thomas Weingartner*) . . . . . S. 413

Heinz-Gerd Hofschen u.a., SPD im Widerspruch. Zur Entwicklung und Perspektive der Sozialdemokratie im System der BRD, Köln 1975 (*Jürgen Harrer*) . . . . . S. 416

Christoph Butterwegge, Jungsozialisten und SPD, Hamburg 1975 (*Hans Willi Weinzen*) . . . . . S. 418

Joachim Bergmann u.a., Gewerkschaften in der Bundesrepublik, Frankfurt/M. und Köln 1975 (*Gerhard Beier*) . . . . . S. 420

Claus Winfried Witjes, Gewerkschaftliche Führungsgruppen, Berlin 1976 (*Gerhard Beier*) . . . . . S. 421

Bernhard Mann, Die Württemberger und die deutsche Nationalversammlung 1848/49, Düsseldorf 1975 (*Dorothea Fitterling*) . . . . . S. 425

Edmund Klein, Rada Ludowa we Wrocławiu [Der Volksrat zu Breslau], Warszawa und Wrocław 1976 (*Franciszek Hawranek*) . . . . . S. 427

Międzynarodowy ruch robotniczy [Die internationale Arbeiterbewegung], 2 Bde, Warszawa 1976 (*Franciszek Hawranek*) . . . . . S. 427

Helene Maimann, Politik im Wartesaal. Österreichische Exilpolitik in Großbritannien, Wien, Köln und Graz 1975 (*Werner Röder*) . . . . . S. 428

BERICHTIGUNGEN, ERGÄNZUNGEN UND BRIEFE AN DIE REDAKTION . . . . . S. 430

An unsere Leser

Seit zwei Jahren wird die IWK im Inland durch den Postzeitungsdienst versandt. Die Umstellung auf dieses Vertriebssystem brachte für uns eine Reihe von Schwierigkeiten mit sich, so daß es zu einigen Unregelmäßigkeiten kam. Damit Sie in Zukunft die IWK pünktlich erhalten, bitten wir Sie, folgendes zu beachten: Sollten Sie umziehen, so müssen Sie bei der Post für jede regelmäßig erscheinende Publikation, die Sie beziehen – also auch für die IWK – einen gesonderten Nachsendeantrag stellen. (Darüber hinaus bitten wir Sie, uns umgehend Ihre neue Adresse mitzuteilen.) Erhalten Sie die IWK nicht, obwohl Sie weder umgezogen noch mit Ihren Zahlungen bei uns im Rückstand sind, so wenden Sie sich bitte an das für Sie zuständige Postzeitungsamt,und mahnen Sie die IWK an. Die Post erhält von uns einen bestimmten Überschuß an Heften, um die Lücken ihres Vertriebsnetzes zu stopfen.

Einige Abonnenten reklamierten die Rechnungen, weil wir einen Pauschalbetrag für Porto und Verpackung berechnen, obwohl sie die IWK unverpackt durch die Post erhalten. Wir haben die Versandkosten der IWK für alle Bezieher pauschal kalkuliert, also auch für die ausländischen und für die Bezieher von Einzel-Nummern, die weiterhin handverpackte Hefte erhalten. Unsere inländischen Abonnenten, die von der Post mit einem beschädigten Exemplar der IWK beliefert werden, bitten wir, sich beim zuständigen Postzeitungsamt zu beschweren, sie haben Anspruch darauf, daß ihnen der Postbote ein neues Exemplar bringt. Wir danken Ihnen für Ihr Verständnis.

Berlin-Lichterfelde,
1. September 1976

Redaktion und Vertrieb der IWK

ISSN 0046-8428
INTERNATIONALE WISSENSCHAFTLICHE KORRESPONDENZ ZUR GESCHICHTE DER DEUTSCHEN ARBEITERBEWEGUNG (Zitierweise: IWK)

Redaktion: Gerhard Beier, Ursel Fadle, Gunter Krüschet (verantw.), Peter Lösche, Walter Momper, Dirk H. Müller.

Anschrift von Redaktion und Vertrieb: 1 Berlin 45, Tietzenweg 79, Tel.: 030/833 30 61.

Die mit dem Verfassernamen gekennzeichneten Beiträge geben nicht in jedem Falle die Meinung der Redaktion oder des Herausgebers wieder. Die Verfasser sind verantwortlich für die Richtigkeit der in ihren Beiträgen mitgeteilten Tatbestände. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Rezensionsexemplare übernimmt die Redaktion keinerlei Haftung. Für alle Beiträge behält sich die Historische Kommission alle Rechte vor, auch die Rechte des Nachdrucks, der Übersetzung in fremde Sprachen sowie der fotomechanischen Wiedergabe.
Gerichtsstand: West-Berlin.

Die IWK ist kein Gegenstand des Buchhandels. Sie wird von der Historischen Kommission zu Berlin ausgegeben und erscheint viermal jährlich (März, Juni, September, Dezember).
Preis: Einzelheft DM 10,50 (Studenten, andere Auszubildende und Arbeitslose DM 7,–), Jahresabonnement DM 42,– (Studenen, andere Auszubildende und Arbeitslose DM 28,–), zuzüglich Porto und Verpackung, Zahlung nach Erhalt unserer Rechnung auf das Postscheckkonto Historische Kommission – Sonderkonto L, Nr. 215515 - 105, beim Postscheckamt Berlin-West. Das Abonnement kann mit einer Frist von 6 Wochen zum Ende des Geschäftsjahres (IWK-Jahrgang) gekündigt werden. Andernfalls verlängert sich das Abonnement automatisch um ein weiteres Geschäftsjahr (IWK-Jahrgang). Von den älteren Heften sind noch lieferbar die Nummern 5, 7, 8, 13-19/20, und Jg. 10 (1974) ff. Nachdrucke vergriffener Hefte sind geplant. Ein Gesamtinhaltsverzeichnis für die Hefte 1-10 geben wir kostenlos ab.

Gedruckt mit Unterstützung des Senators für Wissenschaft und Kunst, Berlin.
Satz: Composersatz Marschall, Berlin.
Gesamtherstellung: Union Presse Hass & Co., Spanische Allee 92, 1000 Berlin 38.

Autoren dieses Heftes:

Volker Backhaus, Stadtoberinspektor beim Stadtarchiv Coburg, Schloßplatz 5a, 8630 Coburg.

Helmut Trotnow, Mitarbeiter des DAAD, Bonn-Bad Godesberg, Kennedyallee 50, 5300 Bonn-Bad Godesberg.

Adelheid von Saldern, Universitätsdozentin am Historischen Seminar der Technischen Universität Hannover, Himmelsstieg 12, 3400 Göttingen.

Irmgard Steinisch, Forschungsassistentin am Institute for International Studies der University of California, Berkeley, Berkeley, Ca. 94 720.

DIE GEMEINDE IN THEORIE UND PRAXIS DER DEUTSCHEN ARBEITERORGANISATIONEN 1863-1920. EIN ÜBERBLICK

Von Adelheid von Saldern

Vorbemerkung

In der neueren Forschung über die Geschichte der Arbeiterbewegung im Deutschen Kaiserreich (1871-1918) wird derzeit hauptsächlich auf drei Wegen versucht, die vorhandenen Kenntnisse zu vertiefen: einmal durch sozialgeschichtliche Untersuchungen, wodurch auch das vielschichtige und komplizierte Beziehungsgeflecht von Arbeiterklasse und Arbeiterorganisationen präzisiert werden soll, zum anderen durch Studien, die das Wechselverhältnis zwischen der Politik der Arbeiterorganisation und derjenigen der anderen gesellschaftlichen Klassen und Schichten sowie der des Staates näher durchleuchten, zum dritten durch Untersuchungen über die Einstellung der Arbeiterorganisationen zu bestimmten Sachbereichen, wobei sowohl das politische Handeln der Arbeiterorganisationen auf diesem Gebiet analysiert werden muß, als auch die theoretische Verortung der anstehenden Sachprobleme durch die betreffenden Arbeiterorganisationen. [1] Doch zeigt sich bereits an unserem Thema, daß eine solche Schematisierung nur begrenzt brauchbar ist, da dieses unter allen drei Aspekten behandelt werden kann. Sozialgeschichtlich ist das Thema insofern von großer Bedeutung, als sich die Gemeinde [2] vielfach für die Arbeiter als der konkrete und überschaubare Raum darstellt, insbesondere soweit politische Entfaltungsmöglichkeiten vorhanden sind und genutzt werden wollen. Es trifft sich hier gut, daß gerade in den letzten Jahren zahlreiche Untersuchungen zur lokalen Parteiengeschichte geschrieben worden sind. [3] Auch das Verhältnis der Arbeiterorganisationen zum Staat läßt sich im Rahmen der Gemeinde sinnvoll behandeln unter Berücksichtigung des lokalen Einzelstudien stets inhärenten methodischen Problems, nämlich inwieweit die Ergebnisse verallgemeinert werden können. Doch sollte nicht übersehen werden, daß solche Untersuchungen Vorteile aufweisen, da die Gemeinde der

1 Auf Literaturhinweise muß aus Platzmangel verzichtet werden.

2 Wenn in diesem Aufsatz von Gemeinde gesprochen wird, dann ist immer die städtische Gemeinde gemeint.

3 Ulrich Böttcher, *Anfänge und Entwicklung der Arbeiterbewegung in Bremen. Von der Revolution 1848 bis zur Aufhebung des Sozialistengesetzes 1890* (= Veröffentlichungen aus dem Staatsarchiv der Freien Hansestadt Bremen, H. 22), Bremen 1953; Johannes Schult, *Geschichte der Hamburger Arbeiter 1890-1919,* Hannover 1967; Hugo Eckert, *Liberal- oder Sozialdemokratie. Frühgeschichte der Nürnberger Arbeiterbewegung* (= Industrielle Welt, Schriftenreihe des Arbeitskreises für moderne Sozialgeschichte, Bd. 9), Stuttgart 1968; Karl-Alexander Hellfaier, *Die sozialdemokratische Bewegung in Halle/Saale 1865-1890,* in: *Archiv für Sozialgeschichte,* Bd. 1 (1961), S.69-109; Karl-Ernst Moring, *Reformismus und Radikalismus in der Sozialdemokratischen Partei Bremens von 1890-1914* (= Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung, B. Historisch-politische Schriften), Hannover 1968; Adelheid von Saldern, *Vom Einwohner zum Bürger. Zur Emanzipation der städtischen Unterschicht Göttingens 1890-1920* (= Studien zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Bd. 21), Berlin 1973; Heinrich Karl Schmitz, *Anfänge und Entwicklung der Arbeiterbewegung im Raum Düsseldorf. Die Arbeiterbewegung in Düsseldorf 1859-1878 und ihre Auswirkungen im linken Niederrheingebiet* (= Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung, B., Historisch-politische Schriften), Hannover 1968. Weitere Literaturangaben bei Ursula Ratz, *Zur Sozialgeschichte der deutschen Arbeiterbewegung,* in: *Neue politische Literatur,* Jg. 15 (1970), H. 3, S.343 ff. Nicht genannt werden können an dieser Stelle die zahlreichen lokalgeschichtlichen Arbeiten zur Revolutionsgeschichte von 1918/19.

Raum ist, in der mittelbare und unmittelbare Staatsgewalt sich konkretisiert und damit in seiner Breiten- und Tiefenwirkung auf die Arbeiterorganisationen, besonders was die Basis anbelangt, für den Historiker greifbar wird. Die folgenden Ausführungen entsprechen indessen mehr dem zuletzt genannten Forschungstrend, wobei selbst unter Hintansetzung von sozialgeschichtlichen Perspektiven diesem Thema mannigfaltige Aspekte abgewonnen werden können. Als eine sinnvolle Einheit stellt sich die angegebene Zeitphase für unser Thema insofern dar, als in der Zeit bis 1920/23 das Beziehungsgeflecht zwischen Arbeiterorganisationen und Gemeinden in seinen grundsätzlichen Zügen erfaßt werden kann, was natürlich von der Notwendigkeit exakter Detailstudien zu diesem Thema – besonders für die Weimarer Republik – nicht entbindet. [4]

Zum festen Bestandteil politischer Bildung der Parteien gehört heute das Wissen, daß die Gemeinde von vielfältiger Bedeutung für Staat und Gesellschaft ist. Insbesondere gilt dies im Hinblick auf die Tatsache, daß die Gemeinde bis zu einem bestimmten Grade eine selbstverwaltete Körperschaft darstellt und somit politisches Eigenleben gewinnen kann, soweit dies für sie als „landesunmittelbare Körperschaft" und als Teil der mittelbaren Staatsverwaltung möglich ist. [5] Darüber hinaus wird in der Gemeinde ein Sozialgebilde gesehen, in der die Menschen wesentliche Grunderfahrungen sammeln können, die zwar nicht so elementar sein mögen wie diejenigen, die in Familie, Schule, Militär und Betrieb durchlebt werden, die aber Bereichen von größerem öffentlichen Charakter entstammen, vielgestaltiger sind und auch sozio-ökonomische sowie sozio-politische Bereiche in anderen oder zumindest ergänzenden Dimensionen umschließen. Das politische Geschehen in der Gemeinde ist zum einen Resultat eines parteienpolitischen Machtkampfes, zum anderen eignet es sich, als exemplarischer Lernprozeß aufbereitet, zum Studium von Macht- und Interessenpolitik und dazu, in kommunalpolitische, parteipolitische sowie allgemeinpolitische Überzeugungen und Aktivitäten umgesetzt zu werden. Allerdings sollte dabei nicht vergessen werden, daß die räumliche und inhaltliche Begrenztheit der Gemeindeangelegenheiten auf den Bewußtseinsprozeß hinderlich wirken kann, solange nicht auch die Erfahrungen aus anderen Städten verarbeitet und

4 Dabei wird die zeitliche Begrenzung – das Jahr 1920 – nicht als ein absoluter Einschnitt verstanden; sie stellt lediglich eine relativ brauchbare zeitliche Grenzlinie insofern dar, als damit die Phase der Massenbewegungen abgeschlossen war. Siehe dazu den Aufsatz von Gerald D. Feldman, Eberhard Kolb und Reinhard Rürup, *Die Massenbewegungen der Arbeiterschaft in Deutschland am Ende des Ersten Weltkrieges (1917-1920)*, in: *Politische Vierteljahrsschrift*, Jg. 13 (1972), H. 1, S.84-105. Die DDR-Historiker fassen freilich die Zeit bis 1923 als eine Einheit auf, nämlich als die „revolutionäre Nachkriegsphase".

5 Jürgen Fijalkowski betont allerdings zu Recht, daß die Selbstverwaltung zum großen Teil mittelbare Staatsverwaltung bedeutet. Er sieht dessen ungeachtet den wichtigen Sinn der Gemeinde „nach wie vor in der Dezentralisierung des Verwaltungsprozesses und in der nach wie vor gültigen Eröffnung von Partizipations- und Kontrollchancen für dessen Konkretisierungsstufen". Jürgen Fijalkowski, *Bemerkungen zu Sinn und Grenzen der Rätediskussion*, in: *Politische Vierteljahrsschrift*, Jg. 11 (1970), Sonderheft 2, S.175. So auch Rainer Emenlauer, *Zum Praxisbezug einer politisch-ökonomischen Theorie kommunaler Konflikte*, in: Rainer Emenlauer, Herbert Grymer, Thomas Krämer-Badoni und Marianne Rodenstein, *Die Kommune in der Staatsorganisation*, Frankfurt/M. 1974, S.33; Marianne Rodenstein, *Thesen zum Wandel der kommunalen Selbstverwaltung in Deutschland*, in: *a.a.O.*, S.65 f. Vgl. auch Arnold Köttgen, *Die Gemeinde und der Bundesgesetzgeber* (= Schriftenreihe des Vereins zur Pflege kommunalwissenschaftlicher Aufgaben e.V., Berlin, Bd. 1), Stuttgart 1957, S.15.

in einen gesellschaftlichen Gesamtzusammenhang gebracht werden. [6] Dies darf aber nicht dazu führen, daß kommunalpolitische Abstinenz akzeptiert wird. [7]
Heute bemühen sich die Ortsverbände aller Parteien, die Kommunalpolitik ihrer Gemeinde soweit wie möglich zu bestimmen, wozu ihnen das allgemeine und gleiche Kommunalwahlrecht, das zum ersten Mal für ganz Deutschland im Jahre 1919 eingeführt worden war, die rechtliche Möglichkeit gibt. In einer eingehenden Untersuchung über das ländliche Gemeindewesen stellten Gerhard Wurzbacher und seine Mitarbeiter im Jahre 1954 fest, daß die Ortsorganisationen der Parteien ihre politischen Funktionen hauptsächlich auf die Gestaltung der Kommunalpolitik ausrichteten. [8] Sie erfüllen „teils durch die Verschränkung mit den Spitzenbeamtenpositionen und -karrieren, teils durch ihre eigene überregionale Verbandsbildung wesentliche Funktionen für die Vermittlung zwischen Staats- und Kommunalpolitik". [9] In diesem Zusammenhang sollten auch noch die heutigen Bestrebungen der Jungsozialisten genannt werden, die dahin gehen, die Kommunalpolitik neben der Bildungspolitik als „Motivationsmittel sozialkritischer Politik" zu betrachten. [10] Für sie stellt sich Kommunalpolitik vor allem dar als ein Betätigungsfeld, „um das Bewußtsein der Bevölkerung über ihre Lage zu verschärfen . . . " [11] Dabei warfen sie der SPD vor, bei der Aufgabe versagt zu haben, „eine Politik zu definieren, die bei kommunalpolitisch nicht zu verändernden Herrschaftsverhältnissen an Produktionsmitteln kurzfristig wirksame Verbesserungen der Lebensumstände bewirkte, ohne zugleich eben diese Herrschaft an den Produktionsmitteln zu stabilisieren. Sie entzogen sich diesem Widerspruch durch kommunalpolitische Abstinenz". [12]
Die Jungsozialisten sind stattdessen der Auffassung, daß Veränderungen auf kommunaler Ebene Tendenzen freisetzen, die auf einen Wandel im interlokalen Maßstab rückwirken. [13] Schwerpunkte ihrer kommunalpolitischen Arbeit sehen sie in der Stadtplanung, in der kommunalen Sozialpolitik, in der Wirtschaftsförderung, in Fragen des Umweltschutzes sowie der Demokratisierung aller kommunalpolitischen Institutionen. [14] Nicht zuletzt als ein Echo auf diese jungsozialistische Initiative ist auf dem Mannheimer Parteitag der SPD 1975 ein kommunalpolitisches Grundsatzprogramm verabschiedet worden. Damit wurde eine traditionelle programmatische Lücke geschlossen. [15]

6 Vgl. Rainer Emenlauer, *Zum Praxisbezug . . .*, S.34.

7 *Ebd.*

8 Gerhard Wurzbacher, *Das Dorf im Spannungsfeld industrieller Entwicklung. Untersuchungen an 45 Dörfern und Weilern einer westdeutschen ländlichen Gemeinde* (= Schriftenreihe des Unesco-Instituts für Sozialwissenschaften, Köln, Bd. 1), Stuttgart 1954, S.278. Eine negative Wertung dieses Tatbestandes nimmt Franz-Ludwig Knemeyer vor in seinem Aufsatz, *Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung durch Verwaltungsreformen?*, in: *Recht und Staat. Festschrift für Günther Küchenhoff*, hrsg. von Hans Hablitzel und Michael Wollenschläger, 2 Bde, Berlin 1972, Bd. 2, S.571 f. Unter anderem heißt es dort unreflektiert: „Der Bürger wird durch die Parteien mehr und mehr verdrängt."

9 Jürgen Fijalkowski, *Bemerkungen . . .*, S.145.

10 *Überwindet den Kapitalismus oder Was wollen die Jungsozialisten?*, hrsg. von Norbert Gansel, Reinbek 1971.

11 *A.a.O.*, S.168.

12 *A.a.O.*, S,167.

13 *A.a.O.*, S.172.

14 Kritische Bemerkungen zu diesem Konzept siehe bei Rainer Emenlauer, *Zum Praxisbezug . . .*, S.20 ff.

15 Es kann hier selbstverständlich nicht auf den Inhalt dieses Programms eingegangen werden, da dies den Rahmen der Arbeit sprengen würde. Die Kommunalpolitik der SPD in der Bundesrepublik und ihr kommunalpolitisches Grundsatzprogramm bedürfen einer gesonderten Analyse, wobei der Vergleich mit dem Verhalten der früheren SPD auf diesem Gebiet besonders reizvoll wäre.

Uns interessiert hier indessen die Frage, wie das Verhältnis der SPD zur Gemeinde in der Zeit gewesen war, als die Klassenwahlrechte die Vorherrschaft der bürgerlichen Honoratioren bzw. der bürgerlichen Parteien in den Kommunen von vornherein sicherten. [16] Die bürgerlichen Parteien hatten traditionsgemäß eine enge Beziehung zur Gemeindepolitik, wenn auch zum Teil mehr in Form des Honoratiorentums als in einer funktionalen Durchdringung durch die lokalen Parteiorganisationen, die es ja zum Teil noch gar nicht gegeben hat oder die erst langsam aufgebaut wurden. [17] Wie aber war das Verhältnis zwischen SPD und Gemeinde?

1. Die praktische Bedeutung der Gemeinden in der ersten Phase der Arbeiterbewegung nach 1863

Seit Beginn der modernen Staatsbildung in der frühen Neuzeit und erst recht zur Zeit des Absolutismus hat die (Stadt-)gemeinde ihre ehedem zum Teil weitgehende Autonomie endgültig verloren.– Die (Stadt-)gemeinde wurde in den Staat vollends integriert. Auch die Selbstverwaltungsrechte, die die preußischen Reformer zu Beginn des 19. Jahrhunderts den Städten gewährten, fanden stets ihre Grenze dort, wo es um staatliche Gesamtbelange ging. Hatte spätestens der Merkantilismus die Reste der alten autonomen Stadtwirtschaft überwunden, so verstärkte der beginnende Industrialisierungsprozeß noch die Tendenz zur nationalen Wirtschaft und zum nationalen Staat, demzufolge auch das Verlangen immer weiterer Kreise der Bevölkerung nach voller *Staats*bürgerschaft wuchs. Die der Industrialisierung vorhergegangene Freisetzung der Bevölkerung und die den späteren Industrialisierungsprozeß begleitende Mobilisierung der Bevölkerung sprengte die althergebrachte Verbundenheit der Menschen mit ihren Gemeinden. Die Entstehung der modernen Parteien ist in engem Kontext nicht nur eben mit der Überwindung ständischen Denkens, sondern auch mit der Herausbildung dieser gesamtstaatlichen politischen Orientierung zu sehen, obgleich es gerade die Gemeinden waren, die im allgemeinen die unterste räumliche Einheit für den Aufbau der Parteiorganisationen abgaben. [18]

Auch die Arbeiterbewegung der 60er Jahre des 19. Jahrhunderts konzentrierte sich in ihren Forderungen und Handlungen von Anfang an auf den *Staat*, um so mehr, als sie in erster Linie von der *staatlichen* Wirtschafts- und Sozialordnung zum Teil benachteiligt, zum Teil diskriminiert wurde. Es ging zumindest einem Teil der Arbeiterbewegung in späterer Zeit um die Überwindung dieser gesamten Staats- und somit auch der Gesellschaftsordnung. Was ging sie da die Gemeinde und die Gemeindepolitik überhaupt an? Welchen Sinn konnte es für die Partei haben, sich mit diesen zweitrangigen Problemen zu beschäftigen? Lassalle und die Las-

16 Helmut Croon, *Das Vordringen der politischen Parteien im Bereich der kommunalen Selbstverwaltung*, in: Helmuth Croon, Wolfgang Hofmann, und Georg-Christoph von Unruh, *Kommunale Selbstverwaltung im Zeitalter der Industrialisierung* (= Schriftenreihe des Vereins für Kommunalwissenschaften e. V., Berlin, Bd. 33), Stuttgart etc. 1971, S.17 ff.

17 Helmuth Croon, *Die gesellschaftlichen Auswirkungen des Gemeindewahlrechts in den Gemeinden und Kreisen des Rheinlandes und Westfalens im 19. Jahrhundert* (= Beiträge zur Soziologie der Gemeinde im Ruhrgebiet, Bd. 3, Forschungsberichte des Landes Nordrhein-Westfalen, Nr. 564), Köln und Opladen 1960.

18 Vgl. dazu Thomas Nipperdey, *Die Organisation der deutschen Parteien vor 1918* (= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 18), Düsseldorf 1961. Dies gilt auch mit gewissen Einschränkungen für jene Phase in der Entwicklung der bürgerlichen Parteien, die durch (städtische) Honoratioren bestimmt wurde. Siehe auch Kapitel 6.

salleaner zeigten sich nach der Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins (ADAV) dementsprechend auch an der Kommunalpolitik desinteressiert. Die zentralistisch aufgebaute Partei konzentrierte sich ausschließlich auf die Staatspolitik. Im Unterschied zu den Lassalleanern schenkte aber schon die 1866 neu entstandene Sächsische Volkspartei der Kommunalpolitik mehr Beachtung. Der Grund hierfür lag in der andersartigen Entstehungsgeschichte dieser Partei, die sich mehr von den lokalen Arbeitervereinen her entwickelt hatte, während die Lassallesche Partei sich ihrer ortsungebundenen, konstruktivistischen Züge nie ganz entledigen konnte. [19] Die Sächsische Volkspartei übertrug ihr kommunalpolitisches Interesse dann auf die sogenannten Eisenacher Sozialdemokraten (Sozialdemokratische Arbeiterpartei), wobei die Selbständigkeit, die den örtlichen Parteiorganisationen von der Parteizentrale gewährt wurde, dem kommunalpolitischen Eigenleben förderlich war. Schon das Eisenacher Programm forderte das allgemeine und gleiche Wahlrecht in den Gemeinden. Tatsächlich nahmen die sogenannten Eisenacher Sozialdemokraten bereits in den nächsten Jahren in einzelnen sächsischen Städten sowie in Fürth, Nürnberg, Offenbach und Mannheim an den Kommunalwahlen teil. [20] Dabei konzipierten sie die kommunale Wahlbewegung weniger als Agitations- denn als Protestbewegung gegen die herrschende Kommunalpolitik. Darüber hinaus versuchten sie nach 1875 die ehemaligen nun mit ihnen vereinten Lassalleaner zu größerem kommunalpolitischem Einsatz zu animieren, wie uns aus Bremen und Dortmund überliefert ist. Obgleich ihre direkten Einwirkungsmöglichkeiten auf die Kommunalangelegenheiten begrenzt blieben, so nützten sie bewußt den indirekten Einfluß auf die Kommunalpolitik aus, der ihnen vor allem durch die lokale Parteipresse ermöglicht wurde. [21]

Das Sozialistengesetz von 1878 erschwerte einerseits die Ausformung der kommunalpolitischen Parteiarbeit, da sämtliche lokalen Parteiorganisationen verboten wurden. Andererseits förderte es das kommunalpolitische Interesse, da das Augenmerk, zwangsweise gelöst von Organisationsproblemen, sich stärker auf die Vorbereitung für die Wahlen und auf die Tätigkeit nicht nur des Reichstags und der Landtage, sondern eben auch der Stadtverordnetenversammlungen konzentrieren konnten. [22] Der Parteitag von St. Gallen empfahl den Partei-

19 Dem widerspricht m.E. nicht, daß der ADAV seine untersten Organisationen als „Gemeinden" bezeichnet hat, wohl in Anlehnung an die Tradition des Bundes der Kommunisten.

20 Joachim Drogmann, *Grundlagen und Anfänge sozialdemokratischer Kommunalpolitik vor und nach dem Sozialistengesetz*, in: *Die demokratische Gemeinde*, Jg. 15 (1963), S.572.

21 Hier ist vor allem für die Nürnberger Gegend die *Fränkische Tagespost* zu nennen, oder das *Offenbacher Abendblatt* (seit 1874 f.; Redakteur: Karl Ulrich, SPD), oder das von August Dreesbach in Mannheim herausgegebene *Badisch-Pfälzische Volksblatt*. Vor allem ging es um die Ausdehnung des Bürgerrechts und der damit verknüpften Erlangung der Wahlberechtigung für alle Gemeindeangehörigen, die volljährig waren, seit 2 Jahren in der Gemeinde wohnten, direkte Steuern zahlten und die bayerische Staatsangehörigkeit besaßen. In Fürth hatte der Arbeiterverein „Zukunft" schon 1869 in einer Adresse an den Bayerischen Landtag außer der Ausdehnung des Bürgerrechts die direkte Wahl für den Magistrat und die Gemeindebevollmächtigten verlangt, ferner das Einkammersystem und die Bindung von Steueränderungen an die Zustimmung der Gemeindebürger. Joachim Drogmann, *Grundlagen* . . . , S.571 f. Sowohl in Fürth (bis 1905) als auch in Nürnberg (bis 1874) kam es zu Koalitionen zwischen kleinbürgerlichen Gruppen und der SPD. In Glauchau war es der aus Kleinbürgern und Sozialdemokraten bestehende Volksverein, der auch nach 1875 existierte, in Braunschweig handelte es sich um den sogenannten Demokratischen Wahlverein, der unter der Leitung von Wilhelm Bracke stand. Joachim Drogmann, *Grundlagen* . . . , S.657 f.

22 Dies hatte aber auch Rückwirkungen auf die Partei: Der integrative sozialreformerische Charakter der SPD wurde dadurch verstärkt. Vgl. auch Kap. 5.

mitgliedern,überall da, wo Aussicht auf Erfolg bestand, sich an den Kommunalwahlen zu beteiligen. In einigen Städten wie in Offenbach und Bremen intensivierten sich demzufolge die kommunalpolitischen Interessen der SPD. [23] Doch auf die gesamte Partei bezogen, waren diese kommunalpolitischen Bemühungen Ausnahmeerscheinungen und stellten nicht die Regel dar. [24] Die Ansätze im kommunalpolitischen Bereich waren also vereinzelt geblieben und standen ohne inneren Zusammenhang mit der Gesamtpartei.

2. Theoretische Überlegungen über die Bedeutung der Gemeinden unter besonderer Berücksichtigung der Orientierung an der Pariser Kommune

Die damals weit verbreitete kommunalpolitische Abstinenz der SPD entsprach vollauf der theoretischen Vakanz in diesem Bereich. Lassalle hatte sich nicht zu grundsätzlichen Problemen der Gemeinde geäußert, wie beispielsweise zur Frage der Selbstverwaltung oder der kommunalen Sozialpolitik. Ganz allgemein erstrebte er die Demokratie, aber in welche Verfassungsform diese gekleidet sein sollte und welche Rolle der Gemeinde dabei zukam, ließ er offen. [25] Lediglich für die von ihm hochgeschätzten Produktivgenossenschaften konzipierte er genossenschaftliche und keine zentrale Verwaltung. Lassalles Endgesellschaft schließlich war immer unitarisch gedacht,und unitarisch hieß bei ihm weitgehende Ungegliedertheit. [26]

Im Gegensatz zu Lassalle hatte sich Marx sehr wohl mit diesem Thema beschäftigt, wenn auch mehr indirekt durch seine Beurteilung der Pariser Kommune, [27] durch seine allgemeinen staatstheoretischen Äußerungen sowie durch seine Einschätzung der Gemeinde als räumlicher Ausgangspunkt für die Bourgeoisie in ihrem Kampf gegen die Feudalkräfte. [28] Marxens Einstellung zur Kommune von Paris läßt sich, was unser Thema anbelangt, dergestalt zusammenfassen:

23 Vgl. Joachim Drogmann, *Grundlagen* . . . , S.660 f.

24 *A.a.O.*, S.658 ff .

25 Die Verfassungsfragen waren für Lassalle vor allem Machtfragen, deswegen widmete er diesen selbst keine große Aufmerksamkeit. Vgl. auch Susanne Miller, *Das Problem der Freiheit im Sozialismus. Freiheit, Staat und Revolution in der Programmatik der Sozialdemokratie von Lassalle bis zum Revisionismusstreit*, 3. Aufl., Frankfurt 1964, S.40. Na'aman ist der Ansicht, daß Lassalle sowohl die Selbstverwaltung als auch ein Parlament als „einen mit Eigengesetz und Eigenlogik ausgestatteten Körper" abgelehnt habe. Shlomo Na'aman, *Lassalles Beziehungen zu Bismarck – ihr Sinn und Zweck*, in: *Archiv für Sozialgeschichte*, Bd. 2 (1962), S.69 ff. Diese Ansicht läßt sich aber nicht im einzelnen belegen. Überzeugender ist Bernsteins Vermutung, daß Lassalle, hätte er länger gelebt, die parlamentarische Tätigkeit der SPD in seine Gedankengänge integriert hätte. Vgl. Eduard Bernstein, *Parlamentarismus und Sozialdemokratie*, Berlin [1906], S.41.

26 Shlomo Na'aman, *Lassalles Beziehungen* . . . , S.76. Nach Susanne Millers Ansicht kann diese Auffassung aus Lassalles Denkweise abgeleitet, nicht aber im einzelnen belegt werden. Susanne Miller, *Das Problem der Freiheit* . . . , S.40.

27 Einige Literaturangaben zum Thema „Marx und die Pariser Kommune": J. Rougerie, *Karl Marx, l'Etat et la Commune*, in: *Preuves*, 1968, Nr.212-213, S.45 f. George Haupt, *Die Kommune als Symbol und als Beispiel*, in: *Studien zu Jakobinismus und Sozialismus*, hrsg. von Hans Pelger (= Internationale Bibliothek, Bd. 75, Berlin und Bonn-Bad Godesberg 1974, S.189-219), Susanne Miller, *Das Problem der Freiheit* . . . , bes. S.116 ff. Karl Korsch, *Revolutionäre Kommune*, in: ders., *Schriften zur Sozialisierung* (= Theorie und Praxis der Gewerkschaften), Wiederauflage, Frankfurt/M. 1969.

28 Z.B. Karl Marx, *Das Elend der Philosophie*, in: Karl Marx und Friedrich Engels, *Werke* (künftig zitiert: *MEW*), Berlin 1961 ff, Bd. 4, S.181.

daß er in der Kommune den Hebel zur sozialen Revolution sah, dessen Träger das Proletariat sei, –
daß er die Tendenz der Kommune zur Zerstörung der Staatsgewalt begrüßte [29] – die Kommune war „eine Revolution gegen den Staat selbst", [30] –
daß er den proletarischen Charakter der Kommune als das Wesentliche betrachtete; die Kommune war „wesentlich eine Regierung der Arbeiterklasse, . . . die endlich entdeckte politische Form, unter der die ökonomische Befreiung der Arbeit sich vollziehen konnte", [31] – entscheidend war demnach die Selbstorganisation der Produzenten, [32] –
daß er die Kommunalisierung guthieß; – sie sollte sogar im „kleinsten Dorf" verwirklicht werden; aber: „die Einheit der Nation sollte nicht gebrochen, sondern im Gegenteil organisiert werden durch die Kommunalverfassung; – sie sollte eine Wirklichkeit werden durch die Vernichtung jener Staatsmacht, welche sich für die Verkörperung dieser Einheit ausgab. [33]

Marx lehnte es auch ab, den Gegensatz der Kommune zur Staatsmacht als „eine übertriebene Form des alten Kampfes gegen Überzentralisation" anzusehen, [34] da die Kommune „eine durch und durch ausdehnungsfähige politische Form war . . . " [35]

Die verschiedenen Interpretationsmöglichkeiten dieser und anderer Äußerungen von Marx und auch von Engels erschweren eindeutige Aussagen über die Rolle, die die Gemeinden in der Marxschen staatstheoretischen und revolutionären Vorstellung spielten. Es scheinen sich aber die Interpretationen auf folgende Punkte zu konzentrieren:

1. Die Kommunen werden vor allem als Hebel zur Revolution betrachtet, als „zeitweilige Kampforgane, die die Revolution vorwärts treiben" sollten. – Auch Volker Hunecke betont die strategische Bedeutung der Kommune als politisches Kampfmittel gegen den bürgerlichen Staat: „In einer historischen Situation, wo die in den städtischen und anderen industriellen Zentren massierte Arbeiterklasse nur eine, wenn auch starke, Minorität ist, muß sie den Widerstand gegen den auf nationaler Ebene organisierten Klassengegner an den Stätten ihrer größten eigenen Stärke organisieren. Dies war zumindest für einen Teil der Internationalisten der sehr präzise klassenkämpferische Sinn des Programms der kommunalen Autonomie und der Föderation der Kommunen." [36] Hier wird wohl der bei Marx auftauchende Gedanke der Kommune als räumliche Kampfeinheit der Bourgeoisie übertragen auf den Kampfaktionsraum der Arbeiterklasse. – Die Revolution im Raume der städtischen Gemeinde – dies ist in der Tat für das Frankreich des Jahres 1870/71 charakteristisch. In vielen Städten kam es zu Aufständen und Kommunegründungen, dagegen kaum auf dem Lande. Hunecke begründet dies mit der These, daß solches den besonderen Verhältnissen einer Gesellschaft, die sich im

29 Ralph Miliband, *Marx und der Staat* (= Internationale Marxistische Diskussion, Bd. 15), Berlin 1971, S.23.
30 *MEW*, Bd. 17, S.541 f.
31 *MEW*, Bd. 17, S.342.
32 Vgl. auch Volker Hunecke, *Die Pariser Kommune von 1871*, in: *Neue politische Literatur*, Jg. 19 (1974), H. 1, S.101.
33 *MEW*, Bd. 17, S.340, S.62. Vgl. auch Hans Kelsen, *Sozialismus und Staat. Eine Untersuchung der politischen Theorie des Marxismus*, Leipzig 1920, S.38.
34 *MEW*, Bd. 17, S.341.
35 Zitiert nach: Georges Haupt, *Die Kommune als Symbol und als Beispiel*, S.203; vgl. dazu die Interpretation seitens Karl Korsch, *Revolutionäre Kommune*, S.100 f.
36 Volker Hunecke, *Die Pariser Kommune . . .*, S.104 f.

Übergang zur Industriewirtschaft befindet, entspreche. [37] Demnach müßte die Gemeinde ihre Bedeutung als räumliche Aktionseinheit in industrialisierten Gesellschaften einbüßen, eine These, die wir an Hand der Geschichte der Revolution von 1918/19 und an Hand des Ruhrkrieges von 1920 überprüfen werden. [38] Unbestreitbar hat aber sicherlich auch die Zwangslage, die sich durch die Kriegssituation 1870/71 ergab, dazu beigetragen, daß die Kommunen sich als naheliegende organisatorische Einheiten anboten.

2. Es interessiert nun die Frage, welche Bedeutung Marx und Engels der Gemeinde im Gegenwartsstaat zugemessen haben. 1850 sahen Marx und Engels eine wesentliche Aufgabe des Proletariats darin, die dezentralistischen Tendenzen des Kleinbürgertums zu bekämpfen. Im Gegensatz dazu müßten die Arbeiter „nicht nur auf die eine und unteilbare deutsche Republik, sondern auch in ihr auf die entschiedenste Zentralisation der Gewalt in die Hände der Staatsmacht hinwirken ... " [39] „Sie dürfen sich durch das demokratische Gerede von der Freiheit der Gemeinden, von Selbstregierung usw." nicht irre machen lassen. [40] Diese zentralistischen Äußerungen beziehen sich – darauf weist auch Miliband ausdrücklich hin – auf die bürgerlich-demokratische Revolution, [41] bzw. auf die bürgerlich-demokratische Gesellschaft. Die Forderung nach der einen und unteilbaren Republik im Stadium der bürgerlichen Gesellschaft blieb weiterhin aufrechterhalten und wurde auch 1891 von Friedrich Engels in seiner „Kritik des sozialdemokratischen Programmentwurfs" eigens betont. [42] Doch richtet sich diese Forderung – abgesehen von dem Verlangen nach republikanisch-demokratischer Verfassung – mehr gegen die „Kleinstaaterei" und gegen die Errichtung eines föderativen Bundesstaates [43] und berührt weniger die Gemeinden. Immerhin ist daraus zu entnehmen, daß eine völlige Autonomie der Gemeinden, die die Staatsform einer einheitlichen Republik sprengen würde, nicht zur Diskussion stand. Damit ist aber noch nicht allzu viel darüber ausgesagt, welche positive Rolle die Gemeinden im Gegenwartsstaat spielen könnten. In der Tat war diese Frage für Marx und Engels auch von nebensächlicher Bedeutung. In der Kritik des Gothaer Programms 1875 ging Karl Marx auf diese Frage nicht ein, [44] zumal darüber auch im Programm selbst nichts zu lesen ist, mit Ausnahme des Hinweises darauf, daß auch in den Gemeinden demokratische Wahlen stattfinden müßten. [45] Erst im Erfurter Programm von 1891 wird dieser Komplex berührt,und Friedrich Engels spricht sich in seiner Kritik zu diesem Entwurf entschieden für vollständige Selbstverwaltung der Gemeinden aus. Darüber soll aber in einem anderen Zusammenhang berichtet werden. [46]

3. Ein wesentlicher Teil der staatstheoretischen Diskussionen seitens Marx und Engels bezogen sich auf die sogenannte Übergangsphase, jene Phase, die zwischen der proletarischen Revolution und der kommunistischen Endgesellschaft liegen soll. Es kann hier nicht unsere Aufgabe sein, diese Gedankengänge in ihrer ganzen Komplexität aufzuzeigen und den Einfluß des

37 *A.a.O.*, S.99 f.
38 Vgl. Kap. 10.
39 *MEW*, Bd. 7, S.252.
40 Zitiert nach: Albrecht Wellmer, *Kritische Gesellschaftstheorie und Positivismus*, Frankfurt/M.1969, S.132.
41 Ralph Miliband, *Marx und der Staat*, S.22.
42 Friedrich Engels, *Zur Kritik des sozialdemokratischen Programmentwurfs 1891*, in: *Deutsche Parteiprogramme*, hrsg. von Wolfgang Mommsen, 2. Aufl., München 1964, S.347.
43 *A.a.O.*, S.342.
44 *A.a.O.*, S.314 ff.
45 *A.a.O.*, S. 314.
46 Vgl. Kap. 3.

Kommune-Vorbildes [47] darzustellen, zumal in der Literatur bedeutende Diskrepanzen in der Interpretation zu finden sind. Während die einen glauben, aus den Ausführungen von Marx dessen autoritäre Staatsauffassung für diese Übergangsphase herauslesen zu können [48] und auch die Gegnerschaft von Marx zu den Anarchisten in dieser Richtung deuten, betonen demgegenüber andere Autoren, daß Marx immer die befreienden und nicht so sehr die repressiven Aspekte eines solchen Staates unterstrichen habe. [49] Dieser Interpretation zufolge habe Marx auch die „Diktatur des Proletariats" als eine zur demokratischen Republik „völlig verschiedene und unermeßlich freiere Form der politischen Gewalt" gedacht. [50] Doch wie diese freiere Form konkret aussehen sollte, bleibt offen und so auch letztlich unsere Spezialfrage nach der Bedeutung der Gemeinden in einem solchen Staat. Nach der zuletzt genannten Interpretation würde aber der Gemeinde im Sinne von Marx eine viel größere Bedeutung zukommen als dies bei einer Interpretation der Fall ist, die die zentralistischen und autoritären Elemente der von Marx gewünschten Staatsverfassung hervorhebt. Am weitesten in der Interpretation geht wohl Klaus Meschkat, wenn er den Staat der Übergangsphase im Sinne von Marx als die „Communal republic" kennzeichnet, in dem das „jedem Parlamentarismus entgegengesetzte Prinzip der direkten Demokratie" verwirklicht werde. [51] In einem solchen Falle wäre der Gemeinde wohl eine grundlegend neue Funktion zugedacht worden, ähnlich

47 Hinsichtlich der konkreten Situation des Jahres 1871 bleibt die Frage offen, wie die politisch-gesellschaftliche Organisation bei längerer Existenz der Kommune gestaltet worden wäre, denn immerhin wird in den programmatischen Äußerungen der Kommune vom 6. und 19. April „die absolute Autonomie der Gemeinden" proklamiert, die ihre Grenze nur in dem gleichen Recht aller anderen Kommunen finden sollte. Die nationale Einheit sollte auf dem freiwilligen Zusammenschluß der autonomen Kommunen beruhen. Hier sind auch die besonderen Probleme des französischen Zentralismus zu berücksichtigen. Vgl. Louis Greenberg, *Sisters of Liberty. Marseilles, Lyon, Paris and the Reaction to a Centralized State 1867-1871,* Cambridge/Mass. 1971, und ders., *The Commune of 1871 as a Decentralist Reaction,* in: *The Journal of modern History,* Jg. 41 (1969), bes. S.313 ff. Greenberg arbeitet heraus, daß gerade die proklamierte Gemeindeautonomie auf die Provinzstädte besonders verlockend gewirkt habe, da sie die Nachteile des französischen Zentralismus mehr zu spüren bekamen als Paris.

48 Einige Beispiele aus der zahlreichen Literatur müssen genügen: Georg Lichtheim, *Marxism. An historical and critical study,* New-York 1961, S.374: Marxens „Feindschaft gegen den Staat wurde in Schach gehalten durch eine entschieden autoritäre Lehre von der politischen Herrschaft während der Übergangsperiode: Bevor er auf den Müllhaufen der Geschichte geworfen wurde, sollte der Staat diktatorische Macht übernehmen. Mit anderen Worten, die Autorität würde die Freiheit einführen – ein typisches hegelianisches Paradox, das Marx nicht beunruhigte, obwohl es Proudhon und Bakunin alarmierte . . . ". Übersetzung nach Ralph Miliband, *Marx und der Staat,* S.25. Aber auch Karl Korsch sowie Franz Mehring stellen die zentralistische Staatsauffassung von Marx und Engels heraus. Karl Korsch, *Revolutionäre Kommune,* S.91 f., und S.105. Franz Mehring, *Karl Marx. Geschichte seines Lebens,* Berlin 1933, S.461. Ebenso betont Oskar Anweiler die im Grunde zentralistische Staatsauffassung von Marx. Er habe in den Kommunen nicht „die Keimzellen für eine grundlegende Umgestaltung der Gesellschaft" gesehen, die vielmehr von oben durch die „proletarisch-zentralisierte Staatsgewalt" erfolgen sollte. Oskar Anweiler, *Die Rätebewegung in Rußland 1905-1921* (= Studien zur Geschichte Osteuropas, Bd. 5), Leiden 1958, S.20 ff. Vgl. auch Albrecht Wellmer, *Kritische Gesellschaftstheorie . . . ,* S.132, und Hanna Arendt, *Über die Revolution,* München 1963, S.329 f.

49 Ralph Miliband, *Marx und der Staat,* S.28.

50 *Ebd.*

51 Klaus Meschkat, *Die Pariser Kommune von 1871 im Spiegel der sowjetischen Geschichtsschreibung* (= Osteuropa-Institut an der Freien Universität Berlin. Philosophische und Soziologische Veröffentlichungen, Bd. 7), Berlin 1965, S.38.

wie dies in den später entwickelten Rätetheorien konzipiert war. [52] Eine solche weitgehende Interpretation der Marxschen Staatsauffassung zwingt zu einer differenzierten Interpretation, was die Staatsauffassungen von Friedrich Engels anbelangt. So betont Klaus Meschkat, daß eine Modifizierung der Marxschen Staatstheorie durch Engels anzunehmen sei, insofern Engels nicht vom Zerbrechen, sondern nur vom Umformen des alten Staates spreche. Immerhin halte aber Engels an dem maßgeblichen Gedanken von Marx fest, daß der neue Staat auch eine neue Qualität haben müsse. [53]

4. Nicht kontrovers sind die Interpretationen über die Marxschen Auffassungen im Hinblick auf die kommunistische Endgesellschaft. Der Staat stirbt nun ab, an seine Stelle tritt die sich selbst verwaltende Gesellschaft, deren unterste Einheiten wohl die Produktionsgenossenschaften und die Kommunen darstellen würden. [54]

Fassen wir zusammen: die größte Bedeutung kam der Kommune als räumliche Kampfeinheit während der Revolution und als politische Basisorganisation in der kommunistischen Endgesellschaft zu. Die Bedeutung der Gemeinde im bürgerlichen Staat wurde hingegen nicht ausdiskutiert. Der Grund hierfür lag in der Auffassung, daß, wie immer die staatsrechtliche Stellung der Gemeinde im „gegenwärtigen" Staat geregelt sei, dies doch nichts an dem Klassencharakter des Staates ändere. Während also insgesamt gesehen die Gemeinden in den Staatsauffassungen von Marx und Engels stets nur ein Baustein unter anderen waren, und immer mehr der Blick auf die Frage des Klassencharakters des Staates und der Gesellschaft gerichtet war, wobei die Frage nach der Bedeutung der Kommunen nicht im Vordergrund stand, gingen die Anarchisten in ihrer prononcierten Staatsfeindlichkeit einen ganzen Schritt weiter. Die sich selbstverwaltende Gemeinde nimmt bei allen anarchistischen Gesellschaftsmodellen einen zentralen Platz ein. Hier ist insbesondere Proudhon zu nennen. [55] Bei Bakunin tritt dann – ähnlich wie bei den späteren Rätemodellen – die kooperative Arbeiterorganisation als Basiseinheit in den Mittelpunkt. Doch auch der Gemeinde kam zwangsläufig in seiner föderalistischen Staatstheorie, die auf den Ideen Proudhons aufbaute, Bedeutung zu. [56] „Die Ordnung in der Gesellschaft muß die Resultante der größtmöglichen Entwicklung aller lokalen, kollektiven und individuellen Freiheiten sein." [57] Die Kommune von Paris wurde gerade wegen ihrer Zerstörung der Staatsmacht und wegen des anscheinend angestrebten extrem föderalistischen Prinzips hoch gepriesen. [58] Ebenso hat Gustav Landauer die Ansicht vertreten, man müsse „das verderbliche System der Regierung und des Parlamentarismus aufgeben und anstelle dessen nach Berufen und Ortsgemeinden in permanent tagenden Gruppen und Bünden zusammentreten. [59] Landauer entwickelte 1910 eine föderative Verfassung.

52 Vgl. das 9. Kapitel.

53 Klaus Meschkat, *Die Pariser Kommune* . . . , S.39.

54 Werner Hofmann, *Ideengeschichte der sozialen Bewegung des 19. und 20. Jahrhunderts* (= Sammlung Göschen, Bd. 4205), Berlin und New York 1971, S.160 f.

55 Pierre-Joseph Proudhon, *Bekenntnisse eines Revolutionärs*, hrsg. von Günter Hillmann, Reinbek 1969. Vgl. auch Arthur Rosenberg, *Demokratie und Sozialismus. Zur politischen Geschichte der letzten 150 Jahre*, Frankfurt/M. 1962, S.142.

56 Günter Grützner, *Die Pariser Kommune, Macht und Karriere einer politischen Legende. Die Auswirkungen auf das politische Denken von Deutschland* (= Staat und Politik, Bd. 2), Köln und Opladen 1963, S.55; Klaus Meschkat, *Die Pariser Kommune* . . . , S.41 f.

57 Michael Bakunin, *Gott und der Staat und andere Schriften*, hrsg. von Susanne Hillmann, Reinbek 1969, S.318.

58 Vgl. Georges Haupt, *Die Kommune* . . . , S.196 ff.

59 Gustav Landauer, *Zwang und Befreiung*, hrsg. und eingel. von Heinz-Joachim Heydorn, Köln 1968.

Darin kam nur den Gemeinden autonome Gewalt zu. Die übergeordneten Gremien erhielten lediglich die Funktion der Auftragsausführung und der Koordination zwischen den autonomen Gewalten. [60]

Im großen und ganzen kann man sagen, daß sowohl bei Marx und Engels als auch bei den Anarchisten die Vorstellungen von der Bedeutung der Kommunen in starkem Maße von dem Ereignis der Pariser Kommune geprägt waren, wenn auch mit unterschiedlichen Inhalten und Folgerungen. Für die SAPD bzw. SPD gilt dies nur mit Einschränkungen. Die Überlieferung der Pariser Kommune als Modellfall für legale revolutionäre Gewaltanwendung [61] führte nicht zu prinzipiellen Überlegungen darüber, welche Rolle der Gemeinde in einer Revolution, in der Gegenwartsgesellschaft und im zukünftigen Staate zukommen solle. Stattdessen knüpfte die Diskussion über die Bedeutung der Gemeinde an der vom liberalen Bürgertum tradierten Idee der Selbstverwaltung sowie an der von England übernommenen Idee des Munizipalsozialismus an, wie das folgende Kapitel zeigen wird. Unabhängig davon fand allerdings auch die Vorstellung vom Absterben des Staates weite Verbreitung; besonders ist hier August Bebel zu nennen, der in seinem in vielen Auflagen erschienenen Buch „Die Frau und der Sozialismus" schrieb: [62] „Wie einst in der Urgesellschaft, so nehmen jetzt, auf höchster Kulturstufe, sämtliche mündige Gemeindeangehörige, ohne Unterschied des Geschlechts, an den vorkommenden Wahlen und Ernennungen teil und bestimmen die Vertrauenspersonen, welche die Verwaltung zu leiten haben. An der Spitze sämtlicher Lokalverwaltungen steht die Zentralverwaltung – wohlgemerkt keine Regierung als Machtfaktor mit herrschender Gewalt, sondern nur ein ausführendes Verwaltungskollegium." [63]

War schon bei Marx und Engels keine eindeutige und leicht zu rezipierende Vorstellung von der Bedeutung der Gemeinde in der Revolution, im Gegenwartsstaat und in der zukünftigen Gesellschaft vorhanden, so wurde dieser Komplex in der SPD meist immer nur punktuell erörtert und vor allem die Pariser Kommune als ständige Herausforderung zur weiteren gedanklichen Durchdringung des Problems nicht tradiert. So nimmt es nicht wunder, daß die anfängliche weitverbreitete Solidarität mit der Pariser Kommune schon nach einigen Jahren abflaute und die Kommune wegen der großen Menschenverluste und der mangelhaften Organisation des Proletariats in ihrer Beispielhaftigkeit relativiert wurde. Als die Revisionisten sich später immer stärker von der Pariser Kommune distanzierten, [64] war die Folge, daß sich alle revolutionären Marxisten aus Prinzip mit der Pariser Kommune identifizierten, was wiederum einer weiteren sachlichen Diskussion hinsichtlich der Bedeutung von Staat und Gemeinden in einer etwaigen revolutionären Situation hinderlich war. [65] Zusammenfassend läßt sich sagen, daß durch die mangelhafte geistige Aufarbeitung der Pariser Kommune seitens der SPD auch die theoretische Beschäftigung mit dem Bereich der Gemeinde wesentlich gelitten hat.

60 Vgl. Ulrich Linse, *Organisierter Anarchismus im Deutschen Kaiserreich von 1871* (= Beiträge zu einer historischen Strukturanalyse Bayerns im Industriezeitalter, Bd. 3), Berlin 1969, S.357 f. Während der Revolution verband Landauer seine Auffassungen mit der Räteidee.

61 Vgl. Susanne Miller, *Das Problem der Freiheit* . . . , S.115 f., auch hinsichtlich der damals vorgebrachten Kritik an Einzelpunkten.

62 August Bebel, *Die Frau und der Sozialismus*, 9. Aufl., Stuttgart 1891.

63 *A.a.O.*, S.256. Susanne Miller urteilt: „Mit dieser Staatsauffassung gerät der sozialistische Freiheitsbegriff theoretisch in engste Berührung mit anarchistischen Vorstellungen." Susanne Miller, *Das Problem der Freiheit* . . . , S.91.

64 Näheres z.B. bei Georges Haupt, *Die Kommune* . . . , S.209 ff.

65 *A.a.O.*, S.210.

3. Überlegungen zur Bedeutung der Gemeinde im „Gegenwartsstaat": das Problem der Selbstverwaltung

Es kann hier nicht die Aufgabe sein, auch nur einen groben Überblick über die Geschichte der Selbstverwaltung im 19. Jahrhundert zu geben, zumal darüber hinreichend Literatur vorhanden ist. [66] Es sollen vielmehr im folgenden nur einige Hinweise erfolgen, wie dieses Problem seitens der SPD angegangen wurde, welche neuen Akzentverschiebungen sich in diesem Bereich mit der Entstehung des revisionistischen Flügels nachweisen lassen und welche Auswirkungen die gegenüber dem frühen 19. Jahrhundert veränderte gesellschaftliche Kräftekonstellation auf das Bürgertum hatte, was dessen Ansichten über das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden betraf. – Die wichtigste Forderung im Erfurter Programm im Hinblick auf unser Thema ist außer der Forderung nach einem demokratischen Wahlrecht auch für die Gemeinden die Forderung nach „Selbstbestimmung und Selbstverwaltung des Volkes in Reich,Staat, Provinz und Gemeinde. Wahl der Behörden durch das Volk, Verantwortlichkeit und Haftbarkeit derselben". [67] Auch in den in späteren Jahren ausgearbeiteten Kommunalresolutionen [68] wurde immer eine Erweiterung der Autonomie der Gemeinden verlangt. [69] Diese Forderung im Erfurter Programm weist keine grundsätzlichen Unterschiede zu der Auffassung von Engels auf, die er in der „Kritik des sozialdemokratischen Programmentwurfs 1891" darlegte. Dort heißt es: Also einheitliche Republik. Aber nicht im Sinne der heutigen französischen, die weiter nichts ist, als das 1798 begründete Kaiserreich ohne den Kaiser. Von 1792 bis 1798 besaß ... jede [französische] Gemeinde vollständige Selbstverwaltung nach amerikanischem Muster, und das müssen wir auch haben ... " [70] Seiner Meinung nach konnte die Forderung nach „vollständige[r] Selbstverwaltung in Provinz, Kreis und Gemeinde durch nach allgemeinem Stimmrecht gewählte Beamte, Abschaffung aller von Staatswegen ernannten Lokal- und Provinzialbehörden" [71] ins Programm der SPD aufgenommen werden.

Ein kleiner, aber bezeichnender Unterschied zwischen der Engelschen Auffassung und der Forderung im Erfurter Programm besteht darin, daß Engels die vollständige Selbstverwal-

66 Allgemein grundlegend: Heinrich Heffter, *Die deutsche Selbstverwaltung im 19. Jahrhundert. Geschichte der Ideen und Institutionen*, Stuttgart 1955; Helmuth Croon u.a., *Kommunale Selbstverwaltung* ..., passim; Helmuth Croon, *Die gesellschaftlichen Auswirkungen* ..., passim; Hugo Preuß, *Die Entwicklung der kommunalen Selbstverwaltung in Deutschland*, in: *Handbuch der Politik*, Bd. 1, Berlin und Leipzig 1920, und vor allem Helmuth Croon, *Das Vordringen* ..., S.15 ff.

67 In: *Deutsche Parteiprogramme*, hrsg. von Wolfgang Mommsen, S.351. Daran schloß sich ein ganzer Katalog von Forderungen hinsichtlich kommunaler Einrichtungen, deren Benutzung für jedermann unentgeltlich sein sollte, von der Geburtshilfe angefangen bis hin zur Totenbestattung.

68 Vgl. das nächste Kapitel.

69 Vgl. auch das *Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, abgehalten zu Bremen vom 18. bis 24. September 1904*, Berlin 1904, S.118 f. [Die Parteitagsprotokolle werden künftig in folgender Kurzform zitiert (Beispiel): *Parteitag der SPD 1904*, Berlin 1904, S.118 f.] Daß es sich hierbei um keine allein auf Deutschland beschränkte Forderung handelte, zeigen die ähnlichen Forderungen, die die Fabier in England aufgestellt haben. Es ist interessant zu sehen, daß die britische Labour Party später von solchen Forderungen abgekommen ist und als Regierungspartei in den Jahren 1945-1951 „den Abbau der Funktionen der lokalen Selbstverwaltung und das Vordringen zentralistischer Tendenzen in der britischen Verfassung erheblich beschleunigt" hat. Gerhard A. Ritter, *Parlament und Demokratie in Groß-Britannien. Studien zur Entwicklung und Struktur des politischen Systems*, Göttingen 1972, S.174.

70 In: *Deutsche Parteiprogramme*, hrsg. von Wolfgang Mommsen, S.348.

71 *Ebd.*

tung forderte, während im Erfurter Programm der Grad der Selbstverwaltung nicht näher bestimmt wird. Entscheidender scheint mir aber das Gemeinsame beider Äußerungen zu sein, das darin besteht, daß die Selbstverwaltung der Gemeinden in engen Zusammenhang gebracht wird mit der Selbstbestimmung des Volkes, die sich konkretisiert z.B. in der Forderung nach Wahl der Beamten. Und genau dieser Zusammenhang ging bei den Revisionisten später tendenziell verloren. Dies ist um so bemerkenswerter, weil es gerade die Revisionisten waren, die sich für die Idee der Selbstverwaltung der Gemeinden stark engagierten. Hier ist hauptsächlich Hugo Lindemann zu nennen. Er akzeptierte nur ein begrenztes Aufsichtsrecht seitens des Staates, was das Einhalten der Gesetze anbelangte. Den Gemeinden sollten weitreichende Zuständigkeiten überlassen werden, selbst in jenen Bereichen, wo staatliche Zuschüsse nicht zu umgehen seien. [72] So sollten vor allem Polizei und Schule ganz in die Kompetenz der Gemeinden fallen und der Staat sollte auf das Bestätigungsrecht bei der Wahl der Magistratsmitglieder verzichten. – Auch Bernstein forderte weitgehende Selbstverwaltung der Gemeinden. Dabei bezog er sich vor allem auf Proudhon und rezipierte dessen Auffassung von der Notwendigkeit der Dezentralisation des Staatswesens. Doch war ihm im Unterschied zu Proudhon die absolute Souveränität der Gemeinden kein Ideal. Für ihn bedeutete die Marxsche Interpretation der Kommune – so wie er sie verstand – einen neuen Aspekt der Demokratie, nämlich die „organische Verbindung von Staat und Gemeinden". [73]
Auf dem Parteitag von 1904 wurde eine von Lindemann verfaßte Resolution mit sehr detaillierten Richtlinien zur Kommunalpolitik angenommen, unter anderem hieß es dort: „Aufhebung der die Selbstverwaltung einschränkenden Befehlsgewalt der Staatsbehörde gegenüber den Gemeinden." [74] Bei den Revisionisten bestand die Gefahr, daß die Selbstverwaltung der Gemeinden zu einem „Wert an sich" hochstilisiert werden würde, ohne die Relation zum sozialen Inhalt der Gemeindepolitik zu betonen. Man ist versucht dies so zu interpretieren, als ob der soziale und emanzipative Aspekt der Gemeindepolitik quasi von selbst sich einstelle, wenn den Gemeinden genügend Selbstverwaltung zugestanden werde. Aus der „Selbstbestimmung und Selbstverwaltung des Volkes in der Gemeinde" wurde die „Selbstverwaltung der Gemeinde". Diese Tendenz der Revisionisten konnte sich in der Partei um so mehr breitmachen, als die Parteimitte um Karl Kautsky einer Erörterung dieser Problematik so weit wie möglich aus dem Wege ging. Man muß sich vergegenwärtigen, daß die Kontrolle der Parteiführung über das, was an der Parteibasis geschah, nicht nur durch eine zentralistische Parteiorganisation zu sichern war: je größer das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden, desto vielgestaltiger und für die Parteizentrale schwerer überschaubar wurden die kommunalen Verhältnisse. Andererseits blieb die Selbstverwaltung der Gemeinden durchaus ein erstrebenswertes Ziel. So nimmt es nicht wunder, daß die Parteimitte sich in dieser Frage wenig deutlich ausdrückte. Im Grunde war sie zentralistischer eingestellt als sie nach außen hin zeigte: Bei Kautsky heißt es: „Aber gegenüber der Staatsgewalt eines modernen Großstaates kann heute keine einzelne Gemeinde mehr ihre Selbständigkeit behaupten. Um so wichtiger wird es daher, die unteren Klassen im Großen, das ganze Gebiet der Nation und die verschiedensten Berufszweige umfassenden Vereinigungen zu organisieren." [75] Dadurch, daß die Partei-

72 Z.B. *Parteitag der SPD 1902*, Berlin 1902, S.208.

73 Allgemein siehe das Kapitel *Die Kommunalpolitik* in: Eduard Bernstein, *Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie*, Neuaufl.,Reinbek 1965, neben Proudhon beruft sich Bernstein auch auf Marx. *A.a.O.*, S.166.

74 Zitiert in: Susanne Miller, *Das Problem der Freiheit* . . . . S.208.

75 Karl Kautsky, *Der Weg zur Macht*, Neuaufl., Frankfurt/M. 1972, S.64.

mitte aus ihrer inneren Zwangslage heraus sich nur sehr vorsichtig zu diesem Themenkomplex äußerte, blieb den Revisionisten in dieser Frage weitgehend ein freies Feld überlassen. So konnte der Eindruck entstehen, daß die SPD in diesem Bereich das Erbe der bürgerlichen Liberalen unverändert antrat, ähnlich wie sie dies ja auch im Hinblick auf die Forderungen nach einer demokratischen Republik getan hat.

Weitgehende Selbstverwaltung war nämlich stets eine Forderung der bürgerlichen Liberalen, entstanden aus berechtigten Machtansprüchen des liberalen, wirtschaftenden Bürgertums gegenüber absolutistischen und feudalen Tendenzen des Staates. Die Gemeinde sollte zumindest der von obrigkeitlicher Einwirkung freie Raum für die Betätigung der Bürger sein. [76] Andererseits war nicht zu übersehen, daß diese politische Idealvorstellung des liberalen Bürgertums in wilhelminischer Zeit in den Augen mancher bürgerlicher Kommunalpolitiker an Glanz zu verlieren begann. War denn die Selbstverwaltung noch so erstrebenswert und erhaltenswert, wenn die Sozialdemokratie immer vernehmlicher an die Türen der Stadtparlamente klopfte, wenn eine Demokratisierung der Gemeindepolitik, die fälschlicherweise auch als Politisierung der Selbstverwaltung verstanden wurde, unumgänglich erschien? [77]

76 Peter Gilg, *Die Erneuerung des demokratischen Denkens im Wilhelminischen Deutschland. Eine ideengeschichtliche Studie zur Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert* (= Veröffentlichungen des Instituts für Europäische Geschichte, Meinz, Bd. 37), Wiesbaden 1965, S. 26 und S. 261. Über die diesbezüglichen staatsrechtlichen Überlegungen Naumanns, *a.a.O.*, S. 209, und seitens Preuß', *a.a.O.*, S.277 ff. Zum Zusammenhang von kommunaler Selbstverwaltung und der Auflösung der feudalen Produktionsweise vgl. Marianne Rodenstein, *Thesen zum Wandel* . . . , S.39 ff.

77 Über den politischen Charakter des Gemeindelebens siehe die Hinweise bei Otto Ziebill, *Politische Parteien und kommunale Selbstverwaltung* (= Schriftenreihe des Vereins für Kommunalwissenschaften e.V., Berlin, Bd. 7), Stuttgart 1964, S.9. Wolfgang Hofmann, *Plebiszitäre Demokratie und kommunale Selbstverwaltung in der Weimarer Republik*, in: *Archiv für Kommunalwissenschaften*, Bd. 2 (1965), S.269, und in seiner empirischen Untersuchung über Bielefeld: ders., *Die Bielefelder Stadtverordneten. Ein Beitrag zur bürgerlichen Selbstverwaltung und sozialem Wandel 1850-1914*, Lübeck und Hamburg 1964. Seine Analyse ergibt, daß bereits seit den 60er Jahren politische Erwägungen neben kommunalpolitischen Zielsetzungen die Kommunalwahlen beeinflußten. Werner Weber beschreibt die Kommunalverhältnisse vor 1914 unzutreffend, wenn er behauptet, daß die Gemeinde damals „nur pflegerische und fördernde Aufgaben ohne jede obrigkeitliche Machtanmaßung zu erfüllen" hatte. Werner Weber, *Staats- und Selbstverwaltung in der Gegenwart* (= Göttinger rechtswissenschaftliche Studien, Bd. 9), 2. Aufl., Göttingen 1967, S.66 f Er übersieht dabei die gerade für die Arbeiterschaft – und das war die Mehrheit der Bevölkerung – entscheidenden Befugnisse des Magistrats im Versicherungswesen, in den Gewerbegerichten, bei Einigungsverhandlungen in Streitigkeiten zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, bei der Behandlung von Streiks, in Form von Wohnungskommissionen, um nur einige Bereiche zu nennen. Weber verwechselt dies mit der erst später einsetzenden Heterogenität der kommunalpolitischen Interessen, für die in der Tat die Demokratisierung des Wahlrechts verantwortlich zu machen ist. Weber irrt auch, wenn er das „ungeheure Anschwellen der verwaltenden Tätigkeit in Staat und Gemeinden" in Zusammenhang bringt mit der „Abwendung vom liberalen Lebensstil, die zeitlich durch den ersten Weltkrieg markiert ist" und mit den ideologischen und realen Zwangsläufigkeiten dieser Entwicklung. *A.a.O.*, S.67. Stattdessen hing das stete Anwachsen der kommunalen Verwaltung primär mit der Bevölkerungsvermehrung, mit der Binnenwanderung in die Städte und mit der intensiveren Industrialisierung mit all ihren sozialen Auswirkungen seit den 70er Jahren zusammen. Unzutreffend ist auch die Aussage, daß die klassische Kommunalpolitik „relativ unpolitisch" gewesen sei. Auch im frühen und mittleren 19. Jahrhundert bedeuteten Fragen der Industrieansiedlung, der „Umweltverschmutzung", der Gestaltung des Armenwesens, der Durchführung der Schulpflicht, der Ausgestaltung des Schulwesens, der Erhöhung von kommunalen Steuern etc. politische Entscheidungen, die mit dem Deckmantel der Sachgerechtigkeit versehen wurden, um sie leichter durchsetzen zu können.

War da nicht gerade der erzwungene Rückhalt an die konservativ-reaktionäre preußische Landesregierung evtl. von großer Bedeutung für die Zurückdrängung der Sozialdemokratie auf kommunaler Ebene? Oberbürgermeister Brintz, der sich mit einer sozialdemokratischen Mehrheit im Stadtparlament von Offenbach/Main auseinandersetzen mußte, gab zu bedenken, „welchen Gefahren die ganze Selbstverwaltung entgegengeht, wenn in einer Stadtverordnetenversammlung eine geschlossene Mehrheit, wie die sozialdemokratische Fraktion in Offenfach, den Ausschlag gibt." [78] Zu ähnlichen Schlußfolgerungen kam auch Franz Ludwig in seinem Buch „Kommunalpolitik und Sozialdemokratie", das im Jahre 1910 in Berlin erschienen ist. Indessen kann man aus diesen wenigen Äußerungen noch keine weiterreichenden Schlüsse für die schwerwiegende Frage stellen, ob das liberale Bürgertum gegebenenfalls bereit gewesen wäre, die hochgeschätzte Selbstverwaltung aufzugeben, wenn damit eine für sie zu weitgehende Demokratisierung zu verhindern gewesen wäre. Manches deutet jedoch darauf hin. Die Frage stellte sich freilich in konkreter Form nur in den seltensten Fällen, denn trotz der vielen sozialdemokratischen Gemeindevertreter am Ende der wilhelminischer Zeit besaßen die Sozialdemokraten dank des plutokratischen Wahlrechts nur ganz vereinzelt eine Mehrheit in einem Stadtparlament.

Ungeachtet der begrenzten Einwirkungsmöglichkeiten in einem halbautokratischen Staat hoffte Lindemann, daß die soziale Reformierung der Gemeinden schneller erreicht werden könnte, wenn das Selbstverwaltungsrecht ausgebaut würde: „. . . und so erscheint denn die staatliche Organisation und Verwaltung in vieler Beziehung als ein Hemmschuh des kommunalen Fortschritts." [79] Diese Aussage läßt aufhorchen. War denn das städtische Bürgertum demnach tatsächlich fortschrittlich denkender als die Regierungen? Dieser Ansicht wurde schon damals innerhalb der SPD scharf widersprochen. Auch meine bisherigen Forschungen haben diese Ansicht Lindemanns nicht bestätigen können, selbst nicht für Preußen, obwohl es zweifelsohne eine nicht geringe Anzahl von Ausnahmen gegeben haben mag. [80] In Bayern jedenfalls, wo die Gemeinden eine große Autonomie genossen und es ihnen infolgedessen möglich gewesen wäre, das Wahlrecht durch Herabsetzung des Steuerzensus wesentlich zu demokratisieren, ist dies im allgemeinen nicht geschehen. [81] Und auf sozialpolitischem Gebiet waren häufig massive Empfehlungen selbst der konservativen preußischen Landesregierung nötig, damit in vielen preußischen Gemeinden überhaupt das Nötigste geschah. Eine Reihe von Gesetzen wurde mit fakultativen Bestimmungen versehen, das hieß, daß es den

78 Franz Ludwig, *Kommunalpolitik und Sozialdemokratie,* Berlin 1910, S.263. Vgl. auch die Beispiele, die Croon bringt, Helmuth Croon, *Das Vordringen . . .* , S.33.

79 *Parteitag der SPD 1902,* Berlin 1902, S.204.

80 Vgl. dazu Adelheid von Saldern, *Vom Einwohner . . .* , bes. S.227 ff.

81 Vgl. die Äußerungen darüber auf dem *Parteitag der SPD 1904,* Berlin 1904, S.299, S.301 und S.303. Im großen und ganzen können die Wahlrechtsbestimmungen in zwei Gruppen eingeordnet werden: 1. In das weitverbreitete Pluralklassenwahlrecht, verbunden mit einem Steuerzensus und 2. in ein Wahlrecht, dessen plutokratischer Charakter dadurch gewährleistet war, daß derjenige, der Bürger werden und wählen wollte, einen oftmals beträchtlichen Betrag bezahlen mußte. Der Steuerzensus verstärkte zudem dieses Ausleseverfahren. Nirgendwo gab es in Preußen das allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht, während ein solches wenigstens in Württemberg und Bayern sowie in Elsaß-Lothringen in etwa existierte. In anderen Gegenden, so in Sachsen, Lübeck und Hamburg, wurden dagegen die Kommunalwahlrechte sogar noch nach 1900 verschärft. Anders war es in England, wo sich selbst in den Grafschaften und Landgemeinden seit 1888 bzw. 1894 das demokratische Wahlprinzip durchsetzen konnte, das bislang nur in einigen Städten geherrscht hatte. Heinrich Heffter, *Die deutsche Selbstverwaltung . . .* , S.726. Allerdings waren die Untermieter davon ausgeschlossen.

Gemeinden freigestellt war, ob sie die Gesetze in ihrem Bereich einführen wollten oder nicht, wobei Recherchen ergeben haben, daß diese nur von einem relativ geringen Teil der Gemeinden ausgeführt wurden. [82]
Zusammenfassend sei gesagt, daß in der Sozialdemokratie weitgehende Unsicherheit herrschte über den Wert der Selbstverwaltung der Gemeinden und daß die Tendenz bestand, die Forderung nach Selbstverwaltung von ihrem politisch-sozialen Inhalt zu lösen und sich damit – wohl größtenteils unbewußt – von den Aussagen Engels' und des Erfurter Programms zu distanzieren. Während besonders die Revisionisten dazu neigten, den Wert der Selbstverwaltung zu verabsolutieren, brachte der politische Druck seitens der Arbeiterklasse das Bürgertum dazu, den Klassencharakter der Selbstverwaltung der Gemeinden in wilhelminischer Zeit zu erkennen und vereinzelt auch zuzugeben.

4. Bestrebungen zur grundsätzlichen Klärung des Verhältnisses von SPD und Gemeinde seit der Jahrhundertwende [83]

Die Frage der Selbstverwaltung macht indessen nur einen Teil der Problematik hinsichtlich des Verhältnisses von SPD und Gemeinden aus. Im folgenden soll nun kurz die veränderte Einstellung der SPD zur Frage analysiert werden, ob die Partei versuchen solle, auf die Gemeindepolitik Einfluß zu nehmen, welchen Zweck sie damit verfolgen könne und welchen sozio-politischen Inhalt sozialdemokratische Gemeindepolitik aufweisen müsse. Zwar lehnte der Vorstand der Partei die kommunalpolitischen Aktivitäten einzelner sozialdemokratischer Ortsvereine nicht gänzlich ab, er empfahl aber – wie auch der Exilparteikongreß von Wyden – die Beteiligung an Landtags- und Kommunalwahlen nur aus agitatorischen und propagandistischen Gründen. Die Beschäftigung mit der Kommunalpolitik wurde also in erster Linie als ein parteitaktisches Mittel begriffen. [84] Außerdem stieß selbst unter diesen Auspizien die Kommunalpolitik nicht bei allen auf Zustimmung,und die Frage nach der Zweckmäßigkeit, den Methoden und Zielen der kommunalen Betätigung löste unter dem Gesichtspunkt parteipolitischer Nützlichkeit sehr bald kräftezehrende Richtungskämpfe aus, wie uns zum Beispiel aus Berlin überliefert ist. [85] Doch in Anbetracht der durch die Aufhebung des

82 Vgl. Adelheid von Saldern, *Vom Einwohner* . . . , bes. S. 227 ff.

83 Zu den folgenden Ausführungen vgl. vor allem Gerhard A. Ritter, *Die Arbeiterbewegung im Wilhelminischen Reich. Die Sozialdemokratische Partei und die Freien Gewerkschaften 1890-1900,* Berlin 1959; Joachim Drogmann, *Grundlagen* . . . , passim. Peter Gilg, *Die Erneuerung* . . . , passim.

84 Vgl. Joachim Drogmann, *Grundlagen* . . . , S.660.

85 In Berlin bildeten sich während des Sozialistengesetzes zwei voneinander unabhängige Organisationen heraus, eine „innere" illegale und die Tarnorganisationen bzw. die Arbeiterwahlvereine. Die illegale Organisation war gegen eine kommunalpolitische Betätigung, und zwar zum Teil wegen der Nutzlosigkeit sozialdemokratischer Mitarbeit, zum Teil, weil die Gemeinde selbst eine Körperschaft niederen Ranges sei. „Die Gemeinden haben auch gar keine Macht, tiefergehende politische Forderungen unserer Partei zu verwirklichen, so daß weder für den Sozialismus noch für die Demokratie praktische Erfolge zu erhoffen sind, die von Bedeutung für das arbeitende Volk sind, . . . " Zitiert in: Joachim Drogmann, *Grundlagen* . . . , S.749. Doch die Mehrheit der sozialdemokratisch gesinnten Arbeiterschaft Berlins trat trotzdem für eine Teilnahme an den Stadtverordnetenwahlen ein. Als aber die Berliner sozialdemokratischen Stadtverordneten versuchten, darüber die Partei regelrecht zu spalten, überschätzten sie die Bedeutung dieser und ähnlicher Fragen. Hinzu kam, daß manche Einwände hinsichtlich einer kommunalpolitischen Betätigung nicht widerlegt

Sozialistengesetzes 1890 veränderten Lage einigten sich die Versammelten auf dem Parteitag von Halle nun auf einen Kompromißantrag, der den Sozialdemokraten empfahl, sich überall dort, wo Erfolge in Aussicht standen, an den Wahlen für die Gemeindevertretungen zu beteiligen. Die prinzipiellen Bedenken, die noch in Berlin laut geworden waren, traten zurück. [86] Doch immer überwog der agitatorische Aspekt, es fehlten einheitliche Handlungs- und Arbeitsprinzipien. Beschäftigt mit dem Aufbau ihrer Parteiorganisation, stellte die Parteizentrale Bereiche wie die Landes- und Gemeindepolitik hintan. [87] Nur die Reichspolitik war ein Gebiet, mit dem sich die Partei, vor allem die Fraktionsmitglieder, grundlegend auseinandersetzten, allzumal das bestehende gleiche, allgemeine und direkte Reichstagswahlrecht hierzu einen immensen Anreiz gab. Hinderlich für kommunalpolitische Aktivitäten war aber auch der Immobilismus der Partei, der einerseits aus dem weitverbreiteten Determinismus über die zukünftige Entwicklung der Geschichte resultierte, der andererseits aber auch durch die Schwierigkeit entstand, die für eine sozialistische Massenpartei in der Dialektik der eigenen Zielsetzungen lag, die mit den Schlagworten Sozialreform und Sozialrevolution gekennzeichnet wurden. In weiten Kreisen der Partei duldete man in den 90er Jahren zwar die parteipolitischen Aktivitäten in Kommunalangelegenheiten, stand diesem Fragenkreis ansonsten aber ziemlich gleichgültig gegenüber. Die Folge davon war, daß die sozialdemokratische kommunalpolitische Tätigkeit im Laufe der Jahre sich in den einzelnen Städten in höchst unterschiedlicher und unkoordinierter Weise entwickelt hat, [88] weil die Verbindlichkeit des allgemeinen Parteiprogramms für die Kommunalpolitik verschieden beurteilt wurde.

Einen ersten ernsthaften Versuch zur Vereinheitlichung sozialdemokratischer Kommunalpolitik machte schließlich Paul Singer auf der Konferenz der sozialdemokratischen Gemeindevertreter der Provinz Brandenburg im Jahre 1898 unter dem Leitsatz: „Wegen eines kleinen Vorteiles willen wollen wir unsere Grundsätze nicht verkaufen, und es ist besser, daß unsere Anträge abgelehnt werden, als daß wir Anträgen zustimmen, die nicht mit unseren Grundsätzen übereinstimmen . . . ". [89] Er sagte damit der bis dahin weitverbreiteten Prinzipienlosigkeit und Zufälligkeit sozialdemokratischer Kommunalpolitik den Kampf an. Dieser

werden konnten, so das Fehlen eines kommunalpolitischen Parteiprogramms, das einem sozialistischen Gesamtprogramm integriert gewesen wäre. Die Opposition befürchtete vielmehr, daß sich die sozialdemokratischen Vertreter in den Kommunalparlamenten zu dem Sozialismus abträglichen Kompromissen mit den bürgerlichen Kreisen herbeilassen würden. Die Berliner Oppositionsbewegung geriet dessen ungeachtet jedoch ins Hintertreffen. Die Kommunalpolitik galt seit 1889 innerhalb der Berliner Partei als anerkannter Teil der politischen Tätigkeit. Doch die Oppositionsbewegung blieb nicht nur auf Berlin beschränkt, sondern man fand sie auch in Magdeburg, Dresden und Wolfenbüttel, und sie ist zum Teil identisch mit den sogenannten Jungen. Vgl. hierzu Joachim Drogmann, *Grundlagen* . . . , S.747 ff. Auch auf dem Parteitag von 1890 warnte der Delegierte Werner, der sich zu den Jungen zählte, vor den systemimmanenten kleinen Reformvorschlägen auf kommunaler Ebene, und er nannte als Beispiel das Armenwesen. Bebel antwortete ihm und betonte gerade die Wichtigkeit sozialreformerischer Erfolge. *Parteitag der SPD 1890,* Berlin 1890, S.99, und S.102. Über die Jungen siehe Hans Manfred Bock, *Die Literaten- und Studentenrevolte der Jungen in der SPD um 1890,* in: *Das Argument,* Bd. 63 (1971), H. 1, S.22 ff. Wilfried Gottschalch u.a., *Geschichte der sozialen Ideen in Deutschland* (= Deutsches Handbuch der Politik, Bd. 3), hrsg. von Helga Grebing, München 1969, S.151; Gerhard A. Ritter, *Die Arbeiterbewegung* . . . , S.211, und neuerdings Dirk H. Müller, *Idealismus und Revolution. Zur Opposition der Jungen gegen den sozialdemokratischen Parteivorstand 1890 bis 1894* (= IWK, Beiheft 3), Berlin 1975.

86 Gerhard. A. Ritter, *Die Arbeiterbewegung* . . . , S.211.

87 *Ebd.*

88 *Ebd.*

89 Joachim Drogmann, *Grundlagen* . . . , S.908.

außergewöhnlichen Initiative auf Provinzialebene folgte im Jahre 1900 eine grundlegendere Diskussion über dieses Thema auf dem Internationalen Sozialistenkongreß in Paris. Es wurde dort eine Resolution zum Gemeindesozialismus angenommen. Hierin hieß es, daß der Gemeindesozialismus nicht als ein besonderer Sozialismus zu verstehen sei, „sondern lediglich die Verlegung der allgemeinen Grundsätze des demokratischen Sozialismus auf ein besonderes Gebiet der politischen Tätigkeit" darstelle, ferner, daß die Reformen auf Gemeindeebene nur als „Etappen auf dem Wege zur Verwirklichung der sozialistischen Gesellschaft angesehen werden können". Schließlich wurde betont, daß die Gemeinden auch „ein vortrefflicher Stützpunkt der Sozialisten gegenüber der Zentralgewalt im bürgerlichen Staate zu sein" vermöchten. Aus diesen Gründen wurde den Sozialdemokraten empfohlen, sich auf allen Gebieten der Gemeindepolitik in Zukunft zu betätigen. [90]

Daraus zogen die Revisionisten am schnellsten die theoretischen Konsequenzen. Auf dem Parteitag von 1902, dem ersten, der sich mit dem Thema Kommunalpolitik beschäftigte, hielt Hugo Lindemann das einschlägige Referat. Er wies der Kommunalpolitik nun einen wichtigen Platz in der Parteipolitik zu und ordnete sie in eine allgemeine Parteistrategie ein, insofern die von ihm geforderte allmähliche Besitzergreifung der Gemeindevertretungen „eine Etappe auf dem Weg zur sozialistischen Ordnung" sei, denn „den Fortschritten auf den verschiedenen Gebieten, die sich innerhalb der Gemeinde vollziehen, kann sich auf die Dauer auch der Staat nicht entziehen." [91] Lindemann ging sogar soweit zu behaupten, daß die Teilnahme an der kommunalen Verwaltung „direkt wirkungsvoller sei" und „direktere Früchte als die Teilnahme an der staatlichen Gesetzgebung" trage. [92] In einem Artikel in den „Sozialistischen Monatsheften" schrieb Lindemann, der Gemeindeverwaltung gegenüber sei „ein jeder sich seines Einflusses auf dieselbe in viel klarerer Weise bewußt, als dies auf dem Gebiet der Staatsverwaltung je der Fall sein könne". [93] Für Lindemann hatte also die Gemeinde eine Art Pionieraufgabe im Gegenwartsstaat zu erfüllen. [94] Dahinter standen folgende Überlegungen: – Neuorganisationen auf ökonomischem und politischem Gebiet könnten und sollten nur von unten entstehen; – eine größere Verbindung vom Bürger zum Gemeinwesen könne vor allem auf der Ebene der Gemeinde geschehen.

Der Revisionist Eduard Bernstein widmete diesem Thema gleich ein ganzes Kapitel in seinem Buch „Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie". Er knüpft dabei an die Erfahrungen der englischen Arbeiterbewegung an. In England hat „die Sozialdemokratie in den Gemeinden ein ergiebiges Feld fruchtbarer Tätigkeit gefunden, ehe es ihr gelungen ist, eigene Vertreter ins Parlament zu schicken". [95] Bernstein verwies auf die

90 Zitiert aus: Franz Ludwig, *Kommunalpolitik* . . . , S.19 f.

91 Schon 1897 veröffentlichte Hugo Lindemann unter dem Pseudonym C. Hugo das Buch: *Städteverwaltung und Munizipal-Sozialismus in England,* worin er bereits der Gemeinde für die „nächste Zukunft des Fortschritts" größte Bedeutung beilegte. S. VI, (2. Aufl., Stuttgart 1906).

92 *Parteitag der SPD 1902,* Berlin 1902, S.204.

93 C. Hugo (i.e. Hugo Lindemann), *Soziale Kommunalpolitik,* in: *Sozialistische Monatshefte,* Jg. 5 (1901), Bd. 1, S.62.

94 Peter Gilg, *Die Erneuerung* . . . , S.170 f. Als Hauptgebiete der kommunalen Tätigkeit nannte Lindemann Volkshygiene, Städtebau und Wohnungswesen, Sozialpolitik und Armenpflege, Volksbildung und -unterhaltung sowie Wirtschaftspflege. Lindemann schlug ferner vor, nach belgischem Vorbild Gemeindevertreterverbände in der Partei mit regelmäßigen Konferenzen zu bilden.

95 Eduard Bernstein, *Die Voraussetzungen* . . . , S.191. Allerdings gestand Bernstein zu, daß die Erfahrungen der englischen Gewerkschaften „mit den elementarsten Formen der Selbstregierung" gezeigt hat, „daß diese Form auch nur für die elementarsten Organismen, für ganz kleine Lokalvereine paßt".

andersgeartete Entwicklung in Deutschland, wo die Betätigungsmöglichkeit im Reichstag früher ausgestaltet war und andere Gebiete wie die Gemeinde demzufolge in den Hintergrund gedrängt wurden. Er machte aber darauf aufmerksam, „daß die allgemeine Entwicklung der modernen Gesellschaft auf eine stetige Erhöhung der Aufgaben der Munizipalitäten geht, daß die Kommune ein immer wichtigerer Hebel der sozialen Emanzipation" werde. Gemeinde als Hebel, dieser Vorstellung waren wir schon bei Marx begegnet, doch bei Marx beruhte die Hebelwirkung auf der Funktion der Gemeinde als Kampforgan in einer Revolution, bei Bernstein dagegen als evolutionärer Schrittmacher im Gegenwartsstaat.

Im übrigen sind die Revisionisten Lindemann wie auch Bernstein diejenigen, bei denen der Gemeinde nicht nur eine Hebelfunktion auf dem Marsch zur sozialistischen Gesellschaft zukommen sollte, sondern die auch konkrete Verbesserungsvorschläge der Gemeindearbeit im „Gegenwartsstaat" entwickelt haben. Dabei legte Lindemann besonderen Wert auf die Schaffung von finanziell leistungsfähigen Großgemeinden sowie auf das Ersetzen der bestehenden Bürgermeister- und Magistratsverfassungen [96] durch die Einrichtung eines Einkammersystems, in welchem die Exekutivaufgaben weitgehend von den durch die Stadtverordnetenversammlungen eingesetzten Deputationen wahrgenommen werden sollten, ähnlich wie in England. [97] Eine wesentliche Rolle kam nach Auffassung der Revisionisten dem Munizipalsozialismus zu, der von seinen Gegnern verächtlich als Gas- und Wassersozialismus bezeichnet wurde. Orientiert am englischen Vorbild, [98] sprachen sie in echt revisionistischem Sinne der Kommunalisierung bestimmter Betriebe vor allem systemimmanenten Reformcharakter zu, erwarteten aber darüber hinaus auch eine Tiefenwirkung für weiterreichende Veränderungen der gesamten Wirtschaftsgesellschaft. – Die regionalen Parteiprogramme nahmen die Forderung nach Kommunalisierung von Wirtschaftsbetrieben auch willig auf. – Für Lindemann war die Munizipalisierung aus sozialen Motiven wichtig, darüber hinaus liebäugelte er aber auch mit einem kommunalen Ersatzsozialismus in einer kapitalistisch-bürgerlichen Gesellschaft und dies auf der Basis einer weitreichenden Selbstverwaltung der Gemeinden. Die Selbstverwaltung erhielt damit eine neue ökonomisch-politische Zwecksetzung, von der sich in diesem Punkt die bürgerlich-liberale Auffassung wesentlich unterscheidet. Wenn wir im letzten Kapitel zu dem Schluß kamen, daß die Revisionisten dazu neigten, den Wert der Selbstverwaltung zu verabsolutieren, so muß diese Aussage nun eingeschränkt werden, denn die Selbstverwaltungsidee wird hier ganz klar Mittel zum Zwecke der Veränderung der sozio-ökonomischen Verhältnisse in der Kommune. Der Schwachpunkt dieser revisionistischen Konzeption liegt allerdings in der Frage der politischen Durchsetzbarkeit, was besonders deutlich wird an den politischen Kämpfen selbst in der Weimarer Republik, die um diese Frage – der

96 In der Bürgermeisterverfassung hatte der Bürgermeister als Stadtvorstand und als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung ein großes Übergewicht. In der Magistratsverfassung bestand die Gefahr der gegenseitigen Lähmung der Stadtverordnetenversammlung und des Magistrats, für die bei Beschlußfassungen ein Einigungszwang bestand.

97 Vgl. dazu *Parteitag der SPD 1902*, Berlin 1902, S.204 ff. Das Einkammersystem war selbst in der SPD umstritten. Vgl. Robert Schachner, *Gemeinde und Sozialdemokratie*, in: *Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik*, Bd. 23 (1906), S.767.

98 Vgl. die erwähnte Studie von Hugo Lindemann über die Städteverwaltung und den Munizipal-Sozialismus in England (Anm. 91). Gerade damals wurde das Verwaltungsrecht der englischen Stadträte außerordentlich ausgedehnt, wovon auch die Sphäre der privaten Wirtschaftsunternehmungen betroffen wurde.

Kommunalisierung von Wirtschaftsbetrieben – aufgetreten waren. [99] Durch eine seiner Aussagen bestätigt Lindemann selbst dieses unlösbare Dilemma, als er nämlich 1904 völlig realistisch sagte: „So wenig wie wir eine kommunistische Kolonie gründen können, können wir eine kommunistische Gemeindeverwaltung innerhalb unseres heutigen Staatswesens haben –, Regierung und Gesetzgebung würden derartigen Experimenten sehr schnell ein Ende machen." [100]

In der Befürwortung des Munizipalsozialismus waren sich die Orthodoxen und die Revisionisten einig. Bebel selbst betonte, daß die Kommunalisierung im Gegensatz zu vereinzelten Verstaatlichungsaktionen im bestehenden Gesellschaftssystem erstrebenswert sei, erstere wirkten kulturfördernd, letztere dienten dagegen ausbeuterischen, freiheitsfeindlichen und militaristischen Zwecken. [101] Mit der Unterstützung des Linksliberalismus hatte die SPD sogar kleine Erfolge in wilhelminischer Zeit zu verzeichnen. Verschiedentlich wurden Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerke sowie Verkehrsgesellschaften kommunalisiert. [102] So konnte Hugo Lindemann in seinem groß angelegten Buch über die deutsche Städteverwaltung anscheinend überzeugend nachweisen, daß der Munizipalisierungsprozeß ständig voranschreite.

Hatte der Revisionismus die Gemeindepolitik als ein wichtiges Glied in die Theorie eines Sozialevolutionismus einverleibt und der Gemeindearbeit auch im Gegenwartsstaat eine große Bedeutung zugemessen, so war die Haltung der Parteimitte um Karl Kautsky weiterhin durch Unsicherheit und vage Aussprüche gekennzeichnet. Zunächst lag es für Kautsky nahe, die geistigen Prinzipien des Erfurter Programms – nämlich gleichzeitiges Festhalten an revolutionären Zielen und reformistischer Praxis – auf die Kommunalpolitik zu übertragen. Für das Kommunalprogramm von Schleswig-Holstein, Lübeck und Lauenburg formulierte Kautsky die theoretische Einleitung wie folgt: „Die Gemeinde im kapitalistischen Staat kann nur wirken auf Grundlage der gegebenen Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse. Sie ist nicht imstande, für sich allein die bestehenden sozialen Gegensätze aufzuheben. Immerhin kann man in ihrem Rahmen auch heute schon dem moralischen und physischen Elend, das der Kapitalismus für die arbeitenden Volksmassen stets zu vermehren strebt, entgegenwirken und zur körperlichen und geistigen Wiedergeburt der Arbeiterklasse beitragen." [103] Damit versuchte Kautsky die Dialektik der Zielsetzungen aufrecht zu erhalten, doch stellt sich ganz klar heraus, daß der Gemeindepolitik im Vergleich zur Auffassung der Revisionisten nur eine relative Bedeutung zukam.

Kann man im Munizipalsozialismus ein einigendes Band zwischen rechtem Parteiflügel und der Parteimitte hinsichtlich politischer Direktiven in der Gemeindepolitik erkennen, so reicht dieses aber als Konzept für eine sich revolutionär nennende Parteimitte nicht aus. Wenn in einer sozialdemokratischen Flugschrift zu lesen war, daß die Sozialdemokratie „unentwegt

99 Carl Böhret, *Aktionen gegen die „kalte Sozialisierung" 1926-1930. Ein Beitrag zum Wirken ökonomischer Einflußverbände in der Weimarer Republik* (= Schriften zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Bd. 3), Berlin 1966.

100 *Parteitag der SPD 1902*, Berlin 1902, S.203 f.

101 Susanne Miller, *Das Problem der Freiheit* . . . , S.89; vgl. auch Joachim Drogmann, *Grundlagen*. . . , S.660. Erste praxisbezogene Forderungen in dieser Hinsicht finden sich in Offenbach im Jahre 1880. *Ebd.*

102 Z.B. Eduard Bernstein, *Die Berliner Arbeiterbewegung von 1800-1905*, 3 Bde, Berlin 1907-1910, Bd. 3, 2. Aufl., Berlin 1924, S. 236 ff.

103 Fanny Imle, *Das Kommunalprogramm für Schleswig-Holstein, Lübeck und Lauenburg*, in: *Die Neue Zeit*, Jg. 19 (1900/1901), Bd. 1, S.501.

ihren Zielen zustreben" wird, nämlich „der Ausgestaltung der Gemeinde zu einer wuchtigen Waffe im Befreiungskampf des Proletariats", [104] so bleibt dies im luftleeren Raum stehen, ohne eine weitere Konkretisierung dieser Aussagen über den angegebenen Befreiungskampf zu erfahren. Bezeichnenderweise erfolgt die Konkretisierung dagegen in reformistischem Sinn: „überall da, wo die Sozialdemokratie es zu einem gewissen Einfluß gebracht hat, war sie eifrig bestrebt, unbekümmert um ihre weitergehenden programmatischen Forderungen, auch innerhalb des Rahmens der kapitalistischen Wirtschaftsordnung der Gesamtheit zu nützen und vor allem die Lage der Arbeiterklasse zu heben". [105] Mit einigem Recht wird darauf hingewiesen, daß die kommunale Sozialpolitik durch das Engagement der Sozialdemokraten in den Gemeinden eine große Ausdehnung erfahren hat, [106] aber der Bezug zum „Befreiungskampf des Proletariats" wird nicht vermittelt.

Entsprechend der dargelegten Positionen hinsichtlich der Gemeindepolitik und den hitzigen Diskussionen über den Revisionismus im allgemeinen waren die Auseinandersetzungen der Parteiflügel um die Gemeindepolitik noch um die Jahrhundertwende von derart grundsätzlichem Charakter, daß die Ausarbeitung eines für die gesamte Partei verbindlichen Kommunalprogramms auf halbem Wege steckenblieb. In Sachsen bot gerade die theoretische Einleitung zum Kommunalprogramm Anlaß zu lebhaften Auseinandersetzungen, was schließlich dazu führte, daß man auf sie völlig verzichtete. Das Sächsische Kommunalprogramm wurde ein reines Aktionsprogramm. Zwar gelang auf dem Bremer Parteitag von 1904 die Annahme einer kommunalpolitischen Resolution [107] mit der Forderung nach demokratischen Wahlen, weitgehender Selbstverwaltung, unentgeltlicher Benutzung verschiedener kommunaler Institutionen sowie der Munizipalisierung bestimmter Betriebe, einer Verbesserung der Gemeindesteuergesetze und schließlich einer aktiven städtischen Arbeiterpolitik. Doch die damals beschlossene Ausarbeitung eines einheitlichen Kommunalprogramms wurde erst 23 Jahre später fertiggestellt. Lediglich für einige Länder und preußische Provinzen kamen Kommunalprogramme zustande. [108] Während also die Sozialdemokratie bei ihrer praktischen Tätigkeit auf dem Gebiet der Reichsgesetzgebung und in den Einzellandtagen relativ einheitlich und geschlossen nach außenhin vorging, ließ ihr „Verhalten in den verschiedenen Gemeindevertretungen oft

104 *Die Sozialdemokratie in den Gemeindevertretungen*, Berlin o. J., S.16.

105 *A.a.O.*, S.1.

106 Detaillierter bei Adelheid von Saldern, *Vom Einwohner . . .*, S.227 ff.

107 Die Resolution galt nach der Interpretation des kommunalpolitischen reformistischen Praktikers der Partei, des Nürnberger Reichstagsabgeordneten Dr. Albert Südekum nur als eine Art Vorwort zu jedem zukünftigen Gemeindeprogramm. *Parteitag der SPD 1904*, Berlin 1904, S.298. Die österreichische Sozialdemokratie hatte bereits im Jahre 1896 ein kommunalpolitisches Programm veröffentlicht.

108 Kommunalprogramme wurden ausgearbeitet für Sachsen, Bayern, Hessen-Nassau und Württemberg. 1891 verabschiedete der Parti ouvrier Français in Lyon ein Kommunalwahlprogramm, mit dem sie 1892 bei dem nach demokratischem Wahlrecht vonstatten gegangenen Gemeinderatswahlen Erfolg hatte. Damit schwenkte die Partei, beeindruckt von den deutschen Wahlerfolgen für den Reichstag, auf die deutsche Linie der intensiven Wahlbeteiligung ein. Hans Georg Lehmann, *Die Agrarfrage in der Theorie und Praxis der deutschen und internationalen Sozialdemokratie. Vom Marxismus zum Revisionismus und Bolschewismus*, Tübingen 1971, S.44. Eng mit der Kommunalfrage war im übrigen auch die Agrarfrage verknüpft, wie dies aus Lehmann, *a.a.O.*, zum Beispiel S.44 f, S.78 f, und S.226 zu entnehmen ist. Allgemein über die Gemeinde in Frankreich vgl. Hans Jäger, *Die Gemeinde in Frankreich. Grundzüge ihrer Geschichte, Verfassung und Verwaltung, Finanzen und Wirtschaft*, Stuttgart und Berlin 1941. Zum sächsischen Kommunalprogramm vgl. Fanny Imle, *Das Kommunalprogramm der sächsischen Sozialdemokratie*, in: *Sozialistische Monatshefte*, Jg. 6 (1900), S.94.

selbst in prinzipiellen Fragen kein planmäßiges, von bestimmten Gesichtspunkten ausgehendes Verhalten erkennen". 109

Bezeichnend für die Situation der deutschen Sozialdemokratie war, daß nur der rechte Flügel der Partei in wilhelminischer Zeit sich derart hinsichtlich einer kommunalpolitischen Theorie exponierte, während der sich allmählich erst herausbildende linke Flügel der Gemeinde grundsätzlich keine Bedeutung in seiner Theoriebildung zugestand und seine Bemühungen um die Revolutionierung der Massen durch Massenaktionen nicht mit der Kommune verband, etwa derart, daß gewisse kommunalpolitische Geschehnisse als exemplarische Lernprozesse aufbereitet worden wären und Massenaktionen motiviert hätten. Die Abstinenz auf diesem Gebiet verwundert zunächst insofern, als Rosa Luxemburg und mit ihr der linke Flügel der Partei sich gedanklich gerade auf den sozialen Lerncharakter der Massenaktion konzentriert hatten, der nach ihrer Meinung das zu einer Revolution nötige Klassenkampfbewußtsein entstehen lasse, vorausgesetzt, daß die ökonomischen Verhältnisse den nötigen Reifegrad aufweisen würden. 110 Für Rosa Luxemburg wurde das Klassenkampfbewußtsein vor allen Dingen durch Reibungen im Kontakt mit der Gesellschaft gefördert, wie solche bei der gewerkschaftlichen und politischen Arbeit entstehen. 111 Sie wandte jedoch wenig Gedanken für die Frage auf, ob nicht die Reibungsmöglichkeiten selbst nach ihren diversen Motivationen und verschiedenartigen Wirkungen analysiert und systematisiert werden müßten. 112

109 Diese Aussage von Paul Hirsch behielt auch noch nach 1904 – wenn auch eingeschränkt – ihre Richtigkeit, obwohl sie um die Jahrhundertwende gemacht wurde. In: *Die Neue Zeit,* Jg. 19 (1900/1901), Bd. 1, S.165. Gemeint war zum Beispiel die Grund- und Bodenpolitik der Gemeinden. Allerdings wurde diese Aufgabe ungemein erschwert durch die Verschiedenartigkeit der kommunalen Probleme in den einzelnen Stadttypen. Im übrigen war im Vergleich zu den 90er Jahren manches besser geworden. Damals gab es, wenn überhaupt, nur für einzelne Städte Kommunalprogramme, die anläßlich der Wahlen aufgestellt wurden. Die darin enthaltenen Forderungen waren oft gänzlich unbestimmt gehalten und ohne jegliche innere Ordnung aneinandergereiht. Um das Problem zu verdeutlichen, sei noch kurz auf die Wohnungspolitik hingewiesen. Zweifelsohne erkannten alle an, daß die Sozialdemokratische Partei mithelfen müßte, die Wohnungsnot durch den Bau neuer preiswerter Wohnungen zu lindern, auch wenn man glaubte, daß dieses Problem innerhalb des kapitalistischen Systems nie gelöst werden könne. Was sollte man aber davon halten, wenn die Mitglieder der Bau- und Wohngenossenschaften, die in den Besitz solcher Wohnungen kamen, für keine Lohnbewegung, geschweige denn für einen politischen Kampf zu gewinnen waren –. Sollte man also lieber die Sache treiben lassen? Die Folge solcher Überlegungen war eine große Unsicherheit allerorten, die wiederum Passivität sowohl seitens der Gewerkschaften als auch seitens der Partei bewirkte, beispielsweise im Hinblick auf eine potentielle Selbsthilfe. Erst nach 1918 änderte sich dies: Die Gewerkschaften gründeten eigene Baugenossenschaften.

110 Rosa Luxemburg verlangte allerdings eine gedankliche Auseinandersetzung mit dem Mechanismus der Massenstreiks. Vgl. Wilfried Gottschalch, *Geschichte der sozialen Ideen in Deutschland,* S.185. Die Möglichkeiten, die evtl. durch eine Konfrontation mit der Gemeindepolitik gegeben waren, wurden nicht analysiert.

111 Peter Nettl, *Rosa Luxemburg,* Köln und Berlin 1965, S.167. Auch die Reformarbeit betrachtete sie vorwiegend im Hinblick darauf, wie diese auf das Bewußtsein der Arbeiter wirkte.

112 *A.a.O.,* S.183. Zum Beispiel gab das preußische Wahlrecht eine weit verbreitete Motivation für Massenaktionen ab, wie die zahlreichen Demonstrationen in dieser Angelegenheit zeigen. Doch gerade an diesem Beispiel wird die Problematik der Reibungs- und Aktionstheorie von Rosa Luxemburg deutlich, die darin besteht, unter welchen Umständen und unter welchen Voraussetzungen aus der Kampfbereitschaft für Demokratie und soziale Reform sozialistische Revolutionäre werden könnten. Bezeichnenderweise sind auch der Revisionist Eduard Bernstein und der Reformist Ludwig Frank für die Waffe des Massenstreiks zur Erreichung politischer Zwecke eingetreten, aber sie wollten im Unterschied zu Rosa Luxemburg Motivation und Ziel begrenzen –. Es sollte beispielsweise das gleiche Wahlrecht in Preußen erobert, aber es sollte nicht die Revolutionierung der Massen bezweckt werden. Über die Mängel in der Konzeption des linken Parteiflügels vgl. auch Hansgeorg Conert, *Die politischen Grundrichtungen innerhalb der deutschen Sozialdemokratie vor dem Ersten Weltkrieg* (= Richtungskämpfe in der SPD, H. 1), Offenbach o. J., S.100 f., und Hans Manfred Bock,

Der eigentliche Grund lag wohl in ihrer Spontaneitätstheorie. Die Massenaktionen entstanden – so Rosa Luxemburg – „meistens spontan, jedesmal aus spezifischen *lokalen, zufälligen* Anlässen, ohne Plan und Absicht und wuchsen mit elementarer Macht zu großen Bewegungen an, wobei sie nicht einen geordneten Rückzug antraten, sondern sich bald in ökonomischen Kampf verwandelten, bald in Straßenkampf, bald fielen sie von selbst zusammen".[113] Eigendynamik und Spontaneität sind demnach für Rosa Luxemburg die entscheidenden Elemente des Massenstreiks. So ist erklärbar, warum sie auch die Gemeinde für ihre Strategie nicht einspannte, und warum sie die wichtige Funktion, die Marx der Kommune als Revolutionsorgan während einer Revolution beimaß, nicht auf das Vorbereitungsstadium einer solchen Revolution transponierte. – Auch die Ereignisse in England wurden nicht ausgewertet: Gemeint ist zum Beispiel das Datum des 13. November 1887, der Tag, an dem die radikalen Arbeiterclubs einer Stadt (London) – und nicht die sozialistischen Organisationen – große Demonstrationen gegen die Massenarbeitslosigkeit organisiert hatten.[114]
Die linken Gruppen der Sozialdemokratischen Partei zeigten nicht nur in der Theorie, sondern auch in der Praxis Desinteresse an der Kommunalpolitik. Letzteres läßt sich besonders deutlich am Beispiel der Bremer Sozialdemokraten aufzeigen. Dort hatte nämlich der linke Flügel der Partei die Mehrheit und bestimmte demzufolge das Handeln des Ortsvereins. Aber der Kommunalpolitik schenkte er wenig Aufmerksamkeit und überließ diese der Minderheitsgruppe der Reformisten.[115] Für die mehr geplanten als ausgeführten außerparlamentarischen Massenaktionen spielte die Gemeinde eben nur die Rolle einer sozialen Raumeinheit, ihr fiel aber keine tragende Funktion in diesem revolutionsstrategischen Konzept zu. Geht man davon aus, daß für die Entwicklung der Arbeiterbewegung und für die Entwicklung des Klassen- und Kampfbewußtseins die Selbsterfahrung und die Vermittlung eines Erfahrungszusammenhanges wesentlich ist,[116] so hätte es nahegelegen, neben den Betrieben den Gemeinden besondere Bedeutung zuzusprechen, trotz des prinzipiellen Einwands, daß es sich bei Gemeindeangelegenheiten immer nur um begrenzte Konfliktstoffe handele.

5. Die kommunalpolitische Praxis der SPD in wilhelminischer Zeit und ihre Bedeutung für die Partei

Zwar wurde in den vorhergegangenen Abschnitten schon hin und wieder die kommunalpolitische Praxis der Sozialdemokraten im Deutschen Kaiserreich anvisiert, doch ist es notwendig, einige Aspekte sozialdemokratischer Kommunalpolitik noch einmal im Zusammenhang darzustellen. Zunächst einmal stellt sich als ein relativ gesichertes Ergebnis heraus, daß der

Syndikalismus und Linkskommunismus von 1918 bis 1923. Zur Geschichte und Soziologie der Freien Arbeiter-Union Deutschlands (Syndikalisten), der Allgemeinen Arbeiter-Union Deutschlands und der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands, Meisenheim 1969, S.46. Dort auch über den Organisationsbegriff von Pannekoek, S.49 ff.

113 Rosa Luxemburg, *Massenstreik, Partei und Gewerkschaften*, in: dies., *Gesammelte Werke*, 5 Bde, 3. Aufl., Berlin 1974, Bd. 1, T. 2, S.125 f. (Gesperrt gedruckte Textstellen von mir).

114 Bo Gustafsson, *Marxismus und Revisionismus. Eduard Bernsteins Kritik des Marxismus und ihre ideengeschichtlichen Voraussetzungen* (= Kritische Studien zur Politikwissenschaft), Frankfurt/M. 1972, S.149.

115 Vgl. Karl-Ernst Moring, *Reformismus und Radikalismus* . . . , passim, bes. S.166 f.

116 Vgl. dazu Oskar Negt und Alexander Kluge, *Öffentlichkeit und Erfahrung. Zur Organisationsanalyse von bürgerlicher und proletarischer Öffentlichkeit*, Frankfurt/M. 1972, bes. S.332 f. Allerdings gibt es noch keine Theorie des Konstitutionsprozesses von Arbeiterbewußtsein. Vgl. die Bemerkung von Gerhard Beier in seinem Bericht: *Probleme der Gewerkschaftsforschung.* Kolloquium aus Anlaß des 50. Jahrestages der Eröffnung des Instituts für Sozialforschung, in: *IWK*, Jg. 11 (1975), H. 1, S.130.

Reformismus schon relativ früh großes Terrain bei den zahlenmäßig allerdings noch geringen kommunalpolitisch engagierten sozialdemokratischen Ortsvereinen in den vorangegangenen Jahren gewonnen hatte, – ja die Tätigkeit in den Gemeinden erwies sich als eine der großen Einbruchstellen für den Reformismus in der Partei. [117] Fülberth konkretisiert dies: „Die sozialdemokratischen Gemeindevertreter und Arbeitersekretäre, die lokal arbeitenden Gewerkschafter und die Abgeordneten der süddeutschen Landtage gerieten eher als die Redakteure der zentralen Organe und die Mitglieder des Parteivorstandes in Situationen, in denen sie Augenblicksvorteile allgemeineren Prinzipien vorziehen mochten; sie agitierten zugleich oft in einer Umgebung, in der erste Erfolge nur durch verbale Zugeständnisse erreichbar schienen". [118]

In den meisten Fällen resultierte die kommunalpolitische Arbeit der SPD dabei nicht aus „Theorien über die idealtypische sozialistische Gemeinde", sondern eben in reformistischer kommunalpolitischer Kleinarbeit. [119] Ein sozialdemokratischer Stadtverordneter sagte einmal: „Wer als Sozialdemokrat in eine Gemeindevertretung gewählt ist, muß seine himmelstürmenden Ideale vorerst zurückstecken und sich im Gefühl einer gewissen Enttäuschung zunächst mit praktischen Dingen befassen, die vielen Genossen, allerdings mit Unrecht, als unwichtig erscheinen." [120] Neben den Gemeindevertretungen gab es noch andere, teils staatliche, teils kommunale Einrichtungen in den Gemeinden, in denen eine Mitarbeit von Sozialdemokraten und Gewerkschaftern möglich war oder zur Diskussion stand. Genannt werden müssen hier die Ortskrankenkassen, die Gewerbegerichte und Einigungsämter, die Mithilfe bei amtlichen Erhebungen, bei Fabrik- und Gewerbeinspektionen sowie in den diversen städtischen Kommissionen. Städtische Kommissionen waren entweder allgemeine „soziale Kommissionen",oder diese waren in spezielle Kommissionen und Einrichtungen unterteilt. In diesem Zusammenhang sind zu nennen: die Armenkommissionen, die Arbeitsnachweisstellen, die Arbeitslosenkommissionen, die Wohnungsbaukommissionen, die Gesundheitskommissionen, die Bauarbeitsschutzkommissionen etc. Eine Sonderstellung nahmen stets die Schulvorstände und Schuldeputationen ein. [121] Die Arbeit in der Gemeinde bedeutete für die meisten sozialdemokratischen Parteimitglieder eine gewollte oder ungewollte Integrierung in den bestehenden Staat und ließ die Gemeinde nicht zum Hebel für einen Umsturz werden. [122] De facto interessierten sich nicht die revolutionären Marxisten, sondern die Reformisten in der Partei für die „soziale Mission" der Gemeinden. Infolgedessen muß von einem stark aus-

117 Vgl. Robert Brunhuber, *Die heutige Sozialdemokratie,* Jena 1906, S.160.

118 Georg Fülberth, *Proletarische Partei und bürgerliche Literatur. Auseinandersetzungen in der deutschen Sozialdemokratie der II. Internationale über Möglichkeiten und Grenzen einer sozialistischen Literaturpolitik* (= Sammlung Luchterhand, Bd. 60), Neuwied 1972, S.34. Fülberth betont allerdings auch, daß diese gleichen Sozialdemokraten es waren, die politisches Klassenbewußtsein bei Massen von Arbeitern weckten. *A.a.O.,* S.35. Vgl. auch Georg Fülberth, *Zur Genese des Revisionismus in der deutschen Sozialdemokratie vor 1914,* in: *Das Argument,* Bd. 63 (1971), H. 1, S.1-22, sowie Georg Fülberth und Jürgen Harrer, *Die deutsche Sozialdemokratie 1890-1933* (= Arbeiterbewegung und SPD, Bd. 1), Darmstadt und Neuwied 1974, bes. S.57 ff.

119 Frauke Bey-Heard, *Hauptstadt und Staatsumwälzung Berlin 1919* (= Schriftenreihe des Vereins für Kommunalwissenschaften e. V., Berlin, Bd. 27), Stuttgart etc. 1969, S.64.

120 Stadtverordneter Gerstenberg-Weißensee, *Protokoll über die Verhandlungen der Konferenz der sozialdemokratischen Gemeindevertreter der Provinz Brandenburg,* Berlin 1899, S.11.

121 Ausführlich darüber Adelheid von Saldern, *Vom Einwohner . . . ,* S.227-311.

122 Auch die Herausbildung einer kommunalen Sozialpolitik erleichterte den Zugang vieler Sozialdemokraten zur Gemeindepolitik.

geprägten Wechselverhältnis zwischen Reformismus und sozialdemokratischer Gemeindearbeit gesprochen werden.

Wenn davon die Rede war, daß sich die SPD unzureichend lange Zeit um die Gemeinde gekümmert habe, so widerlegt dies m. E. nicht die Behauptung, daß wir es hier mit einem wichtigen Faktor für die Entstehung des Reformismus zu tun haben. Denn nachweisbar ist, daß gerade gegen Ende der 90er Jahre in immer zahlreicheren Gemeinden Sozialdemokraten in die Lokalparlamente gelangten und hier eine zunächst von der Partei wenig beachtete praktische Reformtätigkeit entfalteten. Dies gilt vor allem für Süddeutschland. [123] Von was aber hing es ab, ob ein sozialdemokratischer Ortsverein sich viel oder wenig mit Kommunalpolitik beschäftigte, vom Wahlrecht, von der Größe des Ortes, von der Struktur der Region, von einzelnen Persönlichkeiten, von der am Orte vertretenen Parteirichtung, von den Direktiven der Landes- bzw. der Provinzialpartei? Eine empirisch sichere Antwort ist bislang aufgrund der Forschungslücken noch nicht möglich. Nach dem heutigen Wissensstand war die kommunalpolitische Parteiaktivität anscheinend stärker in großen Städten als in mittleren oder gar in Landgemeinden, stärker im Süden als im Norden und stärker im Westen als im Osten Deutschlands. Ein kommunalpolitisches Interesse war häufiger in industrialisierten als in agrarischen

123 Peter Gilg, *Zur Erneuerung* . . . , S.170. Gerhard A. Ritter, *Die Arbeiterbewegung* . . . , S.41 und S.211. Zum Thema *Kommunalpolitik und Reformismus* erscheint in Kürze ein Aufsatz der Verf., in dem diese Aussagen selbst wieder kritisch hinterfragt wurden. Das Ergebnis dieser jüngsten Analyse zeigt, daß – was die kommunale Ebene anlangt – kommunalpolitische Betätigung allein als Erklärungsansatz nicht ausreicht, daß vielmehr dabei auch die Gemeinde als Lebens- und Aktionsraum mit ins Blickfeld kommen muß. – Es ist hier kein Raum, um auf die umfangreiche Literatur zum Revisionismus und Reformismus hinzuweisen. Beachtenswert ist der Ansatz, den Reformismus aus den bürgerlichen Verkehrs- und Organisationsformen zu erklären und ihn unter dem Aspekt der Erfolgsmöglichkeiten entsprechend der historischen Entwicklungsphase des Kapitalismus zu analysieren. Vgl. dazu: Bernhard Blanke, Ulrich Jürgens und Hans Kastendiek, *Zur neueren Diskussion über die Analyse von Form und Funktion des bürgerlichen Staates – Überlegungen zum Verhältnis von Politik und Ökonomie,* in: *Probleme des Klassenkampfes,* H.14/15 (1974), S.51-102; Paul Mattick, *Spontaneität und Organisation. Vier Versuche über praktische und theoretische Probleme der Arbeiterbewegung,* Frankfurt/M. 1975, S.85; Rainer Emenlauer, *Zum Praxisbezug* . . . , S.29 f. – Helmut Korte, *Vom Unsinn in der SPD einen marxistischen Flügel aufbauen zu wollen,* in: *Jungsozialisten,* Nr. 7-9, Wunsdorf 1974. Korte begreift den Reformismus als einen „umfassenden Lebenszusammenhang . . . ; als ein soziales Verhältnis zwischen den Organisationen der Arbeiterklasse und der Klasse selbst", als ein „Vermittlungssystem" zwischen Lohnarbeit und Kapital, „das im Rahmen liberaler Verfassungen überall gegen Ende des 19. Jahrhunderts aus den Abwehrkämpfen der Arbeiter gegen ihre Verelendung hervorgeht". *A.a.O.,* S.18, wobei es allerdings m. E. fraglich bleibt, ob die hauptsächliche soziale Trägerschaft des Reformismus allein in der Gewerkschafts-, Sozial- und Parteibürokratie zu suchen ist. *A.a.O.,* S.18 f. Vgl. dazu auch Bo Gustafsson, *Marxismus* . . . , passim, der den Revisionismus untersucht. Hinsichtlich der Frage der sozialen Trägerschaft ist der Ansatz vielversprechend, der den allgemeinen gesellschaftlichen Zusammenhang von Sozialreformismus und bürgerlicher Gesellschaft (vor allem während der Phasen des Sozialliberalismus) verbindet mit Aussagen über den dadurch bedingten individuellen und sozialen Erfahrungsprozeß der Arbeiterklasse. Hierzu siehe besonders das Buch von Oskar Negt und Alexander Kluge, *Öffentlichkeit* . . . , bes. S.335 ff, wo, auf Lenin bezugnehmend, zum Ausdruck gebracht wird, daß, solange den Massen reformistische Lösungen ihrer Probleme als Möglichkeiten erscheinen, sie diese den mit Risiken behafteten revolutionären Lösungen auch vorziehen werden. *A.a.O.,* S.336. Über den Zusammenhang von Parteiorganisationen und Reformismus siehe noch immer Helmut Wagner, *Organisation und Klasse,* in: *Die Organisation im Klassenkampf,* Neuaufl., Frankfurt/M. 1967, bes. S.87, S.97 und S.110. Allerdings berührt die Kernaussage, wonach es immer die „Organisationsform des Klassengegners" sei, die der Arbeiterschaft die Formen ihrer Organisierung vorschreibe, nur indirekt und nur bedingt unser Thema, letzteres insofern, als die Gemeinde mehr ist als eine „bürgerliche" Organisationseinheit.

Gebieten anzutreffen, ebenso in Gebieten mit Klassenwahlrecht mehr als mit Bürgerwahlrecht. Schließlich war wohl von Einfluß, welcher Parteirichtung der Ortsverein und evtl. sogar der Provinzial- bzw. Landesverband angehörten. [124]

Ungeachtet der Zurückhaltung in der Programmatik begann die Parteizentrale nach der Jahrhundertwende, die sozialdemokratische Kommunalpolitik systematisch zu fördern. Zeitschriften, Abhandlungen, Konferenzen, Schulungskurse dienten diesem Zweck. Ab 1906 erschien die Zeitschrift „Kommunale Praxis", [125] außerdem wurde seit 1906 vom Parteivorstand eine Schriftenreihe mit kommunalpolitischen Themen unter dem Sammeltitel „Sozialdemokratische Gemeindepolitik" herausgegeben. Zusammen mit linksliberalen Kommunalpolitikern erschien ferner das „Kommunale Jahrbuch". [126] Verschiedentlich wurden Konferenzen der sozialdemokratischen Gemeindevertretungen abgehalten, um dort einige Probleme zu erörtern, was um so wichtiger war, als nach eigenem Zugeständnis die sozialdemokratischen Gemeindevertreter nicht immer ihrer verantwortungsvollen Aufgabe gewachsen waren. Seit 1907 gab der Parteivorstand alljährlich dem Parteitag bekannt, wie groß die Anzahl der sozialdemokratischen Gemeindevertreter sei. Bezeichnend für den Umschwung in der Parteizentrale ist auch die Tatsache, daß in der Parteischule das Fach Kommunalpolitik Aufnahme fand. Doch die Bemühungen um Schulung der sozialdemokratischen Gemeindevertreter waren nicht ausreichend, [127] ja es gelang der Parteizentrale, den Landes- und Provinzialparteiorganen nicht einmal, bei allen sozialdemokratischen Ortsvereinen das nötige Interesse für die Kommunalpolitik zu wecken, insbesondere dann, wenn das eingeschränkte Kommunalwahlrecht auf die Parteimitglieder frustrierend wirkte. Schließlich wurde sogar im Jahre 1912 ein Sekretariat für Kommunalpolitik im Parteivorstand geschaffen. [128]

Erst für die Endphase der wilhelminischen Zeit können wir konstatieren, daß das kommunalpolitische Interesse der Partei weit verbreitet war. Allein in der Zeit von 1909 bis 1913 verdoppelte sich sprunghaft die Zahl der sozialdemokratischen Gemeindevertreter in Deutschland und erreichte fast die Zahl 12 000. [129] Jetzt spätestens zeigte es sich aber auch, daß die Gemeinde nicht jener unpolitische Raum war, für den ihn die bürgerliche städtische Honoratiorenideologie nur allzu gerne gehalten hatte, um bewußt oder unbewußt ihre eigenen Machtpositionen und ihre eigene Interessenpolitik zu sichern. Doch diese eindrucksvollen Zahlen kommunalen Parteilebens in den Städten waren zum Teil jungen Datums,und sie be-

124 Dies ist das vorläufige Ergebnis meiner Studien zu diesem Thema. Vgl. Adelheid von Saldern, *Vom Einwohner* . . . , passim.

125 Hrsg. von Albert Südekum.

126 Hrsg. von Albert Südekum und Hugo Lindemann. Linksliberale Mitarbeiter waren z.B. der Stadtrat Karl Flesch aus Frankfurt/M., Elisabeth Altmann-Gottheiner, Mannheim, und der damalige Syndikus Luppe aus Frankfurt/M. In den anderen sozialdemokratischen Zeitschriften wie *Die Neue Zeit* und die *Sozialistische Monatshefte* wurden ebenfalls kommunale Probleme erörtert und die kommunalpolitische Kommunikation zwischen den sozialdemokratischen Gemeindevertretern der verschiedenen Städte gefördert. Auch die Mitglieder des Parteivorstandes berichteten über Gemeindewahlen stets kurz auf den Parteitagen.

127 Bezeichnend war die Tatsache, daß laut Jahresbericht der Parteischule für 1909/10 von 320 Unterrichtsstunden auf das Fach Kommunalpolitik am allerwenigsten, nämlich nur 12, fielen. *Parteitag der SPD 1910*, Berlin 1910, S.58.

128 1899 wurde bereits eine kommunalpolitische Zentralstelle in der Partei errichtet. Die Leitung übernahm Hugo Lindemann.

129 Joachim Drogmann, *Grundlagen* . . . , S.998. 1908/9 gab es 274 sozialdemokratische Gemeindebeamte in Deutschland.

zogen sich trotz ihrer beachtenswerten absoluten Größe nur auf einen Teil der sozialdemokratischen Ortsvereine. Viele sozialdemokratische Basisgruppen standen auch in dieser Zeit noch der Kommunalpolitik relativ beziehungslos gegenüber und beschäftigten sich nahezu ausschließlich mit der Organisation, der Agitation und den Fragen der großen Politik. Dem Immobilismus auf Reichsebene entsprach ein Immobilismus auf Kommunalebene. Der Delegierte Lange aus Leipzig erklärte noch auf dem Parteitag von 1904: „Wir müssen uns nur bewußt sein, daß die Hauptsache ist, daß sich die Lokalorganisationen mehr als bisher um die Kommunalpolitik kümmern. Das ist wichtiger als alle Programme." [130] Einige Beispiele seien genannt. So trat im württembergischen Oberamt Tettwang noch im Jahre 1907 die Sozialdemokratische Partei bei den Gemeindewahlen nirgends hervor, auch nicht in Friedrichshafen. [131] In Hamburg waren die 1906 abgehaltenen Parteiversammlungen, die sich mit der Verschlechterung des Wahlrechts befaßten, trotz der großen Bedeutung dieses Verhandlungsgegenstandes,nicht gut besucht. [132] In Ostpreußen standen ebenfalls noch 1906 die Sozialdemokraten der Kommunalpolitik teilnahmslos gegenüber. [133] Die Annahme, daß dieses Desinteresse nicht auf einzelne Gegenden beschränkt, sondern weit verbreitet war, wird bestätigt durch die Tatsache, daß die Wahlbeteiligung selbst in den regsamen rheinischen Städten nur 50 Prozent und weniger der Wahlberechtigten betragen hat. [134] Die beeindruckenden absoluten Zahlen der sozialdemokratischen Gemeindevertreter müssen also kritisch dahingehend durchleuchtet werden, inwieweit sie den kommunalpolitischen Immobilismus großer Teile der SPD verdecken.

6. Die Bedeutung der Gemeinden im sozialdemokratischen Parteiaufbau vor 1914

Dieses Thema, bezogen auf eine angehende Massenpartei, in deren Selbsteinschätzung der bestehende Staat rigoros bekämpft werden mußte, kann nur unter Einbeziehung weiterer Perspektiven sinnvoll untersucht werden. [135] Genannt seien hier einerseits die für die Parteigeschichte herausgearbeiteten Strukturen wie Zentralisierung im allgemeinen, Hierarchisierung und Verbeamtung, andererseits Fragen wie zum Beispiel die nach den Wechselwirkungen, die zwischen dem Aufbau der Parteiorganisation und dem immer stärkeren Vordringen des Reformismus in der Partei bestanden. Im folgenden kann allerdings nur ein Bereich dieses umfassenden Komplexes herausgegriffen werden: die Stellung, die den lokalen Organisationen in den Organisationsstatuten eingeräumt wurde, wobei vorausgeschickt werden muß, daß zwischen den statuarischen Bestimmungen und den realen Machtverhältnissen oftmals Diskrepanzen zu vermuten sind, was indessen erst durch intensive Detailstudien geklärt werden kann.

130 *Parteitag der SPD 1904*, Berlin 1904, S.296.
131 Staatsarchiv Ludwigsburg E 180/443.
132 Johannes Schult, *Geschichte der Hamburger Arbeiter* . . . , S.72.
133 *Kommunale Praxis*, Jg. 1 (1906), Nr. 39/40, S.947.
134 Helmuth Croon, *Die Gesellschaftlichen Auswirkungen* . . . , S.37.
135 Grundsätzlich zur Organisationsfrage vgl. Georg Lukács, *Methodisches zur Organisationsfrage*, in: ders., *Werke*, Bd. 2, Berlin und Neuwied 1968; Robert Michels, *Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie. Untersuchungen über die oligarchischen Tendenzen des Gruppenlebens*, Neudruck der 2. Aufl., Stuttgart 1970; Oskar Negt und Alexander Kluge, *Öffentlichkeit* . . . , passim.

Seit der Gründung der Arbeiterparteien spielten die Gemeinden als organisatorische Einheit eine wichtige Rolle; am wenigsten noch beim Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein. Die lokalen Vereine des ADAV waren infolge des starken Zentralismus der Partei nicht viel mehr als rechnerische Grundgrößen – der Verein hatte offiziell gar keine Zweigvereine. „Da die Mitglieder an einem Ort nur einen Teil des Vereins bilden, so können sie folgerichtig keine selbständigen, gültigen Beschlüsse für den Verein fassen und für ihren speziellen Ort solche nur, insoweit sie äußerliche, lokale Angelegenheiten betreffen." [136] Im Unterschied zum ADAV war die Sozialdemokratische Arbeiterpartei viel dezentralistischer aufgebaut. Die Ortsvereine hatten größere Entscheidungs- und Handlungsspielräume. Dies ging so weit, daß die lokalen Vereine im Grunde die tragenden Stützen der jungen Partei waren. [137] Vertrauensmänner stellten die Verbindung zur Zentrale her. [138] Der Zusammenschluß der beiden Parteien im Jahre 1875 brachte entsprechend den Wünschen des ADAV eine stärkere Zentralisierung mit sich, wenngleich das Statut es den Mitgliedern überließ, wie sie sich entsprechend den „örtlichen Verhältnissen und Bedürfnissen" zu organisieren wünschten. [139] Dementsprechend entstanden sowohl Sozialdemokratische Vereine, Arbeiterwahl- oder Volksvereine wie auch Arbeiterwahlkomitees, die von Volksversammlungen bestätigt wurden. [140]

Das Sozialistengesetz hatte auf die lokalen Organisationen eine ambivalente Wirkung: Einerseits kam den lokalen Organisationen insofern größere Bedeutung zu, als jegliche überlokale Organisation verboten wurde. (Freilich konnte die lokale Parteitätigkeit meist nur in Form von Tarnorganisationen ausgeübt werden. Die Verbindung zu sozialdemokratischen Organisationen in anderen Städten geschah, wenn überhaupt, dann nur über bestimmte Einzelpersonen.) Andererseits aber wurde die Bedeutung der Gemeinden als entscheidende untere Organisationseinheit ausgehöhlt durch die Tatsache, daß von Gesetzes wegen allein eine Agitation anläßlich der Wahlen möglich war, wodurch der Wahlkreis als „sinnvolle" Organisationseinheit deutlicher als früher in Erscheinung trat. Diese als Schwebezustand zu kennzeichnenden Organisationsverhältnisse in bezug auf lokale Parteiorganisationen und Reichstagswahlkreisorganisationen dauerten auch nach der Aufhebung des Sozialistengesetzes im Jahre 1890 an: Das erste Organisationsstatut von 1890 traf über die örtlichen Organisationen keine Bestimmungen, wodurch den regional unterschiedlichen Gepflogenheiten der Polizei und den einzelstaatlichen Vereinsgesetzen Rechnung getragen werden sollte. [141] Immerhin erscheint der Reichstagswahlkreis hier aber schon offiziell im Statut, insofern es dort heißt, „die Parteigenossen in den einzelnen Reichstagswahlkreisen wählen ... einen oder mehrere Vertrauensmänner". [142]

Die Frage, ob die lokale Organisation oder der Reichstagswahlkreis die Grundlage der Partei sein sollte, stellte sich aber nicht als ein prinzipielles Problem, auch nicht in der Folgezeit. Beide organisatorischen Einheiten existierten in dieser Übergangszeit „gleichberechtigt" neben-

136 *Handbuch der Sozialdemokratischen Parteitage, Bd. 1, 1863-1909*, bearb. von Wilhelm Schröder, München 1910, S.354.

137 Heinrich Laufenberg, *Geschichte der Arbeiterbewegung in Hamburg, Altona und Umgegend*, Bd. 1, Hamburg 1911, S.393.

138 Thomas Nipperdey, *Die Organisation* ..., S.302. Über den örtlichen Parteibetrieb siehe die Hinweise in: *ebd.*

139 *Handbuch* ..., Bd. 1, S.362.

140 Thomas Nipperdey, *Die Organisation* ..., S.305.

141 *A.a.O.*, S.319.

142 *Handbuch* ..., Bd. 1, S.363.

einander. [143] Das Hauptproblem war damals die Durchsetzung einer zentralen Organisationsform überhaupt,und es kam vor allem darauf an, eine kontinuierliche und intensive Verbindung von unteren Parteieinheiten zur Zentrale aufzubauen, sei es durch Berichte der Vertrauensmänner oder schon durch die neuen Vorstände der offiziellen Parteivereine in den Städten bzw. Wahlkreisen. Bekanntlich bestand ja noch das ältere Organisationsprinzip des Vertrauensmännersystems zunächst weiter, [144] so daß auch in diesem Bereich von einem Schwebezustand oder einer zweigleisigen Organisationsform auf unterer Ebene gesprochen werden kann. Die Einführung des Vertrauensmännersystems war ursprünglich eine Reaktion auf die bestehenden repressiven Vereinsgesetze, speziell auf das Verbindungsverbot der politischen Vereine untereinander, das besagte, daß ein lokaler politischer Verein keine Verbindung mit einem politischen Verein in einer anderen Stadt aufnehmen durfte. Dadurch war der Aufbau einer interlokalen und überregionalen Parteiorganisation unmöglich gemacht. Um trotzdem ein Minimum an Kommunikation und Organisation aufzubauen, wurde eben das Vertrauensmännersystem geschaffen. Dieses auf der Basis von Personen und nicht von Institutionen beruhende Verbindungssystem zwischen den örtlichen Parteiorganisationen untereinander und der Zentrale wurde auch nach der Aufhebung dieses Verbindungsverbotes 1899/1900 beibehalten. Im Organisationsstatut von 1900 wurde das Vertrauensmännersystem noch nicht untersagt. Ignaz Auer, der das Hauptreferat zu dieser Frage auf dem Parteitag von 1900 hielt, stellte in bezug auf die lokale Organisationsform die Delegierten vor die Entscheidung: „Zentralisation, gestützt auf Lokalvereine oder Beibehaltung der losen Form der Organisation durch Vertrauensmänner". Man hatte sich zum Kompromiß entschlossen, der in der Doppelgleisigkeit bestand. [145]

Interessant ist hierbei die gedanklich enge Verbindung von Lokalvereinen und Zentralisation, wobei hinsichtlich der Bezeichnung Lokalverein die Betonung dem damaligen Verständnis entsprechend auf dem zweiten Teil des Wortes liegen muß, d.h. daß nach damaliger Auffassung anscheinend eine dezentralisierte Organisationsform auf der Basis von Lokalvereinen gar nicht (mehr) zur Diskussion stand. Kann daraus geschlossen werden, daß diejenigen, die mit den Zentralisationstendenzen der Partei unzufrieden waren, an der Aufrechterhaltung des Vertrauensmännersystem interessiert waren, weil sie darin eine Chance sahen, den Ortsvereinen ihre Selbständigkeit zu belassen, ohne gegen die allgemeine Überzeugung von der Notwendigkeit größerer Zentralisation der Parteiorganisation Sturm laufen zu müssen? Solange Vertrauensmänner vorhanden waren, konnten die Zentralisierungsabsichten seitens der oberen Parteiorgane von diesen abgefangen und ihnen nach Ermessen stattgegeben werden. Jede institutionelle Festlegung mußte nach Lage der Dinge diesen Spielraum verkleinern. Diese These könnte erhärtet werden, falls es sich herausstellt, daß die Vertrauensmänner um 1900 eng mit den Wahlkreisorganisationen – den sogenannten Wahlkreiskonferenzen – verbunden waren, wie dies z.B. für den Göttinger Raum nachgewiesen werden konnte. Die Schwäche der Wahlkreisorganisation übertrug sich dort auf die Position des Vertrauensmannes und umgekehrt, währenddessen die Selbständigkeit der lokalen Parteivereine ungestört aufgebaut bzw. gewahrt werden konnte. In Göttingen jedenfalls legten die Sozialdemokraten keinen Wert darauf, die Machtstellung der Ortsvereine freiwillig durch den Ausbau der

143 So z.B. das Organisationsstatut von 1900, (§ 3), wo es heißt: Die Parteigenossen wählen den Vertrauensmann in den „einzelnen Orten oder Reichstagswahlkreisen". *Handbuch* . . . , Bd. 1, S.370.

144 Näheres vgl. Thomas Nipperdey, *Die Organisation* . . . , S.316 ff.

145 *Parteitag der SPD 1900*, Berlin 1900, S.136.

Wahlkreisorganisation einzuschränken. [146] Andererseits hatte man auch nichts gegen das Fortbestehen des Vertrauensmännersystems einzuwenden. Und dies dürfte kein Einzelfall gewesen sein, da bekannt ist, daß sich die Abwendung vom Vertrauensmännersystem in Deutschland nur sehr zögernd vollzogen hat. Sollte sich also die genannte These verifizieren lassen, dann lag das eigentliche Problem in der Zeit vor 1905 nicht in der Frage Vereinsgründung oder Vertrauensmännersystem, sondern in der Frage, ob die Ortsvereine oder die Wahlkreiskonferenzen die zukünftigen Machtträger auf unterer Organisationsebene sein sollten.

Das neue Organisationsstatut von 1905 schlug nun die entscheidende Bresche und beendete den Schwebezustand. Die vom Parteitag von 1904 eingesetzte Kommission berichtete auf dem Parteitag von 1905: „Die Mehrheit entschied, daß der Verein für den Reichstagswahlkreis die Grundlage bilden solle." [147] Der Hauptreferent Vollmar erläuterte das anzustrebende organisationspolitische Ziel: „Die Ortsvereine sollen den Wahlkreisvereinen nicht gleichgeordnet, sondern sie sollen Unterabteilungen sein, die zu administrativen Zwecken gebildet werden, aber kein selbständiges Leben führen sollen . . . ",[148] und 1907 führte Ebert aus: „Wir müssen es uns überall zur Pflicht machen, unsere Organisation nach der amtlichen Einteilung der Wahlbezirke zur Reichstagswahl zu gliedern." [149] So geschah es auch: Im Jahre 1906 hatten 278 der 397 Wahlkreise in Deutschland bereits eine Wahlkreisorganisation, 1907 folgten 46, 1908 31. [150] Der Delegierte Runge – Köln – behauptete 1912, die Kreisorganisationen wurden „die Träger der Parteibewegung". [151]

Es ist nun viel darüber diskutiert worden, ob und in welch starkem Maße die durch das Organisationsstatut von 1905 durchgesetzte Zentralisierung der Partei die Willens- und Entscheidungsfindung der Mitglieder beeinträchtigt hat. [152] Thomas Nipperdey, der den Zentralismus der SPD in der Praxis als nicht so einschneidend betrachtet, wie häufig in der Literatur zu lesen sei, [153] schreibt aber an anderer Stelle: „. . . die Tatsache, daß der Wahlkreis die politische Grundeinheit bildete", führte u. a. dazu, „daß die hier fälligen politischen Beschlüsse nicht unmittelbar von den Mitgliedern gefaßt und nur selten von ihnen legitimiert werden konnten . . . " [154] Im Zuge des Zustandekommens dieses neuen Organisationsstatuts von 1905 formierte sich – soweit bisher bekannt – kein massiver Widerstand an der Parteibasis gegen dessen Inhalt. Der Grund lag wohl darin, daß gerade in jener Zeit, die der Einführung des Organisationsstatuts vorausging, in Anbetracht des Wandels der Partei zu einer immer stärker werdenden Massenpartei ein weitgehender Konsensus innerhalb der Parteimitgliedschaft darüber bestand, daß eine Zentralisierung der Parteiorganisation unabdingbar sei. Ein zweiter wichtiger Grund scheint darin zu liegen, daß viele sich nicht der Auffas-

146 Adelheid von Saldern, *Vom Einwohner . . .*, S.101.
147 *Handbuch . . .*, Bd. 1, S.374.
148 *Parteitag der SPD 1905*, Berlin 1905, S.162.
149 *Handbuch . . .*, Bd. 1, S.379.
150 *Parteitag der SPD 1908*, Berlin 1908, S.20. Vgl. auch Carl E. Schorske, *German Social Democracy 1905-1917. The Development of the Great Schism*, Cambridge, Mass. 1955, S. 125 f.
151 *Parteitag der SPD 1912*, in: *Handbuch der Sozialdemokratischen Parteitage, Bd. 2. 1910-1913*, bearb. von Wilhelm Schröder, München 1914, S.499. Der Vorschlag der Kölner Sozialdemokraten, eine Konferenz der Wahlkreissekretäre einzuberufen, wurde nicht angenommen. *A.a.O.*, S. 500.
152 Vgl. auch die Diskussionen, die auf dem Parteitag von 1912 geführt wurden.
153 Thomas Nipperdey, *Die Organisation . . .*, S.389 f.
154 *A.a.O.*, S.325.

sung verschließen konnten, daß eine Anpassung der Parteiorganisation an die Reichstagswahlorganisation zu einer größeren Effizienz der Partei führen müßte. Die Frage, welche Rückwirkungen auf das politische Bewußtsein der Mitglieder dadurch zu erwarten seien, wurde nicht gestellt. Durch die Machtsteigerung der Wahlkreisorganisationen wurden die Tendenzen verstärkt, der Gewinnung von Stimmen bei den allgemeinen Reichstagswahlen noch mehr Gewicht als früher beizulegen, d.h. sich zu engagieren für Wahlen zugunsten eines Parlaments, dessen Macht wesentlich durch die Reichsverfassung eingeschränkt war. Der irreale Wunsch, die Macht im Staate durch Stimmenmehrheit im Parlament zu gewinnen, wurde durch diese neue Organisationsform tendenziell verstärkt. Die Angleichung der eigenen Organisationsform an ein Organisationsschema eines Staates, den man bekämpfen wollte, konnte nur dann bedenkenlos vorgenommen werden, wenn die Organisationsformen an sich als politisch neutral verstanden wurden.

Die zunehmende organisatorische Bedeutung der Reichstagswahlkreise zu Lasten des kommunalen Organisationsgefüges konnte sich in der Praxis allerdings nur in beschränktem Ausmaße durchsetzen. So scheint es in den Reichstagswahlkreisen den jeweils größen Ortsvereinen gelungen zu sein, die Politik des Reichstagswahlkreises zu bestimmen, soweit nicht andere Zentralisierungsmechanismen, wie das Einsetzen von Beamten und die Errichtung von Bezirksorganisationen dagegen wirkten. Entscheidende Machtverluste hatten demnach – wie es scheint – vor allem die kleineren Ortsvereine hinzunehmen, die in der Wahlkreisorganisation nur wenig zum Zuge kamen, aber auch am eigenen Orte kein eigenes Parteiprofil mehr entwickeln konnten. So nimmt es nicht wunder, daß die Opposition gegen die Errichtung von Wahlkreisorganisationen als unterste Einheiten recht schwache und diffuse Formen annahmen. Trotzdem hat es eine solche Opposition gegeben, wir können sie bislang durch erste Hinweise belegen: In der Kommission, die der Parteitag von 1904 eingesetzt hatte, entschied sich die Mehrheit für die genannte organisatorische Lösung. Hier schließen sich die Fragen an: wie stark war die Minderheit, die dieser Lösung nicht zugestimmt hatte, und wie argumentierte sie? Vollmar berichtete auf dem Parteitag von 1905 nur: „Verschiedene Anträge wünschen demgegenüber, daß die Ortsvereine das Primäre sein sollen, die dann, wenn sie wollen, Gesamtvereine bilden können." [155] Dem entsprach auch der Antrag der Breslauer Sozialdemokraten auf dem Parteitag von 1904 [156] und der Antrag der Sozialdemokraten aus Stuttgart auf dem Parteitag von 1905. [157] Allerdings wurde auf dem Parteitag von 1905 über diesen Punkt kaum diskutiert. Nur Zorn (Fürth) erklärte dazu: „Die [Orts-]Vereine fürchten aber ihre Selbständigkeit zu verlieren," eine gewisse Selbständigkeit sei indessen erforderlich, „damit die Schaffensfreude nicht leidet". [158] Ein anderer Vorschlag wurde 1910 von den Berlinern eingebracht, der eine Urabstimmung der Mitglieder vorsah. „Es wäre gut, wenn wir gegen gewisse Beschlüsse dieser Konsuln [gemeint sind die Parteitagsdelegierten] dem Parteivorstand die Möglichkeit der Urabstimmung geben würden." [159] Ebert sprach sich entschieden gegen den Antrag aus, der die Parteiführung in ihrem Handlungstempo wesentlich beeinträchtigen würde. Der Antrag wurde gegen wenige Stimmen abgelehnt.

155 *Parteitag der SPD 1905*, Berlin 1905, S.162.
156 *Parteitag der SPD 1904*, Berlin 1904, S.124.
157 *Parteitag der SPD 1905*, Berlin 1905, S.119.
158 *A.a.O.*, S.188.
159 *Handbuch der sozialdemokratischen Parteitage, Bd. 2, 1910-1913*, S.511.

In den lokalen Organisationen diskutierten Mitglieder anscheinend über den von ihnen befürchteten Machtverlust. [160] – Anscheinend wurde auch die mangelnde Beteiligung der Lokalorganisationen an dem Entscheidungsprozeß über Stichwahlabkommen in einzelnen Ortsvereinen kritisiert. [161] Abgesehen von diesen konkreten Versuchen, die Organisation an der Basis anders zu gestalten, muß noch an die massive Kritik erinnert werden, mit der der linke Flügel die bestehende Organisation insgesamt bedachte. Doch gilt es zu berücksichtigen, daß dieser linke Flügel sich erst zu einer Zeit bildete, als die die unteren Parteiorgane betreffenden organisatorischen Weichen bereits gestellt waren, ganz abgesehen davon, daß der linke Flügel nicht in geschlossener Form auftrat. In den später erfolgten organisationskritischen Kommentaren von Anhängern des linken Flügels wurde auch nicht speziell die Reichstagswahlkreisorganisation in den Mittelpunkt der Kritik gestellt, sondern ganz allgemein die Verbeamtung, die Zentralisierung und Hierarchisierung der Partei angegriffen. [162] Rosa Luxemburg folgerte: „Dadurch geht aber auch das geringe Maß an geistigem und politischem Inhalt, an Initiativen und Entschluß, das im allgemeinen Leben der Partei von den Organisationen aufgebracht wird, gänzlich auf die Kollegien an der Spitze, auf Vereinsvorstände, Bezirksvorstände und Parlamentarier über." [163] Im übrigen diente der Einsatz für größere Selbständigkeit der lokalen Organisationen dem Ziele, der oppositionellen Minderheit, die in den zentralen Parteiorganen nicht ausreichende Machtpositionen erlangen konnte, wenigstens in bestimmten Städten größere Bewegungsfreiheit zu verschaffen. Hier wird die enge Verquickung von rein parteipolitischen Machtkämpfen mit Organisationsfragen deutlich: Die Tatsache, daß nicht die Gemeinde, sondern das im Grunde künstliche Gebilde eines Reichstagswahlkreises die unterste organisatorische Einheit bildete, verhinderte nicht, daß auch weiterhin neue Ortsvereine gegründet wurden. Dem widersprach auch nicht der Inhalt des Organisationsstatuts von 1905, das durchaus erlaubte, daß „in allen Orten, in denen Parteigenossen vorhanden sind, und die sonstigen Verhältnisse es zulassen, Ortsvereine des sozialdemokratischen Vereins gebildet werden." [164] Während man im Jahre 1907 2704 Ortsvereine zählte, waren es im Jahre 1912 4827. [165] Diese Zahlen verdeutlichen das enge Verhältnis von Parteiorganisation und der räumlichen Einheit der Gemeinde.

7. Die Gewerkschaften und die Gemeinde

Ähnlich wie für die SPD stand auch für die Gewerkschaften nach dem Fall des Sozialistengesetzes das Problem der zukünftigen Organisationsform an. Im Jahre 1890 wurde mit der Gründung der Generalkommission als Zentralinstanz die Zentralisierung und Vereinheitli-

160 *A.a.O.*, S.515.

161 Z. B. Göttingen, siehe Adelheid von Saldern, *Vom Einwohner* . . . , S.101. Eingehende weitere lokale Studien müßten klären, inwieweit diese wesentliche organisatorische Veränderung in den Ortsvereinen diskutiert wurde und welche Argumentation im Vordergrund stand.

162 Nähere Hinweise bei Dieter Groh, *Negative Integration und revolutionärer Attentismus*, Frankfurt/M. und Berlin 1973, S.290.

163 Rosa Luxemburg, zitiert von Scheidemann auf dem Parteitag von 1913, in: *Handbuch* . . . , Bd. 2, S. 509.

164 Vgl. auch Thomas Nipperdey, *Die Organisation* . . . , S. 344; kritisch zu Carl E. Schorske, *German Social Democracy* . . . , S. 131 f.

165 *Handbuch* . . . , Bd. 1, S. 375; *Handbuch* . . . , Bd. 2, S. 497.

chung des Organisationsaufbaus eingeleitet. Große gewerkschaftliche Zentralverbände sollten folgen. Damit gehörte das ältere Vertrauensmännersystem, mittels welchem die lokalen Organisationen während des Sozialistengesetzes zusammengehalten wurden, der Vergangenheit an. Parallel zu den Zentralisierungstendenzen der gewerkschaftlichen Organisation wurde die Frage diskutiert, ob das lokale oder das berufliche Organisationsprinzip maßgeblich sein sollte. Sie wurde zugunsten des beruflichen Organisationsprinzips entschieden. Die Berufs- und die langsam aufkommenden Industrieverbände sollten nur lose in Form von Ortskartellen auf Gemeindeebene zusammengeschlossen werden. Im Jahre 1901 gab es in Deutschland 353 Ortskartelle, 1914 waren es aber schon 820. [166] Die großen Ortskartelle, so z.B. in Frankfurt/M. und München, wollten sich auf interlokaler Ebene zusammenschließen, um sich dadurch größeren Einfluß auf die zentral gefällten Beschlüsse besonders in Streikangelegenheiten zu sichern. Die Kartellorganisation wäre damit in organisatorische Konkurrenz zum Berufsverbandsprinzip getreten. [167] Doch sollten die beruflichen Zentralverbände in dieser Auseinandersetzung die Stärkeren bleiben. Die Machtstellung der Ortskartelle nahm ab, ihre Aufgaben beschränkten sich nach der Jahrhundertwende auf die Trägerschaften gemeinsamer gewerkschaftlicher Einrichtungen, die von den einzelnen Gewerkschaften finanziell nicht alleine getragen werden konnten. Genannt seien als lokale Institutionen die Arbeitersekretariate, die Gewerkschaftsbibliotheken, die Jugendkommissionen, die Beschwerdekommissionen für die Gewerbeinspektion, die Kommissionen zur Bekämpfung des Kost- und Logiewesens sowie die Bauarbeiterschutzkommissionen etc. [168] 1914 waren 207 Angestellte in den örtlichen Gewerkschaftskartellen beschäftigt. [169] Insgesamt gesehen konnten also die örtlichen Gewerkschaftskartelle nicht an der Macht der Zentralverbände partizipieren oder diese gar kontrollieren, wohl aber spielten sie innerhalb der Gemeinde eine gewisse Rolle, einmal durch die erwähnte Trägerschaft lokaler Einrichtungen für die Arbeiterklasse, zum anderen aber auch als Verhandlungs„partner" gegenüber den Gemeindekörperschaften. Vermutlich würden lokale Studien über die Ortskartelle deren unterschiedliche örtliche Bedeutung herausarbeiten können, doch werden diese Differenzen einen bestimmten Rahmen nicht überschreiten, weil allen Ortskartellen das wichtige Machtmittel, die selbständige Entscheidung, einen Streik durchzuführen, fehlte.

Besonderes Gewicht erhält die Frage nach der Bedeutung der lokalen Gewerkschaftsorganisationen also im Zusammenhang mit der Streik- und Tariffrage. Es kann hier nur auf die hauptsächlichen Entwicklungstendenzen eingegangen werden. [170] Die Zentralisierung der gewerkschaftlichen Organisationen ist als ein mehrere Jahre dauernder Prozeß anzusehen, der die einzelnen Gewerkschaften zu einem unterschiedlichen Zeitpunkt und mit unterschiedlicher Intensität traf. Am leichtesten konnte die Eingliederung der lokalen Gewerkschaften in die allgemeine Gewerkschaftsorganisation dann erreicht werden, wenn den Gewerkschaftsmitgliedern anläßlich lokaler Streiks die Erfolglosigkeit ihres Kampfes aufgrund der lokalen Begrenztheit ihrer finanziellen Mittel bewußt wurde. Die von der Zentrale gezahlten Streikunterstützungsgelder begründeten im wesentlichen die Macht der Zentralinstanzen. [171]

166 Karl Zwing, *Geschichte der deutschen freien Gewerkschaften* (= Gewerkschafts-Archiv-Bücherei, Bd. 5), Jena 1928, S.9.
167 Gerhard A. Ritter, *Die Arbeiterbewegung* . . . , S. 156.
168 Näheres siehe Adelheid von Saldern, *Vom Einwohner* . . . , S.190 ff.
169 Gerhard A. Ritter, *Die Arbeiterbewegung* . . . , S.170 f.
170 Näheres siehe Adelheid von Saldern, *Vom Einwohner* . . . , S.174 ff.
171 Vgl. *Zur Theorie und Praxis der Streiks*, hrsg. von Dieter Schneider, Frankfurt/M. 1971, S.86 ff.

Nachdem die Zentralisierung der Gewerkschaftsorganisationen durchgeführt war, wurde eine genau festgelegte Prozedur für den Beginn eines Streiks verlangt. Zwar wurden dadurch vermutlich die Erfolgschancen für die Erreichung eines begrenzten Streikzieles vergrößert, dies geschah aber zu Lasten der Spontaneität und der Entscheidungsfreiheit der Mitglieder. Die lokale Gewerkschaft mußte einen Fragebogen ausfüllen über die ökonomische Lage am Orte sowie über die Firmen und über den Arbeitgeberverband, die Zahl der Mitglieder in der Gewerkschaft etc. Zusammen mit dem Ergebnis einer Urabstimmung unter den Mitgliedern wurden die Unterlagen an den Bezirksleiter geschickt, der wiederum ein Gutachten abgab und dieses dem Zentralverband zur Entscheidung vorlegte. Wichtig ist nun die Frage, nach welchen Überlegungen die Zentralgewerkschaften über die Streikgesuche entschieden haben. In diesem Punkt sind wir noch weitgehend auf Hypothesen angewiesen. Dabei zeichnet sich aber doch deutlich ab, daß die Zentralgewerkschaften darauf geachtet haben, daß die Streiks keinen systemsprengenden Charakter annehmen würden. Die Auseinandersetzungen über die Frage, ob und unter welchen Umständen Massenstreiks zu begrüßen seien, wurden von seiten der Gewerkschaften deshalb negativ beantwortet. [172] Doch bedeutete dies nicht, daß die Streiks und Aussperrungen wie früher nur lokalen Charakter gehabt haben. Allgemein kann man sagen, Streiks und Aussperrungen nahmen an Häufigkeit, Umfang und Dauer zu. „Aus lokalen Arbeitsstreitigkeiten entwickelten sich regionale Lohnbewegungen und schließlich im Bau-, Holz- und Malergewerbe Tarifkämpfe, die das gesamte Reichsgebiet umfaßten." [173]

Bis zu einem gewissen Grade lief die Entwicklung der Streiks parallel zur Entwicklung der Tarifverträge. Mit den lokalen Tarifabschlüssen an Orten mit starker Gewerkschaftsorganisation fing die Tarifvertragsbewegung an. Allmählich wurden jedoch die Ortstarife von den Bezirkstarifen verdrängt. Vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges wurde die Hälfte aller Tarifverträge auf Bezirksebene abgeschlossen, [174] während die Zahl der Ortstarife auf ein Fünftel zurückging. [175] Die Unternehmer drängten in der gegebenen politischen Situation – gekennzeichnet durch einen starken Rückhalt der Unternehmerschaft in den Staatsorganen – auf den Abschluß von Bezirks- oder Reichstarifen mit einheitlichem Ablauftermin hin, [176] während das Interesse der Arbeiter vor allem auf Ortstarife abzielte, bei denen die speziellen örtlichen Verhältnisse, die sich nicht zuletzt auch aufgrund der unterschiedlichen Höhe der städtischen Steuern bzw. Zuschläge ergaben, berücksichtigt werden konnten.

Die Entwicklung der gewerkschaftlichen Organisation, die sich zusammenfassen läßt als eine Machtverlagerung von den Gemeinden hin zur zentralen Berufsverbandsführung, blieb nicht unbestritten. Die Minderheit auf dem Kongreß von Halberstadt im Jahre 1892, auf dem die Organisationsfragen diskutiert wurden, bekämpfte die durch die Neuorganisation implizierte Entpolitisierung der Gewerkschaftsbewegung. Davon ausgehend, daß die bestehende Gesell-

172 Vgl. *Die Massenstreikdebatte. Beiträge von Parvus, Rosa Luxemburg, Karl Kautsky und Anton Pannekoek*, hrsg. und eingeleitet von Antonia Grunenberg, Frankfurt/M. 1970, S.25 ff.

173 Klaus Saul, *Staatsintervention und Arbeitskampf im Wilhelminischen Reich 1904-1914*, in: *Sozialgeschichte heute*, hrsg. von Hans-Ulrich Wehler, Göttingen 1974, S.486.

174 Theodor Cassau, *Die Gewerkschaftsbewegung. Ihre Soziologie und ihr Kampf*, Halberstadt 1925, S.195.

175 Daneben gab es Firmentarife und überregionale Tarife. Im Baugewerbe und im Buchdruckergewerbe kamen sogar Reichstarifvereinbarungen zustande. Näheres siehe: *Theorie und Praxis des Streiks*, hrsg. von Dieter Schneider, S.53.

176 *A.a.O.*, S.52.

schaftsordnung allein mit gewerkschaftlichen Kampfmitteln nicht wesentlich verändert werden könnte, forderte sie, die Organisation so aufzubauen, daß auch revolutionär-politische Aktivitäten möglich seien. Die bestehenden Vereinsgesetze – das bis 1899/1900 existierende Verbindungsverbot der lokalen Vereine betraf auch die Gewerkschaften, soweit sie als politische Vereine eingeschätzt wurden – ermöglichten nur eine Zentralisierung der Organisation, wenn auf Politik gänzlich verzichtet wurde. – Die sogenannten Lokalisten konnten sich nicht durchsetzen, sie bauten eine eigene Organisation auf, die aber nur ca. 13 000 Mitglieder aufwies. [177] Ihre Bedeutung lag auch mehr in der Tatsache, daß hier eine kleine Gruppe sich den Entpolitisierungstendenzen der Gewerkschaften entgegenstemmte und auch eine Trennung der gewerkschaftlichen Bewegung von der Partei für ungünstig erachtete. [178] Die lokalen Organisationen der Lokalisten behielten folgerichtig die Streikinitiative, die Streik- und Agitationsfonds. – Die oberste Instanz der Organisation, die Geschäftskommission, hatte nur koordinierende Funktionen. Tarifverträge und Unterstützungskassen wurden abgelehnt. [179] Ab 1901 nannten sich die Lokalisten „Freie Vereinigung deutscher Gewerkschaften". Auch nach der Auflösung des Verbindungsverbots ab 1.1.1900 kam es zu keiner Annäherung zwischen Zentralverbänden und Lokalisten, obwohl die Organisationsfrage für die Entscheidung, ob die Gewerkschaften eine politische Organisation sein sollte oder nicht, formal keine Rolle mehr spielte. Im Gegenteil, die Bekämpfung beider Organisationen nahm eher zu, um so mehr als in der Freien Vereinigung sich mit der Zeit die syndikalistischen Tendenzen stärker verbreiteten. [180] Allerdings trat ein Teil der Lokalisten 1907 zu den Zentralverbänden über, vor allem die „Freie Vereinigung der Maurer", die bisher stärkste Berufsgruppe der Freien Vereinigung. [181] Für uns ist zusammenfassend wichtig festzustellen, daß die Gemeinde als Organisationseinheit in dem Entscheidungsprozeß, ob die Gewerkschaften politisch-abstinent sein sollten oder nicht, – wohl nicht zufällig – eine wichtige Rolle spielte, und daß zeitweise die Gemeinden zum entscheidenden Element für ein dem Zentralismus der Gewerkschaften entgegenstehendes Organisationsprinzip wurden.

8. Arbeiterorganisationen und Kommunalpolitik nach 1914

Zu diesem Thema können im folgenden selbstverständlich wiederum nur einige wenige Bemerkungen gemacht werden, einmal, weil es nun mehrere konkurrierende bzw. sich gegenseitig bekämpfende Arbeiterorganisationen gibt. Hinzu kommt noch die Schwierigkeit, die Räte während der Revolution von 1918/19 einzuordnen, da diese von vielgestaltigem Charakter waren und im übrigen selbst Entwicklungen durchmachten. Der andere Grund liegt darin, daß dieses Thema, was die Zeit der (frühen) Weimarer Republik anbelangt, nur sehr spärlich erforscht ist. – Während des Ersten Weltkrieges rückte die kommunalpolitische Tätigkeit für

177 Louis Brunner, *Die deutschen Gewerkschaften*, Berlin 1908, Tafel 1 (ohne Seitenzählung).

178 Siehe Resolution des 1. Kongresses der Lokalorganisation der aufgrund des Vertrauensmännersystems zentralisierten Gewerkschaften Deutschlands, 1897, in: Hans Manfred Bock, *Syndikalismus und Linkskommunismus* . . . , S.24 f.

179 *A.a.O.*, S.25.

180 Näheres *a.a.O.*, S.26 ff.

181 Warum gerade die Maurer besonders oft lokalistisch eingestellt waren, müßte noch näher untersucht werden; vermutlich liegt der Grund in der starken Ortsgebundenheit ihrer Produktion.

alle Sozialdemokraten mit Ausnahme der Linken ungleich mehr in den Mittelpunkt ihrer politischen Bestrebungen als früher, [182] denn einmal vermehrte der Staat, der Not gehorchend, die Selbstverwaltungsrechte der Städte, zum anderen vergrößerten sich die Aufgabenbereiche der Gemeinden – vor allem nahm der Munizipalsozialismus weiter zu; [183] zum dritten fanden gewisse Demokratisierungsversuche statt, und zwar ungeachtet der weitreichenden Machtbefugnisse der Stellvertretenden Generalkommandos über die Gemeinden in den einzelnen Armeekorpsbezirken. Paritätisch besetzte Ausschüsse unter Vorsitz eines Beamten entstanden nun in zahlreichen Orten, insbesondere auf dem Gebiet der Kriegsfürsorge, der Lebensmittelverteilung und der Preisüberwachung. [184] Die Demokratisierung betraf im übrigen aber nur die kommunale Verwaltung und erhielt dadurch einen provisorischen Charakter. – Das Wahlrecht blieb unverändert entsprechend dem Dreiklassenwahlrecht für den preußischen Landtag, doch wirkte sich dies weniger aus als in der Vorkriegszeit, denn das Hauptgewicht der kommunalpolitischen Tätigkeit lag damals zweifellos in der Verwaltung und nicht in den Stadtverordnetenversammlungen. So sehr diese Veränderungen das kommunalpolitische Interesse der auf den Burgfrieden eingeschworenen Sozialdemokratischen Partei stärkten, bewirkten sie doch nicht, daß sich die Partei grundsätzlich Gedanken darüber gemacht hätte, welche Stellung und Bedeutung sie der Gemeinde zumessen sollte in einem zukünftigen Staate, dessen Verfassung sie selbst bestimmen oder zumindest wesentlich mitbestimmen würde. [185] Diese Konzeptionslosigkeit war auch auf anderen Gebieten anzutreffen. Hinsichtlich der Gemeinden vertraute die Partei im Rahmen des Burgfriedens passiv darauf, daß nach dem Kriege die innenpolitischen Reformen auch die Gemeinde betreffen würden, wie dies aus einem Aufsatz des Berliner Kommunalexperten Paul Hirsch aus dem Jahre 1915 hervorgeht. [186]

Unvorbereitet traf die SPD die Entstehung der kommunalen Arbeiterräte, deren wesentliches Charakteristikum – abgesehen von ihrem revolutionären Charakter – gerade in der Orientierung auf die Kommunalpolitik lag. [187] Durch den preußischen Erlaß vom 13.11.1918 wurden die Räte bekanntlich als politische Kontrollinstanzen legalisiert. Bei allen Verhandlungen sollten sie herangezogen werden. Die Formen, in denen dies geschehen sollte, blieben auch trotz der Ausführungsbestimmungen vage. Es hieß dort aber bezeichnenderweise, daß stets darauf zu achten sei, daß „die öffentliche Ordnung und Sicherheit" nicht gestört werde. [188] In den meisten Städten begnügten sich die Arbeiterräte mit der Kontrolle der Stadt-

182 Hinzu kommt die Tatsache, daß die SPD dort, wo noch Kommunalwahlen (wie in München, Dezember 1914) stattfanden, große Stimmengewinne erzielte. Vgl. *Die Kriegstätigkeit der Sozialdemokratie. Bericht der sozialdemokratischen Rathausfraktion München*, bearb. von Eduard Schmidt, München 1916, S.4.

183 Hugo Lindemann schilderte dies in einer eigenen Abhandlung mit dem Titel: *Die deutsche Stadtgemeinde im Kriege*, Tübingen 1917.

184 Übrigens war die paritätische Besetzung von Ausschüssen ein häufig vernehmbarer Wunsch der wenigen sozialpolitisch aufgeschlossenen konservativen und liberalen „Bürger" und Beamten vor dem Kriege. Vgl. Adelheid von Saldern, *Vom Einwohner* . . . , S.227 ff.

185 Frauke Bey-Heard, *Hauptstadt* . . . , S.66. Die SPD verzichtete darauf, eine Ideologie der völlig neuartigen sozialistischen Gemeinde propagandistisch aufzubauen. *A.a.O.*, S.67.

186 Das schloß freilich nicht aus, kommunalpolitische Forderungen zu stellen; vgl. das Aktionsprogramm der MSPD von 1918.

187 Über die theoretische Bedeutung der Gemeinden für die Räte vgl. das nächste Kapitel.

188 Eberhard Kolb, *Die Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik 1918-1919* (= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 23), Düsseldorf 1962, S.263.

verwaltungen. [189] Sie gewannen indessen keine entscheidende Aktionsfreiheit.[190] Ihre wesentlichen Aufgaben sahen die Räte – es sei wiederholt – zunächst in den Städten, [191] konkreter gesagt in der Demokratisierung der städtischen Verwaltung als Inbegriff der Machteroberung und Machtsicherung. [192] Darüber hinaus hofften sie auf eine allgemein günstige politische Entwicklung, wobei die inhaltlichen Vorstellungen über die gewünschte Entwicklung in der Anfangszeit noch recht undeutlich waren. Die Unterschiedlichkeit in den Auffassungen über die zentralen Probleme der Revolutionszeit blieben zum Teil zunächst überdeckt durch den allgemeinen Wunsch, daß jedenfalls entscheidende Änderungen im Vergleich zu früher durchgesetzt werden müßten.

Wichtig ist festzuhalten, daß die Mitglieder der Arbeiter- und Soldatenräte mit den kommunalpolitischen Möglichkeiten, die ihnen die neue Organisationsform der Räte bot, nur unzureichend vertraut waren, so daß ihre Handlungen vielfach Unsicherheit kennzeichnete. Lediglich die pragmatischen Aufgaben, wie Aufrechterhaltung der Ordnung, Sicherstellung der Lebensmittelversorgung, Maßnahmen zur Durchführung der Demobilisierung wurden als vordringlich erkannt. [193] Der Prozeß der „Bewußtwerdung" fand bekanntlich erst Ende Dezember 1918 seinen ersten Abschluß, also zu einem Zeitpunkt, als den Räten die machtpolitischen Grundlagen für ihre Wirksamkeit bereits entzogen waren. [194]

Die Haltung der MSPD-Führung gegenüber der Rätebewegung war zunächst einmal lavierend, zumal ja ein großer Teil der Räte aus sozialdemokratischen Mitgliedern bestand. Doch nachdem sie ihr Primärziel, die Etablierung des parlamentarisch-demokratischen Staates mittels Wahlen zur Nationalversammlung erreicht hatte, spätestens seit diesem Zeitpunkt unterdrückte sie die kommunale Rätebewegung rigoros. Aufgrund der Tatsache, daß die Räte aber zunächst in den Kommunen weiterbestanden, war die SPD-Führung unsicher, zu welchem Zeitpunkt die Übertragung des parlamentarisch-demokratischen Prinzips auf die Gemeinden bei der Unterschiedlichkeit der kommunalen Machtverhältnisse politisch durchsetzbar sei. Dies ist der Grund, warum die MSPD in den ersten zwei Monaten nach der Revolution einerseits keine Maßnahmen traf, die die Neugestaltung der Gemeinden zum Inhalt gehabt hätten, andererseits die in den Gemeinden meist aus Angehörigen der eigenen Partei entstandenen Räte in ihrer Kontrolltätigkeit wesentlich behinderte. [195] Paul Hirsch, mittlerweile zum preußischen Innenminister avanciert, arbeitete freilich an einem Entwurf zu einem Wahlrechtsänderungsgesetz für die Gemeinden nach parteidemokratischem Muster. Verzögerungen traten aber ein, als Mitglieder des Zentralrats und des preußischen Kabinetts auch eine schnelle Demokratisierung der Kommunalverwaltungen forderten. Dabei ging es vor allem um die langjährigen oder auf Lebenszeit gewählten Mitglieder der Magistrate. Die antirevolutionäre Haltung der MSPD kam am deutlichsten in der Äußerung des preußischen Innenministers Hirsch zum Ausdruck, als er sagte: „Wir können sie [die Magistratsmitglieder] nicht absetzen,

189 Ausführlich, *a.a.O.*, passim.
190 *A.a.O.*, S.262 ff. – Frauke Bey-Heard, *Hauptstadt* . . . , S.91 und S.112.
191 Vgl. *a.a.O.*, S.62.
192 Eberhard Kolb, *Die Arbeiterräte* . . . , S.259 und S.270.
193 *A.a.O.*, S.85.
194 *A.a.O.*, S.86.
195 Vgl. dazu Eberhard Kolb, *Die Arbeiterräte* . . . , passim. Kolb geht indessen nicht ein auf die prinzipielle Bedeutung der Gemeinden in einem Rätesystem, weil dies seinen Problemkreis nur am Rande berührt.

denn jeder Beamte hat das Recht, im Amt zu bleiben." [196] Hier wirkte es sich nun folgenschwer aus, daß die Sozialdemokratie von jeher kein großes Verständnis für die Bedeutung der Verwaltung in einem modernen Staate hatte. [197] Diese Unterschätzung kann auch für den kommunalen Raum nachgewiesen werden, insofern die Partei den Mitwirkungsrechten in kommunalen (Selbst-)Verwaltungsgremien innerhalb der Gemeinden in wilhelminischer Zeit gar nicht oder nur zögernd Aufmerksamkeit geschenkt hatte, und zwar auch, nachdem die Kommunalpolitik als ganzes stärker ins Blickfeld der Partei gerückt worden war. War die Haltung der MSPD gegenüber den Kommunen in der Revolutionszeit überschattet von der relativ früh einsetzenden Ablehnung der Räte durch die MSPD-Führung, so traten nach dem erfolgreichen Abwürgen der Revolution wieder die alten kommunalpolitischen Probleme in neuer Form hervor. Wir greifen hier kurz die schon bekannte Frage der Selbstverwaltung der Gemeinden sowie die Frage des Munizipalsozialismus heraus, die beide wiederum zur Diskussion standen.

Was die Selbstverwaltung der Gemeinden anbelangt, so kann man vermuten, daß in dieser Frage in der Partei, wie schon vor 1914, Divergenzen vorhanden waren, die jedoch noch einer systematischen Untersuchung bedürfen. [198] Die alten zentralistischen Tendenzen wurden verstärkt durch die Tatsache, daß sich die Partei maßgeblichen Einfluß in Reich und Ländern verschafft hatte, während andererseits die Stadtparlamente nicht immer gesicherte sozialdemokratische Mehrheiten aufwiesen. So gelang es im „roten Berlin" den bürgerlichen Parteien im Jahre 1921, der Sozialdemokratie die Mehrheit zu nehmen. [199] Wie stark man auch immer diese zentralistischen Tendenzen einschätzen mag, fest scheint zu stehen, daß sie nach außen hin wenig in Erscheinung traten: der Wert der Selbstverwaltung der Gemeinden wurde – soweit bekannt – nie angezweifelt. So nimmt es nicht wunder, daß auch in den „kommunalpolitischen Richtlinien der SPD", die von dem kommunalpolitischen Beirat der Partei und dem Reichsausschuß für Kommunalpolitik im September 1928 in Berlin angenommen wurden, die sich selbstverwaltende, nur „an die Gesetze des Staates gebundene freie Gemeinde" als „Grundlage des demokratischen Staates" erscheint. Dieser allgemeine offizielle Konsensus über die Bedeutung der Selbstverwaltung der Gemeinden – die Wirklichkeit sah freilich anders aus, entsprang wohl der unbestrittenen Erkenntnis, wie wichtig für den politischen Bewußtseinsprozeß der Parteimitglieder die Erfahrungen sind, die mit der Gemeindepolitik einer sich selbst verwaltenden Kommune gemacht werden, Erkenntnisse, die schon vor dem Kriege bei den Revisionisten nachzuweisen sind. [200]

Für die Weimarer Zeit läßt sich darüber hinaus vermuten, daß die Selbstverwaltung der Gemeinden einem Teil der SPD [201] und den Kommunisten auch die Möglichkeit eines relativ

196 *Der Zentralrat der Deutschen Sozialistischen Republik. 19.12.1918 - 8.4.1919* (= Quellen zur Geschichte der Rätebewegung in Deutschland 1918/19, Bd. 1), bearb. von Eberhard Kolb unter Mitwirkung von Reinhard Rürup, Leiden 1968, S.275.

197 Bei Kautsky, dem wichtigsten Theoretiker der zentristischen Richtung, fand man vor 1914 keine Überlegungen über die staatlichen Formen proletarischer Machtausübung. Vgl. Hansgeorg Conert, *Die politischen Grundrichtungen* . . . , S.36 f.

198 Dieser ganze Komplex „SPD und Kommunalpolitik in der Weimarer Zeit" bedürfte einer gründlichen und systematischen Analyse. Beides kann hier mangels Vorarbeiten nicht geleistet werden. Mit späteren Korrekturen an den hier gemachten Aussagen muß demnach evtl. gerechnet werden.

199 Alfred Kastning, *Die deutsche Sozialdemokratie zwischen Koalition und Opposition 1919-1923*, Paderborn 1970, S.75.

200 Vgl. Kap. 3.

201 Es handelt sich um die linksstehende sächsische SPD.

großen parteipolitischen Aktionsraums geben sollte. Dies kann indirekt aus den Bestimmungen der neuen Gemeindeordnung geschlossen werden, die die sächsische sozialdemokratische Landtagsfraktion zusammen mit den Kommunisten [202] gegen die Stimmen aller bürgerlichen Parteien im Jahre 1923 verabschiedet hatte. In dieser sächsischen Gemeindeordnung, die der Deutschnationale Dr. Eberle als ein „Diktat des Proletariats" bezeichnete, wurde wiederum weitgehende Selbstverwaltung der Gemeinden verlangt. Die Staatsaufsicht sollte auf das geringste Maß eingeschränkt werden; erhob die Staatsbehörde gegen einen Gemeindebeschluß Einspruch, so sollte der Gemeinde der Appell an die Gemeindekammer zustehen, einem Gremium, das sich zusammensetzte aus einem vom Ministerium des Innern zu ernennenden Vorsitzenden und zehn Beisitzern, die der Landtag aus dem Kreise der Gemeinderäte und Gemeindeverordneten zu wählen hatte. [203] Doch ist bezeichnend, daß in dieser sächsischen Gemeindeordnung die kommunale Selbstverwaltung nicht isoliert steht, sondern mit der Mitarbeit aller Einwohner in der Gemeinde verbunden wird, ohne die Basis des Delegiertenprinzips zu verlassen. [204] Die Wahl des Bürgermeisters durfte nur noch auf Zeit erfolgen, und jeder Bürgermeister konnte von seinem Posten abberufen werden. [205] Diese sächsische Gemeindeordnung, die den Rahmen der bestehenden Reichsverfassung beachtete, [206] tendierte am stärksten hin zu jenen Grundsätzen, die bei Engels und – etwas unbestimmter – im Erfurter Programm hinsichtlich der Gemeinde im „Gegenwartsstaat" nachzulesen sind. [207]

Leider haben wir derzeit noch keine Analyse über die kommunalpolitische Entwicklung in den sächsischen Gemeinden. Was die allgemeine Situation der Gemeinden in Deutschland im Hinblick auf die Selbstverwaltung anbelangt, so mögen folgende kurze Hinweise genügen. Der Artikel 127 der Verfassung von Weimar legte fest, daß die Gemeinden das Recht der Selbstverwaltung innerhalb der Schranken des Gesetzes für sich in Anspruch nehmen konnten. Damit war eine formale Garantie für die Existenz dieses grundlegenden Rechtes gegeben, die verbunden war mit einer demokratischen Grundverfassung der Legislativgewalten in Gemeinden, Ländern und Reich. Trotz dieser verfassungsrechtlichen Verankerung zeichnete sich die tatsächliche Entwicklung dadurch aus, daß die Geschichte der Selbstverwaltung den gleichen „tragischen Weg gegangen ist, der die ganze Demokratie von Weimar überschat-

202 Die Kommunisten erkannten trotz ihrer grundsätzlichen Ablehnung der parlamentarischen Demokratie „den großen Fortschritt an, den die neue Gemeindeordnung mit sich brachte". Walter Fabian, *Klassenkampf um Sachsen. Ein Stück Geschichte. 1918-1930,* Löbau 1930, S.140 (Reprint Berlin (West) 1972).

203 Die Gemeindeverordneten sollten nach allgemeinem und gleichem Wahlrecht auf drei Jahre gewählt werden. Neu war, daß das Gemeindeverordnetenkollegium die allein beschließende Körperschaft bildete, während der Gemeinderat nur noch vorbereitendes und ausführendes Organ der Gemeindeverordneten sein sollte. Die Mitglieder des Gemeinderats waren von den Gemeindeverordneten zu wählen und in ihrer Tätigkeit zu überwachen. *Ebd.*

204 *Ebd.* Wie diese Mitarbeit im einzelnen aussah, ist bei Fabian nicht nachzulesen.

205 *Ebd.*

206 Durch die für Deutschland besondere politische Konstellation im damaligen Sachsen, die zur Verabschiedung dieses Gesetzeswerkes durch Sozialdemokraten und Kommunisten führte, erhält diese Gemeindeordnung einen außergewöhnlichen Stellenwert und sie verdiente es,sowohl im Rahmen der Parteiengeschichte als auch im Rahmen kommunalpolitischer Studien einer eingehenderen Analyse, als sie hier gegeben werden konnte, unterzogen zu werden.

207 Vgl. Kap. 3 und 4.

tet hat". [208] Die hauptsächliche Einbruchstelle im Gefüge der Selbstverwaltungsrechte bildete das Finanzproblem, nachdem die Gemeinden fast gänzlich abhängig geworden waren von den Dotationen seitens des Reichs und der Länder. [209] Die Selbstverwaltung der Gemeinden geriet unausweichlich spätestens dann in eine Krise, als Wirtschaftsnot und Arbeitslosigkeit sie vor unüberwindliche fiskalische Probleme stellte und einer gesteigerten Kontrolle seitens des Reiches und der Länder unterwarf. [210] Der tiefere Grund lag freilich darin, daß die Selbstverwaltung der Gemeinden für viele mit einem pluralistischen Parteiensystem nicht vereinbar erschien. [211]

Wenden wir uns nun der USPD und der KPD zu,unter besonderer Berücksichtigung des Munizipalsozialismus und der Frage der Zwangsetatisierungen der Gemeinden durch den Staat. Zeichnete sich also die MSPD durch relativ rege kommunalpolitische Tätigkeit seit Beginn des Ersten Weltkrieges aus, so kann man ein kommunalpolitisches Engagement der USPD erst für die zweite und dritte Phase der Revolution feststellen. Dies gilt allerdings nicht für die kommunalpolitische Tätigkeit derjenigen USPD-Mitglieder, die zugleich Mitglieder der Arbeiterräte waren. Gemeint ist hier allein die Parteiorganisation. Nachdem die in sich sehr heterogene USPD erfahren mußte, daß die Revolution auf Reichsebene nicht weiter voranzutreiben sei, sah sie eine letzte Chance, die gesellschaftlichen Verhältnisse nach ihren Perspektiven zu ändern, allein noch in den zwar machtlosen, aber immerhin vorhandenen lokalen Arbeiterräten.

Die USPD nahm schon entschieden an den Kommunalwahlen im Februar 1919 teil. [212] Dies hatte seinen Grund nicht zuletzt darin, daß die Partei um so mehr ihre Augen auf die Ge-

208 Hans Herzfeld, *Demokratie und Selbstverwaltung in der Weimarer Epoche* (= Schriftenreihe des Vereins zur Pflege kommunalwissenschaftlicher Aufgaben e. V. Berlin, Bd. 2), Stuttgart 1957, S.19.

209 Vor 1914 lag die wesentliche Finanzquelle der Gemeinden in dem Recht, selbständig Zuschläge zur Einkommenssteuer erheben zu dürfen. Neuerdings siehe hierzu: *Kommunale Finanzpolitik in der Weimarer Republik* (= Schriftenreihe des Vereins für Kommunalwissenschaften e. V. Berlin, Bd. 36), hrsg. von Karl-Heinrich Hansmeyer, Stuttgart 1973.

210 Rodenstein sieht hierin den Ausdruck der gesamtgesellschaftlichen Veränderungen durch den fortschreitenden Industrialisierungsprozeß. Marianne Rodenstein, *Thesen zum Wandel . . .*, S.65 f.

211 Anders in England. Hier verband sich in einem bis 1894 währenden Prozeß die kommunale (Selbst-) Verwaltung mit der Demokratisierung des kommunalen Lebens. Vgl. hierzu vor allem Josef Redlich, *Englische Lokalverwaltung*, Leipzig 1901, passim. Zu Deutschland vgl. auch Wolfgang Hofmann, *Plebiszitäre Demokratie . . .*, passim. Hofmann gibt einen guten Überblick über das staatsrechtliche Denken in jenen Jahren, das sich vor allem gegen den Parteienpluralismus wandte, und zwar im Namen eines demokratischen Staates, bei dem auf den Demokratiebegriff von Rousseau zurückgegangen und mit zentralistisch-obrigkeitlichen Aspekten verbunden wurde. Erst hierdurch erwuchs der kommunalen Selbstverwaltung seiner Meinung nach grundlegende Gefahr. Vgl. bes. *a.a.O.*, S.280. Arnold Köttgen betont – das Problem der Selbstverwaltung der Gemeinden betreffend – als eine angeblich negative Entwicklung die Verengung der Parteien zu Gruppen ohne „politisches Gemeinschaftsbewußtsein". An verschiedenen Stellen äußert Köttgen freilich auch eine generelle Skepsis darüber, ob Parteienstaat und kommunale Selbstverwaltung letztlich vereinbar seien, wobei er als Garanten für die kommunale Selbstverwaltung nicht mehr die Bürger, sondern die kommunalen Spitzenverbände und die Kommunalbeamten betrachtet, die nicht parteilich orientiert seien, sondern bei denen eine „ausschließlich kommunale Blickrichtung" vorherrsche. Arnold Köttgen, *Kommunale Selbstverwaltung zwischen Krise und Reform. Ausgewählte Schriften* (= Schriftenreihe des Vereins für Kommunalwissenschaften e. V. Berlin, Bd. 25), Stuttgart 1968, S.50 f.

212 Die USPD hatte dabei schon größere Erfolge zu verbuchen als bei den Wahlen zur Nationalversammlung einige Wochen zuvor; dies war wohl ein Resultat der Enttäuschungen der Massen über die mageren Revolutionsergebnisse. Die Kommunisten hielten sich den Kommunalwahlen fern.

meinde richtete, als auf Reichsebene die Forderung nach Sozialisierung hinausgezögert und verwässert zu werden drohte, [213] und eine realpolitische Ersatzalternative ihrer Meinung nach in der Kommunalisierung von Betrieben zu liegen schien. [214] In der Zeitschrift „Der Arbeiterrat" vom Januar 1919 hieß es unter der Überschrift „Gemeindewahlen": „Insofern sind die Gemeindewahlen noch wichtiger als die Wahlen zu Reichs- und Landesversammlungen, . . . wenn die Kommunen ernsthaft sozialisieren, dann müssen die Staaten ihnen folgen." [215] Der alte Gedanke der Reformisten und Zentristen aus der Zeit vor dem Kriege über die Bedeutung des Munizipalsozialismus erhielt auf diese Weise neue Aktualität, wenngleich dies bei vielen Räteanhängern aus der USPD mehr als ein Rückzugsgefecht angesehen werden muß, in einer Zeit, in der die revolutionären Chancen zunächst verspielt schienen. Die Reichskommission für Sozialisierung arbeitete zwar Entwürfe für ein Kommunalisierungsgesetz aus, nach dem es den Gemeinden möglich sein sollte, schneller als bisher private Unternehmen in ihren Besitz zu überführen. All diese Pläne verliefen jedoch größtenteils im Sande. [216] Die Ausformung des Munizipalsozialismus wurde schließlich nicht durch Gesetz vorangetrieben, sondern den politischen Aktivitäten in den einzelnen Gemeinden im Felde divergierender Interessen überlassen. Im Endeffekt erhielt die Kommunalisierung von Wirtschaftsbetrieben den stärksten Auftrieb durch die eingeschränkte Selbstbestimmung der Gemeinden bei der Gestaltung ihrer Finanzen, denn die kommunalisierten Betriebe erbrachten wenigstens in gewissem Umfang selbstverantwortete Einnahmen. [217]

Die in den folgenden Wochen und Monaten immer stärker werdende Flügelbildung innerhalb der USPD resultierte aus der unterschiedlichen Einschätzung der realen Lage und den daraus zu ziehenden Schlußfolgerungen im Hinblick auf die Räteidee. So stieß der Entwurf eines kommunalpolitischen Programms, das der rechte Unabhängige Sozialdemokrat Emanuel Wurm im Sommer 1919 veröffentlichte, auf starke Ablehnung beim linken Flügel, da Wurm darin vorgeschlagen hatte, zwar Arbeiterräte in den Gemeinden zu bilden, diese aber auf eine Kontrolltätigkeit der Verwaltung zu beschränken. Die neu herausgegebene Zeitschrift „Sozialistische Gemeinde" sollte dabei eine Hilfestellung geben. [218] Im Leipziger Aktionsprogramm, das auf dem Parteitag vom 30.11. bis 6.12.1919 angenommen wurde, war von Gemeindepolitik nur insoweit die Rede, als gefordert wurde, „das Privateigentum an Grund und Boden in Gemeindeeigentum" zu überführen. „Ausreichende Wohnungen sind von

213 Die MSPD war zunächst für prinzipiell staatliche Sozialisierung eingetreten. So wurde 1919 ein Gesetzentwurf ausgearbeitet über die Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft. Die Städte wehrten sich mit allen Mitteln dagegen. Die Regierung setzte sich nicht durch.

214 Auf dem ersten Rätekongreß im Dezember 1918 war über die Kommunalisierung noch nicht gesprochen worden. Frauke Bey-Heard, *Hauptstadt* . . . , S.155.

215 Zitiert aus: Frauke Bey-Heard, *Hauptstadt* . . . , S.140. Nähere Ausführungen *a.a.O.*, S.158 und S.164.

216 Otto Ziebill, *Politische Parteien* . . . , S.193 f.

217 Vgl. auch Otto Büsch, *Geschichte der Berliner Kommunalwirtschaft in der Weimarer Epoche* (= Veröffentlichungen der Berliner Historischen Kommission beim Friedrich-Meinecke-Institut der Freien Universität Berlin, Bd. 1), Berlin 1960, bes. S.3 ff. Doch wurde die Kommunalisierung von Wirtschaftsbetrieben von den politischen Gegnern unter dem Schlagwort „kalte Sozialisierung" politisch reichlich ausgeschlachtet. Dies diente vor allem dazu, die gemeinsame politische Plattform von kleinen Gewerbetreibenden und großindustriellen Interessenvertretungen zu stärken. Vgl. dazu die ausführliche Arbeit von Carl Böhret, *Aktionen gegen die „Kalte Sozialisierung"* . . . , passim; und Heinrich August Winkler, *Mittelstand, Demokratie und Nationalsozialismus. Die politische Entwicklung von Handwerk und Kleinhandel in der Weimarer Republik*, Köln 1972, bes.S.103.

218 Eugen Prager, *Geschichte der USPD*, 3. Aufl., Glashütten 1970, S.207.

den Gemeinden herzustellen." [219] Diese Tendenzen verstärkten sich noch nach dem Übertritt eines Teils der USPD zur KPD. Die Rumpfpartei forderte nun laut ihrem einstimmig verabschiedeten „Manifest" hinsichtlich der Gemeinden eine „energische Kommunalisierungspolitik ... insbesondere eine sozialistische Wohnungspolitik". [220]
Aber auch die KPD entwickelte eine kommunalpolitische Strategie, deren allgemeiner Stellenwert für die Partei derzeit offenbleiben muß. Nach dem Übertritt der linken Unabhängigen zur KPD im Herbst 1920 wurde in der KPD damals eine kommunalpolitische Umsturztheorie entwickelt. In dieser besonders von Max Sievers ausgearbeiteten „kommunistischen Kommunalpolitik" sollte das Ziel erreicht werden, durch verschiedene Aktionen – gedacht war vor allem an Nichtbewilligung von Gemeindebudgets – den Konflikt zwischen Gemeinde und Staat heraufzubeschwören, um damit dem Staat mit der Zeit so viele Lasten aufzubürden – man dachte z.B. an Zwangsetatisierungen [221] –, daß der Staat schließlich unter ihrer Last zusammenbrechen sollte. Dahinter stand die freilich unbewiesene Auffassung, daß die Regierung sich derzeit nur zu halten vermöge, weil ihr der größte Teil der Verantwortung und der Lasten von den Gemeinden abgenommen werden. – In der neuen Zeitschrift „Kommunistische Rundschau", herausgegeben von Ernst Däumig, Curt Geyer und Walter Stöcker, wurde diese Kommunalpolitik propagiert. Um die Gemeinden und damit den Staat in einen Notstand zu bringen, sollte auch die Kommunalisierung von Wirtschaftsbetrieben abgelehnt werden, es sei denn, es handelte sich um Versorgungszweige. „Kommunalisierung ... kann schädlich wirken, wenn damit den Arbeitern Sand in die Augen gestreut wird." [222] Sievers schrieb damals: „Wir wollen und suchen den Konflikt mit dem Staat, weil wir ihn stürzen wollen. Wir können ihn nicht stürzen, wenn wir seine Gesetze respektieren. Respektieren wir seine Gesetze, verlängern wir sein Leben. Jede Gemeindeverwaltung, auch die kleinste, ist ein Glied des Staatskörpers und nicht das unwichtigste. Nur wenn wir diese dazu bringen, ihrem bisherigen Besitzer den Dienst zu versagen, und diesen Gliedern Leben in unserem Geiste einhauchen, bewirken wir die große Umwälzung, ist unsere Tätigkeit praktische Arbeit für die proletarische Revolution." [223] In der kommunistischen kommunalpolitischen Strategie wurde die Marxsche Konzeption von der Kommune als revolutionärem Kampforgan während eines Umsturzes transponiert auf den Zustand *vor* der erwarteten zweiten Revolution und die Gemeinden avancierten zu Hauptbestandteilen einer revolutionären Strategie, in der die Theorie von der Spontaneität der Massen allerdings verkümmert war.
Werfen wir noch einen kurzen Blick auf die kommunalpolitischen Aktivitäten der Roten Armee, die sich im Verlaufe des Kapp-Putsches gebildet hatte. Soweit die Rote Armee die Macht in den Orten eroberte, erließen die Revolutionäre nur an wenigen Orten Bestimmungen über

219 *A.a.O.*, S.210.
220 *A.a.O.*, S.228.
221 Um den Gegensatz zur reformistischen Haltung darzulegen, sei darauf hingewiesen, daß Zwangsetatisierungen 1902 von diesem Parteiflügel als völlig nutzlos hingestellt wurden, und nicht zuletzt deshalb wurde damals gefordert, dem Gemeindebudget zuzustimmen. Nach außen hin glaubte man dies verantworten zu können, indem man auf den Unterschied zwischen der Staats- und Kommunalverfassung hinwies, der darin bestehe, daß das plutokratische Kommunalwahlrecht ja in die Kompetenz der Landesregierungen fiele und nicht in die der Gemeinde. Diesen Unterschied machten nicht die Gemeindevertreter Sachsens, die Budgetbewilligungen 1902 ablehnten.
222 *Kommunistische Rundschau*, Jg. 1 (1920), Nr. 6, S.31 f.
223 Zitat aus: Frauke Bey-Heard, *Hauptstadt* ..., S.166. Die Verbreitung dieser kommunistischen kommunalpolitischen Perspektiven und ihr Echo in der Partei bedarf einer gesonderten Untersu-Untersuchung.

die Gemeindeparlamente, die meist wiederum wie 1918/19 Kontrollfunktionen beinhalteten. Eingriffe der Vollzugsräte in Einzelbereiche der städtischen Verwaltung blieben selten und sporadisch. [224] Doch darf dieser Tatbestand wohl nicht überinterpretiert werden, da die Aufständischen ja noch nicht einmal aus der unmittelbaren Kampfphase hinausgelangt waren.

Aufgrund der grundsätzlichen Heterogenität der politischen Zielsetzungen der einzelnen Arbeiterparteien sowie der Räte ist eine übergreifende Zusammenfassung unseres Themas nicht mehr möglich. Als einzig Gemeinsames läßt sich lediglich die etwas banal klingende Feststellung treffen, daß die Gemeinde unter den verschiedensten politischen und strategischen Zwecksetzungen zeitweise eine nicht unwichtige Rolle spielte.

9. Die Gemeinden in den Rätekonzeptionen

Es geht im folgenden darum, einige Rätetheorien kurz vorzustellen unter besonderer Beachtung der Frage, welche Bedeutung den Gemeinden in ihnen zukam. Dabei ist es erforderlich, diese in einem engen Zusammenhang mit den einzelnen Phasen der Revolution [225] zu sehen. Für die erste Phase der Revolution, die spätestens mit der Niederschlagung des Januaraufstandes zu Ende ging, ist es bezeichnend, daß bei den meisten Räteanhängern keine Klarheit darüber bestand, in welcher Form das Rätesystem etabliert werden sollte. Die Tatsache, daß „die Frage nach Zentralismus und Föderalismus weder auf staatsrechtlichem Gebiet noch innerhalb der Rätebewegung systematisch behandelt und beantwortet wurde, ist auf das Selbstverständnis der Räte und die rätefeindliche Politik ihrer Kontrahenten zurückzuführen. Getreu der selbstgewählten Funktion als Notbrücke zur Demokratie übertrug die erdrückende Mehrheit der Räte die Klärung aller verfassungspolitischen Fragen unter Ablehnung eines politischen Rätesystems der Nationalversammlung. Da man den reibungslosen Übergang zur erstrebten parlamentarisch-repräsentativen Demokratie ermöglichen wollte, fehlte jeglicher Anlaß zu weitergehenden Überlegungen. Die von anderen grundsätzlichen Vorstellungen geprägten radikalen Räte fanden unter der anfänglichen Flut der drängenden Tagesaufgaben und dem Druck, später ständig ums eigene Dasein kämpfen zu müssen, keine Gelegenheit, konkrete Konzeptionen zu entwickeln. [226] Bey-Heards Urteil geht in ähnliche Richtung, wenn sie schreibt: „Eine gültige Begründung für die Selbstregierung der Massen durch ein Rätesystem gelang den Räteanhängern auch für den überschaubaren Bereich der Gemeinde nur in wechselnden, mehrdeutigen und jedenfalls nicht sofort praktisch anwendbaren Umrissen. Diese kamen aber erst zu einer Zeit zur Diskussion, als die Machtver-

224 Erhard Lucas, *Märzrevolution 1920. Der bewaffnete Arbeiteraufstand im Ruhrgebiet in seiner inneren Struktur und in seinem Verhältnis zu den Klassenkämpfen in den verschiedenen Regionen des Reiches* (künftig zitiert: *Märzrevolution*, Bd. 2), Frankfurt/M. 1973, S.35 f.

225 Zur Phaseneinteilung der Revolution von 1918/19: Reinhard Rürup, *Probleme der Revolution in Deutschland 1918/19* (= Institut für Europäische Geschichte Mainz, Vorträge Nr. 50), Wiesbaden 1968, S.19, und Eberhard Kolb, *Rätewirklichkeit und Räte-Ideologie in der deutschen Revolution von 1918/19*, in: ders. (Hrsg.), *Vom Kaiserreich zur Weimarer Republik* (= Neue Wissenschaftliche Bibliothek, Bd. 49), Köln 1972, S.167.

226 Lutz Beutler, *Zentralismus und Föderalismus bei den Arbeiter- und Soldatenräten unter besonderer Berücksichtigung des Zentralrats.* Staatsexamensarbeit FU Berlin 1968 (Ms), Autorreferat, in: *IWK*, Sonderheft 1 (1969), S.54 f.

hältnisse ... keine Gelegenheit mehr boten, die ... kommunale Verwaltung durch die Organisation der Räte zu ersetzen oder grundlegend zu beeinflussen." [227] „Was man vor der Revolution versäumt hatte, vermochte man danach nicht mehr zu korrigieren."[228] Diese Aussage gilt nicht nur – wie bereits festgestellt – für die MSPD, [229] sondern auch für die USPD. Auf ihrem Gründungsparteitag im Jahre 1917 begründete Wilhelm Dittmann die weitgehende programmatische und strategische Abstinenz mit den Worten: „Weitergehende Beschlüsse zu fassen, ist während des Krieges nicht möglich, weil alle Dinge zu sehr im Fluß sind." [230] So gelang es den Räteanhängern, die vor allem auf dem linken Flügel der USPD zu finden waren, mangels klarer Konzeption in dieser ersten Phase der Revolution nicht, die spontan Anfang November 1918 entstandenen kommunalen Räte schnell und fest in einer Gesamtorganisation zu verankern. [231] Die Parteien – staatliche und zentralistische Denkgewohnheiten konnten selbst sie nicht so rasch überwinden.

Nur Rosa Luxemburg und mit ihr der Spartakusbund hatten bereits zu Anfang der Revolution viel bewußtere Vorstellungen, die ein Rätesystem in einer einheitlichen sozialistischen Republik anvisierten. [232] Es muß dabei bedacht werden, daß der Spartakusbund und später die KPD im Jahre 1919 alles andere als eine homogene Partei war, und daß es in ihr bekanntlich starke Tendenzen auch für einen demokratischen Kommunismus, vor allem personifiziert in Rosa Luxemburg, gegeben hat. Sie war es, die das Programm des Spartakusbundes, „Was will der Spartakus-Bund?" vom Dezember 1918 verfaßt hat, und dieses wollen wir zur Grundlage machen für die Beantwortung der Frage, welche Stellung den Gemeinden in einem solchen Rätekonzept zukam. Die Arbeiterräte sollten demnach in den Betrieben gewählt werden, wobei die Möglichkeit einer jederzeitigen Abberufung vorgesehen war. Darüber hinaus sollten die Arbeiter- und Soldatenräte gewählte Delegierte in einen Zentralrat der Arbeiter- und Soldatenräte entsenden, der seinerseits den Vollzugsrat als oberstes Organ der gesetzgebenden und vollziehenden Gewalt zu wählen hatte. Der Zentralrat sollte häufig zusammentreten zur ständigen Kontrolle der Tätigkeit des Vollzugsrats und „zur Herstellung einer lebendigen Fühlung zwischen der Masse der Arbeiter- und Soldatenräte im Reiche und

227 Frauke Bey-Heard, *Hauptstadt* ..., S.167. Im übrigen weist sie darauf hin, daß die Parteiführungen selbst der lokalen (Räte-)Herrschaft in Berlin relativ lange Zeit kaum Aufmerksamkeit schenkten. *A.a.O.*, S.71.

228 Lutz Beutler, *Zentralismus* ..., S.55.

229 Vgl. das vorgehende Kapitel.

230 Das Vertrauen auf die Umsturzautomatik war übergroß. Vgl. Frauke Bey-Heard, *Hauptstadt* ..., S.67.

231 Lutz Beutler, *Zentralismus* ..., S.53 ff. Er weist ferner mit Recht auf den bis weit in die Reihen der USPD reichenden Antibolschewismus hin, der für die Ausformung der Räteidee hinderlich war. *A.a.O.*, S.55. Vgl. dazu allgemein: Peter Lösche, *Der Bolschewismus im Urteil der deutschen Sozialdemokratie 1903-1920* (= Veröffentlichung der Historischen Kommission zu Berlin, Bd. 29), Berlin 1967.

232 Peter Nettl, *Rosa Luxemburg*, S.498. Als optimales Ergebnis des von ihr scharf kritisierten Januaraufstandes sah sie übrigens allenfalls eine Art „Berliner Kommune" voraus, die sich aber nur für eine bestimmte Zeit halten könnte. Vgl. Eric Waldman, *The Spartacist Uprising of 1919 of the German Socialist Movement. A Study of the Relation of Political Theory and Party Practice* (= Marquette German Studies, Bd. 1), Milwaukee 1958, S.185 ff. (dt. Ausgabe Boppard 1967).

ihrem obersten Regierungsorgan." [233] Die lokalen Arbeiter- und Soldatenräte hatten das Recht, ihre Vertreter im Zentralrat jederzeit abzuberufen, falls diese nicht im Sinne ihrer Auftraggeber handelten. An anderer Stelle heißt es noch, daß die Gemeinderäte durch die Arbeiter- und Soldatenräte ersetzt werden sollten.
Eine Beschäftigung mit den kommunistischen Rätetheorien [234] muß aber auch auf dem Hintergrund der Tatsache erfolgen, daß die Räte für die Kommunisten einen mehrdimensio-

233 Das Programm ist abgedruckt in: *Deutsche Parteiprogramme,* hrsg. von Wolfgang Mommsen (= Deutsches Handbuch der Politik, Bd. 1), 2. Aufl., München 1964, S.436.
Die große Rolle, die die Betriebsorganisationen für die Kommunisten spielten, wird auch bei den Rätevorstellungen von Otto Rühle und bei Karl Korsch sichtbar. Vgl. Otto Rühle, *Von der bürgerlichen zur proletarischen Revolution,* Dresden 1924. Die Theorien von Karl Korsch sollen trotz ihrer prinzipiellen Bedeutung hier nur kurz erwähnt werden. Der Grund liegt darin, daß Korsch zwar alle Formen, die die Selbstregierung und Selbstverwaltung der Arbeiter guthieß, behandelte, daß aber seine eigenen Ideen mehr in Richtung eines nach Betrieben und Berufen geordneten Rätesystems tendierten, mit Wirtschaftsbetrieben als Grundlage. Siehe Karl Korsch, *Arbeiterrecht für Betriebsräte,* 4. Aufl., Frankfurt/M. 1973. Dessen ungeachtet hat Korsch sich mit der Pariser Kommune, mit der „revolutionären Kommune", beschäftigt, und die Frage aufgeworfen, inwieweit diese gegen das parlamentarische System als proletarische Regierungsform ausgespielt werden kann. Er äußerte sich darüber skeptisch: „In Wirklichkeit stellt aber die ⟨Kommune⟩ mit ihrer bald 1000jährigen geschichtlichen Entwicklung nicht nur eine ältere bürgerliche Regierungsform dar als das Parlament, sondern bildet – von den Anfängen im 11. Jahrhundert bis zu jenem höchsten Gipfelpunkt, den die revolutionäre Bewegung des Bürgertums in der großen Französischen Revolution von 1789/93 erreichte – geradezu die klassenmäßig reinste Erscheinungsform jenes Kampfes, den in dieser ganzen historischen Epoche die damals revolutionäre bürgerliche Klasse in den verschiedensten Formen um die Umwälzung der gesamten bis dahin bestehenden feudalen Gesellschaftsordnung und um die Errichtung der neuen, bürgerlichen Gesellschaftsordnung geführt hat." *A.a.O.,* S.95 f. Über die Bedeutung der Gemeinden im Bauernkrieg nicht zuletzt in bezug auf die Gemeinde als revolutionäre Körperschaft siehe David Warren Sabean, *Landbesitz und Gesellschaft am Vorabend des Bauernkrieges,* Stuttgart 1972, S.84, S.109 und S.117; Peter Blickle, *Die Revolution von 1525,* München und Wien 1975, bes. S.175 ff. Für Korsch besteht das eigentliche Endziel des proletarischen Klassenkampfes nicht darin, einen bestimmten kommunalen oder rätemäßigen Staat zu schaffen, „sondern die klassenlose und staatenlose kommunistische Gesellschaft", deren zusammenfassende Form nicht mehr irgendeine politische Gewalt, sondern Assoziationen sind. Karl Korsch, *Arbeitsrecht* . . . , S.107. In der Übergangsphase unterscheidet sich – so Korsch – der proletarische Staat vom bürgerlichen Staat „nur durch sein klassenmäßiges Wesen und seine gesellschaftliche Funktion aber nicht durch seine politische Form." *A.a.O.,* S.107 f. Es sei ein Irrtum zu glauben, „daß ein Abgeordneter mit kurzfristigem, gebundenem, jederzeit abrufbarem Mandat oder ein auf Privatvertrag gegen gewöhnlichen ‚Arbeitslohn' angestellter staatlicher Funktionär eine weniger bürgerliche Einrichtung wäre als ein gewählter Parlamentarier. Es ist vollends irrig, wenn sie glauben, daß es irgendwelche ‚kommunale' oder ‚rätemäßige' Verfassungsformen gäbe, durch deren Einführung der von der revolutionären proletarischen Partei regierte Staat den jedem Staat anhaftenden Charakter eines Instruments der Klassenunterdrückung am Ende gänzlich abstreifen kann." *A.a.O.,* S.106 f. Korschs Verdienst ist es, die Bedeutung von kommunalen Verfassungen relativiert und die politische Form als sekundär hingestellt zu haben im Vergleich zum Inhalt der Politik. Doch bleibt auch bei ihm offen, welche tatsächliche organisatorische Rolle die Kommune in einer Revolution zu spielen imstande ist. Vgl. *Jahrbuch Arbeiterbewegung,* Bd. 1, hrsg. von C. Pozzoli, Frankfurt 1973.

234 Auf die Rätevorstellungen der Anarchisten soll hier nicht eingegangen werden, da hierüber noch besondere Studien notwendig wären. Als erster Einstieg siehe die Sammelrezension von Günter Bartsch, *Anarchismus und Rätebewegung,* in: *Neue Politische Literatur,* Jg. 15 (1970), H. 1, S.85 ff. Ferner sei noch hingewiesen auf die Bibliographie zur Geschichte des Anarchismus und des Anarcho-Syndikalismus von Hans Manfred Bock, in: *Jahrbuch Arbeiterbewegung,* Bd. 1, S.294 ff. Erinnert sei schließlich an die Mitwirkung von Anarchisten an der Münchner Räterepublik.

nalen Stellenwert einnahmen. Zum einen waren sie es, die mit vollster Überzeugung die Losung ausgaben „alle Macht den Räten" und konsequent die Errichtung des parlamentarisch-demokratischen Systems verhindern wollten. [235] Andererseits aber konnten in ihren Augen die Räte nur dann ihre „eigentliche Funktion" erfüllen, wenn die Kommunisten auch in ihnen die Führung innehatten, was ja während der Revolution von 1918/19 normalerweise nicht der Fall war. Der russische Historiker J. S. Drabkin schreibt darüber: „Trotzdem war die Losung richtig: Die Arbeiter und Soldaten konnten nur aufgrund eigener Erfahrungen, erst wenn sie aktiv an der Leitung des Betriebes, der Gemeinde, des Staates teilnahmen, ihre Illusionen überwinden und sich vom verderblichen Wesen der Politik der Ebert und Kautsky überzeugen –. Nur so konnten sie lernen, sich wirklich revolutionäre Führer zu wählen und die Revolution vorwärtszutreiben. Gerade deswegen war es dringend nötig, daß die Arbeiter- und Soldatenräte in den vollen Besitz der Macht gelangten." [236]

Obwohl also Rosa Luxemburg bereits im Dezember 1918 eine Rätekonzeption vorgelegt hatte, konnte diese aufgrund der parteipolitisch geringen Erfolge des Spartakusbundes bzw. der KPD nicht jene Breitenwirkung erzielen, die für eine Klärung der zukünftigen verfassungsmäßigen Stellung der Räte eine der notwendigen Voraussetzungen hätte darstellen können. So kam es, daß auf dem ersten Rätekongreß im Dezember 1918 – Rosa Luxemburg wurde nicht dorthin delegiert – die kommunalen Arbeiterräte zwar als Kampforgane der Revolution entweder kritisiert oder verteidigt wurden, je nach dem politischen Standort der Sprecher, sie wurden aber jedenfalls nicht als mögliche Strukturelemente in einer Gesamtkonzeption für eine künftige staatliche Ordnung vorgestellt. [237] Dieser Mangel an konkreten Vorstellungen in der ersten Phase der Revolution über die zukünftige Bedeutung und Funktion der Räte war auf jenem Kongreß für alle so evident geworden, daß die Anhänger der Räteidee in dem als zweite Phase der Revolution zu kennzeichnenden Zeitraum versuchten, in Eile das Versäumte nachzuholen. [238] Diese zweite Phase kann demnach als Hochblüte rätetheoretischer Diskussionen gekennzeichnet werden. In der erst seit Januar 1919 erschienenen Wochenschrift „Der Arbeiterrat" ging vor allem der linke Flüge der Unabhängigen Sozialdemokraten daran, die Räteidee als Antiparteiensystem zu konkretisieren. Dabei wurde die Bedeutung der Gemeinde neu entdeckt, wenngleich den Betrieben als Basis des

235 Hermann Weber, *Der Gründungsparteitag der KPD. Protokoll und Materialien*, Frankfurt/M. 1969, S.88 ff.

236 J. S. Drabkin, *Die Novemberrevolution 1918 in Deutschland*, Berlin 1968, S.256. Dieser rein funktionale Wert der Räte für die KPD zeigte sich im Zusammenhang mit der Errichtung der Räterepublik in Bremen. Dort war die Hälfte der Räte Mehrheitssozialisten. Dies wollten die Kommunisten nicht dulden. Im Zuge der Etablierung der Räterepublik sorgten die Kommunisten dafür, daß die Mehrheitssozialdemokraten aus dem Arbeiterrat entfernt wurden. *Revolution und Räterepublik in Bremen*, hrsg. von Peter Kuckuk, Frankfurt/M. 1969, S.20, S.22 und S.104. Auch in der Münchner 2. Räterepublik konnten sich Sozialdemokraten im neugebildeten Aktionsausschuß nur dann halten, wenn sie das kommunistische Programm bejahten. *Die Münchner Räterepublik*, hrsg. von Tankred Dorst, Frankfurt/M. 1969, S.185.

237 Vgl. z.B. Frauke Bey-Heard, *Hauptstadt* . . . , S.155.

238 Es zeigt sich hier die Fragwürdigkeit, eine neue Sozialordnung erst im Kampf aus der konkreten Situation entwickeln zu wollen.

wirtschaftspolitischen Teils des Räteaufbaus mehr Aufmerksamkeit zuteil wurde. [239] Kennzeichnend also ist, daß die Gemeinde in diesen Rätetheorien immer an zweiter Stelle hinter den Betrieben rangierte. Für diese Rätetheoretiker war die Tatsache von untergeordneter Bedeutung, daß die Betriebe als Wahlkörper die Wahlberechtigten keinesfalls voll umfaßten.[240] – In der russischen Sowjetverfassung bildete deshalb auf dem Lande die Gemeinde und nicht der landwirtschaftliche Betrieb den Wahlkörper. – Die Betriebsräte sollten nach diesen rätetheoretischen Plänen Delegierte wählen, die die legislativen und exekutiven Funktionen der Gemeinde ausüben würden. Die Gemeindearbeiterräte sollten selbst wieder das unterste Wahlorgan für die Zusammensetzung der politischen Räte auf Bezirks-, Landes- und Reichsebene darstellen. [241] Diese räteprogrammatischen Äußerungen weisen eine starke Ähnlichkeit mit denen des Spartakusbundes auf. Charakteristisch ist, daß auch hier die Betriebe den untersten Wahlkörper bilden und die lokalen Arbeiterräte demnach bereits mit imperativem Mandat ausgestattete Delegierte sind.

Die größte Bedeutung erhielten die Gemeinden in der Rätetheorie von Georg Ledebour. Er verstand die Gemeinde als „Betriebsgemeinschaft". [242] Das Gemeindeparlament sollte seiner Meinung nach aus allen erwachsenen Einwohnern bestehen, die wöchentlich über die Belange der Gemeinde und des Betriebes zu befinden hätten. Arbeiterrätedelegierte sollten die Beziehungen zu den anderen Gemeinden aufnehmen. Große Gemeinden sollten in Urgemeinden aufgegliedert werden. [243] Hier wurden wohl am stärksten Elemente der direkten Demokratie verarbeitet. – Rudolf Hilferding nahm in dieser Frage noch eine andere Stellung ein. Er wollte die Räte in die Staats- und Gemeindeverfassung integrieren und ihnen die Stellung einer Art zweiten Kammer zuweisen. [244] Damit näherte er sich zusehends der Position der Mehrheitssozialdemokraten. Hilferdings Auffassung von einer Räteordnung ist wiederzuentdecken in den „nächsten Forderungen der USPD", die einen Teil der programmatischen Kundgebung des zweiten Parteitags der USPD, der vom 2. bis 6. Mai 1919 stattfand, darstellen. Dort heißt es unter Punkt 1: „Einordnung des Rätesystems in die Verfassung. Entscheidende Mitwirkung der Räte bei der Gesetzgebung, Staats- und Gemeindeverwaltung und in den Betrieben." [245] Im allgemeinen Teil findet man über die Gemeinde nur den wenig aussagenden Satz: Die proletarische Revolution „schafft dem Proletariat das Recht der Selbst-

239 An dieser Stelle sei auch an die Shop-Steward-Bewegung in England erinnert, die die Betriebe als unterste Organisationsbasis ansah. Gleichwohl war auch dort daran gedacht, örtliche Arbeiter- und Soldatenräte zu wählen. Rudolf Kuda, *Arbeiterkontrolle in Großbritannien. Theorie und Praxis,* Frankfurt/M. 1970, S.35 f. Und allgemein: *Arbeiterkontrolle, Arbeiterräte, Arbeiterselbstverwaltung. Eine Anthologie.* (= Theorie und Praxis der Gewerkschaften), hrsg. von Ernest Mandel, Frankfurt/M. 1971.

240 Richard Müller forderte allerdings wohl auch aus diesem Grunde den Aufbau der Arbeiterräte nach Industriegruppen und Berufsorganisationen. Frauke Bey-Heard, *Hauptstadt . . .*, S.157. Ähnlich äußerte sich Ernst Däumig auf dem 2. Rätekongreß. *A.a.O.*, S.159 und S.162.

241 *Der Arbeiterrat,* Jg. 1 (1919), Nr. 9, S.23; vgl. auch Eric Ertl, *Alle Macht den Räten?* (= Theorie und Praxis der Gewerkschaften), 2. Aufl., Frankfurt 1969, S.62.

242 *Der Arbeiterrat,* Jg. 1 (1919), Nr. 4, S.15 f.; allgemein: Ursula Ratz, *Georg Ledebour 1850-1947. Weg und Wirken eines sozialistischen Politikers* (= Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin, Bd. 31), Berlin 1969, S.185 f.

243 *Der Arbeiterrat,* Jg. 1 (1919), Nr. 4, S.15 f.

244 Wilfried Gottschalch, *Geschichte der sozialen Ideen . . .*, S.242. Ähnliches beabsichtigte auch Kurt Eisner; vgl. Günther Bartsch, *Anarchismus und Rätebewegung,* S. 93 f.

245 In: Eugen Prager, *Geschichte der USPD,* S.193.

verwaltung in den Betrieben, in den Gemeinden und im Staat." [246] Bemerkenswert ist hierbei vor allem die Verwendung des Begriffs „Selbstverwaltung", der aus der „bürgerlichen" Terminologie übernommen wurde. Dessenungeachtet muß man wohl für diese Phase der Revolution insgesamt feststellen, daß die formalen Gemeinsamkeiten, die zwischen der ursprünglichen Selbstverwaltungsidee und der Räteidee bestanden, nämlich die direkte Mitwirkung der Bürger am Gemeindegeschehen, im taktischen Bereich wenig ausgespielt wurden, vielleicht aus dem Grunde, weil der inhaltliche Unterschied, der vor allem in dem proletarischen Charakter einer Räteherrschaft zu suchen ist, das Bewußtsein primär formte.
Auf dem zweiten Rätekongreß, der vom 8. bis 14. April 1919 tagte, kam in den Diskussionen den kommunalen Arbeiterräten entscheidende Bedeutung zu,insofern, als es um die Frage ging, ob diese nach der Auffassung der MSPD aufzulösen, oder ob – nach der Auffassung der USPD – in diesen der Kern des neuen politischen Rätesystems zu sehen sei. Ernst Däumig (USPD), ein überzeugter Räteanhänger, sprach sich darüber hinaus aber entschieden für eine organisatorische Trennung der politischen von den ökonomischen Räten aus. Die Vertreter der USPD waren der Meinung, daß die Arbeiterräte in den Gemeinden zunächst die lokale Verwaltung kontrollieren, später kommunale Verwaltungsfunktionen selbst übernehmen sollten. Doch das Schicksal der politischen Räte war im Grunde schon auf dem ersten Rätekongreß besiegelt worden. Der 2. Rätekongreß bestätigte nur diese Entwicklung. Ungeachtet der Unterschiede im einzelnen war den meisten rätetheoretischen Vorschlägen seitens der USPD in der zweiten Revolutionsphase gemeinsam, daß die kommunalen Räte die unterste *politische* Instanz darstellen sollten, wenngleich das Verhältnis von Betrieb und Gemeinde als Organisationseinheit meist diffus blieb und unterschiedlich bewertet wurde. [247] Ernst Däumig besann sich bezeichnenderweise darüber hinaus auf die Marxsche Verherrlichung der Pariser Kommune von 1871, nicht zuletzt, um mit der Erinnerung an die gemeinsame Tradition der schablonenhaften Gleichsetzung von Räten und Bolschewismus entgegenzuwirken. – Im Leipziger Aktionsprogramm der USPD wurde entsprechend der veränderten politischen Gesamtsituation nur mehr allgemein vom Rätesystem als dem anzustrebenden System gesprochen. – Nach allem, was wir bisher über diese Zeit wissen, betraf der Spaltungsprozeß innerhalb der USPD auch die Gemeindepolitik, genauer, die kommunalen Arbeiterräte. So wurde das schon erwähnte Kommunalprogramm vom Sommer 1919 von dem linken Flügel scharf angegriffen, und es wurde betont, daß eine reine Kontrolltätigkeit der kommunalen Arbeiterräte nie als ein Ziel deklariert werden dürfe, sondern daß dies immer nur ein Notbehelf sein könne, eine Etappe, bis das bisherige Gemeindesystem ganz abgeschafft worden sei. [248]
Wenn wir uns für die zweite Phase der Revolution besonders auf die Rätetheorien konzentriert haben, die innerhalb der USPD entwickelt wurden, so deshalb, weil wohl gerade in dieser Partei damals die Diskussionen über die wünschenswerte verfassungsrechtliche Stellung der Räte am intensivsten geführt wurden. Zum Schluß wollen wir aber noch einen kurzen Blick auf die räteähnlichen Pläne werfen, die die MSPD Anfang 1919 entwickelt hatte, nicht zuletzt, um den rätefreundlichen Tendenzen innerhalb der Arbeiterschaft wenigstens ansatz-

246 In: *Ebd.*,
247 Frauke Bey-Heard, *Hauptstadt* . . . . S.159.
248 *A.a.O.*, S.167 f.

weise Rechnung zu tragen. [249] Zunächst propagierte die MSPD auf dem zweiten Rätekongreß die Bildung von sogenannten Produktionsräten, gewählt von den Betrieben bzw. den Berufsverbänden. Diese sollten Delegierte in „Kammern der Arbeit" wählen, welche auch in den Gemeinden einzurichten seien, ebenso wie im Kreis, in der Provinz, in den Ländern und in der Gesamtrepublik. Diese Kammern der Arbeit sollten neben der allgemeinen Volkskammer eine Art zweite Kammer darstellen, die das Recht auf Gesetzeszustimmung ausüben sollte. [250] Hier vermischte sich der Rätegedanke mit berufsständischen Ideen. [251] Doch nach Beendigung der akuten Revolutionsgefahr ging die MSPD auch alsbald von der Idee der Produktionsräte sowie der Kammern der Arbeit ab. Diese Konzeption wurde bereits in die Resolution der MSPD zur Rätefrage auf dem Parteitag zu Weimar im Juni 1919 nicht mehr aufgenommen. Die Kammer der Arbeit wurde nun als „verfehlt" bezeichnet. [252] Sinzheimer, der „Spezialist" in dieser Frage, wollte die Räte nur auf die Wirtschaft beschränkt sehen, im übrigen sollten diese Räte paritätisch mit Arbeitgebern und Arbeitnehmern besetzt sein. [253]

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß, soweit Rätetheorien entwickelt wurden, den Gemeinden eine maßgebliche Rolle zufiel, wenngleich sie in ihrer Bedeutung meist hinter den Betrieben rangierten.

10. Die Bedeutung der Gemeinden im Aufbau der Arbeiterorganisationen 1917 bis 1920

Schon durch die kommunalpolitischen Aktivitäten der Räte wurde die Bedeutung der Gemeinde für diese herausgestellt. Damit in engstem Zusammenhang steht die Tatsache, daß die Gemeinden auch für den Organisationsaufbau der Räte in der Revolution von 1918/19 zentrale Bedeutung gewannen. Dies kam vor allem dadurch, daß kein machtvoller allgemeiner Organisationsaufbau entstanden war, weil dies nicht den Vorstellungen der MSPD entsprach. Auch der erste Rätekongreß, der am 16. Dezember 1918 in Berlin seine Arbeit auf-

249 Nach Tormin gab es beim Zusammentritt der Nationalversammlung in der SPD drei Auffassungen über die Rätefrage: „a. Die Volksbeauftragten, ein Teil der Parteileitung (besonders die führenden Gewerkschaftler) und wahrscheinlich ein größerer Teil der Funktionäre und Mitglieder wollten die Räte möglichst bald auflösen. b. Ein Teil der Parteiführung und ein ständig wachsender Teil der Mitglieder wollten die Räte als Interessenvertretungen erhalten. Sie sollten etwa die Rechte der Arbeiterausschüsse bekommen und vor allem die Sozialisierung vorbereiten. c. Der linke Flügel und ein großer Teil der mehrheitssozialistischen Arbeiterräte wollten dasselbe, aber mit größeren Rechten. In berufständischen Parlamenten sollten die Räte den politischen Parlamenten gleichberechtigt sein oder ein weitgehendes Vetorecht erhalten." Walter Tormin, *Zwischen Rätediktatur und sozialer Demokratie. Die Geschichte der Rätebewegung in der deutschen Revolution 1918/19* (= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 4), Düsseldorf 1954, S.122.

250 Ergänzter Antrag von Cohen, abgedruckt in: Wilfried Gottschalch, *Parlamentarismus und Rätedemokratie*, Berlin 1971, S.83 ff. Walter Tormin, *Zwischen Rätediktatur* . . . , S.121.

251 *Ebd.* Das zugehörige Referat von Max Cohen ist auszugsweise abgedruckt in: Dieter Schneider und Rudolf Kuda, *Arbeiterräte in der Novemberrevolution. Ideen, Wirkungen, Dokumente*, 2. Aufl., Frankfurt/M. 1969, S.130 ff.

252 Wilfried Gottschalch, *Parlamentarismus und Rätedemokratie*, S.86; vgl. auch Walter Tormin, *Zwischen Rätediktatur* . . . , S.123.

253 Wilfried Gottschalch, *Geschichte der sozialen Ideen* . . . , S.242. Vgl. auch die Leitsätze Sinzheimers, die auf diesem Parteitag angenommen wurden, abgedruckt in: Dieter Schneider und Rudolf Kuda, *Arbeiterräte* . . . , S.135 ff.

nahm, entpuppte sich aufgrund der vorherrschenden Mehrheitsverhältnisse im Grunde als ein Antirätekongreß, der die Räteorganisation sobald wie möglich durch eine parlamentarisch-demokratische Reichsverfassung ersetzt sehen wollte. Der dort ins Leben gerufene Zentralrat, der nur aus MSPD-Mitgliedern bestand, verstand sich nicht als oberstes Räteorgan, sondern allenfalls als Verbindungsorgan zwischen Regierung und Rätebewegung. Aufgrund der mangelnden Organisation der Räte auf zentraler Ebene, konnten auch die auf Provinzial- bzw. Landesebene etablierten Räte ihre wesentliche Funktion als Verbindungsglieder von den Lokalorganisationen zur Zentrale nicht erfüllen. Infolgedessen behielten die lokalen Arbeiter- und Soldatenräte im Vergleich zu den übergeordneten Räteorganisationen noch die „stärkste" Stellung.

Nach Lutz Beutler waren die Spitzenorganisationen der deutschen Räte entweder nicht fähig – so der Vollzugsrat – oder nicht willens – so der Zentralrat –, „Kommunikationen zu den regionalen/lokalen Räten aufzunehmen und ein Rätesystem zu institutionalisieren. Umgekehrt bezogen die örtlichen Räte Extrempositionen. Sie ignorierten alle Anweisungen politisch nicht genehmer Spitzenräte. Sie sortierten die Richtlinien oder Anordnungen nicht etwa nach ihrer Brauchbarkeit, um von Fall zu Fall zu entscheiden, sondern schritten zur strikten Insubordination". Dies widerfuhr dem Vollzugsrat seitens der MSPD-Räte, dem gleichen Schicksal verfiel der Zentralrat durch die USPD-Spartakusräte. [254] Unabhängig von der Feststellung, daß die interlokalen Räte und der Zentralrat nur partielle Macht errungen hatten – ein Ergebnis der MSPD-Politik –, muß die Frage behandelt werden, ob denn ein solcher überlokaler Räteaufbau von den Arbeiterräten selbst gewünscht wurde. Hier sei Eberhard Kolb zitiert: „Auch die Schaffung einer überlokalen Räteorganisation war ein überwiegend spontaner, durch praktische Erfordernisse bedingter Vorgang, und dieser spontane Aufbau einer überlokalen Organisation ist überhaupt ein für die Rätebewegung charakteristisches und typisches Moment: In Rußland dauerte es 1917 nur wenige Wochen – in Ungarn 1956 nur wenige Tage –, bis die voneinander ganz unabhängigen und ungleichartigen Sowjets Verbindung miteinander aufgenommen hatten. So auch in Deutschland 1918." [255] Nach Kolbs fundierten Kenntnissen ist also sehr wohl eine solche Absicht den Arbeiterräten zu unterstellen. Ja, er sieht gerade darin etwas Charakteristisches für die [neuere] Rätebewegung, ohne allerdings die weiterführenden Fragen zu behandeln. Jedenfalls wird dadurch Huneckes Ansicht bestätigt, wenn er sagt, daß die Pariser Kommune von 1871 typische Merkmale einer Übergangsgesellschaft zeige. [256] Was noch für diese Auffassung spricht, ist die Tatsache, daß in der deutschen Revolution von 1918/19 und im Ruhrkrieg von 1920 seitens der Arbeiterräte keine politischen Programme kommunaler Autonomien entwickelt wurden, wie dies – ungeachtet des Stellenwertes, den man solchen Äußerungen beimißt – in der Pariser Kommune sehr wohl der Fall war.

Von diesen Gedanken über die subjektiven Handlungsabsichten der Arbeiterräte ist das Problem abzutrennen, wie die Realität aussah. Und hier haben wir in der Tat das Bild vor uns, daß, ähnlich wie in der Pariser Kommune und ähnlich wie im Ruhrkrieg von 1920, die Gemeinde sich als räumliche Kampf- bzw. Aktionseinheit herauskristallisierte. Auch die in der Revolution von 1918/19 entstandenen Räterepubliken hatten mehr oder weniger kommunalen Charakter – es sei auf Bremen und München hingewiesen. Man kann sogar von einem

254 Lutz Beutler, *Zentralismus* . . . , S.54 f.

255 Eberhard Kolb, *Rätewirklichkeit* . . . , S.171.

256 Vgl. auch Erhard Lucas, *Frankfurt unter der Herrschaft des Arbeiter- und Soldatenrats 1918/19*, Frankfurt/M. 1919, bes. S.136 f.

lokalen isolierten Regieren der Räte sprechen. Jede Stadt, jedes Land, hatte seine eigene kleine Revolution mit eigenen lokalbedingten Formen, Zielsetzungen und Persönlichkeiten. Freilich muß dies als ein Resultat der eben nur partiell vollzogenen Machteroberung gesehen werden. Ferner sei vermerkt, daß die erwähnten Fälle revolutionärer Herrschaft auf kommunaler Basis alle scheiterten, wobei ein wechselseitiger Zusammenhang vermutet werden darf, gerade wenn die Bedeutung der bewaffneten Macht auf nationaler Ebene für das Gelingen einer Revolution in Rechnung gestellt wird,und die Revolution von 1918/19 sich dagegen durch die Schwäche der Volkswehr und der Roten Armee einerseits und die relative Stärke der alten Heeresreste und der Freikorps andererseits auszeichnete. Ein zweiter Grund für die Bedeutung gerade der lokalen Räte bestand in den Elementen der direkten Demokratie, die der Räteherrschaft anhafteten. Hier traten in unterschiedlicher Intensität allerdings die Betriebsräte als unterste Organisationsbasis in „Konkurrenz" zu einer lokalgesamten Willensbildung, meist in Form von großen Versammlungen. [257] Allgemein zeichnete sich dabei die Tendenz ab, daß in den kleineren Städten [258] ohne betriebliche Großunternehmen die Gesamtgemeinde den Rahmen für die Wahl bzw. Akklamation der Rätemitglieder darstellte, während in den großen Städten zuerst in den Betrieben die Betriebsräte gewählt wurden. [259] Die Arbeiter- und Soldatenräte waren aus den örtlichen Verhältnissen entstanden und nach örtlichen Machtverhältnissen zusammengesetzt. [260] So fand man in ihnen vor allem Mitglieder der MSPD und der USPD sowie der Gewerkschaften, seltener Mitglieder des Spartakusbundes bzw. der KPD.

Waren also die fehlende Macht der zentralen Räteorganisationen und die Elemente direkter Demokratie für die praktische Bedeutung der Gemeinde in der Rätebewegung von 1918/19 förderlich, so muß ein weiterer Grund in der Kommune als geeignete, weil überschaubare räumliche Aktions- und Kampfeinheit, ähnlich wie sich dies auch im Ruhrkrieg 1920 feststellen ließ, gesehen werden. Die mehr oder weniger spontan entstandenen Rote-Armee-Einheiten basierten zumindest zum Teil auf Gemeindeeinheiten, wenn auch in organisatorischer „Konkurrenz" mit Fabrikgemeinschaften, Parteidistrikten und Bezirken etc. [261] Hieraus ist zu schließen, daß in dieser kritischen Situation, wo es auf schnelles, aktives Handeln ankam, die Gemeinde wenigstens zum Teil als „natürliche" Organisationsbasis für den Kampf fungierte.

Der oft zitierte Konkretismus der Arbeiter, soweit er sich auf die Gemeinde bezog, ist auch für die Zeit des Kapp-Putsches festzustellen. Das Verhalten der Arbeiter einer Stadt richtete

257 Vgl. die Beschreibung des Wahlvorganges in Magdeburg, in: Eberhard Kolb, *Rätewirklichkeit* . . . , S.170.

258 *Ebd.* Aber dies geschah nicht nur in kleineren Städten, wie das Magdeburger Beispiel zeigt. Vgl. auch Walter Tormin, *Zwischen Rätediktatur* . . . , S.91 f. Zum Teil organisierten auch die Arbeiterparteien die Wahlen.

259 Vgl. auch Eberhard Kolb, *Rätewirklichkeit* . . . , S.171.

260 *Ebd.* Walter Tormin, *Zwischen Rätediktatur* . . . , S.60 und S.82. Eduard Bernstein, *Die deutsche Revolution*, Berlin 1921, S.174.

261 Erhard Lucas, *Märzrevolution* . . . , Bd. 2, S.67; George Eliasberg, *Der Ruhrkrieg von 1920* (= Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bd. 100), Bonn-Bad Godesberg 1974, S.114. Hans Manfred Bock, *Syndikalismus und Linkskommunismus* . . . , S.290, spricht nur von der Bildung lokaler Truppen. Es muß offenbleiben, inwieweit die Organisationsschwächen der Roten Armee (vgl. Erhard Lucas, *Märzrevolution* . . . , Bd. 2, S.76, Hans Manfred Bock, *Syndikalismus und Linkskommunismus* . . . , S.290) auf der Tatsache beruhen, daß eben nicht nur die Gemeindeeinheiten die organisatorische Basis darstellten.

sich oftmals danach, wie Militär und Sicherheitspolizei des betreffenden Ortes sich verhielten. Solches ist z.B. für Bremen festzustellen. [262] Aufgabe der Parteiführungen wäre es nach Lucas gewesen, diesen Orientierungsrahmen zu erweitern und die allgemeine Bedrohung, der die Arbeiterklasse durch den Kapp-Putsch ausgesetzt war, zu vermitteln.

Während die Städte für die Räte eine besonders große Rolle spielten, war die Bedeutung der lokalen Parteiorganisationen für die MSPD von geringerer Bedeutung. Allerdings muß bedacht werden, daß diese Aussage für die Revolutionszeit nur bedingt richtig ist, war doch gerade diese Zeit gekennzeichnet durch große Unterschiede in den politischen Einstellungen und Aktionsfreiheiten der Parteibasis. Diejenigen Sozialdemokraten, die die Revolution weitertreiben wollten, richteten ihre Aktivität vor allem auf die Durchsetzung ihrer Auffassungen in den jeweiligen Städten, da hier der größte Bewegungsspielraum bestand. [263] Doch nach Beendigung der Revolution verfestigte sich die Organisationsform der MSPD wieder in alter Weise. Insgesamt war die Organisation der MSPD in der Weimarer Republik, wie diese sich dann auch schließlich im Organisationsstatut von 1925 niederschlug, gekennzeichnet durch starke Zentralisierung und Bürokratisierung der Partei, durch Überorganisation einerseits und Organisationszersplitterung andererseits, wie dies schon – wenn auch nicht in solchen Ausmaßen – für die Vorkriegssozialdemokratie nachgewiesen werden konnte. Für unser Thema wichtig ist, daß die Ortsvereine Untergliederungen des Bezirksverbandes darstellten, „der vom Parteivorstand nach politischer und wirtschaftlicher Zweckmäßigkeit abgegrenzt" wurde. [264] Damit bilden zwar nicht mehr die Reichstagswahlkreise, wie ehedem, die unterste organisatorische Einheit, sondern die Bezirksverbände, die sich im übrigen in Unterbezirksverbände gliedern konnten, aber damit ist noch nicht die Frage beantwortet, wie die „politischen und wirtschaftlichen Zweckmäßigkeiten" inhaltlich aussehen würden, nach denen der Parteivorstand die Bezirksaufteilung vornahm. Manipulationen zur Unterdrückung oppositioneller Minderheiten in einzelnen Städten und Regionen sind jedenfalls denkbar, da der Parteivorstand allein die Abgrenzungen vornehmen konnte.

Ungeachtet dieser organisatorischen Änderung gegenüber der Zeit vor 1914, läßt sich allgemein über die Organisation der SPD sagen, daß sie ausgerichtet schien auf eine möglichst hohe Effizienzsteigerung der Partei in Richtung auf das parlamentarische System, eine Effizienzsteigerung, die eine Entpolitisierung der Mitglieder an der Basis durchaus in Kauf nahm, besonders, soweit damit auch linke Tendenzen blockiert werden konnten. Nicht zufällig verlangten die linken Kräfte in der Partei eine Revision des Organisationsstatuts, vor allem sollte die Grundlage der Organisation wieder der Ortsverein bilden, [265] doch konnten sie sich während der ganzen Weimarer Zeit nicht durchsetzen. Richteten sich die Entpolitisierungsabsichten der Zentrale gegenüber der Basis vor allem auf reichspolitische Angelegenheiten sowie auf zentrale Parteiprobleme, so muß derzeit noch offen bleiben, wie groß ein gegebenenfalls vorhandener Spielraum in der sozialdemokratischen Gemeindepolitik war und wie er genutzt wurde. Detailstudien hierzu fehlen. Bekannt ist lediglich die Tatsache, daß auch für untere Parteiämter in der Ortsorganisation nur derjenige kandidieren durfte, der mindestens ein

262 Erhard Lucas, *Märzrevolution* . . . , Bd. 2, S.161.

263 So zum Beispiel stimmte annähernd die Hälfte der Münchner SPD für die Einführung der Räterepublik, und Sozialdemokraten waren sowohl Mitglieder der ersten wie auch der zweiten Münchner Räterepublik. *Die Münchner Räterepublik*, hrsg. von Tankred Dorst, S.183.

264 Vgl. Ernst Eckstein, *Wie soll die Organisation aussehen?*, in: *Die Organisation im Klassenkampf*, bes. S.166 f.

265 *A.a.O.*, S.165 ff.

Jahr Parteimitglied war; um für die Gemeindevertretung kandidieren zu können, mußte man sogar drei Jahre lang Mitglied gewesen sein. Hierin darf wohl unter anderem die Absicht vermutet werden, den potentiellen Kandidaten erst auf die allgemeine Parteilinie einzuschwören. [266]

Die USPD entwickelte kein neues Organisationskonzept, sondern kopierte den alten Aufbau der SPD: Ortsvereine, Kreisvereine innerhalb der Grenzen der Reichstagswahlkreise, Bezirksvereine. Bestimmend waren also nicht wirtschaftsgeographische Gesichtspunkte, sondern die alte Struktur der Reichstagswahlkreise und Provinzen. In Reaktion auf die Tatsache, daß in der SPD die Gemeinden als organisatorische Parteieinheiten hinsichtlich ihrer Entscheidungsfunktionen vor 1914 schon recht eingeschränkt waren, verlangten die Linksradikalen auf dem Gründungskongreß der USPD 1917 als Bedingung für ihren Beitritt eine „weitestgehende Aktionsfreiheit" der lokalen Organisationen. Ihr Sprecher, Fritz Rück, begründete dies wie folgt: 1. Die Initiative darf nicht gehemmt werden. 2. Die Organisation muß elastisch sein. 3. Die Organisation ist kein Selbstzweck. 4. Den Arbeitern muß es organisatorisch möglich sein, eine „andere Taktik, eine revolutionäre Taktik" als die Zentralinstanzen einzuschlagen. [267] Damit wurden erstmals die Spontaneitätstheoreme der Linken in direkten Zusammenhang mit der Frage der Organisation auf lokaler Ebene gebracht. Weitestgehende Selbständigkeit und Aktionsfreiheit der lokalen Organisationen hatte Rosa Luxemburg zum Beispiel niemals gefordert, [268] wohl aber die Syndikalisten. Bock wertet die Rede Rücks als „ein frühes Zeugnis für die linkskommunistische Ausformung der Luxemburgschen Ideen innerhalb des ‚Spartakus'-Bundes". [269]

Überhaupt ist es kennzeichnend für die Geschichte der Arbeiterorganisationen im Ersten Weltkrieg, daß ihre lokalen Organisationseinheiten größere praktische Bedeutung erhielten als früher. Dies ist zum einen wohl ein Resultat der militärdiktatorischen Tendenzen, die vor allem der Tätigkeit der Stellvertretenden Generalkommandos zu „verdanken" waren, wodurch die interlokale und interregionale Koordination von Oppositionellen stark beeinträchtigt wurde. [270] Die Bedeutung der Gemeinde wuchs aber während des Ersten Weltkrieges noch aus anderem Grunde: Die Gemeinden bildeten für die örtlichen Gewerkschaften die organisatorische Basis für ihre wachsende Gegnerschaft zur Burgfriedenspolitik der Zentralverbände. In den Orten, wo die Opposition die Mehrheit hatte, verjagte man die alten Funktionäre, hielt die Beitragszahlungen an die zentralen Organisationsinstanzen zurück und reorganisierte sich auf lokaler Ebene. „Wie die Methode der direkten Aktion, so war auch dieser ‚Lokalismus' – die sich somit ergebende faktische Autonomie der untersten Organisationseinheiten – das unmittelbare Ergebnis aus der besonderen Situation der organisierten Arbeiterschaft in Deutschland und nicht das Resultat syndikalistischer oder übriger linksradikaler

266 Organisationsstatut der SPD von 1925, in: *a.a.O.*, S.167 f.

267 Hans Manfred Bock, *Syndikalismus und Linkskommunismus* . . . , S.61 f. Hermann Weber, *Der Gründungsparteitag* . . . , S.26. Hartfried Krause, *USPD. Zur Geschichte der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands* (= Studien zur Gesellschaftstheorie), Frankfurt/M. 1975, S.87.

268 Hans Manfred Bock, *Syndikalismus und Linkskommunismus* . . . , S.61.

269 *Ebd.*, S.61. Vgl. auch Hermann Weber, *Der Gründungsparteitag* . . . , S.30, hinsichtlich der föderalistischen Organisationspläne der Internationalen Kommunisten Deutschlands auf der Reichskonferenz in Berlin vom 15.-17.12.1918.

270 Eine vergleichbare Zunahme der Bedeutung der Gemeinden für Widerstandsaktionen und -organisationen kann für die Zeit des Sozialistengesetzes und dann vor allem für die Zeit des Dritten Reiches konstatiert werden.

Agitation. Auf dieser sozialen Basis der breitgelagerten Disposition zur unmittelbaren Selbsthilfe (direkte Aktion) und lokalen Autonomie als Reaktion auf die durch die ‚Burgfriedens'-Politik kompromittierten Zentralinstanzen (Föderalismus) erhielten dann nach der ersten revolutionären Enttäuschung in der zweiten Hälfte des Jahres 1919 die syndikalistischen und linkskommunistischen Gewerkschaftsorganisationen Massenzulauf." [271]
Nicht nur während des Ersten Weltkrieges und in der ersten Phase der Revolution, als der Spartakusbund noch zur USPD gehörte, waren die lokalen Organisationen recht selbständig, sondern dieser Zustand dauerte auch an, nachdem die KPD gegründet worden war. Diese junge Partei sollte nicht zentralistisch aufgebaut werden, die einzelnen Orte sollten gegenüber der Zentrale Autonomie besitzen und über die Presse verfügen sowie Parteiangestellte selbst wählen. [272] Die im Frühjahr 1919 ausgearbeitete erste Satzung [273] enthielt in der Tat einen dezentralisierten Organisationsaufbau. Damit wurde dem Verlangen der linkskommunistischen Gruppen in der KPD, vor allem den Internationalen Kommunisten Deutschlands (IKD), genüge getan. So nimmt es nicht wunder, daß auch nach der Gründung der KPD das Verhalten lokaler KP-Führungen recht unterschiedlich und unkoordiniert war. Ein anschauliches Beispiel dafür ist die Sonderentwicklung in Bremen, wo die Linkskommunisten (IKD) auf lokaler Ebene – allerdings handelte es sich um einen Stadtstaat – die revolutionären Aktivitäten, die schließlich zur Errichtung der Bremer Räterepublik führten, ohne Absprache mit der Zentrale entwickelten. [274]
Auch die neue linksorientierte unionistische Bewegung Allgemeine Arbeiterunion Deutschlands beabsichtigte,auf der Basis von Betriebsorganisationen Zusammenschlüsse auf Ortsebene durchzuführen. Ein horizontales Zusammengehen dieser Vereine auf lokaler Ebene sollte durch die Gründung von Arbeiterbörsen möglich sein. [275] Jedem Ortsverein sollte völlige Dispositionsfreiheit über Anfang und Abschluß eines Streiks gewährt werden, freilich mit der Verpflichtung, sich im Streikfalle aus eigenen Mitteln mindestens 14 Tage lang selbst zu finanzieren. Doch auch bei diesem föderalistischen Organisationsaufbau – die mittlere Ebene sollten sogenannte Wirtschaftsbezirke und große Industrieverbände darstellen – kam der Zentrale als organisatorische Spitze noch einige Bedeutung zu, [276] wenn auch längst nicht in dem Maße, wie dies bei der MSPD der Fall war, zumal die Allgemeine Arbeiterunion mit ihrem Organisationsaufbau in den Anfängen stecken blieb. Wichtig ist für uns zusammenfassend die Tatsache, daß der stark föderalistische Organisationsaufbau der Allgemeinen Arbeiterunion vorrangig zu werten ist als eine Reaktion auf das „Versagen" der zentralen Arbeiterorganisationen in der Revolution von 1918/19. Dies gilt auch für die Freie Arbeiterunion, die Nachfolgeorganisation der Lokalisten bzw. der Freien Vereinigung, und bis zu einem gewissen Grade auch für die 1920 von der KPD abgespaltenen (links-)Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands (KAPD); in eingeschränktem Maße deshalb, weil die Selbständigkeit der Ortsgruppen der KAPD vorwiegend in der Ausführung zentral gefaßter allgemeiner Beschlüsse bestanden hat. [277] Gerade also jene Gruppe, die innerhalb der KPD für eine weitgehende Auto-

271 Hans Manfred Bock, *Syndikalismus und Linkskommunismus* . . . , S.83.
272 Hermann Weber, *Der Gründungsparteitag* . . . , S.46.
273 *A.a.O.*, S.304.
274 Vgl. Hans Manfred Bock, *Syndikalismus und Linkskommunismus* . . . , S.115. Allgemein vgl. *Revolution und Räterepublik in Bremen*, hrsg. von Peter Kuckuk, S.367.
275 Mans Manfred Bock, *Syndikalismus und Linkskommunismus* . . . , S.161.
276 *A.a.O.*, S.125.
277 *A.a.O.*, S.131 f. – Über das Organisationsstatut, verabschiedet am 9./10.5.1920, siehe *a.a.O.*, S.191.

nomie der lokalen Organisationen eintrat, hat dann, als sie sich als eigene Partei verselbständigte, die Autonomie der Gemeindeorganisationen wieder eingeschränkt, so daß sie sehr viel zentralistischer konzipiert war, als die Freie Arbeiterunion und die Allgemeine Arbeiterunion. [278]

11. Ergebnisse und Forschungsperspektiven

Die wichtigsten Ergebnisse sollen in einigen Punkten zusammengefaßt werden. Dabei beziehen sich diese Ergebnisse einmal auf die Bedeutung der Gemeinden für den Organisationsaufbau der Parteien und Gewerkschaften, zum anderen auf die Bedeutung der Gemeinde im „Gegenwartsstaat", und zwar sowohl als „Hebel zur Sozialreform" als auch als „Hebel zum Zerbrechen des bürgerlichen Staates in einer revolutionären Situation". Insofern steht das Thema in engem Zusammenhang mit den Theoriediskussionen der SPD und ihren Nachfolgeorganisationen. Allein in diesem größeren Rahmen kann eine Beschäftigung mit unserem Thema fruchtbar sein und der Gefahr, es in seiner Bedeutung für die Geschichte der Arbeiterbewegung aufgrund einer isolierten Betrachtungsweise überzubetonen, begegnet werden. Um den Rahmen nicht zu sprengen, wurde im vorliegenden Aufsatz bewußt verzichtet auf weiterreichende Aussagen über das Verhältnis „einfacher" parteigeschichtlich unbekannter Sozialdemokraten und Gewerkschaftler zur Kommunalpolitik. [279] Bei künftigen Forschungen sollte versucht werden, in diesem Zusammenhang nicht nur die Organisierten, sondern auch die Nichtorganisierten zu erfassen. Die bisher vorliegenden lokalorientierten Untersuchungen zu diesem Thema bedürften dringend einer nach systematischen Gesichtspunkten und mit sozialtheoretischen Ansätzen gekoppelten Auswertung.

1. Die theoretische Auseinandersetzung mit der Gemeinde ist entscheidend durch die Kommune von Paris beeinflußt worden. Im positiven Sinne dadurch, daß die Gemeinde als revolutionärer Raum erstmals in großer Deutlichkeit ins Blickfeld geriet – im negativen Sinne dadurch, daß eine gelassene theoretische Auseinandersetzung über die Kommune als politische Ordnungseinheit durch die partielle Mythologisierung der Kommune beeinträchtigt wurde. Kritische Bemerkungen wurden zurückgehalten um des „höheren Wertes" der revolutionären Kommune willen.
2. Das zentralistische Denken des Parteivorstandes der SPD führte zu einer langwährenden, relativ starken Interesselosigkeit der Parteispitzen an der Kommunalpolitik. Das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden sollte zwar im autokratisch regierten wilhelminischen Reich möglichst weitgehend sein, doch war dies mehr eine taktische Forderung, wie das freundlichkühle Verhältnis der SPD zur Selbstverwaltungsidee in der Weimarer Republik zeigen sollte, dies, obwohl sich der Revisionismus in der Partei immer mehr durchgesetzt hatte. Eine theoretische Verortung hinsichtlich der Möglichkeiten, aber auch der Grenzen einer sozialdemokratischen Gemeindepolitik fand nur in unzureichendem Maße statt.
3. Die Beziehung der SPD zur Gemeinde stand in engem Kontext mit der Auseinandersetzung um die Frage nach dem wohl besten „Weg zur Macht". Die langsam einsetzende kommunalpolitische Tätigkeit von Basisgruppen der SPD wirkte auf die Flügelbildung der Partei entscheidend ein. Die Kommunalpolitik wurde weithin zur Domäne reformistischer Tätig-

278 *A.a.O.*, S.231.
279 Ansätze bei Adelheid von Saldern, *Vom Einwohner . . .*, passim.

keit. Dies kam den Revisionisten zugute, die daraufhin das Verhältnis der Partei zur Gemeinde im bestehenden Staat theoretisch zu klären suchten, indem sie der Gemeindepolitik sowohl eine sozialreformerische Aufgabe als auch eine konstitutive Funktion für eine schließlich systemüberwindende Evolution zuwiesen. Sie entfernten sich damit von dem orthodox-marxistischen dialektischen Klassenkampfdenken, und sie überschätzten wohl die Möglichkeiten einer sozialen Evolution im wilhelminischen Staate. Die angenommenen Wechselwirkungen von Reformismus und kommunaler Parteipolitik müßten noch weiter konkretisiert bzw. typisiert und die etwaigen Folgewirkungen auf die Ausformung von Aktionstheorien überdacht werden. Dabei ist die These zu überprüfen, ob gegebenenfalls die Typisierung einer lokalen SPD-Organisation mittels des landläufigen Begriffs „Reformismus" überhaupt ausreicht, um die Vielschichtigkeiten und diversen Möglichkeiten der politischen Entwicklung dieses Teils der Parteibasis zu erschließen, oder ob wir nicht vielmehr gezwungen werden, ein differenzierteres Typisierungsschema zu entwickeln. [280]

4. Demgegenüber koordinierte der linke Flügel der Partei die von ihm propagierten Massenaktionen weder in der Theorie noch in der Praxis mit der Gemeindepolitik,und damit ließ er ein wichtiges bildungspolitisches Bezugsfeld für die Arbeiterklasse unbeachtet. Lediglich die kleine lokalistische revolutionär-syndikalistische Gewerkschaftsbewegung sah in den Gemeinden die wesentlichen Entscheidungs- und Aktionseinheiten, ebenso wie später die Freie Arbeiterunion und die Allgemeine Arbeiterunion.

5. Während des Krieges nahm die Bedeutung der Gemeinde für die oppositionelle radikale Arbeiterbewegung beträchtlich zu. Es ist dies wohl als ein organisatorischer Ausdruck der beginnenden Revolutionierung der Massen zu werten.

6. Vor 1918 hatte Marxsches Gedankengut nur geringen Einfluß auf das Verhältnis der SPD zur Gemeinde, soweit Marx in der Pariser Kommune ein Revolutionsorgan gesehen hatte, mit dessen Hilfe die in einem bestimmten historischen Augenblick ausbrechende Revolution durchgeführt werden könne. Die SPD überprüfte nicht, ob im damaligen Staat die lokalen Parteiorgane auf diese wichtige zukünftige Rolle in der Revolution hätten vorbereitet werden müssen und können. Daraus,wie auch aus anderen Faktoren,kann man auf die im Grunde antirevolutionäre Einstellung der SPD in der damaligen Zeit schließen. Die Folge davon war, daß in der entscheidenden ersten Phase der Revolution bis Januar 1919 den Gemeinden keine konstitutiven Aufgaben innerhalb der neuen Ordnung zugewiesen wurden, obwohl durch die spontane Bildung der lokalen Arbeiterräte die Gemeinden sich tatsächlich zu Kampforganen der Revolution entwickelt hatten. Weder führte die MSPD mit ihrer noch ohne ihre Hilfe eine andauernde Demokratisierung der Verwaltung gemäß ihren eigenen Zielsetzungen durch, noch hatte die Linke in dieser kurzen aber entscheidenden Zeitspanne eine überzeugende Rätekonzeption bei der Hand, während die Gruppe um Rosa Luxemburg zwar die Konzeption besaß, aber nicht über den nötigen Einfluß verfügte. In der zweiten Phase der Revolution, als die lokalen Räte bereits machtpolitisch auf verlorenem Posten standen, zeichnete sich besonders die USPD dadurch aus, daß sie mehrere Rätekonzeptionen entwickelte, die aber trotz des wachsenden Einflusses der USPD auf die Wählerschaft, machtpolitisch nicht mehr zu ver-

280 Vgl. die Bemerkungen bei Oskar Negt und Alexander Kluge, *Öffentlichkeit* . . . , bes. S.328 ff, und der Hinweis von Thomas Nipperdey, daß die Festlegung einer Ortspartei auf die revisionistische oder radikale Seite oftmals nicht klar ausgemacht werden kann, vielmehr die Erscheinung auffalle, daß die Haltung zwischen den innerparteilichen Wahlen und den sachlichen Stellungnahmen vielfach auseinanderklaffte. Thomas Nipperdey, *Die Organisation* . . . , S.337. Vgl. auch die Kritik von Anneke Sager an Adelheid von Saldern, *Vom Einwohner*, in: *IWK*, Jg. 10 (1974), S.267.

wirklichen waren. Durch „Ersatzaktivitäten" in der praktischen Kommunalpolitik, besonders die Kommunalisierung von Wirtschaftsbetrieben, näherte sie sich dem Standpunkt der MSPD an, soweit die USPD-Mitglieder nicht zur KPD übergingen. Die KPD ihrerseits entwickelte eine revolutionäre kommunalpolitische Strategie, deren Stellenwert für die kommunistische Gesamtstrategie in den einzelnen Phasen der Weimarer Republik noch geklärt werden müßte, die aber jedenfalls ohne nennenswerten Erfolg blieb.

7. Während die kommunale Selbstverwaltung zu Beginn des 19. Jahrhunderts fortschrittlichen Charakter aufwies, war sie am Ende des Jahrhunderts verknöchert und entfiel als Mittel für eine Neugestaltung des kommunalen Lebens, die der politischen Willensbildungen der Arbeiterorganisationen entsprochen hätte. Die Folgen dieses Versäumnisses traten dann in der Weimarer Republik in historisch relevanter Weise hervor, als nämlich die objektiven Schwierigkeiten, mit denen die Gemeinden besonders während der Wirtschaftskrise zu kämpfen hatten, zusammentrafen mit einer noch nicht verkrafteten Demokratisierung der Gemeindepolitik, wodurch die viel diskutierte sogenannte Krise der kommunalen Selbstverwaltung intensiviert wurde.

8. Wie auf anderen Gebieten des Staates und der Gesellschaft zeigt sich auch in der Politik der MSPD gegenüber den Gemeinden 1918/19, daß diese Partei ihr selbst gestecktes Ziel, eine soziale Demokratie zu verwirklichen, nicht erreicht hatte. Was sich allerdings hinsichtlich der Gemeinden änderte, war die Demokratisierung des Kommunalwahlrechts. Dadurch stand nun allen sozialdemokratischen Ortsvereinen die Kommunalpolitik als ein zu beeinflussendes Betätigungsfeld gänzlich offen, wodurch die parteienstaatliche Demokratie sowohl im sozio-politisch wichtigen Raum der Gemeinde als auch in den Basisgruppen der Parteien stärker verankert, deren verfestigende Wirkung auf den Gesamtstaat von Weimar freilich durch sehr viel mächtigere Gegenströmungen verhindert wurde. Der Eintritt der Arbeiterparteien in die Kommunalpolitik veränderte den Charakter der Gemeinde prinzipiell. Aus der vorgeblich „unpolitischen" Gemeinde wurde die „politische" Gemeinde. Dieser Demokratisierungsprozeß, der in voller Breite erst in der Weimarer Republik einsetzte, müßte im einzelnen konkretisiert und die Gegenkräfte, die zum Beispiel in den „ungeschriebenen" Gesetzen und Traditionen, in den sozialen und ökonomischen lokalen Machtverhältnissen lagen, aufgezeigt werden. Die Gleichsetzung der Demokratisierung mit dem abwertenden Begriff der Politisierung bedürfte ebenfalls einer systematischen ideologiekritischen Untersuchung. Es sollte auch analysiert werden, was das im Laufe der Zeit verstärkte Engagement der lokalen Parteiorganisationen in der Gemeindepolitik für die Parteigeschichte bedeutet, ob die Entwicklung gradlinig verlaufen ist bzw. wo ggf. Rückschläge zu vermuten sind.

9. Die Gemeinde hat nicht nur zur Zeit der Pariser Kommune, sondern auch in der Revolution von 1918/19 und im Ruhrkrieg 1920 ihre Bedeutung als räumliche Aktions- und Kampfeinheit gezeigt, wenngleich die organisatorischen Ambitionen seitens der Arbeiterräte weit über den lokalen Rahmen hinausgingen. Die Ergebnisse weiterer konkreter lokaler Studien über diesen Bereich sollten „verwertbar" gemacht werden für eine allgemeine Bewußtseins- und Handlungstheorie der Arbeiterklasse unter Zugrundelegung einer Vielzahl von historisch veränderbarer Variablen. Der Vergleich der Bedeutung der Gemeinde im Pariser Aufstand von 1871 und in der Revolution von 1918/19 könnte zum Beispiel einen Einstieg in den Komplex der Handlungsstrategien erleichtern unter Zugrundelegung der Veränderungen, die die Gesellschaften durch die Industrialisierung erfahren haben.

10. Die Gemeinde als parteiorganisatorische Einheit war vorwiegend für die oppositionellen Minderheiten der jeweiligen Parteien von Bedeutung, die damit gegen die durch den Zentralismus bedingte Vorherrschaft der Parteizentrale anzugehen versuchten. Sie ist weithin Mittel

zum Zwecke der Durchsetzung „anderer" parteipolitischer Linien. Solches konnte festgestellt werden für die Linksopposition bzw. für die oppositionellen Gruppen in der (M)SPD, in der USPD und in der KPD. Nur die selbständigen unionistischen und syndikalistischen Organisationen verwirklichten aber dann konsequent die antizentralistische Organisationsvorstellungen, während der sich verselbständigende Linkskommunismus in der Form der KAPD für die eigene Organisation nicht jene Autonomie der lokalen Parteieinheiten vorsah, die ihre Mitglieder ehedem innerhalb der KPD verlangt hatten. Davon abgesehen nahm die lokale Parteiorganisation eine bedeutsame Stellung in allen Parteien ein, die auf eine demokratische Parteistruktur bedacht waren. In der SPD verminderte sich der Grad der Selbständigkeit der lokalen Organisationen im behandelten Zeitraum. Diese Entwicklung lief parallel zu der Ausweitung der Macht der Parteibeamten. Die in den 90er Jahren an der Parteibasis unzweifelhaft allgemein herrschende Auffassung von der Notwendigkeit einer Zentralisierung der Parteiorganisation hat vermutlich nicht den Wunsch nach lokaler parteipolitischer Selbständigkeit ausgelöscht, sondern nur hintangestellt. Die später erfolgte Forderung der Linken nach größerer politischer Selbständigkeit der Parteibasis konnte vielleicht so an ältere Traditionen anknüpfen. Ferner gilt es zu untersuchen, ob die stärkere Hinwendung vieler lokaler Parteiorganisationen zur Kommunalpolitik möglicherweise auch als eine Reaktion auf die organisatorischen Veränderungen in der Partei zu kennzeichnen sind.

KARL LIEBKNECHT UND DER „DEUTSCHE HILFSVEREIN FÜR DIE POLITISCHEN GEFANGENEN UND VERBANNTEN RUSSLANDS"

Von Helmut Trotnow

Karl Liebknecht hat vor dem Ersten Weltkrieg wie kaum einer seiner sozialdemokratischen Zeitgenossen das zaristische Rußland zum Gegenstand seiner Agitation gemacht. Fast von Anbeginn seiner politischen Karriere versuchte er als Verteidiger russischer Emigranten in Ausweisungsprozessen vor preußischen Gerichten, als Redner auf SPD-Parteitagen und später als Abgeordneter im Land- und Reichstag,der „mittelalterlichen Rohheit und Blutrünstigkeit jenes Regimes das Schandmal" aufzudrücken. [1] Um eine systematische Propaganda in Gang zu setzen, die die Öffentlichkeit über die wahren Verhältnisse im Zarenreich informieren sollte, half er im Sommer 1907 der Berliner Sektion der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands (SDAPR) bei der Gründung einer Pressekorrespondenz mit dem Titel „Russisches Bulletin". [2] Er bemühte sich dabei nicht nur in persönlichen Gesprächen mit in- und ausländischen Parteiführern,[3] eine finanzielle Grundlage für die Korrespondenz zu schaffen, er stellte auch sein Rechtsanwaltsbüro für deren Geschäftsführung zur Verfügung. Parallel zu dieser Agitation gegen die Regierung in Rußland lief seine Unterstützung der russischen Arbeiterbewegung, die im wesentlichen darin bestand, daß er als Rechtsanwalt den im Exil lebenden Vertretern der SDAPR juristischen Beistand lieh. Diese wurden häufig unter recht fadenscheinigen Gründen – manchmal sogar auf Wunsch der russischen Polizei – aus Preußen ausgewiesen, obwohl ihre sozialdemokratische Gesinnung nach deutschem Recht keineswegs strafbar war. Liebknecht setzte sich unermüdlich dafür ein, daß die politischen Rechte der ausländischen Parteifreunde durch die preußischen Behörden nicht ungesetzlich geschmälert wurden. „Es ist eines Kulturlandes unwürdig", brandmarkte er 1909 im Dresdner Hochverratsprozeß die Ausweisungspraktiken, „daß man den Ausländern jede politische Tätigkeit in dieser Weise verbietet". [4] Als der Staatsanwalt gar meinte, die Angeklagten – es handelte sich teilweise um russische Sozialdemokraten – hätten mit ihrer politischen Betätigung das Gastrecht verletzt, erwiderte Liebknecht: „Wenn aber auf dieses ‚Gastrecht' hingewiesen wurde, so empört mich das. Außer in Deutschland werden die Russen in keinem anderen Lande behelligt. In den politisch freien Ländern können sie leben, wie sie es als Menschen müssen".

Die Beziehungen Karl Liebknechts zur russischen Arbeiterbewegung sind bisher vorwiegend aus der Retrospektive der Novemberrevolution betrachtet worden, während der der KPD-Führer dem deutschen Proletariat die Oktoberrevolution in Rußland als Vorbild hingestellt

1 Siehe Liebknechts Rede zur Begründung eines Resolutionsantrages auf dem Leipziger Parteitag 1909, in: *Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, abgehalten zu Leipzig vom 12.-18. September 1909,* Berlin 1909, S.263.

2 Vgl. Peter Lösche, *Der Bolschewismus im Urteil der deutschen Sozialdemokratie 1903-1920* (= Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin, Bd. 29), Berlin 1967, S.49 ff.

3 Siehe das bei Heinz Wohlgemuth, *Karl Liebknecht. Eine Biographie* (künftig zitiert: *Heinz Wohlgemuth*), Berlin/DDR 1973, zwischen den Seiten 112 und 113 faksimilierte Schreiben Liebknechts vom 15.12.1906 an „Werte Genossen".

4 Siehe den Bericht der *Dresdner Zeitung* vom 11.6.1909, zitiert nach *Karl Liebknecht. Gesammelte Reden und Schriften* (künftig zitiert: *GRS*), 9 Bde, Berlin/DDR 1958 ff., Bd. 2, S.269 f.

hatte. [5] Die marxistisch-leninistische Geschichtsschreibung betont naturgemäß die engen Verbindungen Liebknechts zu den Bolschewiki. Heinz Wohlgemuth vermittelt beispielsweise in seiner Biographie [6] den Eindruck, daß sich Liebknechts Beziehungen zu den Russen auf die Vertreter des radikalen Flügels der SDAPR beschränkt hätten. Er kommt dabei zu dem Schluß, daß die Zusammenarbeit in der Vorkriegszeit Liebknechts Blick für die „Fragen des Klassenkampfes, für die Vorgänge in Rußland geweitet" habe, auch wenn der deutsche Sozialdemokrat viele Probleme, mit denen sich die Bolschewiki herumschlugen, nicht verstanden habe. „Erst allmählich", urteilt Wohlgemuth, „– nach vielen Jahren Erfahrung – gewann Liebknecht die Einsicht, daß die von der Partei Lenins entwickelte Strategie und Taktik auch grundlegende Bedeutung für den Kampf um den Sozialismus in Deutschland besaß". [7] Diese Erklärung von Liebknechts antizaristischer Agitation ist in mehrfacher Hinsicht unbefriedigend. Zum einen umfaßten die „Russenbekanntschaften", wie Peter Lösche gezeigt hat, [8] nicht nur Vertreter aller Strömungen innerhalb der SDAPR, sondern erstreckten sich auch auf völlig unpolitische Emigranten. Zum anderen erscheint sie recht oberflächlich angesichts Liebknechts extrem starken Engagements für diese Sache. Die folgende kleine Studie will daher anhand von Karl Liebknechts Mitarbeit am „Deutschen Hilfsverein für die politischen Gefangenen und Verbannten Rußlands" der Frage nachgehen, welche Motive seiner antizaristischen Agitation zugrunde lagen.

Der „Deutsche Hilfsverein" wird zwar verschiedentlich in der Literatur erwähnt, [9] doch ist weder seine Entstehung noch sein Werdegang bisher näher beschrieben worden. Leider kann hier auf dessen Geschichte [10] nicht weiter eingegangen werden, doch sei kurz folgender Hinweis erlaubt: die Namen einiger Vorstands- und Beiratsmitglieder lassen den Schluß zu, daß es sich um eine Art Vorläufer des „Bund Neues Vaterland" gehandelt hat, der sich später zur „Deutschen Liga der Menschenrechte" weiterentwickelte. Obwohl die Quellenlage äußerst lückenhaft ist, reicht sie aus, um die Mitarbeit von Karl Liebknecht an dieser bürgerlich-pazifistischen Bewegung nachzuweisen. Liebknecht hat übrigens den Kontakt zu vielen jener bürgerlichen Vertreter, mit denen er im Hilfsverein zusammenarbeitete, auch während des Krieges nicht abreißen lassen und gehörte – wie beispielsweise Rosa Luxemburg auch – dem „Bund Neues Vaterland" als Sympathisant an. [11]

Die Quellengrundlage für die Studie bilden im wesentlichen Briefe und Postkarten von Wilhelm Buchholz an Bernhard Kampffmeyer sowie zwei Briefe von Fürst Peter Kropotkin, die

5 Zu Liebknechts allgemeiner Einschätzung als „deutscher Bolschewist" siehe meinen Aufsatz: *Karl Liebknecht und die russische Revolution. Ein unveröffentlichter Diskussionsbeitrag Karl Liebknechts zu Karl Radeks Rede auf dem Gründungsparteitag der KPD 1918/19*, in: *Archiv für Sozialgeschichte*, Bd. 13 (1973), S.379 ff.

6 Vgl. Heinz Wohlgemuth, *a.a.O.*, S.89 ff.

7 *A.a.O.*, S.113.

8 Vgl. Anm. 2.

9 Siehe Georges Haupt, *Der Kongreß fand nicht statt. Die Sozialistische Internationale 1914*, Wien, Frankfurt/M. und Zürich 1967, S.212, Anm. 3; bei Otto Rückert, *Zur Geschichte der Arbeiterbewegung im Reichstagswahlkreis Potsdam-Spandau-Osthavelland (1871-1917) unter besonderer Berücksichtigung der Tätigkeit Karl Liebknechts*, T. 1-3, Potsdam 1965, ist zwar auf S.97 f. der Aufruf des „Deutschen Hilfsvereins" abgedruckt, es wird jedoch darauf nicht näher eingegangen.

10 Zur Geschichte des „Bund Neues Vaterland" vgl. Otto Lehmann-Rüssbüldt, *Der Kampf der Liga der Menschenrechte, vormals Bund Neues Vaterland, für den Weltfrieden 1914-1927*, Berlin 1927; und Kurt Grosmann, *Die Geschichte der Deutschen Liga der Menschenrechte*, Manuskript, Wiener Library, London.

11 Otto-Lehmann-Rüssbüldt, *a.a.O.*, S.1.

sich im Nachlaß „Kleine Korrespondenz" des „Internationalen Instituts für Sozialgeschichte", Amsterdam, befinden; weiterhin der im Anhang abgedruckte Brief von Karl Liebknecht an Henriette Roland-Holst vom 21. Mai 1913; er findet sich unter den Papieren der Roland-Holst-Schenkung, die im gleichen Archiv aufbewahrt wird; sodann der Gründungsaufruf des „Deutschen Hilfsvereins", der im Karl-Kautsky-Nachlaß, ebenfalls im Amsterdamer Archiv, zu finden ist; schließlich der abgedruckte Protestaufruf vom 25. November 1913, der den entsprechenden Zeitungen entnommen ist. Auf den Abdruck des Aufrufes in den jeweiligen Fremdsprachen ist verzichtet worden, da es sich um reine Übersetzungen handelt.

Abscheu und Verachtung gegenüber dem zaristischen Rußland waren bei Karl Liebknecht gewissermaßen erblich angelegt; schon sein Vater, Wilhelm Liebknecht, hat wiederholt in seiner Eigenschaft als SPD-Führer und Mitbegründer der Zweiten Internationale auf die Bedrohung Europas durch den „Kosakenstaat" im Osten hingewiesen. [12] Waren die innerrussischen Verhältnisse zu Beginn des 20. Jahrhunderts derartig, daß sich jeder „halbwegs anständige Mensch bekreuzigte" – Karl Liebknecht am 27. Juli 1909 auf einer Protestversammlung in Kiel [13] –, so brachte die gescheiterte Revolution von 1905 noch eine Verschärfung der Zustände. Vor allem die politischen Gefangenen und Verbannten hatten darunter zu leiden; sie starben zu Tausenden, ja Zehntausenden in den überfüllten Gefängnissen an Hunger oder Krankheit; viele von ihnen verübten sogar aus Verzweiflung Selbstmord. Den Verbannten in Sibirien ging es nicht besser. [14] Liebknechts antizaristische Agitation widmete sich denn auch in erster Linie dem Schicksal dieser Gruppe, wobei er betonte, daß die besondere Hervorhebung nicht allein aus politischen Gründen erfolgte. „Schon darum", erklärte er 1914 in seinem Bericht an den Wiener Kongreß der Zweiten Internationale, der wegen des Kriegsausbruchs nicht abgehalten werden konnte, „aber auch im Namen der Menschlichkeit und des Kulturgewissens." [15] Wie wichtig Liebknecht dieser Aspekt war, zeigt die Tatsache, daß er selbst politische Rücksichten außer acht ließ, wenn es darum ging, über das Schicksal der politisch Verfolgten in Rußland zu berichten. Im Jahre 1909 setzte er sich beispielsweise dafür ein, daß die von dem Anarchisten Fürst Peter Kropotkin im Auftrage einer englischen Parlamentskommission verfaßte Broschüre „The Terror in Russia" ins Deutsche übersetzt und im Dietz-Verlag publiziert wurde. [16] Die Propaganda gegen das zaristische Rußland fand zwar Widerhall in sozialdemokratischen Kreisen, drang jedoch nicht ins Bürgertum. Dabei war Liebknecht überzeugt, daß die Ursache dieser Haltung allein in der Unkenntnis der Sachlage zu suchen war. Auf dem Magdeburger Parteitag 1910 erklärte er anläßlich des Zarenbesuches in Deutschland: „Wenn sich das deutsche Volk bewußt wäre, was das russische Volk unter der Knute und dem Galgen und den Staatsstreichen dieses Regimes zu leiden hat, dann würde eine solche Aufregung, ein solcher Zorn entflammen müssen, daß der Zar, dieser gekrönte Verbrecher, nicht in der Lage wäre, den deutschen Boden durch seine Anwesenheit länger zu schänden." [17]

12 Siehe Hans-Ulrich Wehler, *Sozialdemokratie und Nationalstaat. Nationalitätenfragen in Deutschland 1840-1914*, Göttingen 1971, S.107 und S.124 f.

13 Siehe den Bericht der *Leipziger Volkszeitung* vom 29.7.1909 über eine Rede Liebknechts in Kiel gegen den Zarenbesuch in Deutschland, zitiert nach: *GRS*, Bd. 2, S.308 ff.

14 Siehe die in Anm. 13 aufgeführte Rede.

15 Karl Liebknecht, *Die russischen Gefängnisgreuel*, Bericht an den Wiener Kongreß der Zweiten Internationale (23.8. - 29.8.1914), zitiert nach: *GRS*, Bd. 7, S.422 ff.

16 S. E. Starostin, *Karl Liebknecht und das Pamphlet von P. Kropotkin*, in: *Prometei*, Moskau (1971), H. 8, S.210 f. (in russischer Sprache).

17 Zitiert nach: *GRS*, Bd. 3, S.496 ff.

In dieser Annahme wurde Liebknecht durch Erfahrung aus dem Königsberger Prozeß von 1904 bestärkt. [18] Damals waren deutsche Sozialdemokraten wegen illegalen Literaturschmuggels der Geheimbündelei gegen den Zaren angeklagt worden. Der Prozeß endete jedoch mit einer schweren moralischen Schlappe der Regierung, weil in den Verhandlungen deutlich wurde, welch ein korruptes und barbarisches Staatswesen die deutsche Regierung unterstützt hatte. Die „Breslauer Zeitung" klagte, daß der Prozeß die bisher „wirksamste Agitationsnummer" der antizaristischen Propaganda gewesen sei, und das „Berliner Tageblatt" kritisierte: „So viel wir auch schon an Liebedienereien gegen Rußland geleistet haben mögen, diesen Prozeß hätte man doch nicht für möglich gehalten ... Wir wollen mit dem russischen Nachbarn in Frieden und Freundschaft leben ... aber wir wollen nichts tun, was mit der nationalen Ehre unverträglich ist". [19]

Der Königsberger Prozeß zeigte Liebknecht, daß eine gemeinsame antizaristische Agitation sozialdemokratischer und bürgerlicher Vertreter unter der Voraussetzung möglich war, daß politische Erwägungen außer acht gelassen würden und sich die Propaganda ausschließlich auf den humanitären und rechtlichen Aspekt konzentrierte. Als im Jahre 1913 Nikolaus II aus Anlaß des dreihundertjährigen Regierungsjubiläums der Romanows eine Amnestie erließ, die aber die politischen Gefangenen und Verbannten nicht miteinschloß, lag ein aktueller Anlaß vor, um eine solche Protestbewegung in Gang zu setzen. Ob die Idee direkt von Liebknecht stammt, läßt sich anhand der Quellen nicht nachweisen. Die Beantwortung dieser Frage ist allerdings auch unerheblich; denn die Idee paßte auf jeden Fall in das Konzept seiner antizaristischen Agitation.

Karl Liebknecht, sein Sozius Oscar Cohn, der Deutsch-Russe Wilhelm Buchholz, der Schriftsteller Bernhard Kampffmeyer und die Frauenrechtlerin Minna Cauer bildeten zu Anfang des Jahres 1913 einen Ausschuß, dessen Aufgabe darin bestand, den Wortlaut eines Aufrufs auszuarbeiten und eine Unterschriftensammlung dafür unter angesehenen Vertretern der Politik, Wissenschaft und Kunst zu organisieren. [20] Die Arbeit des Ausschusses war keineswegs straff organisiert, seine Mitglieder trafen sich in unregelmäßigen Abständen. Die Hauptarbeit wurde vermutlich von Wilhelm Buchholz geleistet, der seit etwa 1903 mit Liebknecht in „Russensachen" eng zusammenarbeitete. [21] Liebknecht selbst konnte aus verschiedenen Gründen dem Projekt nicht seine volle Aufmerksamkeit widmen. Als praktizierender Rechtsanwalt, als Stadtverordneter sowie Reichs- und Landtagsabgeordneter kämpfte er dauernd mit dem Problem der Arbeitsüberlastung. Darüber hinaus war er gerade zu dieser Zeit mit der Auf-

18 Zur Geschichte des Königsberger Prozesses siehe die ausführliche Darstellung mit dem Protokoll der Gerichtsverhandlung und der Wiedergabe von Pressestimmen bei Kurt Eisner, *Der Geheimbund des Zaren. Der Königsberger Prozeß wegen Geheimbündelei, Hochverrat gegen Rußland und Zarenbeleidigung vom 12. bis 25. Juli 1904*, Berlin 1904; Liebknechts Plädoyer ist auszugsweise auch abgedruckt in: *GRS*, Bd. 1, S.68.

19 Zitiert nach: Kurt Eisner, *a.a.O.*, S.502 ff.

20 Ob der Ausschuß noch weitere Personen umfaßte, läßt sich bisher nicht nachweisen. Liebknechts, Cohns, Buchholz' und Kampffmeyers Mitarbeit ergibt sich aus der im folgenden angeführten Korrespondenz; zu Minna Cauer siehe Else Lüders, *Minna Cauer. Leben und Werk*, Gotha 1925, S.168.

21 Als Liebknecht während seiner Festungshaft im Jahre 1908 von dem Abschiebungsfall des Russen Maxim Geschkow (vgl. *Vorwärts* vom 20.11.1908) erfuhr, bat er seinen Parteifreund Paul Hirsch in einem Brief vom 21.1.1909, eine entsprechende Interpellation im preußischen Abgeordnetenhaus einzubringen. Hinsichtlich der Materialfrage zu analogen Fällen fügte Liebknecht hinzu: „Buchholz kann Dir da vieles mitteilen." Der Brief befindet sich in der Theodor-Liebknecht-Kollektion des Internationalen Instituts für Sozialgeschichte (IISG), Amsterdam.

deckung von Korruptionsfällen in der Rüstungsindustrie, namentlich der Krupp-Affäre, [22] vollauf beschäftigt. Er dürfte sich allerdings auch aus taktischen Gründen im Hintergrund der Aktion gehalten haben. Als „vorbestrafter Hochverräter" und „radikaler Sozialdemokrat" wollte er nicht von vornherein ängstliche bürgerliche Vertreter abschrecken. Dennoch war sein Einfluß auf die Arbeit des Ausschusses allein schon wegen seiner langjährigen Zusammenarbeit mit Buchholz nicht unerheblich. Dieser scheint auch ohne weiteres seine Autorität als „Russenfachmann" anerkannt zu haben. Am 21. April 1913 teilte beispielsweise Buchholz Kampffmeyer mit: „Wir werden diesmal wieder im Reichstag zusammenkommen müssen, weil bei dieser entscheidenden Sitzung die Teilnahme der Abgeordneten Cohn und Liebknecht dringend erwünscht ist." [23] Bei der Ausarbeitung des Aufrufes stützte sich der Ausschuß vor allem auf den Inhalt zweier Publikationen, in denen schon früher das Schicksal der politischen Gefangenen und Verbannten Rußlands dargestellt worden war. Zum einen handelte es sich dabei um eine Schrift des Amerikaners George Kennan, dessen Schilderung über das Leben der politischen Verbannten in Sibirien schon 1890 einen Sturm der Entrüstung in Europa entfacht hatte. [24] Zum anderen berief sich der Ausschuß auf eine Broschüre von Fürst Peter Kropotkin, die 1909 im Auftrag einer Rußland-Kommission des englischen Parlaments unter dem Titel „The Terror in Russia" erschienen war und einen Appell an die britische Nation darstellte. [25] Der Aufruf „Für die politischen Gefangenen Rußlands" [26] begann mit der Feststellung, daß seit der Verkündung des Oktobermanifestes im Jahre 1905 über 40.000 Personen wegen politischer Vergehen in Rußland angeklagt und verurteilt worden seien. Diese Strafen hätten bei der jüngsten Amnestieerklärung keine Berücksichtigung gefunden. Um zu zeigen, wie sehr gerade diese Gefangenen unter den unmenschlichen Zuständen in den Haftanstalten zu leiden hätten, wurden einige Angaben über ihre materielle und ärztliche Versorgung gemacht. „Zehn Kopeken, das sind 21 1/2 Pfennige" würden durchschnittlich für die Beköstigung der Häftlinge pro Kopf und Tag ausgegeben. Die in Rußland übliche Korruption trage erheblich dazu bei, diesen ohnehin kleinen Betrag noch weiter zu verringern. Die dadurch hervorgerufene schlechte Ernährung der Gefangenen habe zur „Unterernährung bis zum buchstäblichen Verhungern" geführt. Diese Lage werde noch durch die „Überfüllung der Gefängnisse bis zur Unmöglichkeit [verschlechtert], auch nur den nackten Fußboden als Lagerstätte zu benutzen". Schließlich komme noch eine „alles menschliche Gefühl verhöhnende Behandlung" hinzu, die den Inhaftierten das Leben zur Hölle mache. In bezug auf Mißhandlungen führte der Aufruf aus: „*Folterungen bei den Verhören, schwere Mißhandlungen und Durchpeitschungen* von Männern und Frauen sind ... festgestellt". Die sanitären Zustände in den Strafanstalten hätten zu wahren Krankheitsepidemien geführt, denen in manchen Gefängnissen bis zu 12 % der Insassen zum Opfer gefallen seien. Dies wiederum hätte zu einer Selbstmordepidemie geführt: ..Die Unglücklichen sehen im Selbstmord die einzige Erlösung; viele von ihnen geben sich hierbei der Hoffnung hin, daß ihr freiwilliger Tod die Öffentlichkeit aufrütteln und so eine Verbesserung der unerträglichen Lage ihrer Leidensgefährten herbeiführen werde". Der Aufruf beklagte nicht nur das erschütternde Los der politischen Gefangenen, er verwies auch auf das Schicksal der politischen Ver-

22 Siehe Werner Ottos Einleitung zu: *Liebknecht contra Rüstungskapital*, Berlin/DDR 1961.
23 Siehe Dokument Nr. 1.
24 George Kennan, *Sibirien!*, übersetzt von E. Altenburg, Berlin 1890; Neudruck unter dem Titel: *Siberia and the exile system*, Chicago 1958.
25 Prince Kropotkin, *The Terror in Russia. An appeal to the British nation*, o. O. [London] 1909.
26 Siehe Dokument Nr. 2.

bannten, die nicht durch Richterspruch, sondern einfach durch „administrative Willkür" verurteilt würden. Deren Lebensumstände in Sibirien wurden mit den Worten charakterisiert: „Zumeist in eisigen Gebieten und ohne die Möglichkeit auch nur der notdürftigen Ernährung, Bekleidung und Unterkunft siechen sie dahin". Angesichts dieser Tatsachen glaubte der Aufruf den Einwand außer acht lassen zu können, daß eine Protestaktion als Einmischung in innerrussische Angelegenheiten angesehen werden könnte. „Diese Zustände", wurde argumentiert, „rufen vielmehr über alle politischen Meinungsverschiedenheiten hinweg das Gewissen aller Kulturvölker auf". Der Aufruf endete daher mit der Aufforderung, „durch moralische und materielle Unterstützung zu zeigen, daß auch die Unglücklichen in den russischen Gefängnissen und in den sibirischen Einöden von menschlichem Mitgefühl umfaßt werden".

Der inhaltliche Vergleich von Liebknechts Erklärungen im Rahmen seiner antizaristischen Agitation mit dem Wortlaut des Aufrufes zeigt deren weitgehende Übereinstimmung. Die Ansicht von der politischen und kulturellen Rückständigkeit Rußlands ist in der Protesterklärung durch den Hinweis auf die nicht durchgeführten Reformen im Anschluß an die Revolution von 1905 ebenso vorhanden wie seine Angaben zu den unmenschlichen Verhältnissen in den Gefängnissen. Gleichfalls wird auch das Argument der „Nicht-Einmischung" verworfen, wobei allerdings der politische Aspekt unberücksichtigt blieb. Im Mittelpunkt sowohl des Aufrufes wie auch in Liebknechts Agitation stand schließlich die Forderung nach Gerechtigkeit und Menschlichkeit, die den Menschen im despotischen Zarenreich vorenthalten wurden.

Nach der Ausarbeitung des Aufrufes begannen die Mitglieder des Ausschusses zunächst mit Hilfe privater Bekanntschaften die Unterschriften namhafter Persönlichkeiten der Politik, Wissenschaft, bildenden Kunst, Literatur und Musik dafür zu gewinnen. So hatte sich Bernhard Kampffmeyer beispielsweise am 21. April 1913 bereiterklärt, das Reichstagsmitglied Ludwig Quidde, den Monisten Ernst Haeckel sowie die Literaten Bruno Wille und Richard Dehmel für die Unterzeichnung der Erklärung zu gewinnen. [27] Inwieweit sich Liebknecht an der Unterschriftensammlung beteiligte, läßt sich nicht genau feststellen. Die Namen einiger später veröffentlichter Unterzeichner legen jedoch die Vermutung nahe, daß die Unterschriften auf seine Vermittlung zustande gekommen sind. Der Berliner Hautspezialist Alfred Blaschko muß ein guter Bekannter von ihm gewesen sein, denn Liebknecht hatte sich 1909 mit der Bitte an ihn gewandt, seinem Bruder Kurt, der ebenfalls Mediziner war, bei der Stellensuche behilflich zu sein. [28] Weiterhin dürfte er wegen einer Unterschrift auch bei dem Herausgeber der Berliner Zeitung „Welt am Montag", Hellmut von Gerlach, angefragt haben. Dieser bestätigte später in seinen Erinnerungen: „Ich habe vor dem Kriege viel in Sachen der russischen Flüchtlinge mit ihm [Karl Liebknecht] gearbeitet". [29] Auch die Unterschrift des Heidelberger Juradozenten Gustav Radbruch könnte auf Bemühungen Liebknechts zurückzuführen sein. Die beiden Männer lernten sich durch Liebknechts zweite Frau, Sophie, kennen, die während ihres Studiums in Heidelberg zu dem Kreis russischer Studenten um Radbruch

27 Siehe Dokument Nr. 1.

28 Siehe Karl Liebknechts Brief an seinen Bruder Theodor vom 30.3.1909, in: Theodor-Liebknecht-Kollektion, IISG.

29 Hellmut von Gerlach, *Erinnerungen eines Junkers*, Berlin o. J., S.103; und ders., *Von Rechts nach Links*, Zürich 1937, S.245.

gehört hatte. [30] Sie nahmen beide gemeinsam im August 1913 in Zürich an der Trauerfeier von August Bebel teil, wie Radbruch in seinen Erinnerungen berichtet.
Der Erfolg der Sammlungsaktion überstieg bald alle Erwartungen des vorbereitenden Ausschusses und machte eine Koordinierung der Unterschriftensammlungstätigkeit notwendig. Am 4. Mai teilte Buchholz Kampffmeyer mit: „Ich beabsichtige, das Verzeichnis der eingehenden Unterschriften zweimal wöchentlich an alle Unterschriftensammler zu versenden und bitte daher dringend, mir alle Unterschriften, die neu gewonnen werden, rechtzeitig zu senden, daß sie in der Liste Aufnahme finden können". [31] Nachdem die Aktion eine repräsentative Anzahl von Unterzeichnern in Deutschland erbracht hatte, dehnte der Ausschuß seine Tätigkeit auf die internationale Ebene aus. In einem Brief vom 8. Mai 1913 an einen unbekannten russischen Emigranten in London resümierte Kampffmeyer den Stand der Aktion folgendermaßen: „Nach unseren bisherigen Erfolgen zu urteilen, können wir mit Bestimmtheit darauf rechnen, daß die hervorragendsten Vertreter der Literatur, Kunst und Wissenschaft und eine Anzahl namhafter Politiker unseren Aufruf unterzeichnen, und daß die größten bürgerlichen wie sozialistischen Blätter Deutschlands und Österreichs unsere Kundgebung veröffentlichen". [32] Besonders wichtig schien es dem Ausschuß, Unterschriften aus Frankreich und England zu gewinnen, da ein solcher Protest angesichts des europäischen Bündnissystems, in dem sich Deutschland und Österreich-Ungarn einerseits sowie England, Frankreich und Rußland andererseits gegenüberstanden, einen weitaus größeren Eindruck machen würde. Während sich der Ausschuß in Frankreich durch die Mitarbeit von Francis de Pressensé, dem Präsidenten der „Liga der Menschenrechte", die Hilfe einer bestehenden Organisation sichern konnte, mußte er in anderen Ländern wiederum mit Hilfe privater Beziehungen seiner Mitglieder vorgehen. Karl Liebknecht wandte sich daher am 16. Mai an die holländische Sozialistin Henriette Roland-Holst, mit der er 1907 bei der Gründung der Internationalen Verbindung der sozialistischen Jugendorganisationen zusammengearbeitet hatte, und die er auch im gleichen Jahr wegen der Ausrichtung eines Parteitages der SDAPR angegangen war. [33] „Da ich weiß", begründete Liebknecht sein Anliegen, „mit welchem Interesse Sie die russischen Angelegenheiten verfolgen, erlaube ich mir, Sie im Namen des vorbereitenden Ausschusses um Ihre freundliche Mitwirkung in Holland zu bitten". Der Brief enthielt dann nähere Angaben, wie sich der Ausschuß die Durchführung der internationalen Aktion dachte. Zunächst sollte der Aufruf mit „entsprechenden Veränderungen" in die jeweilige Landessprache übersetzt werden. Sodann waren die „Unterschriften der bekanntesten Leute Ihres Landes möglichst aus den bürgerlichen Kreisen zu sammeln". Zur Erklärung fügte Liebknecht hinzu: „Das letztere deshalb, weil der Aufruf dann mehr Eindruck in Rußland machen würde". Sobald eine genügend große Anzahl von Unterschriften gesammelt worden war, sollte der Aufruf möglichst mit sämtlichen Unterschriften an einem Tage in der gesamten europäischen Presse veröffentlicht werden. Schließlich hoffte der Ausschuß, wie Liebknecht erklärte, daß es im Anschluß an die Aktion gelingen möge, Organisationen zur aktiven Unterstützung der russischen Gefangenen und Verbannten ins Leben zu rufen. Dazu sollte ein Ausschuß gewählt werden, der „öffentliche Sammlungen für die politischen Gefan-

30 Siehe Gustav Radbruchs Brief an Karl Jaspers vom 25.8.1913, in: Gustav Radbruch, *Briefe*, hrsg. von Erik Wolf, Göttingen 1968, S.33; und ders., *Der Innere Weg, Aufriß meines Lebens*, Stuttgart 1951.

31 In: „Kleine Korrespondenz", IISG.

32 *A.a.O.*

33 Siehe Dokument Nr. 1.

genen Rußlands ausschreibt, Mitglieder wirbt, fortlaufend Nachrichten über die Gefängnisgreuel in die Presse lanciert".

Die internationale Sammlungsaktion schien jedoch zunächst nicht recht voranzukommen, was weniger auf mangelnde Unterschriftsbereitschaft bürgerlicher Vertreter als auf das Mißtrauen der russischen Emigranten zurückzuführen war, die die Unterschriften sammeln sollten. Am 4. Mai klagte Buchholz in einem Schreiben an Kampffmeyer: „Es stellt sich heraus, daß es doch nicht so leicht ist, unsere Propaganda in den anderen Ländern in die Wege zu leiten. Unsere dort lebenden russischen Genossen wünschen tiefe Klärungen, die wir ihnen wohl nur in einem offiziellen von uns allen genehmigten Schreiben geben können." [34] Einer dieser russischen Emigranten, der seine Mitarbeit versagte, war Fürst Peter Kropotkin. Der seit 1886 in London lebende Anarchist hatte sich durch seinen bescheidenen Lebenswandel „Achtung und allgemeine Zuneigung" erworben [35] und wäre aufgrund seiner vielen Verbindungen ein idealer Mittelsmann gewesen. Die Gründe seiner Ablehnung teilte er Kampffmeyer in einem Brief [36] am 16. Mai mit: Zum einen kritisierte er, daß die Angaben in dem Aufruf ausschließlich älteren Datums waren. Die Erwähnung der Schrift von Kennan aus dem Jahre 1890 hielt er sogar für „archaisch". Auf die Angaben in seiner eigenen Broschüre aus dem Jahre 1909 eingehend führte er in seinem gebrochenen Deutsch aus: „Die Selbstmordepidemie, von der ich in 1909 sprach, ist nicht mehr vorhanden; und über Folterungen beim Verhören habe ich während der zwei letzten Jahre weder in der Presse noch in einer Menge Privatbriefen gehört". Den Ausschlag für seine ablehnende Haltung gab aber die Tatsache, daß der Ausschuß die bestehenden Exilorganisationen nicht in die Aktion miteinbezogen hatte. „Solcher Gesellschaften gibt es drei in England", machte er auf diese Unterlassung aufmerksam, „zwei in Frankreich, eine in der Schweiz, eine in Österreich und über die Tätigkeit dieser Gesellschaften weiß ich, daß diese sehr ansehnliche Geldsummen jedes Jahr sammeln und ... ungeachtet der Polizeischwierigkeiten in Rußland in einer klugen Weise vertreiben". Ganz entschieden warnte Kropotkin vor einer Zentralisierung der Unterstützungsarbeit, wie sie der Ausschuß im Anschluß an die Aktion beabsichtigte, da sie die Arbeit der russischen Polizei nur erleichtern würde. Während Liebknecht und der Ausschuß die Mißstände im Zarenreich durch Druck der öffentlichen Meinung Europas beseitigen wollten, dachte Kropotkin in den Kategorien des illegalen Untergrundes. Als ihn der Ausschuß, vermutlich sogar Liebknecht selbst, umzustimmen versuchte, antwortete er am 12. Juni: „Der Grund meines Ablehnens ist, daß ich die ganze Sache als *widersprechend der einfachsten, revolutionären Ethik ansehe.*" [37] Hinsichtlich Liebknechts Einsatz für die Protestaktion meinte er, daß dieser nur wenig von den russischen Hilfsorganisationen verstünde und für die ganze Sache „benutzt" würde.

Trotz dieser Schwierigkeiten kam die Protestaktion zu einem erfolgreichen Abschluß. Am 25. November 1913 druckte die Presse „sämtlicher Kulturländer" den Aufruf mit dem Hinweis ab, daß ca. 500 bis 600 namhafte Vertreter der Politik, Wissenschaft, Literatur, Kunst und Musik ihre Unterschrift gegeben hätten. [38] In Deutschland erschien die Erklärung außer im sozialdemokratischen „Vorwärts", der den Aufruf schon am 2. November gebracht hatte,

34 In: „Kleine Korrespondenz", IISG.
35 Vgl. James Joll, *Die Anarchisten*, Frankfurt/M. und Berlin 1969, S.112 f.
36 In: „Kleine Korrespondenz", IISG.
37 *A.a.O.*
38 Siehe Dokument Nr. 2.

auch in bürgerlichen Blättern, darunter das „Berliner Tageblatt", die „Frankfurter Zeitung" und die „Vossische Zeitung". In Frankreich stellte die von Jean Jaurès geleitete „L'Humanité", in England der „Manchester Guardian" sowie der „Daily Citizen" und in Holland die sozialistische Parteizeitung „Het Volk" ihre Spalten zur Verfügung. Die meisten Blätter brachten außerdem Auszüge aus den Unterschriftslisten. Sie zeigen, daß zu den Unterzeichnern des Aufrufes sowohl Vertreter des Bürgertums wie des Sozialismus zählten. Die Mehrzahl der Unterschriften kam dabei eindeutig aus dem bürgerlichen Lager. Auf sozialistischer Seite unterschrieben fast alle Führer der Zweiten Internationale. Aus Deutschland hatte u.a. August Bebel noch kurz vor seinem Tode unterzeichnet. Weiterhin war der Österreicher Victor Adler vertreten sowie die Franzosen Jaurès, Edouard Vaillant und Jules Guesdes. Für die holländische Partei unterschrieb Troelstra, für die Schweizer Partei Hermann Greulich, während für die skandinavischen Parteien der dänische Parteiführer Theodor Stauning zeichnete. Aus England kam die Unterschrift des Führers und Parlamentsmitgliedes der „Independent Labour Party", Ramsay MacDonald. Unter den bürgerlichen Vertretern befand sich ebenfalls eine Reihe von Parlamentsmitgliedern, sowohl aus Deutschland als auch aus Frankreich und England. Deutscherseits hatten beispielsweise der Vorsitzende der „Freisinnigen Volkspartei", Friedrich Naumann, sowie sein Kollege Ernst Bassermann von der „National-Liberalen Partei" unterschrieben. Aus dem Bereich der Wissenschaft hatte eine besonders große Anzahl von Universitätsprofessoren aller Länder ihre Zustimmung zu dem Protest erklärt. Unter den Deutschen befanden sich u.a. der Wirtschaftshistoriker Lujo Brentano, der Monist Ernst Haeckel und die Heidelberger Juristen Heinz Potthoff und Gustav Radbruch. Aus England kamen die Unterschriften zweier Professoren aus Cambridge und Oxford sowie die des Philosophen Bertrand Russell; die französischen Gelehrten wurden u.a. durch Emile Durkheim von der Sorbonne repräsentiert. Auch die Literaten waren zahlreich vertreten. Hier standen zum Beispiel neben den Unterschriften von Gerhard Hauptmann, Frank Wedekind, Georg Thoma und der des Österreichers Arthur Schnitzler die des Franzosen Romain Rolland sowie die der Engländer Sir Arthur Conan Doyle, Schöpfer des Detektivhelden Sherlock Holmes, und H.G. Wells', des utopisch-futuristischen Schriftstellers. Weiterhin hatten sich dem Aufruf auch eine Reihe bekannter Künstler und Musiker angeschlossen. Hier stachen die Namen der Malerin Käthe Kollwitz, des Direktors der Berliner Akademie der Künste Max Liebermann, sowie die der Komponisten Engelbert Humperdinck und Claude Debussy hervor. Schließlich enthielt der Aufruf auch noch die Unterschriften mehrerer Kirchenvertreter, darunter die der Pastoren der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche in Berlin.

Die Protestaktion stellte nicht nur in bezug auf die Anzahl und den Rang der Unterzeichner einen großen Erfolg dar; es gelang darüber hinaus auch, in mehreren Ländern Hilfsvereine für die politischen Gefangenen und Verbannten Rußlands zu gründen. Stolz verkündete der „Deutsche Hilfsverein" in seinem Gründungsaufruf: „Es blieb nicht bei diesem Protest allein. In Österreich und Frankreich, wo bereits früher Hilfsvereine bestanden, setzte eine lebhafte Werbearbeit ein. In Holland, in der Schweiz und in Deutschland entstanden Vereinigungen, die die Ziele des Aufrufes vom 25. November in die Wirklichkeit umzusetzen bestrebt sind."[39] Seine Aufgabe sah der „Deutsche Hilfsverein" darin, die politischen Gefangenen und Verbannten Rußlands materiell wie moralisch zu unterstützen. Dazu solle einmal „einschlägiges" Material gesammelt und veröffentlicht, zum anderen sollten Geldsammlungen veranstaltet werden. Ausdrücklich wurde in den Statuten festgelegt, daß sich der Verein „jeder politi-

39 *A.a.O.*

schen und religiösen Parteistellung" enthielt. Jeder, der diese Ziele akzeptierte, konnte Mitglied werden. Ein fester Beitrag wurde nicht erhoben.
Der Vorstand des „Deutschen Hilfsvereins" setzte sich allein aus bürgerlichen Vertretern zusammen. Neben Minna Cauer und Bernhard Kampffmeyer, die schon im vorbereitenden Ausschuß mitgearbeitet hatten, gehörten dazu: der Bankier Hugo Simon, Käthe Kollwitz, der Berliner Pfarrer Nithack-Stahn, der Theaterkritiker Alfred Kerr, der „Herrenreiter" Karl von Tepper-Laski, der Direktor der deutschen Gesellschaft für drahtlose Telegraphie, Graf von Arco, sowie der Schriftsteller Eduard Fuchs. Weiterhin wurde ein Beirat gewählt, der dem Vorstand bei der Durchführung von Veranstaltungen und Sammlungen behilflich sein sollte. Hier zählten zu den Mitgliedern sowohl bürgerliche wie sozialdemokratische Vertreter. Das Bürgertum war u.a. vertreten durch Alfred Blaschko, Lujo Brentano, Hellmut von Gerlach, Gustav Radbruch sowie durch den Herausgeber der Heilbronner Zeitschrift „März", Theodor Heuss. Unter den sozialdemokratischen Beiräten befanden sich Karl Liebknecht, Oscar Cohn und Eduard Bernstein.
Der „Deutsche Hilfsverein für die politischen Gefangenen und Verbannten Rußlands" war eine recht lose Organisation; manche seiner Vorstandsmitglieder faßten die Sache anfänglich mehr oder weniger nur als Lippenbekenntnis auf. Die Kenntnis von den inneren Verhältnissen Rußlands bewirkte jedoch bei vielen einen Gesinnungswandel. Die von der Frauenbewegung enttäuschte Minna Cauer bekannte am 13. März 1914 in ihrem Tagebuch: „Ich arbeitete für die Sache im Anfang nur, um loszukommen von mir selbst, von meiner steigenden Verbitterung gegen die Frauen ... Aber etwas anderes lebt jetzt in mir, seitdem ich weiß, daß da draußen in der Welt so viel Herzzerreißendes, soviel Grausames, so viel Barbarisches geschieht und geduldet wird. Wir alle sind mitschuldig, alle. Niemand kann sich frei fühlen von Schuld, wenn er weiß, wie es liegt und nicht hilft." [40] Karl Liebknecht hielt sich auch bei der Arbeit des Hilfsvereins aus ähnlichen Gründen wie bei der Durchführung der Protestaktion im Hintergrund. Dennoch scheint er auch hier, soweit ihm seine anderen Verpflichtungen dafür Zeit ließen, mitgearbeitet zu haben. Dabei knüpfte er sogar freundschaftliche Beziehungen zu Frau Cauer. Als diese zu Weihnachten 1913 in ihrem Tagebuch auf die im Hilfsverein tätigen Männer zu sprechen kam, notierte sie über ihn: „sehr sympathisch, oft naiv kindlich, dann humoristisch und immer liebenswürdig". [41]
Trotz des großen Widerhalls, den sowohl die Protestaktion wie auch später die Tätigkeit des „Deutschen Hilfsvereins" gerade auch bei bürgerlichen Kreisen fand, [42] vermochte diese Art der antizaristischen Agitation ebenfalls an der Lage der Betroffenen selbst nichts zu ändern. In seinem Bericht an den Wiener Kongreß der Zweiten Internationale mußte Liebknecht im Jahre 1914 feststellen, daß die politischen Gefangenen und Verbannten Rußlands „trotz eines einmütigen Appells der besten Männer Europas noch immer vergeblich auf die Revision warten". [43] Für die Wirkungslosigkeit der Agitation machte er allein die Bündnisverpflichtungen der europäischen Regierungen verantwortlich. Unter Hinweis auf Frankreich führte er aus: „Das Volk, dessen ruhmvolle Tradition der ritterliche Schutz der Humanität ist, das Volk, aus dem die Liga der Menschenrechte ... hervorgegangen ist, folgt als Trabant dem Wagen des Zaren". Ähnliches galt für Großbritannien, das „klassische Land der bürgerlichen

40 Vgl. die Tagebucheintragung Minna Cauers vom 13.3.1914, zitiert nach Else Lüders, *Minna Cauer* ..., S. 168.
41 *A.a.O.*, S.167.
42 *A.a.O.*, S.168.
43 Karl Liebknecht, *Die russischen Gefängnisgreuel*, in: *GRS*, Bd. 7, S.424.

Freiheit", dessen Hände gelähmt waren durch die sogenannte englisch-russische Freundschaft. Doch nicht nur die mit Rußland befreundeten Regierungen unternahmen nichts; auch die deutsche Regierung, mit Österreich gegen Rußland verbündet, „rutscht trotz alledem auf den Knien vor dem Zarismus, getrieben von diplomatischer Vorsicht und von ureigener Sympathie mit der russischen Knute". Dieser Unfähigkeit bzw. diesem Unwillen der Regierungen, die vom Zarismus für Europa ausgehende Bedrohung einzudämmen, setzte Liebknecht die Friedenspolitik des Proletariats entgegen, deren Zielsetzung er folgendermaßen beschrieb: „Die Förderung der deutsch-französischen und deutsch-englischen Verständigung und die Solidarität des Proletariats der übrigen Welt mit dem russischen Proletariat, die Bekämpfung der politischen Reaktion im Innern der westeuropäischen Staaten, die Vernichtung insbesondere des deutschen und österreichischen Halbabsolutismus sind die gründlichsten Mittel zur Beseitigung der Voraussetzungen, auf denen, soweit Westeuropa in Betracht kommt, die Möglichkeit und Wirklichkeit der heutigen zarischen Barbarei beruht".

Die kurze Studie zu Karl Liebknechts Mitarbeit am „Deutschen Hilfsverein für die politischen Gefangenen und Verbannten Rußlands" macht deutlich, daß ein Motiv in seinem politischen Handeln die Verwirklichung des Ideals von Gerechtigkeit und Menschlichkeit darstellt. Dieses Prinzip war keineswegs ein abstrakter Begriff, sondern konkrete politische Zielsetzung, denn Liebknecht wollte, wie er in seinem philosophischen Werk „Studien über die Bewegungsgesetze der gesellschaftlichen Entwicklung" ausführt, mit seiner politischen Tätigkeit zur „Höherentwicklung" der Menschheit beitragen. [44] Als Sozialdemokrat benutzte er dazu zwei Wege: während der Klassenkampf im Innern die Lage des eigenen Proletariats „erhöhen" sollte, war die internationale Solidarität darauf gerichtet, dem Proletariat der anderen Länder bei deren „Höherentwicklung" behilflich zu sein. Die Verfolgung des humanitär-rechtlichen Ideals mußte Liebknechts Augenmerk fast zwangsläufig auf die Verhältnisse in Rußland lenken, wo das despotische System des Zarismus fast dauernd gegen dieses Prinzip verstieß. Mit seiner antizaristischen Agitation und der gleichzeitigen Unterstützung der russischen Arbeiterbewegung, die es unter den europäischen Arbeiterparteien aufgrund der Umstände in Rußland am schwersten hatte, versuchte Liebknecht, zur Beseitigung der Hindernisse auf dem Wege zur Höherentwicklung des russischen Volkes beizutragen. Wie wichtig dem überzeugten Sozialdemokraten die Verwirklichung dieses Gedankens war, mag man der Tatsache entnehmen, daß Liebknecht durchaus bereit war, politische Überlegungen zurückzustellen, um eine Zusammenarbeit von Bürgerlichen und Sozialdemokraten auf diesem Gebiet zu erreichen. Das humanitär-rechtliche Ideal beschränkte sich keineswegs auf Liebknechts antizaristische Agitation, sondern stellt eine Grundkomponente seines politischen Handelns dar. Als ihm sein Kollege im preußischen Abgeordnetenhaus, Wilhelm Dittmann, von dem Fall der Witwe Hermann aus Elberfeld berichtete, die wegen angeblichen Gattenmordes unschuldig zu 14 Jahren Zuchthaus verurteilt worden war, wandte sich Karl Liebknecht in einer Rede zur Begründung einer entsprechenden sozialdemokratischen Interpellation an das „Rechtsgefühl" der „Herren im Hause" und führte aus: „Ich weiß, wie scharf wir gegeneinander stehen. Aber ich meine, wir müssen bei dem vorliegenden Falle allesamt jede Spur politischer Beurteilung ausmerzen. Das gebietet die Pflicht und die Menschlichkeit". [45]

44 Karl Liebknecht, *Studien über die Bewegungsgesetze der gesellschaftlichen Entwicklung*, München 1922; Neudruck unter dem gleichen Titel, hrsg. von Ossip K. Flechtheim, Hamburg 1974; vgl. dazu auch meine Rezension, in: *Die Zeit*, Jg. 30 (1975), Nr. 14, vom 28.3., S.13. Zur Einschätzung der *Bewegungsgesetze* im Rahmen von Liebknechts politischer Entwicklung siehe meinen Aufsatz: *The misunderstood Karl Liebknecht*, in: *European Studies Review*, 2 (1975), S.171 ff.

45 Karl Liebknecht, Rede zur Geschäftsordnung am 7.2.1914, zitiert nach: *GRS*, Bd. 7, S.114.

ANHANG

Dokument Nr. 1:

Berlin, 21.5.1913

Werte Genossin, [1]

ich übersende Ihnen einliegend einen Aufruf, [2] unter dem in Deutschland, Österreich, Frankreich, Dänemark und voraussichtlich auch in England, Italien, Belgien und in der Schweiz Unterschriften der bekanntesten Vertreter der Literatur, Kunst und Wissenschaft und nach Möglichkeit auch die der bürgerlichen Politiker gesammelt werden. Aus dem gleichfalls beiliegenden Verzeichnis [3] der bereits gesammelten Unterschriften können Sie ersehen, daß unsere Aktion in Deutschland und Österreich die besten Aussichten auf Erfolg hat. In Frankreich haben wir uns der Mitwirkung der Genossen Pressensé [4] und Rubanowitsch [5] versichert, die uns gleichfalls die besten Hoffnungen machen. Da ich weiß, mit welchem Interesse Sie die russischen Angelegenehiten verfolgen, erlaube ich mir, Sie im Namen des vorbereitenden Ausschusses um Ihre freundliche Mitwirkung in Holland zu bitten. Es würde sich zunächst darum handeln, den Aufruf mit entsprechenden Änderungen ins Holländische zu übertragen und die Unterschriften der bekanntesten Leute Ihres Landes, möglichst aus den bürgerlichen Kreisen zu sammeln. (Das letztere deshalb, weil der Aufruf dann mehr Eindruck in Rußland machen würde; damit sei durchaus nicht gesagt, daß die Unterschriften von Sozialisten nicht erwünscht sind). Der Aufruf soll möglichst mit sämtlichen Unterschriften aus allen Ländern an einem Tage in der gesamten europäischen Presse veröffentlicht werden; es sind deshalb auch dafür vorbereitende Schritte erforderlich. Endlich würde es sich, wenn die Verhältnisse es gestatten, darum handeln, einen Ausschuß zu bilden, der im Anschluß an die Veröffentlichung des Aufrufes öffentliche Sammlungen für die politischen Gefangenen Rußlands ausschreibt, Mitglieder wirbt, fortlaufend Nachrichten über die Gefängnisgreuel in die Presse lanciert usw. Können wir in dieser Beziehung auf Ihre freundliche Mithilfe rechnen? Zunächst kommt vor allem nur die Sammlung von Unterschriften und die Veröffentlichung des Aufrufes in Betracht. Sollte der zweite Teil der Aufgabe zu große Anforderungen an Sie stellen, so würde ich Sie bitten, wenigstens den ersten Teil auf sich zu nehmen.

Mit den besten Grüßen

Ihr Dr. Karl Liebknecht

1 Adressat ist Henriette Roland-Holst (1869-1952), sozialistische Schriftstellerin, stand auf dem linken Flügel der holländischen Arbeiterpartei.

2 Siehe Dokument Nr. 2.

3 Konnte nicht ermittelt werden.

4 Francis Dehaut de Pressensé (1853-1914), Mitglied der Section Francaise de l'Internationale Ouvrierè und Präsident der französischen „Liga der Menschenrechte".

5 Ilja Rubanowitsch, Delegierter der SDAPR im Internationalen Sozialistischen Büro als Vertreter von Plechanow, vgl. Georges Haupt, *Der Kongreß fand nicht statt*, S.205, Anm. Nr. 9.

Dokument Nr. 2:

Aufruf „Für die politischen Gefangenen Rußlands“ [1]

Wir werden um die Veröffentlichung des nachfolgenden *Protestes gegen die Gefängnisgreuel* des zaristischen Rußlands ersucht. Der Aufruf ist von einer großen Anzahl der hervorragendsten Politiker, Schriftsteller und Künstler Deutschlands und des Auslandes unterzeichnet. Er lautet:

Seit der Verkündigung der verfassungsmäßigen Freiheit im Oktober 1905 sind über *vierzigtausend Personen* wegen politischer Vergehen in Rußland verurteilt worden. Davon wurden über *dreitausend* hingerichtet, über *zehntausend* in den Totenhäusern der „Katorga“ eingekerkert. Die Mehrzahl dieser Verurteilungen erfolgte durch *Standgerichte.* Die jüngste Amnestie aus Anlaß des Regierungsjubiläums der Romanows hat die politischen Gefangenen kaum berücksichtigt, ihre entsetzlichen Leiden hat sie meist völlig unverändert bestehen lassen. Die Freiheitsstrafen werden bei den gegenwärtigen Zuständen in Rußland zur unerträglichen Marter. Unterernährung bis zum buchstäblichen Verhungern, Überfüllung der Gefängnisse bis zur Unmöglichkeit, auch nur den nackten Fußboden als Lagerstätte zu benutzen, und eine alles menschliche Gefühl verhöhnende Behandlung der Gefangenen lassen die Gefängnisse zur wahren Hölle werden. Zehn Kopeken, das sind 21 1/2 Pf, wirft die Verwaltung für die Beköstigung des Gefangenen im Durchschnitt auf den Tag aus; davon wird aber noch ein großer Teil durch Willkür und durch Untreue der Beamten seinem Zweck entzogen. Zusammengepfercht in überfüllten Räumen, die den elementarsten Anforderungen der Hygiene und Sauberkeit ins Gesicht schlagen, werden die elend verpflegten Gefangenen fast ohne jede ärztliche Hilfe verheerenden Epidemien ausgeliefert. Skorbut, Typhus und Tuberkulose dezimieren ihre Reihen. In manchen Gefängnissen ist die jährliche Sterblichkeitsziffer auf 12 Proz. gestiegen. Die Gefängnisse werden oft zu Krankheitsherden für die ganze Umgebung. Gefangene mit langjährigen Freiheitsstrafen, und das sind die meisten „Politischen“, sind unentrinnbar zur grausamsten Todesstrafe, zum „langsamen Sterben“ verurteilt.

Furchtbar ist die persönliche Behandlung der Gefangenen, im Untersuchungsgefängnis nicht minder als im Gefängnis. *Folterungen bei den Verhören, schwere Mißhandlungen* und *Durchpeitschungen* von Männern und Frauen sind, in Prozessen festgestellt, jedes Jahr im Reichsduma erörtert worden. Eine wahre *Selbstmordepidemie* ist unter den Gefangenen entstanden. Die Unglücklichen sehen im Selbstmord die einzige Erlösung; viele von ihnen geben sich hierbei der Hoffnung hin, daß ihr freiwilliger Tod die Öffentlichkeit aufrütteln und so eine Verbesserung der unerträglichen Lage ihrer Leidensgefährten herbeiführen werde. Von erschütternder Tragik ist auch das Los der ungezählten Tausende von *politischen Verbannten,* von denen die Mehrzahl ihrem Schicksal ohne Richterspruch, durch administrative Willkür ausgeantwortet ist. Zumeist in eisigen Gebieten und ohne die Möglichkeit auch nur der notdürftigen Ernährung, Bekleidung und Unterkunft siechen sie rettungslos dahin. Schon die Schilderungen George Kennans haben einen Sturm der Entrüstung in Westeuropa entfesselt; jetzt, nach einem Vierteljahrhundert, stehen wir noch vor viel entsetzlicheren Zuständen. Heute wie damals handelt es sich keineswegs um eine ausschließlich innerrussische Angelegenheit! Diese Zustände rufen vielmehr über alle politischen Meinungsverschiedenheiten das Gewissen aller Kulturvölker auf.

1 Abgedruckt nach: *Vorwärts* vom 2.11.1913.

Seit einigen Jahren regt sich in Westeuropa eine Bewegung gegen diese Greuel. Im Jahre 1909 veröffentlichte ein englisches Komitee von Parlamentariern verschiedener Parteien, von Vertretern des Journalismus, der Kirche und der Universitäten eine Schrift mit dem Titel „The Terror in Russia" als „Appell an die britische Nation". Auch in Frankreich hat die „Liga der Menschen- und Bürgerrechte" eine Protestbewegung ins Leben gerufen. Durch den Anschluß anderer Länder ist diese Bewegung zur Sache der gesamten Kulturwelt geworden. Die Unterzeichneten haben sich zusammengeschlossen, um die Tatsachen zu sammeln und zu veröffentlichen, die allen Freunden der Gerechtigkeit und Menschlichkeit, ohne Unterschied der Partei, ein gesichertes Urteil über die grauenvollen Zustände ermöglichen. Es gilt, das Gewissen der Menschheit gegen die Mißhandlung und Vernichtung von vielen tausend Menschen wachzurufen. Es gilt, durch moralische und materielle Unterstützung zu zeigen, daß auch die Unglücklichen in den russischen Gefängnissen und in den sibirischen Einöden von menschlichem Mitgefühl umfaßt werden.

Aus den etwa 500 Namen des In- und Auslandes, die unter dem Aufruf stehen, wollen wir einige wiedergeben.

Deutschland. Albert Bassermann, Dr. Gertrud Bäumer, August Bebel †, Eduard Bernstein, Rosa Bertens, Prof. Dr. Lujo Brentano, Minna Cauer, Prof. Dr. Hermann Cohen, Lovis Corinth, Richard Dehmel, Ed. David, Hedwig Dohm, Herbert Eulenberg, Gertrud Ehfold, Helene Fehdmer, Prof. Dr. Wilhelm Foerster, Prof. Dr. Karl Frenzel, Ludwig Fulda, August Gaul, H. v. Gerlach, Georg Gothein, Ernst Haeckel, Prof. Dr. Martin Hartmann, Gerhard Hauptmann, Conrad Haußmann, Wolfgang Heine, Engelbert Humperdinck, Prof. Dr. J. Jastrow, Dr. G. M. Kerschensteiner, Käthe Kollwitz, Max Liebermann, Prof. Dr. Walter Lotz, Prof. Dr. Bruno Meyer, Prof. Dr. P. Natorp, Dr. Friedrich Naumann, Emil Orlik, Prof. Dr. Wilhelm Ostwald, Gabriele Reuter, Olaf Gulbransson, Th. Th. Heinne, Wilh. Schulz, E. Thöny, Ludwig Thoma, Max Slevogt, Franz v. Stuck, Prof. Dr. Ferdinand Tönnies, Clara Viebig, Prof. Dr. Alfred Weber, Frank Wedekind, Felix Weingartner, Dr. Bruno Wille.

Von hervorragenden Persönlichkeiten des Auslandes nennen wir:

Aus Österreich: Victor Adler, Herman Bahr, Heinrich Friedjung, Arthur Schnitzler, die Professoren Jodl, Mach, Masaryk usw.

Aus Frankreich: Augagneur, Compère-Morel, Guesde, Jaurès, Vaillant, Paul Adam, Claude Debussy, Anatole France, Paul Marguerite, Octave Mirbeau, Ch. Andler, E. Durkheim, Paul Reclus, Francis de Pressensé, Percin, usw.

Aus England: Conan Doyle, Laurence Irving, Jerome K. Jerome, H. G. Wells, G. M. Trevelyan, Ramsay Mac Donald, Josiah C. Wedgewood, usw.

Aus Holland: Dr. H. Goeman Borgesius, Baron C. M. von der Feltz, van Helden, Dr. P. C. T. Hoost, van Kol, Abg. Troelstra, Prof. Hugo de Vries, H. Heyermans, Henriette Roland-Holst, u. a.

Aus der Schweiz: Dr. Assolter, A. Gobat, Greulich, Dr. A. Rikli, Scherrer-Füllemann, Prof. Erismann, Prof. H. Sieveking, Prof. Th. Vetter, Otto Lang, Heinrich Wyß, u.a.

Dokument Nr. 3:

Gründungsaufruf des „Deutschen Hilfsvereins für die politischen Gefangenen und Verbannten Rußlands":

„Im Namen der Menschlichkeit!"

Am 25. November 1913 vereinigten sich 500 der besten Vertreter des europäischen Kulturgewissens zu einem Protest [1] gegen die fortgesetzten Greuel in den russischen Gefängnissen. Die Presse sämtlicher Kulturländer druckte diesen Protest ab, und aus den fernsten Winkeln Sibiriens, aus Kerkern und Verbannungsorten kam als Widerhall auf diese Hilfsaktion die Nachricht über neubelebte Hoffnungen der politischen Gefangenen Rußlands.

Es blieb nicht bei diesem Protest allein. In Österreich und Frankreich, wo bereits früher Hilfsvereine bestanden, setzte eine lebhafte Werbearbeit ein. In Holland, in der Schweiz und in Deutschland entstanden Vereinigungen, die die Ziele des Aufrufes vom 25. November in die Wirklichkeit umzusetzen bestrebt sind. Als die Vertreter dieser Bestrebungen in Deutschland treten wir hiermit an die Öffentlichkeit, um in engster Verbindung mit den entsprechenden Organisationen des Auslandes den politischen Gefangenen Rußlands moralische und materielle Hilfe zu bringen.

„Es ist" – schrieben vor einiger Zeit die politischen Gefangenen aus einigen russischen Kerkern – „es ist die verächtliche Selbstsucht, die mitschuldig macht, es ist die feige Gleichgültigkeit derer, die die kleinste Mühe scheuen, es ist die ganze Stumpfheit der öffentlichen Meinung, die uns zur Hoffnungslosigkeit, Entmutigung und Verzweiflung getrieben haben."

Diese Anklagen der lebendig Begrabenen, die tiefe Scham in allen menschlich Fühlenden wachrufen müssen, dürfen nicht mehr ertönen. Es ist hohe Zeit, daß Selbstsucht und Gleichgültigkeit verstummen, es ist hohe Zeit, daß die Kulturmenschen wieder – wie ehemals – sich auf ihre Pflichten gegen die Opfer eines rückständigen, gewalttätigen Regierungssystems besinnen!

Nichts wäre verderblicher, als dieser heiligen Aufgabe des wahren Menschentums das Argument der „Nichteinmischung" entgegenzusetzen. Nichts wäre gefährlicher, als dieser keinen Aufschub duldenden Wirksamkeit mit dem Einwand zu begegnen, das Ausland könne und dürfe den politischen Gefangenen des Zarismus keine Hilfe bringen. Nein und tausendmal nein! Das Ausland kann – wenn es nur will – wertvolle Hilfe leisten, um die Ausschreitungen der russischen Gefängnisbeamten zu zügeln, es kann die Leiden der politischen Gefangenen lindern, das haben zahlreiche Fälle aus der Vergangenheit bewiesen! Das Ausland muß diese Pflicht erfüllen – wenn es gegenüber einer immer höher anschwellenden Woge der Unmenschlichkeit die heiligsten Grundsätze der Menschlichkeit wahren will!

So appellieren wir hiermit an alle aufrechten Männer und Frauen, ohne Unterschied der Parteien, unsere Bestrebungen in jeder ihnen zugänglichen Art zu unterstützen. Wir appellieren im Namen der Menschlichkeit an das Rechtsgefühl und die Humanität des deutschen Volkes, denn nie war der Name Mensch so geschändet, wie in diesen Tagen des 20. Jahrhunderts durch Missetaten in den Kerkern und Verbannungsorten des russischen Reiches!

1 Siehe Dokument Nr. 2.

Der Vorstand:
Minna Cauer, Berlin.
N. H. Witt, Rentier, Mannsee.
Eduard Fuchs, Schriftsteller, Zehlendorf.
Hugo Simon, Bankier, Zehlendorf.
Graf Georg von Arco, Tempelhof.
Bernhard Kampffmeyer, Schriftsteller, Rehfelde.
Dr. Alfred Kerr, Schriftsteller, Grunewald.
Käthe Kollwitz, Malerin, Berlin.
Nithack-Stahn, Pfarrer, Berlin.
von Tepper-Laski, Rittmeister a. D., Berlin.

Bitte die Rückseite beachten!

Dem Beirat des Deutschen Hilfsvereins sind beigetreten: Dr. K. von Amira, Professor an der Universität, München. Eduard Bernstein, Mitglied des Reichstags, Berlin. Dr. A. Blaschko, Professor, Grunewald. Artur Brausewetter, Archidiakonus an der Oberpfarrkirche St. Marien. Dr. Lujo Brentano, Hofrat, Professor an der Universität, München. Dr. Oskar Cohn, Mitglied des Reichstags, Berlin. Richard Dehmel, Schriftsteller, Blankenese. Dr. H. Dorn, Professor an der Universität, München. Hedwig Dohm, Schriftstellerin, Berlin. G. Fischer, Verlagsbuchhändler, Berlin. Dr. Ludwig Fulda, Schriftsteller, Berlin. Hellmut von Gerlach, Schriftsteller, Berlin. Karl Goldschmidt, Stadtverordneter, Berlin. Hugo Heinemann, Stadtverordneter, Berlin. Anselma Heine, Schriftstellerin, Berlin. Dr. Th. Heuß, Chefredakteur des „März", Heilbronn. J. Heyn, Pfarrer an der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche, Mitglied des Reichstags, Berlin. J. Holz, Justizrat, Berlin. Dr. J. Jastrow, Professor an der Handelsschule, Charlottenburg. Dr. Karl Liebknecht, Mitglied des Reichtstags, Berlin. Dr. Ernst Mamroth, Breslau. Dr. Bruno Meyer, Professor, Berlin. Dr. Börries, Freiherr von Münchhausen, Sahlis bei Kohren. Professor Dr. Neumann-Hofer, Mitglied des Reichstags, Berlin. Dr. Nippold, Professor, Oberursel. Dr. Wilhelm Ostwald, Professor, Groß-Bothen. Dr. F. Poppenberg, Schriftsteller, Charlottenburg. Dr. jur. Heinz Potthoff, Düsseldorf. Dr. Gustav Radbruch, Professor an der Universität, Heidelberg. Johann Sassenbach, Berlin. Dr. Adalbert Schücking, Professor, Marburg. Dr. Ferdinand Tönnies, Professor, Eutin. Liz. theol. Taub, Mitglied des Preuß. Abgeordnetenhauses, Dortmund. Dr. Amfrid, Pfarrer, Stuttgart. Clara Viebig, Schriftstellerin, Zehlendorf.

Auszug aus den Statuten des Deutschen Hilfsvereins:

Der Verein bezweckt die moralische und materielle Unterstützung der politischen Gefangenen und Verbannten Rußlands. Dieses Ziel sucht der Verein in engster Verbindung mit den entsprechenden Organisationen des Auslandes zu erreichen:

a) durch Sammlung und Veröffentlichung von einschlägigem Material,
b) durch besondere Stellungnahme zu wichtigen Vorkommnissen in den Gefängnissen und in der Verbannung und zu sonstigen für die dortigen Zustände bedeutsamen Ereignissen,
c) durch Aufwendung von Geldmitteln, die durch Mitgliederbeiträge, Sammlungen und andere Veranstaltungen beschafft werden sollen.

Der Verein hält sich fern von jeder politischen oder religiösen Parteistellung. Mitglied werden kann, wer die Ziele des Vereins anerkennt und dafür zu wirken bereit ist. Die Höhe des Mitgliedsbeitrages ist eigenem Ermessen überlassen.

Beitrittserklärungen und Anfragen sind zu richten an den Schriftführer des Vereins, Herrn N. H. Witt, Wannsee b. Berlin, Bismarckstraße 36.

Geldsendungen nimmt das Bankhaus Carsch, Simon & Co., Berlin W 8, Kronenstr. 57 (Postscheckkonto 6334) entgegen.

HISTORISCHE PROZESSE DER DEUTSCHEN INFLATION 1914 - 1924. INTERNATIONALES SYMPOSION DER HISTORISCHEN KOMMISSION ZU BERLIN VOM 12. BIS 14. JULI 1976

Von Irmgard Steinisch

Inflation als Summe historischer Prozesse zu erforschen, war nach den die Tagung eröffnenden Grußworten des Vorsitzenden der Historischen Kommission zu Berlin, Hans HERZFELD, die Aufgabe, die sich den insgesamt 65 Teilnehmern des dreitägigen international und interdisziplinär ausgerichteten Symposions über die deutsche Inflation stellte, das im Rahmen des Konsultationsprogramms der Historischen Kommission stattfand und durch finanzielle Unterstützung der Stiftung Volkswagenwerk ermöglicht wurde. Zwar nahmen die gemeinsamen Veranstalter, Otto BÜSCH, Beauftragter für das Konsultationsprogramm und Leiter der Abteilung Sozial- und Wirtschaftsgeschichte der Historischen Kommission, und Gerald D. FELDMAN (Berkeley) von der University of California, History Department, gegenwärtig Gast der Historischen Kommission, erhebliche weitere thematische Eingrenzungen vor, doch erwies sich selbst die Präzisierung des Konferenzvorhabens auf die nähere Bestimmung von Forschungsstand, Forschungslücken und, soweit überhaupt möglich, der empirischen wie methodischen Richtung zukünftiger Forschung über die deutsche Inflation noch als ein recht weit gespanntes Unternehmen. Das große Bündel an empirischen und weniger wissenschaftstheoretischen und methodologischen Neuansätzen und Fragestellungen für eine systematische Erforschung der deutschen Inflation im nationalen wie internationalen Rahmen, unter sozialpolitischen wie wirtschaftspolitischen Aspekten, das in fünf Arbeitssitzungen und einer abschließenden Generaldebatte von den anwesenden Historikern und Wirtschaftswissenschaftlern aus den USA, Großbritannien, Frankreich, Österreich und der Bundesrepublik Deutschland zusammengetragen wurde, dürfte die Erwartungen der Veranstalter kaum enttäuscht, dagegen aber vielleicht in einigen Teilnehmern Verunsicherung und Beunruhigung geweckt haben. Während nämlich das als Voruntersuchung der Experten konzipierte Symposion über Möglichkeiten, Strategien und Schwerpunkte einer anvisierten Gesamtgeschichte der deutschen Inflation von 1914-1924 (BÜSCH) auf der einen Seite die Notwendigkeit überdeutlich werden ließ, ob der historischen Bedeutung der deutschen Inflation diese endlich begriffstheoretisch wie empirisch präziser fassen zu müssen, machten die Fülle der angeschnittenen Themen und die Weite des noch nicht erforschten Inflationsfeldes, die Tücken des vorhandenen Quellenmaterials und das in Frage stellen von bisher als historische Grundwahrheiten der deutschen Inflation akzeptierten Thesen sowie die sich abzeichnende Schwierigkeit, zu einer befriedigenden zeitlichen Abgrenzung und Periodisierung des Verlaufs der deutschen Inflation oder einer über den rein wirtschaftlichen Aspekt der Geldentwertung hinausgreifenden umfassenderen und trotzdem allgemeineren Definition von Inflation zu gelangen, den Schwierigkeitsgrad und die Langwierigkeit eines gesamtgesellschaftlich ausgerichteten Forschungsprojektes offensichtlich. Am Schluß der Tagung gab es daher wohl kaum einen Teilnehmer, der nicht von der Existenz einer historiographischen Wüste namens deutscher Inflation überzeugt war, von der FELDMAN in seinem einleitenden Referat gesprochen hatte.

Als Hauptverantwortlicher für Wahl und zeitliche Abgrenzung des Tagungsthemas hatte es FELDMAN übernommen, die erste Arbeitssitzung mit einem Überblicksvortrag zu eröffnen. Unter dem Titel „Gegenwärtiger Forschungsstand und künftige Forschungsprobleme zur deutschen Inflation" verwies er auf das Übergewicht der wirtschaftswissenschaftlichen, meist

in englischer Sprache erschienenen Studien über die deutsche Inflation gegenüber der Dürftigkeit der historischen Darstellungen. Zwar würde die deutsche Inflation nicht einfach von den Historikern übergangen, sondern häufig sogar als explizite oder implizite Ursache für den Verfall der Weimarer Republik und den Erfolg des Nationalsozialismus angeführt, doch geschehe dies auf der Grundlage einer äußerst verschwommenen Zeichnung des Inflationsbildes, das zudem erstaunliche Ähnlichkeiten mit den volkstümlichen Erinnerungen und Vorstellungen über die deutsche Inflation erkennen lasse, nicht zuletzt durch die beidseitige Konzentration auf die kurze Zeit der Hyperinflation 1922/23. Das erst seit kurzem unter den Historikern festzustellende Forschungsinteresse an der deutschen Inflation schrieb FELDMAN dabei neben der gegenwärtig internationalen Aktualität des Themas Inflation u.a. auch der 1964 erschienenen, wirtschaftswissenschaftlich wie historischpolitisch kontroversen Studie „The German Inflation 1918-1923" der schwedischen Wirtschaftswissenschaftler Laursen und Pedersen zu, die einmal der deutschen Inflation definitiv positive Auswirkungen auf das deutsche Wirtschaftswachstum nach dem Ersten Weltkrieg zuerkennen, zum anderen die vor allem für Historiker provozierende These aufstellen, daß das zumindest sozial und politisch recht destruktive Erlebnis der Hyperinflation durch eine zu spät erfolgte Stabilisierung nicht politischen Ursprungs und Willens, sondern vielmehr ein Mangel an bewußter politischer Lenkung der Inflation war, was wiederum als Folge der damals noch recht mangelhaft entwickelten Wirtschaftstheorien über aktive Wirtschaftssteuerung gesehen werden muß. FELDMAN lehnte diesen Erklärungsversuch der deutschen Inflation als eine Art unpolitischen Zufalls rundweg ab, und mit dem Vorschlag, daß ein Erklärungsmodell in der Form einer zehn Jahre dauernden Inflationswirtschaft es vielleicht ermögliche, kurz- und langfristige wirtschaftliche, soziale und politische Entwicklungen zu erfassen und in ihren Ursachen genauer zu bestimmen, leitete er über in eine Skizzierung der dafür notwendigen empirischen Untersuchungen. Hier betonte er besonders die Notwendigkeit eng begrenzter Leit- und Fallstudien, die ihm nicht nur für den Bereich Industrie, Handel, Banken, Gewerbe, Landwirtschaft und Verbandswesen, sondern auch für die Regierungs- und Verwaltungsbürokratie auf Reichs-, Länder- und Kommunalebene wichtig schienen unter zuzüglicher Berücksichtigung kultureller Einrichtungen und weiteren Einschlusses schichtenspezifischer oder lokal ausgerichteter Studien.

Dabei machte der nachfolgende Einführungsvortrag von Thomas TRUMPP (Bundesarchiv Koblenz) über die „Quellen zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Inflationszeit in Archiven der Bundesrepublik Deutschland" schon gleich auf den Unterschied zwischen empirisch notwendiger und empirisch möglicher Forschung aufmerksam, eine Problematik, die sich wie ein roter Faden durch die Sitzungen zog. Neben einer allgemeinen Ordnungsübersicht über eventuell zu konsultierende Archive, Archivbestände und archivalische Hilfsmittel für eine empirische Durchforstung der deutschen Inflation und der von allen Teilnehmern freudig vermerkten Ankündigung, daß mit der Veröffentlichung eines detaillierten Archivverzeichnisses zum Thema deutsche Inflation gerechnet werden könne, sobald die Zustimmung der aufgeführten Archive vorläge, drückte TRUMPP ferner die Hoffnung aus, daß durch eine weite Erschließung archivalischer Quellen vielleicht der Unsitte Einhalt geboten werde, auf der einen Seite aufgrund eines vereinzelten Dokuments gewagte Thesen zu formulieren bzw. auf der anderen Seite statt einer analytischen Durchdringung des Aktenmaterials bloße Aktenreferate zu erstellen.

Die Frage nach den Möglichkeiten einer theoretischen Vorstrukturierung von Quellenmaterial und Fragestellungen anhand eines zu entwickelnden Inflationsmodells stand daher auch im Vordergrund der sich anschließenden DISKUSSION, die sich allerdings im wesent-

lichen auf eine kurze Debatte über Anwendbarkeit und Für und Wider des idealtypischen Modells „Organisierter Kapitalismus" beschränkte. Die weitere Forderung nach einer historischen Definition von Inflation (Willi A. BOECKE / Leinfelden-Echterdingen), die nach fast allgemeiner Übereinstimmung der Konferenzteilnehmer, wenn überhaupt, wohl nur am Ende des Forschungsprozesses stehen könne, machte jedoch die Notwendigkeit offensichtlich, die deutsche Inflation in verschiedene Phasenabläufe aufzugliedern, um auf diese Weise zum Beispiel den Anpassungs- und Lernprozeß der verschiedenen Gruppen und Schichten der deutschen Gesellschaft wie des Auslandes an die Inflation näher untersuchen und bestimmen zu können. Im Zusammenhang mit der These von Laursen und Pedersen über den unpolitischen Charakter der deutschen Inflation stellte sich besonders die Frage nach einer bewußt verfolgten Inflationsstrategie oder eines passiven Inflationskonsensus, die vor allem unter dem Aspekt einer Politik aus Stärke oder Schwäche zu klären sei (Gerhard A. RITTER / München). Durch eine vergleichende Betrachtung der ausländischen Entwicklung müsse dabei einmal festgestellt werden, inwieweit sich speziell der Weimarer Staat durch einen recht geringen Spielraum zu strukturellen Veränderungen wirtschafts- wie sozialpolitischer Natur auszeichnete oder inwieweit die Beschränkung der staatlichen Interventionsmöglichkeit durch den Widerstand fest organisierter und mächtiger sozialer Gruppen überhaupt ein Charakteristikum der damaligen Zeit, d.h. der Periode des sich erst langsam entwickelnden Interventionsstaates, war.

„Geld- und finanzpolitische Entscheidungsprozesse in Reich, Ländern und Gemeinden" lautete das Rahmenthema der zweiten Arbeitssitzung, wo auf den schon wiederholt zur Sprache gekommenen Lern- und Anpassungsprozeß an die Inflation, seine Gleich- und Ungleichzeitigkeit und die dadurch möglichen aber recht unterschiedlich verteilten Inflationsgewinne bzw. -verluste eingegangen und am Beispiel des Staates und der Großbanken näher untersucht wurde. Das Referat von Otto PFLEIDERER (Stuttgart), ehemaliger Präsident der Landeszentralbank in Baden-Württemberg, über „Das Prinzip Mark = Mark in der deutschen Inflation 1914-1924" machte auf die wirtschaftlich wie politisch höchst relevante Tatsache aufmerksam, daß schließlich erst das zähe Festhalten der Regierung an dem aus dem Wesen des gesetzlichen Zahlungsmittels abgeleiteten geldtheoretischen Nominalismus während der Inflation die Gleichzeitigkeit von Verschuldung und Entschuldung ermöglichte und später wiederum den Erfolg der Stabilisierung garantierte durch die Verweigerung von Aufwertungsansprüchen. Obwohl der Staat schon 1919 mit der Einführung von Goldzöllen de facto mit dem Prinzip Mark = Mark,brach und 1922 das Rechnen in wertbeständigen Zahlungsmitteln allgemein üblich wurde, bedurfte es eines Reichsgerichtsurteils Ende 1923, um die Regierung zu einer offiziellen Aufgabe des so offensichtlich sinnlos gewordenen Rechtssatzes zu zwingen. Indem das Reichsgericht das Gerechtigkeitsprinzip über das formalrechtliche Prinzip Mark = Mark stellte, nötigte es die Regierung wenigstens zu einer Anerkennung, wenn auch nicht Erfüllung der gestellten Aufwertungsansprüche. Während PFLEIDERER die wirtschaftlichen Sachzwänge für das Festhalten der Regierung am geldtheoretischen Nominalismus vor allem zur Zeit der Stabilisierung betonte – eine umfassende Aufwertung hätte den Erfolg der Stabilisierung gefährdet und die Inflationsgewinne des Staates zum großen Teil wieder vernichtet –, wurde in der Diskussion hervorgehoben, daß die langsame Unterhöhlung des Prinzips Mark = Mark und die spätere Aufwertungsfrage ein höchst politischer Prozeß waren, an dem sich nicht zuletzt eine innige Verflechtung von wirtschaftlichen und politischen Interessen ablesen lasse. Hier wurde besonders auf die politischen Machtkämpfe um Leitung und Art der Durchführung der Stabilisierung aufmerksam gemacht (Claus-Dieter KROHN / Hamburg), die politische Bedeutung der Zeitpunktwahl für die Stabilisierung unterstrichen

(Martin VOGT / Darmstadt), auf die Ungleichheit des Steuereinzugs und die Nichterfassung der Kriegs- und Inflationsgewinne der Industrie (Peter-Christian WITT / Kassel) verwiesen. Auf Inflationsgewinne und Verluste konzentrierte sich auch der Vortrag von Manfred POHL (Frankfurt/M.), Direktor des Historischen Archivs der Deutschen Bank AG, über „Die Situation der Banken in der Inflationszeit". Er konstatierte sowohl im wirtschaftlichen wie sozialen Bereich der Banken erhebliche Neustrukturierungen durch die Inflation, die sich mit den Schlagwörtern Konzentration und Expansion auf der einen und Explosion der Angestelltenzahl und der Lohnkosten auf der anderen Seite kurz umreißen lassen. Im Gegensatz zu den sogenannten Inflationsbanken, die im Zuge des Massengeschäfts der Inflation in großer Zahl entstanden waren, aber meist die Stabilisierung nicht lange überlebten, zeigten sich die wirtschaftlichen Konsequenzen der Inflation bei den Großbanken zum Teil erst in der Wirtschaftskrise der dreißiger Jahre. POHL kontrastierte daher die zweischübige Konzentrationsphase zur Zeit der Inflation und Stabilisierung (1914-1925/26) mit der unter dem Druck der ausländischen Kreditrückforderungen stattfindenden Konzentrationsbewegung von 1929-1931/32. Während sich die Großbanken während der Kriegs- und Nachkriegszeit durch eine geschickte Kredit- und Investitionspolitik und die Übernahme zunächst der Provinzbanken, dann alter Privatbanken nationale Bedeutung und Ausdehnung sichern konnten, manövrierten sie sich durch Beibehaltung einer recht waghalsigen Kreditpolitik, die sie ungeachtet der geschrumpften Kapitalbasis nicht zuletzt wegen des verschärften Konkurrenzkampfes untereinander, vor allem um die Geschäfte der Großindustrie, selbst nach eingetretener Stabilisierung weiter verfolgten, in die spätere Zwangslage.

Neben Hinweisen auf die steigende Bedeutung der Sparkassen (Karl Erich BORN / Tübingen), kreiste die DISKUSSION daher auch hauptsächlich um die vermeintlichen und tatsächlichen Substanzverluste der Banken durch die Inflation, wobei die vielgeübte Bankenpraxis zur Sprache kam, sich durch Direktinvestitionen in der Industrie sichere und wertbeständige Anlagen zu schaffen. In diesem Zusammenhang stellten sich Fragen nach dem veränderten Verhältnis zwischen Industrie und Banken und dem Vollzug eines Funktionswandels der Banken im Industriesektor (FELDMAN, Stephen A. SCHUKER / Cambridge/Mass., Richard TILLY / Münster) sowie insbesondere nach dem Beweismaterial, anhand dessen präzisere Aussagen gemacht werden können über Investitionsradius und Höhe der Bankenbeteiligung in der Industrie und Verschiebungen in den Kreditoren- und Debitorenpositionen (BORN, PFLEIDERER, VOGT). Mit einer gewissen Erleichterung wurde daher zur Kenntnis genommen, daß zumindest von der Quellenlage her der bisher sträflich vernachlässigte soziale Strukturwandel im Bankwesen leichter zu erforschen sein wird. Die Ausführungen POHLS über den rapiden Anstieg der Bankbeschäftigten durch die mit fortschreitender Inflation ständig steigende Arbeitsbelastung der Banken und dem ebenso rapiden Angestelltenabbau nach eingetretener Stabilisierung ließen in ersten Umrissen die Einbrüche erkennen, die sich einmal für die Betriebshierarchie und berufliche Qualifikation, zum anderen für das Verhältnis der Bankangestellten untereinander wie gegenüber der Bankleitung ergeben haben mußten. Hier wurde angemerkt, daß das Resultat beschleunigter Rationalisierung am Arbeitsplatz und erhöhter sozialer Spannungen in Zusammenhang mit der gewerkschaftlichen Organisation und Ausbildung eines Arbeitnehmerbewußtseins unter den Bankangestellten betrachtet wertvolle Erkenntnisse für die Einschätzung der sozialpolitischen Entwicklung der Angestelltenschaft überhaupt liefern könnte.

Mit den strukturellen Veränderungen in der Kriegs- und Nachkriegszeit, ihrer theoretischen Durchleuchtung wie praktischen Erfassung beschäftigte sich die dritte Arbeitssitzung über „Ökonomische Ursachen und Auswirkungen der Inflation: Phasenverlauf, regionale, lokale

und sektorale Differenzierung". Das Einleitungsreferat bestritt die „Bochumer Gruppe" (Werner ABELSHAUSER, Jürgen REULECKE, Albin GLADEN), die konkrete empirische Forschung mit Vorschlägen zur Methodik und Konzeptionsbreite der Inflationsforschung zu verbinden suchte. Die Einordnung der beiden Fallstudien über die Stadt Bremen und den Ruhrbergbau in einen theoretischen Gesamtrahmen leistete ABELSHAUSER, der anhand einer Aufrechnung der historischen und wirtschaftswissenschaftlichen Inflationsforschung zu dem Schluß kam, daß auch die Historiker stärker im vergleichenden Kontext, sowohl diachronischer als auch synchronischer Art, versuchen sollten, zu arbeiten. Einmal ließen sich auf diese Weise wahrscheinlich die Determinanten des Inflationsprozesses besser isolieren, zum anderen die von der Inflation betroffenen Gruppen konkreter und mit der notwendigen Differenzierung identifizieren. Aus diesem Grund wollte ABELSHAUSER auch das von FELDMAN als Orientierungshilfe vorgeschlagene Paradigma Inflationswirtschaft durch das Paradigma Nachkriegswirtschaft ersetzt wissen, da letzteres eine Abgrenzung gegenüber den strukturellen Entwicklungen im Kriege ermögliche und allein schon deshalb brauchbarer sei für eine vergleichende Betrachtung der deutschen Inflation zum Beispiel im Rahmen der weltweiten Rekonstruktion.

Auf die Wechselwirkungen zwischen Weltwirtschaft, Wirtschaftslage im Reich und besonderer lokaler Wirtschafts- und Sozialabläufe machte REULECKE am Beispiel der Textilstadt Barmen aufmerksam und demonstrierte damit, wie nützlich und wertvoll Lokalstudien sein können für Bestätigung, Revision oder Differenzierung allgemeiner Forschungsaussagen. So gelang es ihm, in deutlich abgrenzbaren Phasen die aus den jeweiligen Entwicklungsstufen des Krieges und der Inflation resultierenden wirtschaftlichen und sozialen Strukturverschiebungen in Barmen sichtbar zu machen, wobei einmal besonders auf den Anpassungsprozeß der nicht kriegswichtigen Textilindustrie Barmens an die industriellen Erfordernisse des Krieges eingegangen, zum anderen auf die wirtschaftlichen Verzerrungen durch den inflationären Exportboom hingewiesen wurde, der Investitionen zur Expansion und Modernisierung statt der Rationalisierung stimulierte.

Investitionsstrategien untersuchte u.a. auch GLADEN, der die Entwicklung der Beschäftigtenzahlen im Ruhrbergbau während des Nachkriegsbooms mit der Kohlenproduktion verglich und allgemein feststellte, daß der Ruhrbergbau nicht wie die meisten anderen deutschen Industrien in direkter Wechselbeziehung zur Geldentwertung stand und daher sehr verschiedene Phasenverläufe aufweise. Er machte dabei auf den Gesamtkomplex externer wie interner Ursachen aufmerksam, der für eine Erklärung des Konjunkturverlaufs im Ruhrbergbau herangezogen werden müsse und der seiner Meinung nach von den zeitlich wechselnden Gewinnerwartungen der Unternehmer bestimmten Investitionsstrategien, über den Zustand der Zechenanlagen und Zusammensetzung der Ruhrbergarbeiterschaft, bis hin zu der politischen Entwicklung im Reich und im Industrierevier sowie dem sozialen Bewußtsein der Bergarbeiter reichen sollte.

Leider kamen die Veränderungen in der wirtschaftlichen und sozialen Lage der Arbeiterschaft durch Krieg und Inflation in der DISKUSSION kaum zur Sprache, obwohl besonders die Lokalstudie über die Stadt Barmen dazu wertvolle Anregungen gegeben hatte. Auch Versuche, für die aufgeworfene Problemfülle eine ordnende Systematik zu finden, blieben vorerst auf den sicherlich weiterer Überlegung werten Vorschlag beschränkt, die Phasenabläufe der Inflation durch phänomentypische Zuordnung in den Griff zu bekommen (Hans-Jürgen PUHLE / Münster). Dafür wurde jedoch in der Diskussion versucht, das vielfach vermutete deutsche Wirtschaftswachstum mit Investitions- und Sparquoten zu korrelieren sowie in direkte Beziehung zu setzen zu Angebot und Nachfrage auf dem Inlands- und Auslandsmarkt

und dem Wechselkurs der deutschen Mark. Angesichts der vergangenen und selbst gegenwärtig in der Bundesrepublik Deutschland bestehenden Konzentration auf das Exportgeschäft wurde die Hypothese aufgestellt, daß diese exportbetonte Haltung der deutschen Wirtschaft auf ein gewisses Mißtrauen gegenüber der Aufnahmefähigkeit des Binnenmarktes schließen lasse (Charles S. MAIER / Durham, N.C.). Der dagegen gerichtete Einwand einer von Nahrungsmittelzwängen diktierten Wirtschaftspolitik (BOELCKE) leitete sofort in eine lebhafte Debatte über Inflationsgewinne und -verluste der deutschen Landwirtschaft über, wobei die verschiedenen Standpunkte wie schon zuvor hauptsächlich eine Folge der Uneinigkeit über Aussagekraft und Zuverlässigkeit des vorhandenen Quellenmaterials, zum Beispiel der vom Statistischen Reichsamt veröffentlichten Angaben, waren. Allerdings ging der Konsensus unter den Konferenzteilnehmern dahin, daß wie im Falle des Mittelstandes eine pauschale Gewinn- und Verlustrechnung für die Landwirtschaft unbedingt zu falschen Ergebnissen führen werde, und daher die Problembereiche der landwirtschaftlichen Entschuldung durch die Inflation, Art und Umfang der Anlage eventueller Kriegs- und Inflationsgewinne (Martin SCHUMACHER / Bonn) sowie der strukturellen Veränderungen durch ein Überangebot an Arbeitskräften in der Landwirtschaft aufgrund einer rückläufigen Bevölkerungsbewegung während der Inflation von der Stadt zurück aufs Land (BOELCKE) nach regionalen und besitzspezifischen Kategorien aufgeschlüsselt und eingehend untersucht werden müssen. Eines der Resultate der Sitzung war denn auch eine abermalige Bestätigung der Notwendigkeit größerer Differenzierung, der wohl nur durch die vermehrte Anfertigung von Detailstudien nachzukommen sein wird.

Diese These vertrat jedenfalls in aller Deutlichkeit die „Hamburger Gruppe" (Jens FLEMMING, KROHN, WITT), die in der vierten Arbeitssitzung zum Thema „Sozialverhalten und politische Reaktionen von Gruppen und Institutionen im Inflationsprozeß auf Reichs- und Kommunalebene" einen umfassenden „Katalog der Wissenslücken" vorlegte und sich dabei gleichzeitig noch der Mühe unterzogen hatte, Hinweise auf zu erwartende methodische und quellenbedingte Schwierigkeiten zu geben. Ihre theoretischen und methodischen Vorüberlegungen zu dem schon in der ersten Sitzung diskutierten Problem der Vorstrukturierung des Forschungsfeldes deutsche Inflation anhand eines gesamtgesellschaftlichen Erklärungsmodells,wie zum Beispiel des Organisierten Kapitalismus,drückten dabei keine generelle Ablehnung modelltheoretischer Forschungsansätze aus, sondern lediglich die Besorgnis, durch eine vom Modell vorstrukturierte Analyse wichtige Faktoren übersehen und historische Wahrheit verzerren zu können. Die gleichzeitige Einsicht aber, mit rein deskriptiven Methoden die Komplexität der modernen Industriewelt kaum fassen zu können, ließ die Hamburger Gruppe für einen Mittelweg optieren, d.h. den Versuch einer theoretischen Aufarbeitung quasi nach geleisteter Detailforschung zu unternehmen. Dieser Vorschlag dürfte unter den Konferenzteilnehmern Erinnerungen an die in der ersten Sitzung geäußerten Warnungen vor Forschungsverirrungen und Leistung überflüssiger Arbeit (PUHLE, Hans-Ulrich WEHLER / Bielefeld) wachgerufen haben, die bei Ende des Referats über die notwendigen Studien zur Schließung wichtiger Wissenslücken allein für den Bereich der sozialen und politischen Auswirkungen sich in die Frage nach den Möglichkeiten und den Grenzen historischer Forschung (Hans MOMMSEN / Bochum) verwandelt haben dürften. Mit großer Akribie hatte die Hamburger Gruppe nämlich detaillierte Fragestellungen entworfen für den Problembereich der Arbeitnehmerschaft, ihrer veränderten wirtschaftlichen und sozialen Lage, Organisationsbereitschaft und Organisationsstärke, nach den Möglichkeiten einer schichtenspezifischen Auffächerung des alten und neuen Mittelstandes unter Berücksichtigung der besonderen Situation der Beamten gefragt sowie versucht, den Lern- und Anpassungsprozeß

von Industrie, Handel, Banken und Versicherungen an die Inflation, ihre Einflußnahme auf Steuerrecht und Kreditpolitik sowie Nutzung derselben auszuleuchten. Nur um ein konkretes Beispiel aus dem breiten Fragenkatalog herauszugreifen, soll hier der Vorschlag erwähnt werden, einmal die Diskrepanz zwischen Gewerkschaftselite und Gewerkschaftsmitgliedern in bezug auf Richtung, Strategie und Taktik der Interessenwahrnehmung zu untersuchen, wobei man sich mit den Arbeiterwünschen nach Veränderungen am Arbeitsplatz ebenso auseinanderzusetzen hätte wie mit den politischen Forderungen nach Sozialisierung, Betriebsrätegesetz und höheren Sozialleistungen. Für das Tarifwesen wurde dabei insbesondere angemerkt, daß eine Berücksichtigung der Nichtorganisierten dringend geboten sei, vor allem der Frage nach ihrer Partizipation an den gewerkschaftlichen Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie nach ihrer Häufung in bestimmten Berufen und Industrien außerhalb von Landwirtschaft und Dienstbotenberufen einmal nachgegangen werden müsse.

Trotz des gerade am Beispiel der Gewerkschaften laut werdenden Einwandes, daß für einen so kurzen Zeitraum wie der deutschen Inflation sowohl aus Zeitgründen als auch aufgrund der mangelnden Quellenlage kaum die geforderte, zum Teil fast mikroskopische Forschung geleistet werden könne (MOMMSEN), kreiste die DISKUSSION in erster Linie weitere Detailstudien ein, die entweder schon in Bearbeitung standen oder noch dringend der Bearbeitung bedurften. Wiederum wurde dabei auf die Mittelstandsproblematik eingegangen, insbesondere die Koppelung von beschleunigter Desintegration des Mittelstandes mit seiner verstärkten Bereitschaft zur politischen Organisation und Allianzenbildung zwecks Abwehr bzw. Wiedergutmachung der Inflationsverluste (Larry E. JONES / Buffalo, N.Y.). Kurz diskutiert wurden ferner erneut die Ambivalenzen der industriellen Inflationsstrategie (Peter WULF / Gettorf), die Schwierigkeit der beweiskräftigen Absicherung von Behauptungen über Fehlinvestitionen und Kapitalflucht der Industrie (BORN) sowie der Lernprozeß der Gewerkschaften in bezug auf Wirtschaftskonzeption und Manipulation. Am Schluß der Sitzung wurde die interessante Hypothese aufgestellt, daß der Lernprozeß der Inflation als gesamtgesellschaftliche Reaktion vielleicht eine beschleunigte und verstärkte Zersplitterung in verschiedene Interessengruppen verursachte, was mithelfen könnte, die erhöhten sozialen Spannungen in der Weimarer Republik zu erklären (MAIER).

Die fünfte Arbeitssitzung, die der Einordnung der deutschen Inflation in den internationalen Rahmen diente, begann mit dem Referat Carl-Ludwig HOLTFRERICHS (Berlin) über „Die deutsche Inflation 1918-1923 in internationaler Perspektive. Entscheidungsrahmen und Verteilungsfolgen", das sogleich den bisher vorrangig bestehenden Eindruck von der Inflation als einer vornehmlich deutschen Angelegenheit verwischte. Einmal machte der Referent auf die unterschiedliche zeitgenössische Beurteilung aufmerksam, daß man zum Beispiel in Frankreich glaubte, Deutschland betreibe bewußte Inflationspolitik, um sich den Reparationsverpflichtungen zu entziehen, man in Deutschland dagegen der Meinung war, die Reparationen seien die eigentliche Ursache des Markverfalls. Zum anderen verwies er auf das direkt nach Kriegsende vor allem aus den Vereinigten Staaten einströmende Kapital, das aus spekulativen Gründen zum großen Teil in deutscher Papiermark angelegt wurde. Die Ausführungen HOLTFRERICHS gipfelten in der These, daß erstens das in deutscher Papiermark angelegte Fremdkapital so erheblich war, daß seine Entwertung durch die Inflation einer unentgeltlichen Wiederaufbauhilfe an Deutschland gleichkam, die dazu noch von einer Höhe war, daß sie sowohl die inländische Kapitalflucht wettgemacht als auch die Finanzhilfe des Marshallplans an Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg übertroffen haben dürfte. Zweitens stellte er fest, daß man in Deutschland diese Möglichkeit der Abwälzung deutscher Schuldenlast auf das Ausland klar erkannt hatte und nicht zuletzt deshalb vor einer frühzeitigen Stabili-

sierung zurückgewichen war, vor allem, da man den wirtschaftlichen Nutzen höher einschätzte als die sozialen Folgen der Inflation.
Letztere bildeten den Gegenstand des zweiten Referats von MAIER über „Die deutsche Inflation als Verteilungskonflikt: Soziale Ursachen und Auswirkungen im internationalen Vergleich". Nach erläuternden Hinweisen, daß ständiger sozialer Konflikt gewissermaßen das Kennzeichen hochorganisierter Gesellschaften sei, da keine Gruppe oder Klasse mehr endgültige Siege erringen könne, stellte er die These auf, daß der verschärfte soziale Konflikt der Nachkriegszeit letztlich die Folge eines unzureichenden Sozialproduktes war, das den Ansprüchen der verschiedenen sozialen Gruppen unmöglich zu aller Zufriedenheit nachkommen konnte. Sowohl eine Untermauerung dieser These als auch eine erste begriffstheoretische Erfassung der Inflation durch Eingrenzung bestimmter Inflationstypen erhoffte sich MAIER von einer dreigeteilten Fragestellung: einmal nach den sozialen Neugruppierungen und Bündnissen, dann nach den erfolgten Klassenumschichtungen und letztlich nach den Unterschieden in den Auswirkungen von Inflation auf der einen und Stabilisierungskrise auf der anderen Seite. Die deutsche Inflation charakterisierte er aufgrund der Lohn- und Preisspirale und der „Sozialpartnerschaft" zwischen Industrie und Arbeiterschaft als eine Produzenteninflation, die angesichts des verlorenen Krieges und der Höhe der deutschen Auslandsverschuldung sowie der wirtschaftlich wie politisch instabilen Situation von Arbeitgebern wie Arbeitnehmern zwar sicher nicht als die beste, vielleicht aber als die zweitbeste Lösung betrachtet wurde.
Betonte diese Einschätzung wieder mehr einen etwas hilflosen Inflationskonsensus, so stand die These von der bewußten deutschen Inflationsstrategie wiederum im Mittelpunkt des vergleichenden Referats von SCHUKER über „Die deutschen, französischen und englischen Strategien für den wirtschaftlichen Wiederaufbau nach dem Ersten Weltkrieg: Finanz- und Außenpolitik in der Zeit der deutschen Inflation". Allein die Tatsache, daß sich die deutsche Bevölkerung in Ablehnung und Widerstand gegen die Reparationszahlungen gleichsam eins war, schuf seiner Meinung nach schon einen breiten Inflationskonsensus, wobei allerdings das hinter der Inflation stehende dominante Motiv, einen wirtschaftlichen Vorteil gegenüber dem Ausland zu erringen, keineswegs ein ausschließlich deutscher Wunsch war. Vielmehr bemühten sich auch England und Frankreich, Kriegsschulden und Kosten des wirtschaftlichen Wiederaufbaus auf das Ausland abzuwälzen, doch befand sich Deutschland durch die Inflation in einer bedeutend günstigeren Position. So verschaffte die Inflation der deutschen Industrie allgemein einen beträchtlichen Vorsprung in dem nach dem Krieg einsetzenden Wettrennen um die Weltmärkte und der deutschen Schwerindustrie,insbesondere die Möglichkeit eines rapiden Wiederaufbaus und damit der Restauration ihrer Vormachtstellung gegenüber der französischen Eisen- und Stahlindustrie. Ob die wirtschaftlichen Vorteile am Ende jedoch die sozialen Kosten aufwogen, bezweifelte SCHUKER und wies darauf hin, daß weder in England noch in Frankreich eine so brutale Besitzumschichtung wie in Deutschland festzustellen sei.
Der Gegensatz zwischen den wirtschaftlichen Vorteilen und sozialen Nachteilen der deutschen Inflation oder, in Anlehnung an die volkswirtschaftliche Inflationsdefinition, der Unterschied zwischen dem Innen- und Außenwert der Inflation (Karl HARDACH / New Brunswick, N.J., Gustav SCHMIDT / Münster), die genaue Aufrechnung der Inflationsgewinne bzw. -verluste für die verschiedenen sozialen Schichten und Gruppen innerhalb der verschiedenen Phasenabläufe der Inflation sowie die sorgfältige Trennung zwischen passivem Inflationskonsensus und bewußter Inflationsstrategie bestimmten denn auch die nachfolgende DISKUSSION, wo keines der Referate unangefochten blieb. So wurde die These vom hohen

indirekten Kapitalimport, der mit der Finanzhilfe aus dem Marshallplan vergleichbar sei, durch Hinweise auf die häufige Kurssicherung der ausländischen Markkredite (PFLEIDERER) und die Betonung der größeren wirtschaftlichen wie wirtschaftspsychischen Wirkung eines gezielten direkten Kapitalimports angezweifelt (ABELSHAUSER), für die Einschätzung des Exportvorteils der deutschen Industrie die Berücksichtigung der Kosten des deutschen Ausverkaufs ans Ausland verlangt (MAIER) und das Produzentenbündnis aufgrund der recht einseitigen Verteilung der Inflationsgewinne zugunsten der Arbeitgeber und der gewerkschaftlichen Bemühungen um eine frühzeitige Stabilisierung in Frage gestellt (FLEMMING). Gegensätzliche Meinungen bestanden auch über die Bedeutung der finanzpolitischen und sozialpolitischen Vorleistungen für den Erfolg der Stabilisierung, wobei entschieden auf den Lohn- und Sozialabbau im Zuge der Stabilisierung aufmerksam gemacht wurde (FLEMMING, KROHN, MOMMSEN). Welche Faktoren aber überhaupt für eine erfolgreiche Inflationsbewältigung ausschlaggebend waren, wurde hauptsächlich am Beispiel Englands versucht zu analysieren, und in diesem Zusammenhang wurde vor allem über den Autoritätsschwund des Staates in fast allen kriegführenden Ländern (SCHMIDT), das wechselnde Klassengewicht im Staate (Bernd Jürgen WENDT / Hamburg) und den allgemeinen Wunsch nach Wiederherstellung der Vorkriegsverhältnisse, wovon man sich eine fast automatische Lösung der bestehenden wirtschaftlichen und sozialen Probleme wie Absatzschwierigkeiten und Arbeitslosigkeit versprach (RITTER), diskutiert. Ferner wurde die Forderung erhoben (Gustav OTRUBA / Linz, Alice TEICHOVA / Cambridge), Österreich und die Nachfolgestaaten Österreich-Ungarns in die Inflationsforschung eng miteinzubeziehen, da sie von den großen Industrieländern unterschiedliche Abhängigkeiten im Wirtschaftsablauf aufzeigen dürften und im Hinblick auf die Frage nach der unterschiedlichen Erwartungsstruktur von Sieger- und Besiegtenstaaten besonders interessante Beiträge erbringen könnten.

Mit der Hoffnung auf eine Forschungskonzeption der historischen Prozesse statt einer engen Konzentration auf die deutsche Inflation allein eröffnete auch der Konferenzleiter BÜSCH die GENERALDEBATTE des Symposions. Sein Ergebnisbericht, der die Generaldebatte über zukünftige Forschungsstrategien einleitete, unterstrich noch einmal die Notwendigkeit offener Fragestellungen gegenüber Dogmatisierungen durch zu enge Modellansätze, die Nützlichkeit der Theoriebildung anhand von Paradigmen wie Inflationswirtschaft oder Nachkriegswirtschaft, da diese sich zeitlich und begrifflich konkretisieren ließen und kennzeichnete den gewählten Forschungszeitraum 1914-1924 als den Kernbereich, von dem aus langfristige Entwicklungen und Konsequenzen der Inflation verfolgt werden könnten und sollten. Angesichts des umfassenden Problemkatalogs, den BÜSCH als ersten Versuch einer integrierenden Sammlung der in den verschiedenen Sitzungen festgestellten Wissenslücken und aufgeworfenen Fragestellungen vorlegte, ließ sich schon vermuten, daß Defizitmeldungen der Konferenzteilnehmer nicht besonders zahlreich sein konnten. So wurde zum Beispiel auf die Notwendigkeit einer stärkeren Klärung des Zusammenhangs von Inflationszeit und Disorganisation der Weltwirtschaft durch den Krieg hingewiesen (BÜSCH), eine intensivere Auseinandersetzung mit den sozialpsychischen Aspekten und Auswirkungen der Inflation (REULECKE), zum Beispiel durch die Berücksichtigung zeitgenössischer Kunst (VOGT) verlangt, die kaum erfolgte Transmission des theoretischen Überbaus auf die praktische empirische Forschung kritisiert (Heidrun HOMBURG / Bielefeld) und die bisher stets nur mangelhaft geleistete Einordnung von Detailstudien in den historischen Gesamtrahmen beklagt, was am Beispiel der wechselseitigen Beziehungen zwischen den sozialpolitischen Folgen der Inflation und Ausbildung des Sozialsystems der Weimarer Republik (MOMMSEN) verdeutlicht wurde. In der Hauptsache aber kamen in der Generaldebatte die Möglichkeiten einer präziseren Fassung und Fortentwicklung

schon diskutierter Fragestellungen und Problembereiche zur Sprache, was nicht zuletzt wegen der Vielzahl der angerissenen Themen und Forschungshinweise den Vorschlag erbrachte, eine kommentierende Bibliographie zur Inflationsproblematik anzufertigen (Henryk SKRZYPCZAK / Berlin), damit der schon zusammengetragene und noch zu erwartende Informationsreichtum einmal einem größeren Kreis zugänglich gemacht wird, zum anderen nicht verloren geht. Letztere Gefahr dürfte allerdings kaum bestehen, da die Publikation des Tagungsprotokolls geplant ist und die erprobte wissenschaftliche Kommunikation und Kooperation zwischen der Historischen Kommission zu Berlin und dem History Department der University of California, Berkeley, der Fortentwicklung des Forschungsprojekts „deutsche Inflation" sicher alles andere als hinderlich sein dürfte.

QUELLEN ZUR GESCHICHTE DER ARBEITERBEWEGUNG IM STADTARCHIV COBURG *

Von Volker Backhaus

Die Archivalien des Stadtarchivs Coburg wurden erstmals nach dem Anschluß des Freistaates Coburg an Bayern 1920 systematisch verkartet und für die Benutzung erschlossen. Der Bestand hat während der Kriegs- und Nachkriegsereignisse keine wesentlichen Verluste erlitten. In den Jahren 1948/49 kam das städtische Archivgut als Depositum in das Staatsarchiv Coburg. Dort wurde es durch die Erstellung eines Repertoriums, die Überarbeitung der Urkunden und die Ergänzung der Bände- und Rechnungsreihen bis in die Zeit um 1960 erschlossen. Seit 1968 wird das Stadtarchiv wieder von der Stadt Coburg in eigener Regie geführt und ist in eigenen Räumen untergebracht.
Im Stadtarchiv Coburg sind zahlreiche Unterlagen über die Geschichte der Arbeiterbewegung vorhanden. Von besonderer Bedeutung sind dabei die Quellen aus dem 19. Jahrhundert.
Beim Bestand des Stadtarchivs Coburg handelt es sich um einen Einheitsaktenbestand „Stadtverwaltung Coburg", der in verschiedene Abteilungen gegliedert und darunter chronologisch geordnet ist.
Die Archivalien können im Lesesaal des Stadtarchivs Coburg (Öffnungszeiten: Montag bis Donnerstag von 8.00 bis 12.00 und 14.00 bis 16.30 Uhr, Freitag von 8.00 bis 12.00 Uhr) eingesehen werden.

Literaturhinweise

Stadtarchiv Coburg, in: *Minerva-Handbuch, Archive. Archive im deutschsprachigen Raum*, 2 Bde, Berlin – New York 1974, 2. Aufl., Bd. I, S. 179-180.
Erdmann, Jürgen: *Coburg, Bayern und das Reich 1918-1923.*

* Anschrift: Schloßplatz 5a, 8630 Coburg.

Bestände

Stadtverwaltung Coburg

Staatsangelegenheiten

A 28 Wahlen zum „Deutschen Volkshaus" 1850
A 29 Wahlen zum Volkshaus zu Erfurt 1850

Akten des Bezirksschulrates

Nr. 88 Kinderbeschäftigung in Industrie und Gewerbe 1898-1904

Öffentliche Sicherheit und Rechtspflege

A 894 Die von Dr. Amthor beabsichtigte Gründung einer AG zur Verhütung der Verarmung 1841
A 902 Gründung eines Arbeiter-Fortbildungs-Vereins 1862-1874
A 906 Die Bildung eines Spezialvereins der hiesigen Handschuhmacher 1873
A 910 Die Mitgliedschaft des Allgemeinen deutschen Tabakarbeiter-Vereins 1877-1879
A 911 Der zu Mainz gegründete Verein zur Förderung der Arbeiter 1879
A 935 Aufsicht auf hiesige und fremde Demokraten (darin: u.a. Denkschrift der Arbeiterbewegung) 1849-1853
A 938 Verbot der Gewerkschaft Schneider (allgemeiner Deutscher Schneiderverein) 1878-1879
A 947 Die Beaufsichtigung des stud. theol. Friedrich Mihm und dessen Gesuch um Concession einer Zeitschrift „Coburger Volksfreund" 1836-1842
A 950 Untersuchsakte gegen den Rechtsanwalt Feodor Streit 1850-1854
A 951 desgl. 1864-1877
A 955 Der Literat Gustav Struve 1864
A 959 Aufsicht auf verbotene Tageblätter und verbotene Schriften überhaupt 1820-1833
A 961 Die Aufsicht auf revolutionäre Umtriebe und Schriften 1832-1843
A 962 desgl. 1844-1850
A 963 desgl. 1851-1874
A 964 Die in der Streit'schen Buchdruckerei beschlagnahmten Exemplare der Schrift: „Sachsen und Coburg gegen Streit und Struve" und „Diesseits und jenseits des Ozeans" v. G. Struve. 1864
A 965 Flugschrift über den Krieg 1866: „Sommernachtstraum eines Preußen" oder „Deutschlands Leiden, Klage und Hoffnung". 1866

Presse

A 1377 Die Herausgabe der „Arbeiterzeitung" durch F. Streit 1862-1863
A 1381 Die Fortsetzung des Coburger Tageblattes, incl. die Herausgabe des Coburger Volksblattes 1864-1868

Gesundheitswesen

A 1629 Die Errichtung eines Spitals für kranke Handwerks-Gesellen, und die Anlegung einer Krankenkasse für Dienstmägde 1812-1819

Handel und Gewerbe

A 2088 Die angestellten Erörterungen über die Verhältnisse der Gewerbe- und Fabrikarbeiter 1874-1875
A 2089 desgl. 1888-1889
A 2090 desgl. 1875
A 2091 Die Beschäftigung gewerblicher Arbeiter an Sonn- und Festtagen 1885
A 2095 Die Abstellung der bei verschiedenen Gewerben gebräuchlichen sogenannten „blauen Montage" 1842
A 2096 desgl. 1856
A 2103 Die aufgestellten Fabrikordnungen für die verschiedenen Fabriken 1863
A 2495 Mitgliedschaft bei der internationalen Gewerkschafts-Genossenschaft für Maurer und Zimmerer 1873

A 2798 Die Widersetzlichkeit der hiesigen Schreinergesellen gegen ihre Meister und deren eigenmächtiger Austritt aus der Arbeit 1821

A 2806 Die von den hiesigen Schreinergesellen beabsichtigte Gründung einer Krankenversicherung 1863

A 3083 Die dem Arbeiter-Fortbildungsverein erteilte Erlaubnis zum Betrieb einer Schank- und Speisewirtschaft 1863

Armenwesen

A 4639 Der Vaterländische Hilfsdienst und Bildung von Arbeiterausschüssen 1916-1923

A 4631 Der Vertrag nebst Nachtrag betr. die Krankenversorgungsanstalt für Gesellen und Dienstboten mit dem Landkrankenhaus 1860

A 5704 Die Kranken- und Sterbekassen der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter (Beschwerde von Mitgliedern) 1902-1907

A 5707 Die Krankenversorgungsanstalt für Gesellen und Dienstboten hier, Spezialakten 1902-1911

A 5709 Die Aufsicht über Gesellen und Dienstboten hier 1909-1922

Volksauskunftsstelle, Arbeitsnachweisstelle

A 5619 Städt. Arbeitsamt, die Tätigkeit desselben bei ausbrechenden Streiks 1905-1912

A 5651 Die Erhebungen über Arbeitslosigkeit in hiesiger Stadt 1901-1926

Reichsangelegenheiten

A 5834 Volksbegehren und Abstimmungen (Fürstenenteignung, Panzerkreuzerverbot, Freiheitsgesetze) 1923-1929

Allgemeine Landesangelegenheiten

A 5849 Die Durchführung der nationalen Revolution 1932-1934

A 7870 Nationale Revolution in Coburg 1933-1935

A 5990 Gesetz über die durch innere Unruhen verursachten Schäden, Tumultschäden 1920-1952

A 5991 Lebensmittelknappheit in Coburg; Streiks und Unruhen; Ermordung des Landtagsabgeordneten Garein in München 1919-1921

A 5992 Die Unruhen vom 3.9.1921; SPD-Demonstration wegen des Mordes an Erzberger (darin: Versorgung der Witwe und Kinder des bei den Unruhen getöteten Arbeiters Peter Steinmetzler aus Coburg) 1921-1938

Gemeindeverfassung und Verwaltung

A 6230 Der Arbeiter- und Soldatenrat in Coburg 1918-1919

Vereine

A 6772 Mitgliedschaft der Stadt Coburg beim Zentralverein für das Wohl der arbeitenden Klassen 1901-1921

Ortsteil Ketschendorf

A 7647 Durchführung der Sozialistengesetzgebung 1878-1890

A 7648 Veranstaltungen der KPD 1928-1931

A 7649 Bekämpfung der Arbeitslosigkeit 1923-1934

Polizeiakten

A 8364 Notverordnung zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen 1931-1933

A 8366 Versammlungen, Umzüge, Demonstrationen 1921-1929

A 8367 Überwachung von Volksversammlungen 1872-1926

A 8368 Öffentliche Versammlungen und Umzüge
Band I 1888-1925
Band II 1908-1934

A 8372 Versammlungsverbot (auch katholischer Vereine) 1933-1942

A 8373 Gründung einer Ortsgruppe der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei 1923-1933

A 8376 Überwachung von Anarchisten, Kommunisten und Bolschewisten 1902-1938
A 8377 Arbeiterwehr 1923-1927
A 8379 Verbot Marxistischer Organisationen 1933
A 8382 Volkshaus (Judengasse 5) 1933-1938
A 8383 Coburger Volksblatt 1933-1937
A 8389 Arbeiter-Samariter (Beschlagnahme des Vermögens) 1933
A 8390 Marxistische Bewegung (Monatsberichte) 1935-1937
A 8393 Einziehung von volks- und staatsfeindlichem Vermögen der Arbeiterwohlfahrt Coburg 1934-1936
A 8696 Zeitungen und Zeitschriften – Aufsicht 1917-1935
A 8697 Verbotene Zeitungen 1923-1942
A 8805 Fabrikbetriebe – Arbeitsordnung 1893-1924
A 8807 Jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen in Fabriken 1892-1934
A 8808 desgl. 1907-1913
A 8813 Differenzen zwischen Herrschaften und Dienstboten wegen Lohnforderungen 1889-1913
A 8814 Lehrlinge in gewerblichen Betrieben 1920-1932
A 8815 Überwachung von politischen Arbeiterbewegungen von 1901 1901-1926
A 9201 Streiks und Arbeitseinstellungen in der Stadt Coburg, Überwachung der politischen Arbeitsbewegungen 1897-1927

Findmittel: Inhaltsverzeichnis (gedr.)
Repertorien
Sachkartei

FORSCHUNGS- UND PUBLIKATIONSVORHABEN ZUR GESCHICHTE DER DEUTSCHEN ARBEITERBEWEGUNG UND ANGRENZENDER GEBIETE (29)

Bearbeitet von Ursel Fadle

Die IWK versucht, systematisch alle Forschungs- und Publikationsvorhaben zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und angrenzender Gebiete zu erfassen. In dieser Rubrik werden regelmäßig die Ergebnisse dieser Erhebungen veröffentlicht. Bei der weiten Verbreitung der IWK in Fachkreisen ist mit der Anzeige eines Forschungsvorhabens gewährleistet, daß es allgemein zur Kenntnis genommen, somit Doppelarbeit vermieden und Kooperation gefördert wird. Die Redaktion bittet daher alle Bearbeiter einschlägiger Projekte – die in Frage kommenden Themenbereiche sind nachstehend erläutert – um Ergänzung und Rücksendung des Fragebogens, der in jedem Heft als Anhang abgedruckt ist. Auf Wunsch werden Ihnen weitere Fragebogen von der Redaktion übersandt. Auch die Mitteilung von Projekten Dritter ist erwünscht. Juristische Bedenken hiergegen bestehen insofern nicht, als eine Titelanzeige in der IWK nur nach Rücksprache mit dem Bearbeiter erfolgt.
Die Kriterien für die Aufnahme in das Titelverzeichnis sind nicht immer scharf abzugrenzen. Neben Projekten zur Geschichte der deutschen, österreichischen und schweizerischen Arbeiterbewegung, zur Geschichte der Internationalen und zur Marx-Forschung finden verwandte Untersuchungen der Politologie und der empirischen Soziologie sowie Arbeiten zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte Berücksichtigung, soweit sie sich mit den Problemen der Industrialisierung, Firmengeschichte und Unternehmerbiographie befassen. Einschlägige Vorhaben über andere Länder werden dann aufgenommen, wenn ein breiteres Interesse der deutschsprachigen Forschung vorausgesetzt werden darf oder wenn sie von Gelehrten der Bundesrepublik bearbeitet werden.

Eine dringende Bitte an unsere Leser!

Um die Berichterstattung über den Fortgang der gemeldeten Forschungs- und Publikationsvorhaben jeweils auf dem neuesten Stand zu halten, bittet die Redaktion dringend darum, ihr auch Mitteilungen über den Stand von bereits angezeigten Projekten zukommen zu lassen. Insbesondere wenn Arbeiten abgeschlossen, publiziert, Titel oder Gegenstand geändert oder aufgegeben wurden, bitten wir um Nachricht. Nur so können wir vermeiden, daß das Verzeichnis der Forschungs- und Publikationsvorhaben der IWK zu einem sogenannten Projektfriedhof ohne tatsächlichen Wert als Hilfsmittel für die Forschung wird. Bitte verwenden Sie die Rückseite des Projekt-Fragebogens am Schluß dieses Heftes.

Die Redaktion dankt für freundliche Beachtung und Unterstützung.

Titelverzeichnis

Wenn Sie sich mit den Bearbeitern der Projekte in Verbindung setzen wollen, wenden Sie sich bitte an die genannten Anschriften der Institutionen, die das Projekt mitgeteilt haben, bzw. an die in der Projektmeldung aufgeführten Betreuer oder Forschungseinrichtungen.

AIMS	=	American Institute for Marxist Studies, Newsletter 20 East 30th Street, New York, N.Y. 10016
informationen	=	informationen projektteam geschichte der arbeiterbewegung Albertgasse 23, A 1080 Wien
Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte	=	Redaktion: Zimmerstr. 94, 108 Berlin/DDR
Mitteilungen	=	Mitteilungen, Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes Wipplingerstr. 8, A 1010 Wien
Sozialwissenschaftliche Forschungen	=	Arbeitsbericht des Zentralinstituts 6 der FU Berlin Babelsberger Str. 14-16, 1000 Berlin 31
Tidsskrift for Arbeiderbevegelsens Historie	=	Redaktion: Gøteborggt. 8, Oslo 5
ZfG	=	Zeitschrift für Geschichtswissenschaft Redaktion: Glinkastr. 13-15, 108 Berlin/DDR

A. GESCHICHTSWISSENSCHAFT, HILFSMITTEL

3231 PARYLI, Andreas (Universität Wien): **Die archäologischen und teleologischen Aspekte der marxistischen Geschichtsschreibung.** Hausarbeit (bei Prof. Mader). Abgeschlossen 1976. – Hinweis in „informationen" Nr. 6 (1976).

3232 MEIER, Helmut und Rolf DÖHRING (Institut für Gesellschaftswissenschaften bei ZK der SED, Berlin/DDR): **Ergebnisse, methodologische und methodische Probleme der Erforschung des sozialistischen Geschichtsbewußtseins.** – Promotion B. Berlin/DDR 1976. – Hinweis in ZfG 24 (1976), H. 5, S. 583.

B. QUELLENVERÖFFENTLICHUNGEN, NEUDRUCKE, ÜBERSETZUNGEN

3233 REULICKE, Jürgen (Ruhr-Universität Bochum): **Ein unbekannter Augenzeugenbericht über die erste Kommunistenversammlung in Deutschland (8.2.1845 in Elberfeld).** – (Kurze Einführung in den Rahmen der Quelle sowie Edition des Quellentextes.) Abgeschlossen. – Soll im Herbst 1976 in Bd. 87 der „Zeitschrift des Bergischen Geschichtsvereins" veröffentlicht werden.

3234 HIRSCH, Helmut (Düsseldorf): **Ein revisionistisches Sozialismusbild. Drei Vorträge von Eduard Bernstein.** Zweite, überarbeitete und neugesetzte Ausgabe. – Soll im Herbst 1976 im Verlag J.H.W. Dietz, Bonn-Bad Godesberg, veröffentlicht werden.

3235 WEBER, Hermann (Universität Mannheim): **Briefwechsel Heinrich Brandler – Isaak Deutscher bis 1921.** – In Bearbeitung. – Erscheint voraussichtlich 1977 als Beiheft der IWK.

3236 LUTHARDT, Wolfgang: **Einleitung** zu Otto Kirchheimer, **Staatsgefüge und Recht des Dritten Reiches,** Paris 1935. Abgedruckt in „Kritische Justiz", H. 1 (1976).

C. SOZIALISTISCHE THEORETIKER BEITRÄGE ZUR IDEENGESCHICHTE

3237 SHARAF, Shamil (Universität Wien): **Der Arbeitsbegriff in den marxistischen Frühschriften.** – Diss. (bei Prof. Mader). Abgeschlossen 1976. – Hinweis in „informationen" Nr. 6 (1976).

3238 JAECK, Hans-Peter (Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin/DDR): **Die französische bürgerliche Revolution von 1789 im Frühwerk von Karl Marx. (1843-1846). Geschichtsmethodologische Studien.** – Promotion A Berlin/DDR 1976. – Hinweis in ZfG 24 (1976), H. 5, S. 584.

3239 HANSSON, Sven Ove (Universität Stockholm): **Marx och Engels i politiken.** – [Marx und Engels in der Politik.] – (Entwicklung der Demokratieauffassung von M. und E. im Zusammenhang mit dem politischen Geschehen im 19. Jahrhundert. Bedeutung des Demokratiebegriffs in ihrer Gesellschaftstheorie). Abgeschlossen. – Veröffentlichung Ende 1976 im Verlag Tiden, Oslo–Stockholm.

3240 WERNER, Gisela (Universität Münster): **Die Russische Revolution in der Bewertung von Rosa Luxemburg.** – Staatsexamensarbeit. Ms.-Abschluß voraussichtlich Herbst 1976.

3241 KÖLBL, Josef (Universität Wien): **Die Pariser Althusser-Schule. Versuch einer kritischen Darstellung.** – Diss. (bei Prof. Mader). Abgeschlossen 1976. – Hinweis in „informationen" Nr. 6 (1976).

3242 MOMMSEN, Hans (Ruhr-Universität Bochum): **Nationalbildung und Nationalismus als Problem der sozialistischen Theorie.** – Publikation in Vorbereitung. – Hinweis in „informationen" Nr. 5 (1976).

3243 ERNST, Werner (Universität Wien): **Sozialdemokratie und Frieden. Systematische Untersuchungen zum Sozialismus.** – In Bearbeitung. Hinweis in „informationen" Nr. 6 (1976).

3244 HIRSCH, Helmut (Gesamthochschule Duisburg): **Karl Ludwig Bernays und die Revolutionserwartungen vor 1848, dargestellt am Mordfall Praslin.** – Abgeschlossen. – Erscheint 1976 als Nr. 17 der „Schriften aus dem Karl Marx-Haus".

3245 PFABIGAN, Alfred: **Karl Kraus und der Sozialismus.** – Abgeschlossen. – Publikation im Europa-Verlag, Wien, in Vorbereitung. – Hinweis in „informationen" Nr. 5 (1976).

D. BIOGRAPHISCHE BEITRÄGE

3246 ROGOW, A. Arnold (City University, New York): **Studie über Otto Bauer und seine Schwester Ida (Fall Dora). Die psychologische Basis von Otto Bauers politischer Karriere.** – In Bearbeitung. – Hinweis in „informationen" Nr. 6 (1976).

3247 HAWRANEK, Franciszek (Instytut Śląski, Opole): **Julius Bruhns in Oberschlesien (1903-1908).** – (Biographie des SPD-Funktionärs, der in diesem Zeitraum den Bezirk Oberschlesien leitete. Quellen: Archive in Wrocław, Potsdam, Merseburg, Berlin-Dahlem und der Historischen Kommission zu Berlin.) – Aufsatz. – Abgeschlossen. – Soll 1977 im Jahrbuch „Klasa Robotnicza na Śląsku" [Arbeiterklasse in Schlesien], Jg. 3, Instytut Śląski, Opole, veröffentlicht werden.

3248 RAPPEL, Heinz (Universität Wien): **Anton Hueber.** – Diss. (bei Prof. Zöllner). – Abgeschlossen 1975. Hinweise in „informationen" Nr. 6 (1975).

3249 EBERTS, Erich (Universität Frankfurt): **Kurt Kläber (Held).** (Problematik des politisch engagierten Autors. Quellen: Veröffentlichungen, Nachlaß, Interviews.) – Diss. (bei Prof. Doderer und Prof. Fabian). Anfangsstadium der Bearbeitung.

3250 WEBER, Hermann (Universität Mannheim): **Karl Liebknecht.** – In Bearbeitung. – Erscheint 1978 im Rowohlt-Verlag, Reinbek, in der Reihe Rowohlt-Bild-Monographien.

3251 HENDERSON, Elizabeth (Yale University): **Left Front. Images of October in the Poetry of Vladimir Mayakovsky.** – Diss. – Abgeschlossen 1975. – Hinweis in AIMS XIII (1976), Nr. 1.

3252 DEUTSCHMANN, Christian (TU Berlin): **Sozialdemokratie und Literatur. Der Prosaautor Robert Schweichel.** – (Monographie des Autors im Zusammenhang mit der Medienentwicklung und Kulturpolitik der Sozialdemokratie 1890-1900. Ansatzweise Entwicklung einer sozialistischen Romanästhetik.) – Diss. (bei Prof. Friedrich Knilli). – Ms.-Abschluß voraussichtlich Herbst 1977.

E. DARSTELLUNGEN ZUR GESCHICHTE DER DEUTSCHEN ARBEITER-BEWEGUNG

I. Allgemeine Darstellungen und Darstellungen über größere Zeiträume

3253 GÖTTSCH, Silke (Universität Kiel): **Gesindewesen im 19. Jahrhundert.** Diss. (bei Prof. H. Kramer). – In Bearbeitung.

3254 LEMPA, Ulrich (Universität Regensburg): **Arbeiterbildung im 19. Jahrhundert.** (Arbeitstitel). – (Zusammenstellung unter besonderer Berücksichtigung der sozioökonomischen und ideengeschichtlichen Voraussetzungen.) – Magisterarbeit. – Ms.-Abschluß voraussichtlich Anfang 1977.

3255 LUDWIG, Martin H. (Universität Hamburg): **Arbeiterliteratur in Deutschland.** – (Historischer Rückgriff bis in die 60er Jahre des 19. Jahrhunderts, Hauptakzent BRD.) Monographie. – Abgeschlossen. Soll im Winter 1976 im Verlag Metzler, Stuttgart, erscheinen.

3256 SCHULZ, Günther (Universität Bonn): **Arbeiter und Angestellte in einem Großbetrieb der Draht- und Kabelindustrie.** (Fallstudie.) – (Die sozialen Verhältnisse 1850-1924. Quellen: Firmenarchive, staatliche und regionale Archive.) – Ms.-Abschluß voraussichtlich Herbst 1976.

3257 BIEBER, Hans-Joachim (Universität Hamburg): **Wirtschaftliche Veränderungen und sozialer Wandel in Deutschland 1914-1920.** – (Kommentierte Edition bisher unbekannter oder schwer zugänglicher Quellen über Veränderungen der Wirtschaftsstruktur und soziale Wandlungsprozesse.) – Reader. – Ms.-Abschluß voraussichtlich Sommer 1977.

3258 WEBER, Hermann (Universität Mannheim): **Die KPD 1918-1945.** – In Bearbeitung. – Erscheint 1977 bei der Wissenschaftlichen Buchgesellschaft, Darmstadt, in der Reihe „Erträge der Forschung".

II. Darstellungen in zeitlicher Folge

a) Von den Anfängen bis zum Ende des Sozialistengesetzes

3259 GILBERT, Jane (FU Berlin): **Der Fabrikroman im poetischen Realismus.** – (Probleme der Industrialisierung in zehn bisher verschollenen Romanen. Die Wirklichkeit und ihre Darstellung.) – Diss. – Ms.-Abschluß voraussichtlich Mai 1977.

3260 WESTKAMP, Michael (Universität Bonn): **Rechtsformen der deutschen Arbeitereinigungen im 19. Jahrhundert.** – (Zivilrechtliche Gesichtspunkte.) – Diss. (bei Prof. Kleinheger). – Ms.-Abschluß voraussichtlich Mitte 1977.

3261 RADTKE, Klaus (Universität Hamburg): **Zur Kontroverse zwischen parteigebundener Arbeiterbildung und bürgerlicher Volksbildung 1869-1890.** (Arbeitstitel.) – Dipl. (bei Prof. Grumm). – Geplant.

3262 WENDLAND, Wolfgang (Ruhr-Universität Bochum): **Die Zusammensetzung der sozialdemokratischen Fraktion und ihre politische Haltung im Reichstag in den Legislaturperioden 1878-1890.** – (Schwerpunkt: soziologische und ideologische Struktur der Fraktion.) – Staatsexamensarbeit (bei Prof. Wolfgang Köllmann). Abgeschlossen.

b) 1890-1914

3263 SCHÖNHOVEN, Klaus (Universität Würzburg): **Organisationsprobleme der Freien Gewerkschaften im Wilhelminischen Deutschland.** – (Verschiedene Organisationsformen. Bedeutung des Unterstützungswesens. Funktion der Generalkommission.) – Habil. In Bearbeitung.

3264 DITTRICH, Eckhard (TU Hannover): **Arbeiterbildung und Gewerkschaften bis 1914.** – (Verhältnis sozialstruktureller Bildungsprozesse zu der institutionalisierten Arbeiterbildung der Gewerkschaften und ihrer Vorläufer. Quellen: Sekundärmaterialien, Publikationen der Gewerkschaftsbewegung.) – Diss. (bei Prof. O. Negt.) Ms.-Abschluß voraussichtlich Herbst 1977.

3265 BROSE, Eric (Ohio State University, Columbus): **Die politische und wirtschaftliche Tätigkeit der christlichen Gewerkschaften im Kaiserreich, 1894-1918.** – (Verhältnis zwischen christlicher Arbeit, bürgerlichen Parteien, Kirche und Reichsleitung. Quellen: Archive der BRD und DDR, Zeitungen und Zeitschriften.) – Diss. (bei Dr. Andreas Dorpalen). – Ms.-Abschluß voraussichtlich Ende 1977.

c) Weltkrieg und Revolution

—

d) Weimarer Republik

3266 SCHUMACHER, Martin (Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bonn-Bad Godesberg): **Wahlen und Abstimmungen 1918-1933. Eine Bibliographie zur Statistik und Analyse der politischen Wahlen in der Weimarer Republik.** – (Die Bibliographie erfaßt rund 2000 Titel. Verzeichnis der Veröffentlichung der Stat. Ämter über Reichstags-, Landtags- und Kommunalwahlen, Reichspräsidentenwahlen, Volksbegehren und Volksentscheide im Reich, in Ländern, zahlreichen Städten und Gemeinden sowie in Danzig und im Memel- und Saargebiet. Wissenschaftliche politische Publizistik.) Abgeschlossen. – Wird im Verlag Droste, Düsseldorf, veröffentlicht.

3267 NOVY, Klaus (Universität Köln): **Sozialisierungsstrategien. Eine systematische Analyse der deutschsprachigen Sozialisierungs- und Planwirtschaftsliteratur der Zwischenkriegszeit.** – Ms.-Abschluß voraussichtlich Herbst 1976. – Veröffentlichung für 1977 geplant. – Hinweis in „informationen" Nr. 6 (1976).

3268 LAUBSCHER, Gerhard (Universität Heidelberg): **Die linke Opposition innerhalb des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes 1918-1923.** (Kampf um die Vorherrschaft in den einzelnen Gewerkschaften. Quellen: Gewerkschaftszeitungen, -jahrbücher, -protokolle, -broschüren.) – Diss.(bei Prof. Conze). – In Bearbeitung.

3269 FEIGENSPAN, Elke (PH Köln): **Die Heimvolkshochschule Tinz als Beispiel emanzipatorischer Arbeiterbildung in der Weimarer Republik.** – Dipl. (bei Prof. Grünfeld). – Ms.-Abschluß voraussichtlich Januar 1977.

3270 LUDWIG, Martin H. (Universität Hamburg): **Arbeiterliteratur und Sozialdemokratie in der Weimarer Zeit.** (Sozialdemokratische Arbeiterliteratur: Barthel, Bröger, Lersch als ideologische Wegbereiter des Nationalsozialismus. Quellen: Buchgemeinschaften, Zeitschriften, Arbeiterjugend.) – Monographie. – Anfangsstadium der Bearbeitung.

3271 STEPHAN, Alexander (University of California): **Arbeiterliteratur in der Weimarer Republik: zwischen Verbürgerlichung und Politisierung.** – (Entwicklung und Probleme, besonders der SPD und KPD nahen Arbeiterliteratur.) – Aufsatz. – Soll im Sommer 1976 in einem von Heinz Ludwig Arnold herausgegebenen Band über die Arbeiterliteratur erscheinen.

3272 KAISER, Peter (Universität Marburg): **Deutsches Arbeitertheater in der Weimarer Republik.** – Diss. (bei Prof. Giesenfeld). – Ms.-Abschluß voraussichtlich Ende 1977.

3273 BERNDT, Roswitha (Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg): **Preußen in der Weimarer Republik. Zum staatsrechtlichen Verhältnis Preußen – Reich in der Weimarer Republik.** – Promotion B Halle-Wittenberg 1975. – Hinweis in ZfG 24 (1976), H. 5, S. 584.

3274 LESIUK, Wiesław (Instytut Śląski, Opole): **Polska i niemiecka socjaldemokracja na Gornym Śląsku w latach 1918-1933.** [Die polnische und deutsche Sozialdemokratie 1918-1933.] – In Bearbeitung.

3275 SCHÖCK, Eva Cornelia (Bremen): **Von der Spaltung zur Ohnmacht der deutschen Arbeiterbewegung (1928-1933).** (Arbeitstitel.) – (Arbeitskämpfe, Betriebsratswahlen und die Herausbildung der RGO-Taktik.) In Bearbeitung.

3276 HENSELER, Andreas (Universität Köln): **Das Verhältnis von SPD und KPD während der Weltwirtschaftskrise, gezeigt am Beispiel des Volksentscheids gegen die Preußenregierung vom 9. August 1931.** – (Auseinandersetzung zwischen SPD und UPD und ihre Bedeutung für die faschistische Machtergreifung. Quellen: Parteioffizielle Zeitungen und Zeitschriften.) – Staatsexamensarbeit (bei Prof. Zunkel). – Ms.-Abschluß voraussichtlich Ende 1976.

e) 1933-1945

3277 BECK, Elisabeth (Universität Regensburg): **Gewerkschaftsarbeit in Emigration und Untergrund. Die deutsche Gewerkschaftsbewegung unter der Herrschaft des Nationalsozialismus.** – (Situation vor 1933. Methoden, Möglichkeiten und Organisation der Untergrundarbeit. Zusammenarbeit ehemaliger Gewerkschaftsfunktionäre mit der ITF-Leitung und dem IGB in der Emigration.) Staatsexamensarbeit (bei Prof. Fritz Blaich). – Ms.-Abschluß voraussichtlich Herbst 1976.

3278 STEPHAN, Alexander (University of California): **Pläne der Exil-KPD für die Kulturpolitik im Nachkriegsdeutschland, 1942-1945.** – Aufsatz. – Ms.-Abschluß voraussichtlich Herbst 1976. – Veröffentlichung im Frühjahr 1977 in „Basis", edition suhrkamp, Frankfurt/M., geplant.

f) Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges

3279 ECKART, Hans (Karl-Marx-Universität Leipzig): **Zum Anteil des FDGB im Land Sachsen an der Herausbildung und Entwicklung des neuen Inhalts der Arbeiterbewegung in den Jahren 1945 bis 1950.** – Promotion A Leipzig 1975. – Hinweis in ZfG 24 (1976), H. 5, S. 584.

3280 REINERT, Fritz (Akademie für Staats- und Rechtswissenschaften der DDR): **Der Kampf der antifaschistisch-demokratischen Staatsmacht für die Festigung des Bündnisses der Arbeiterklasse und der werktätigen Bauernschaft durch das Neubauern-Bauprogramm, Herbst 1947 bis Ende 1948.** – Diss. A. Abgeschlossen. – Hinweis in Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, Teil III (1975), S. 325.

3281 REICHLING, Norbert (Universität Münster): **Zur Verfassungspolitik der SPD 1948/49.** – (Staatsauffassungen und Einwirkungen auf das Verfassungssystem bei der SPD in der Gründungsphase der BRD.) – Magisterarbeit (bei Prof. Arno Klönne). Anfangsstadium der Bearbeitung.

g) BRD

3282 BAHL, Volker (FU Berlin): **Form- und Funktionswandel des Staates am Beispiel der Kohle.** – (Entwicklung der Kohlewirtschaft seit 1945 und die sich verändernde Stellung auf dem Energiemarkt. Politik der Bundesrepublik und Montanunion. Gewerkschaftliche Gegenstrategie.) – Diss. (bei Prof. Wolf-Dieter Narr). – Abgeschlossen.

3283 BELLERS, Jürgen (Universität München): **Einstellung und Beitrag der SPD zur EWG-Integration (1958-1963).** – (Gesellschafts- und ordnungspolitische Motive der SPD für das Vorantreiben des EWG-Integrationsprozesses.) – Diss. (bei Prof. Gottfried-Karl Kindermann). – Ms.-Abschluß voraussichtlich Mitte 1977.

3284 LUDWIG, Martin H. (Universität Hamburg): **Perspektive im Arbeiterroman. Untersuchungen zum Verhältnis von literarischer und soziologischer Darstellung der Arbeitswelt am Beispiel von Max von der Grüns ‚Irrlicht und Feuer'.** – Diss. – Abgeschlossen.

3285 MADLOCH, Norbert (Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Berlin/DDR): **Zur Auseinandersetzung mit der Ideologie, Politik und Praxis des Linksopportunismus in der BRD und in Westberlin. Ausgewählte Beiträge zur Theorie, Geschichte, Aktivität und Struktur promaoistischer, trotzkistischer und anarchistischer Gruppierungen.** – Promotion B Berlin/DDR 1976. – Hinweis in ZfG 24 (1976), H. 5, S. 584.

h) DDR

3286 WEBER, Hermann (Universität Mannheim): **DDR. Grundriß der Geschichte 1945-1976.** – In Bearbeitung. – Erscheint Ende 1976 im Fackelträger-Verlag, Hannover.

3287 BENSING, Manfred (Karl-Marx-Universität Leipzig): **Grundzüge des Wachstums der Arbeiterklasse der DDR in der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus.** Promotion B Leipzig 1975. – Hinweis in ZfG 24 (1976), H. 5, S. 584.

3288 GLAESSNER, Gert-Joachim (FU Berlin): **Gesellschaftliche Leitung und Kaderpolitik in der DDR, dargestellt am Beispiel des Staatsapparates.** – (Kontinuität und Wandel „wissenschaftlicher Leitung" der Gesellschaft und ihre Auswirkungen auf Prinzipien und Methoden der Kaderpolitik. Lenin-Stalinscher Kaderbegriff und seine Rezeption durch die SED. Schwerpunkt: sechziger Jahre.) – Diss. (bei Prof. Martin Jänicke). – Abgeschlossen.

III. Regionale und lokale Darstellungen

a) Regional

3289 TENFELDE, Klaus (Universität München): **Arbeiterschaft, Arbeitsmarkt und Kommunikationsstrukturen im Ruhrgebiet in den 50er Jahren des 19. Jahrhunderts.** – Aufsatz. – Abgeschlossen. – Erscheint in „Archiv für Sozialgeschichte", Jg. 16 (1976).

3290 Ders.: **Gewalt und Konfliktregelung in den Arbeitskämpfen der Ruhrbergleute bis 1918.** – Abgeschlossen. – Erscheint 1977 in den „Wiener Beiträgen zur Geschichte der Neuzeit".

3291 SCHÖCK, Eva Cornelia (Bremen): **Der Konflikt im Ruhrbergbau im Januar 1931.** – (Quellen: Staatsarchive Düsseldorf und Bremen, Bundesarchiv Koblenz, publizierte Materialien des ADGB, des Bergarbeiterverbandes, der KPD, der RGO und der KPD-O.) – Aufsatz. – Ms.-Abschluß voraussichtlich Frühjahr/Sommer 1977.

3292 AMES, Gerhard (Universität des Saarlandes): **Die Anfänge der Sozialdemokratie im Industrierevier an der Saar (bis 1914/18).** – Diss. (bei Prof. Peter Blickle). – In Bearbeitung.

3293 FRANGQUIST, Deborah (Universität Saarbrücken): **Frauen- und Kinderarbeit im Saar industrierevier bis 1914.** - Diss. (bei Prof. Ernst Klein). In Bearbeitung.

3293 MÜHLEN, v. zur (Friedrich Ebert-Stiftung, Bonn-Bad Godesberg): **Parteien und Verbände des Saargebietes im Abstimmungskampf 1933-1935.** – (Stellung der SP-Saar und KP-Saar, der Gewerkschaften und linken Splittergruppen.) – Monographie (wiss. Betreuer Dr. Klotzbach). – In Bearbeitung.

3295 COGNET, Béatrice (Universität Lyon): **Der Widerstand in Saarland und Pfalz zwischen 1933 und 1945.** Examensarbeit (bei Prof. Garrier). In Bearbeitung.

3296 KRUSE, Jochen (Universität Kiel): **Geschichte der schleswig-holsteinischen Gewerkschaften während der Weimarer Republik.** – Staatsexamensarbeit (bei Prof. Erdmann). – Geplant.

3297 MAI, Gunther (Universität Marburg): **Württemberg 1914-1919. Ein Beitrag zur deutschen Sozialgeschichte im Ersten Weltkrieg.** Habil. – In Bearbeitung.

b) Lokal

3298 SCHÖCK, Evva Cornelia (Bremen): **Der Berliner Metallarbeiterstreik im Oktober 1930. „Eine verlorene Hauptschlacht"?** – (Quellen: Staatsarchive Düsseldorf und Bremen, Bundesarchiv Koblenz, Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, Berlin, publizierte Materialien des ADGB und DMV, der KPD und KPD-O.) – Aufsatz. – Ms.-Abschluß voraussichtlich Frühjahr/Sommer 1977.

3299 GERLACH, Karlheinz (Humboldt-Universität Berlin /DDR): **Zur Ostpolitik der West-Berliner SPD 1954-1961.** – Promotion A Berlin/DDR 1976. – Hinweis in ZfG 24 (1976), H. 5, S. 584.

3300 LÖHER, Karl-Heinz (Gesamthochschule Duisburg): **Die gewerkschaftlichen Organisationen in Duisburg und Hamborn in den Jahren 1918-1933.** – (Die Arbeit basiert auf Angaben der einzelnen Gewerkschaften zu Zweigvereinen in ihren Jahrbüchern und Geschäftsberichten und ist als Bestandsaufnahme eine Vorarbeit zu einer geplanten Geschichte der Gewerkschaften in Duisburg und Hamborn.) Dipl. (bei Prof. Helmut Hirsch). Abgeschlossen. – Veröffentlichung im Sommer 1976 im Selbstverlag, Duisburg.

3301 ROLLING, John (University of Wisconsin): **Liberals, Socialists and City Politics in Frankfurt am Main, 1900-1918.** – (Verschiedene Konzepte der Regierung der SPD und links-liberalen Parteien und die Ergebnisse dieser Zusammenarbeit auf lokaler Ebene. Quellen: Magistratsakten, Polizeiberichte, gedruckte Protokolle der Stadtverordnetenversammlung, Zeitungen.) Ms.-Abschluß voraussichtlich Ende 1977.

3302 BROCKSTEDT, Jürgen (FU Berlin): **Soziale Struktur und Mobilität Kiels 1781-1864.** – (Quellen: Schleswig-Holsteinische Volkszählisten.) – Habil. – In Bearbeitung.

3303 KRUSE, Lothar (Universität Kiel): **Volkszählung Kiel-Kronshagen 1803-1864.** – Diss. (bei Prof. Hebus). – In Bearbeitung.

3304 ENKLER, Helmut (Universität Köln): **Probleme der Industrialisierung des Rheinlands in der zweiten Phase der industriellen Revolution. Dargestellt am Beispiel der Entstehung des Industrieortes Knapsack bei Köln.** – (Ursachen der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Auswirkungen sowie Periodisierung der örtlichen Industrialisierung. Widerstand der Bevölkerung, Herkunft der Arbeiterschaft, Bedeutung der Braunkohlevorkommen. Quellen: Hauptstaatsarchiv Düsseldorf, Rheinisch-Westfälisches Wirtschaftsarchiv Köln. Zentralarchiv der Rheinischen Braunkohlenwerke AG, Schloß Pfaffendorf b. Bergheim, Archiv der Gemeinde Hürth.) – Staatsexamensarbeit (bei Prof. Erwin Oberländer). – Abgeschlossen. – Veröffentlichung durch den Heimat- und Kulturverein Hürth geplant.

3305 MAI, Gunther (Universität Marburg): **Der Marburger Arbeiter- und Soldatenrat 1918/1920.** – Aufsatz. Abgeschlossen. – Erscheint im Jahresband 1976 des „Hessischen Jahrbuchs für Landesgeschichte".

3306 KEMPEN, Rolf (Universität München): **Arbeitervereine in München von den Anfängen bis zum Fall des Sozialistengesetzes.** – Magisterarbeit (bei Prof. Gerhard A. Ritter). – Ms.-Abschluß voraussichtlich Ende 1976.

3307 HAWRANEK, Franciszek und Józef WENDT (Hrsg.) (Instytut Śląski, Opole): **Wspomnientia opolskich komunistów.** [Lebenserinnerungen Oppelner Kommunisten.] (23 Memoiren führender deutscher Kommunisten in Oberschlesien aus der Zeit 1918-1944.) – Abgeschlossen. – Soll 1977 im Instytut Śląski, Opole, veröffentlicht werden.

3308 DUNKOW, Michael (Universität Osnabrück): **Geschichte der Ortsgruppe Osnabrück der KPD von 1918-33.** – Staatsexamensarbeit (bei Prof. Rüdiger Griepenberg). Abgeschlossen.

3309 LAMP, Brigitte (Universität Kiel): **Rendsburger Arbeiter-Verein.** Staatsexamensarbeit. – In Bearbeitung.

F. DARSTELLUNGEN ZUR GESCHICHTE DER ARBEITERBEWEGUNG ANDERER GEBIETE

England

3310 LINK, Christa (Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Berlin/DDR): **Die „Einkommenspolitik" der britischen Labour-Regierung in den Jahren 1964 bis 1970. Eine Untersuchung zur Funktion rechter sozialdemokratischer Führer im Staatsmonopolistischen Kapitalismus.** Diss. – Abgeschlossen. – Hinweis in Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, Teil III (1975). S. 321.

Irak

3311 HASSAN, Adnan Raouf (Hochschule für Ökonomie, Berlin/DDR): **Die Entwicklung der Arbeiterklasse im Irak. Versuch einer Analyse der sozialökonomischen Lage der Arbeiterklasse, ihrer Zusammensetzung, ihrer Organisationen und ihrer Wechselwirkung mit den anderen sozialen Klassen und Schichten der irakischen Gesellschaft.** – Diss. A. – Abgeschlossen. – Hinweis in Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, Teil III (1975), S. 315.

Japan

3312 POHL, Manfred (Institut für Asienkunde, Hamburg): **Die Bauernpolitik der Kommunistischen Partei Japans 1922-1928.** – (Komintern-Einfluß auf die KPJ und Auswirkungen auf die kommunistische Position in der Bauernbewegung. Analyse aufgrund der Wahlergebnisse für proletarische Kandidaten in ländlichen Wahlkreisen. Quellen: Prozeßakten, proletarische Zeitschriften, Biographien, Komintern-Literatur.) – Abgeschlossen. – Veröffentlichung in „Mitteilungen der Gesellschaft für Natur- und Völkerkunde Ostasiens".

Norwegen

3313 HEIDAR, Knut: **Politisk organisering – en kime til arbeiderbevegelsens styrke og svakhet.** [Politische Organisierung – Ursprung für die Stärke und Schwäche der Arbeiterbewegung.] In Bearbeitung. – Hinweis in Tidsskrift for Arbeiderbevegelsens Historie, H. 1 (1976), S. 240.

3314 BULL, Ida (Universität Bergen): **Håndverk i omdanning: håndverksforhold i Trondheim 1850 til 1900.** [Handwerk im Umbruch: Handwerksverhältnisse in Trondheim 1850 bis 1900.] – In Bearbeitung. – Hinweis in Tidsskrift for Arbeiderbevegelsens Historie, H. 1 (1976), S. 239.

3315 ERTRESVAAG, Eva (Universität Bergen): **Arbeiderkvinnenes faglige og politiske organisering ca. 1880-1901.** [Die gewerkschaftliche und politische Organisierung der Arbeiterinnen ca. 1880-1901.] – Abgeschlossen. – Hinweis in Tidsskrift for Arbeiderbevegelsens Historie, H. 1 (1976), S. 239.

3316 DOLVE, Liv (Universität Bergen): **Randsfjordkonflikten 1930-1935.** [Der Randsfjord-Konflikt 1930-1935.] – (Kampf zwischen der DNA und NKP innerhalb des Norwegischen Wald- und Landarbeiterverbandes.) In Bearbeitung. – Hinweis in Tidsskrift for Arbeiderbevegelsens Historie, H. 1 (1976), S. 239.

3317 KURSETGJERDE, Jostein (Trondheim): **NAF og arbeidarrørsla 1930-1940.** (Arbeitstitel.) [Der norwegische Arbeitgeber-Verein und die Arbeiterbewegung 1930-1940.] – In Bearbeitung. – Hinweis in Tidsskrift for Arbeiderbevegelsens Historie, H. 1 (1976), S. 241.

3318 KVALNES, Arvid (Universität Tromsø): **Partiene og enhetsskolen 1945-59.** [Parteien und Einheitsschule 1945-59.] In Bearbeitung. – Hinweis in Tidsskrift for Arbeiderbevegelsens Historie, H. 1 (1976), S. 241.

3319 HANSEN, Trond (Universität Tromso): **Revolusjon og reform i fagbevegelsen i Kirkenes. En studie på bakgrunn av storstreiken ved A/S Sydvaranger i 1928.** [Revolution und Reform in der Gewerkschaftsbewegung in Kirkenes. Eine Studie auf dem Hintergrund des großen Streiks bei der Aktiengesellschaft Sydvaranger im Jahre 1928.] In Bearbeitung. – Hinweis in Tidsskrift for Arbeiderbevegelsens Historie H. 1 (1976), S. 240.

3320 SØRLI, Erling (Universität Bergen): **I samme båt? Verkstedsklubben ved Skipsbyggeriet i BMV fra part til partner.** [Im selben Boot? Der Werkstattclub der Schiffswerft von Bergens Mechanischer Werkstatt – von der Einzelgruppe zum Partner.] – In Bearbeitung. – Hinweis in Tidsskrift for Arbeiderbevegelsens Historie, H. 1 (1976), S. 241.

Österreich

3321 KLUCSARITS, Richard (Wien): **Der lange Marsch der Frauen. Geschichte der sozialdemokratischen Frauenbewegung in Österreich 1860-1975.** In Bearbeitung. – Veröffentlichung geplant. – Hinweis in „informationen" Nr. 6 (1976).

3322 KRAMMER, Reinhard (Universität Salzburg): **Geschichte der österreichischen Arbeitersportbewegung von den Anfängen bis 1934.** – Diss. – In Bearbeitung. – Hinweis in „informationen" Nr. 6 (1976).

3323 SCHWEINFURTER, Christian (Universität Wien): **Die Kulturberichterstattung in den Arbeiterblättern um die Jahrhundertwende.** – Diss. (bei Prof. Lunzer). – In Bearbeitung. Hinweis in „informationen" Nr. 6 (1976).

3324 SCHMIDT, Judith (Universität Wien): **Die Musikberichterstattung in den Arbeiterblättern um die Jahrhundertwende.** – Diss. (bei Prof. Lunzer). In Bearbeitung. – Hinweis in „informationen" Nr. 6 (1976).

3325 MATIS, Herbert (Universität Wien): **Die Lohnentwicklung in Österreich 1918-1938.** – Dipl. – Abgeschlossen 1975. – Hinweis in „informationen" Nr. 6 (1976).

3326 AIGNER, Manfred (Universität Salzburg): **Demokratiebegriffe und politische Bildung und Erziehung der Proletarierjugend im Austromarxismus.** – Diss. (bei Prof. Pelinka). Abgeschlossen 1976. – Hinweis in „informationen" Nr. 6 (1976).

3327 GALANDA, Johann (Universität Klagenfurt): **Die politische Praxis des Austro-Marxismus aufgezeigt an der Reformpolitik des Roten Wien.** Diss. (bei Prof. Pelinka). – In Bearbeitung. – Hinweis in „informationen" Nr. 6 (1976).

3328 SCHAUSBERGER, Norbert (Universität Klagenfurt): **Sozialgeschichte Wiens 1938-1945.** – In Bearbeitung. Hinweis in „informationen" Nr. 6 (1976).

3329 TIDL, Georg (Universität Wien): **Die politischen und pädagogischen Forderungen und Vorstellungen der sozialistischen Mittelschüler in der Ersten Republik.** – In Bearbeitung. – Hinweis in „informationen" Nr. 6 (1976).

3330 Ders.: **Die sozialistischen Mittelschüler 1933-1938.** – Abgeschlossen 1976. – Wird voraussichtlich im Herbst 1976 im Bundes-Verlag, Wien, publiziert. – Hinweis in „informationen" Nr. 6 (1976).

3331 GALANDA, Brigitte (Universität Klagenfurt): **Ideologische Veränderungen der österreichischen Sozialdemokratie von 1934 bis 1969,(Eisenstädter Programm.)** – Diss. bei Prof. Schausberger). – In Bearbeitung. Hinweis in „informationen" Nr. 6 (1976).

3332 KADAN, Albert (Universität Innsbruck): **Organisationen des sozialistischen Lagers in Österreich.** (Arbeitstitel.) – Habil. (bei Prof. Pelinka). In Bearbeitung. – Hinweis in „informationen" Nr. 6 (1976).

3333 SONNE, Christoph (Universität Wien): **Geschichte der innerbetrieblichen Mitbestimmung in Österreich. Die Forderung nach innerbetrieblicher Mitbestimmung als Anliegen der sozialdemokratischen und christlichsozialen Arbeitnehmerbewegung.** Diss. – Abgeschlossen 1975. – Hinweis in „informationen" Nr. 6 (1976).

3334 ROTHSCHILD, Kurt (Universität Linz): **Arbeitslosigkeit in Österreich 1955-1975.** – Ms.-Abschluß voraussichtlich Ende 1976. – Hinweis in „informationen" Nr. 6 (1976).

Portugal

3335 FONSECA, Carlos da und Bernhard BAYERLEIN (Bearb.) (Bibliothek zur Geschichte der Arbeiterbewegung an der Ruhr-Universität Bochum): **Portugiesische Arbeiterbewegung. Studienhinweise und Bestandsverzeichnis der BzGA.** – (Systematik der portugiesischen Arbeiterbewegung und Sozialgeschichte. Kurzbibliographie. Bestandsverzeichnis der Bücher, Broschüren, Periodika und Dokumentensammlung.) – Abgeschlossen. – Erscheint Sommer 1976 im Eigendruck.

Schweden

3336 PUTENSEN, Gregor (Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald): **Probleme der Staatsmonopolistischen Entwicklung Schwedens in den fünfziger und sechziger Jahren unter Berücksichtigung der Rolle der Sozialdemokratie.** – Diss. A. – Abgeschlossen. – Hinweis in Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, Teil III (1975), S. 324.

UdSSR

3337 DIECKMANN, Kai Thomas (FU Berlin): **Ungleichzeitiges Bewußtsein als restriktiver Faktor in der russischen Revolution.** – (Kulturrevolutionäre Veränderungen für die Bereiche der Frau, Familie; Problembewußtsein für ihre Notwendigkeit.) Diss. (bei Prof. Martin Jänicke.) Ms.-Abschluß voraussichtlich Ende 1976.

3338 WEBER, Hermann (Universität Mannheim): **Stalinismus. Die Ära der Gewalt.** – In Bearbeitung. – Erscheint im Spätherbst 1976 im Suhrkamp-Verlag, Frankfurt/M., im Band Crusius/Wilke: „Der XX. Parteitag der KPdSU 1956 und seine Folgen".

USA

3339 PRICKETT, James R. (University of California, Los Angeles): **Communists and the Communist Issue in the American Labor Movement, 1920-1950.** Diss. – Abgeschlossen 1975. – Hinweis in AIMS XIII (1976), Nr. 1.

G. DARSTELLUNGEN ZUR GESCHICHTE DER INTERNATIONALE UND VERGLEICHENDE DARSTELLUNGEN ZUR GESCHICHTE DER INTERNATIONALEN ARBEITERBEWEGUNG

3340 BLÄNSDORF, Agnes (Universität Kiel): **Die 2. Internationale 1914-1918.** – Diss. – In Bearbeitung. Veröffentlichung im Verlag Klett, Stuttgart, geplant. – Hinweis in „informationen" Nr.6 (1976).

3341 ERNST, Raimund, Wolfram GÖTZ und Margret SCHUMACHER (Universität Münster): **Zur Geschichte der „Internationalen Presse-Korrespondenz".** – (Aufgabenstellung, Zielsetzung, politische Wirksamkeit und ihr Wert als historische Quelle. Funktion innerhalb der KI.) Aufsatz (wiss. Betreuer Prof. Erwin Oberländer). – Ms.-Abschluß voraussichtlich Dezember 1976.

3342 KUHLES, Joachim (Karl-Marx-Universität Leipzig): **Die Politik der Kommunistischen Internationale zu Krieg und Frieden 1933-1943.** Promotion B Leipzig 1975. – Hinweis in ZfG 24 (1976), H. 5, S. 584.

3343 KAESELITZ, Hella (Humboldt-Universität Berlin/DDR): **Geschichte des Kampfes der kommunistischen Parteien kapitalistischer Hauptländer für Frieden, Demokratie und Sozialismus 1956-1965.** – Promotion B Berlin/DDR 1975. – Hinweis in ZfG 24 (1976), H. 5, S. 584.

3344 LARSEN, Knud Elm (Institut for Statskundskab, Århus): **Die Bildung und Entwicklung der europäischen gewerkschaftlichen Zusammenarbeitskommission (1971-1975).** – (Konflikte und Konfliktlösungen. Quellen: Archiv des dänischen Gewerkschaftsbundes.) – Abgeschlossen.

Berichtigungen und Ergänzungen zum Titelverzeichnis

619 SCHÖCK, Eva Cornelia: **Arbeitslosigkeit und Rationalisierung (1920-1928). Analysen zu den materiellen Bedingungen kommunistischer Gewerkschaftspolitik in Deutschland.** – Diss. Bremen 1976. – Wird voraussichtlich im Campus-Verlag, Frankfurt a. M., erscheinen.

1124 BIEBER, Hans-Joachim: **Die deutschen Gewerkschaften 1914-1920. Arbeiterbewegung, Industrie, Staat und Militär im 1. Weltkrieg und in der Novemberrevolution.** – Diss. Hamburg 1975. Wird voraussichtlich 1977 im Rahmen der Veröffentlichungen der Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg erscheinen.

1148 ULLRICH, Volker: **Die Hamburger Arbeiterbewegung vom Vorabend des ersten Weltkrieges bis zur Revolution 1918/19.** – Hamburg: Hartmut Lüdke Verlag 1976.

1229 STILLIG, Jürgen: **Die Russische Februarrevolution 1917 und die Sozialistische Friedenspolitik.** Köln: Böhlau 1976.

1363 MITTMANN, Ursula: **Fraktion und Partei. Dargestellt am Verhältnis der Reichstagsfraktionen zur Gesamtpartei bei Zentrum und Sozialdemokratie im Kaiserreich.** – Diss. Köln 1975. – Düsseldorf: Droste 1976.

1708 BRANDT, Peter: **Antifaschismus und Arbeiterbewegung. Aufbau, Ausprägung, Politik in Bremen 1945/46.** – Hamburg: Hans Christians Verlag 1976.

1823 MAIMANN, Helene: **„Politik im Wartesaal". Österreichische Exilpolitik in Großbritannien 1938-1945.** Wien: Böhlau 1975. – Siehe auch Rezensionsteil in diesem Heft.

1852 PLATE, Reinhold: **Studie zur antiautoritären Arbeiterbewegung. Geschichte und Theorie des antiautoritären Sozialismus.** – Diss. Bonn 1976. – Veröffentlichung geplant.

1891 WEISS-HARTMANN, Anne: **Der Aufbau und die Politik des Freien Gewerkschaftsbundes Hessen von 1945-1949.** – Diss. Marburg 1976. Veröffentlichung in Vorbereitung.

1895 TENFELDE, Klaus: **Sozialgeschichte der Ruhrbergarbeiterschaft im 19. Jahrhundert (1815-1889).** – Diss. München 1975. – Bonn-Bad Godesberg: Verlag Neue Gesellschaft Herbst 1976.

2011 HAWRANEK, Franciszek: **Polska i Niemiecka socjaldemokracja na Górnym Śląsku w latach 1890-1914.** [Die polnische und deutsche Sozialdemokratie 1890-1914.] – Abgeschlossen. – Wird voraussichtlich 1977 im Instytut Śląski, Opole, veröffentlicht.

2372 LORECK, Jochen: **August Bebel als Publizist. Zum Kommunikationsverhalten in der frühen Arbeiterbewegung.** – Diss. Münster 1976. – Kurzfassung als Buchveröffentlichung unter dem Titel „Wie man früher Sozialdemokrat wurde. Das Kommunikationsverhalten in der deutschen Arbeiterbewegung und die Konzeption der sozialistischen Parteipublizistik durch August Bebel" ist geplant.

2419 RUBEL, Maximilien und Margaret MANALE: **Marx Without Myth. A Chronological Study of his Life and Work.** – Oxford: Basil Blackwell 1975. – Siehe hierzu auch IWK,H. 2 (1976), S. 261 f.

2484 NEUGEBAUER, Wolfgang, LOIDL, Franz und Walter GOLDINGER: **Widerstand und Verfolgung in Wien 1934-1945.** 3 Bde. – Wien: DOW 1975.

2487 GRUBER, Ronald: **Oktoberstreik 1950.** – Diss. Wien 1976.

2718 Thema geändert.
SCHAFRANEK, Hans (Universität Wien): **Die innerparteiliche Entwicklung der KPÖ von 1921 bis 1929.**

2749 Titel geändert.
ALBRECHT, Stephan: **Hermann Hellers Staatstheorie. Zum Zusammenhang von Demokratie und Sozialismus.** – Ein Teil der Arbeit, wie angekündigt, als Staatsexamensarbeit, die Gesamtarbeit als Diss.

2768 STEPHAN, Cora: **Zum Verhältnis von politischer Strategie und ökonomischer Theorie in den Debatten der deutschen Sozialdemokratie von den Anfängen bis 1890.** – Diss. Frankfurt 1976.

2889 BÖHM, Hermann: **Theorie und Praxis des Austromarxismus bei Otto Bauer.** Diss. Wien 1976.

2922 MAI, Gunther: **Burgfrieden und Sozialpolitik in Deutschland in der Anfangsphase des Ersten Weltkrieges (1914/1915).** – „Militärgeschichtliche Mitteilungen", H. 2 (1976).

2947 LANGEWIESCHE, Dieter: **Wanderungsbewegungen in der Hochindustrialisierungsperiode. Regionale, interstädtische und innerstädtische Mobilität in Deutschland.** – „Vierteljahresheft für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte", H. 3 (1976).

2964 PEUKERT, Detlev: **Ruhrarbeiter gegen den Faschismus. Dokumentation über den Widerstand im Ruhrgebiet 1933-1945.** – Frankfurt: Röderberg Verlag 1976.

3029 FRISCHAUER, Margit: **Die Konflikte zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten von 1927-1934 in Österreich.** – Diss. Wien 1976. – Liegt in der Bibliothek des DÖW auf.

3076 WEINERT, Wilhelm: **Grundlagen und Praxis des Widerstandskampfes der österreichischen Arbeiterklasse gegen den Nationalsozialismus 1938-1945.** – Diss. Wien 1975. – Die Arbeit liegt in der Bibliothek des DÖW, Wien, auf.

3084 LUTHARDT, Wolfgang (Hrsg.): **Otto Kirchheimer. Von der Weimarer Demokratie zum Faschismus: Die Auflösung der demokratischen Rechtsordnung.** – Frankfurt/M.: Suhrkamp 1976.

3168 SCHÖNHOVEN, Klaus: **Zwischen Revolution und Sozialistengesetz. Die Anfänge der Würzburger Arbeiterbewegung 1848 bis 1878.** – „Mainfränkisches Heft, H. 63 (1976), hrsg. von „Freunde Mainfränkischer Kunst und Geschichte e.V. Würzburg".

3211 LIST, Eveline: **Die austromarxistische Propaganda am Beispiel der sozialdemokratischen Anschlußbewegung zwischen 1918 bis 1933.** – Diss. Wien 1976.

3214 TIDL, Marie: **Die Roten Studenten. Dokumente und Erinnerungen 1938-1945.** – Wien: Europa-Verlag 1976.



NEUE LITERATUR

Rosa Luxemburg. Vive la Lutte! Correspondance 1891-1914. Textes réunis, traduits et annotés sous la direction de Georges Haupt, par Claudie Weill, Irène Petit, Gilbert Badia. – Paris: Maspero 1975. 422 S.

Viel Nützliches für die Rosa Luxemburg-Forschung kommt in letzter Zeit aus Frankreich. Vor nicht allzu langer Zeit erschien die umfangreiche biographische Arbeit von Gilbert Badia: „Rosa Luxemburg. Journaliste, Polémiste, Révolutionnaire", Paris 1975, deren Verdienst nicht zuletzt darin besteht, daß die in der Biographie von Nettl enthaltene, teilweise ungenaue bis entstellte Rezeption der politischen Theorie Rosa Luxemburgs in vielen Punkten korrigiert wurde. Jetzt liegt mit „Vive la Lutte" ein weiteres dankenswertes Forschungsergebnis aus unserem Nachbarlande vor. Es handelt sich um eine Sammlung ausgewählter Briefe von 1891 bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs. (Die Herausgabe eines zweiten Bandes mit Briefen aus dem folgenden Zeitraum ist geplant.)
Diese Briefsammlung trägt ohne Zweifel dazu bei, noch vorhandene Lücken bei der Publikation der Schriften von Rosa Luxemburg zu schließen. Sie enthält einen fast vollständigen textkritischen Wiederabdruck bisher schon veröffentlichter Briefe: an erster Stelle zu nennen sind die von Feliks Tych in mehreren Nummern von „Z pola walki" erstmals präsentierten Briefe u.a. an Robert und Mathilde Seidel, Franz Mehring, Cezaryna Wojnarowska; aufgenommen wurden die beiden bekannten Briefsammlungen „Briefe an Karl und Luise Kautsky", Berlin 1923, sowie „Briefe an Freunde", Hamburg 1950; es finden sich aber auch einzelne, bisher nur verstreut publizierte und für den „normalen" Leser schwer zugängliche Briefe an verschiedene Korrespondenten – etwa an Feliks Dzierzynski, Pavel B. Axelrod, Georgi Plechanow, Camille Huysmans und Morris Hillquit. Wer sich einen Überblick über die Korrespondenz von Rosa Luxemburg verschaffen will, kann mit dieser Sammlung viel Mühe und Zeit für das früher so umständliche Zusammensuchen der zahlreichen Briefe einsparen.
Der Bd. enthält außerdem knapp 40 bisher unveröffentlichte Briefe: u.a. an Jules Guesde, Wilhelm Dittmann, Paul Löbe, Camille Huysmans, und Georgi Bakalov. Man sieht, Rosa Luxemburgs Briefwechsel ist noch umfangreicher gewesen als bisher gemeinhin schon angenommen wurde. Die große Internationalistin korrespondierte nicht nur mit Repräsentanten der polnischen, russischen, französischen und deutschen Arbeiterbewegung, sie hatte auch brieflichen Kontakt zu Mitstreitern aus Dänemark, aus den Balkanländern und aus den Vereinigten Staaten.
Die jeweiligen Originaldokumente aus den Archiven rund um den Erdball zusammenzutragen, erforderte einen großen Arbeitsaufwand. Diesen – bei offenbar nur mangelnder institutioneller und finanzieller Unterstützung – auf sich genommen zu haben, muß den Herausgebern hoch angerechnet werden. Dabei blieben nicht alle Nachforschungen erfolgreich. Eine nicht zu unterschätzende Anzahl von Briefen (etwa an Lenin, Parvus sowie einige französische Sozialisten) konnte bisher noch nicht aufgefunden werden, und es ist weiterhin fraglich, ob sie überhaupt noch erhalten sind. – Nicht aufgenommen werden konnten die immer noch unveröffentlichten Briefe an Clara Zetkin und Kostia Zetkin. Bewußt nicht berücksichtigt wurden die Briefe von Rosa Luxemburg an ihren Lebens- und Kampfgefährten Leon Jogiches, die bekanntermaßen in einer von Feliks Tych besorgten dreibändigen Ausgabe in der Originalsprache vollständig und in einer einbändigen deutschen Fassung gekürzt vorliegen. Letzteres verweist auf ein Problem, das auch durch „Vive la Lutte" reproduziert wird: Obwohl die deutsche Arbeiterbewegung ab 1898 im Zentrum des Interesses von Rosa Luxemburg stand und sich dies auch in ihren nicht in deutscher Sprache abgefaßten Schriften spiegelt, ist bisher ihre Korrespondenz nur ausschnittweise in deutscher Sprache – sei es im Original oder in einer Übersetzung – erschienen. Die in „Vive la Lutte" enthaltenen Briefe wurden ausschließlich in französischer Sprache wiedergegeben. Hier

bleibt also für die editorische Arbeit im deutschen Sprachraum noch viel zu tun.
Das Studium der vorliegenden Briefsammlung ermöglicht gleichwohl einen gründlichen und umfassenden Einblick in die unmittelbare Gedankenwelt einer der bedeutendsten Persönlichkeiten der Zweiten Internationale. Die ungeheure Mannigfaltigkeit ihrer wissenschaftlichen und kulturellen Interessen wird genauso sichtbar wie die intellektuelle Brillanz ihrer Anschauungen. Die Wärme und der Reichtum ihrer menschlichen Beziehungen wird den Leser genauso berühren wie die funkelnde Schärfe ihrer Urteile über bedeutende Zeitgenossen der europäischen Arbeiterbewegung. Lebendig werden Kautsky und Bebel, Plechanow und Marchlewski. Lebendig wird vor allem der unermüdliche Einsatz gegen Opportunismus, Bürokratismus und Duckmäusertum, für die Durchsetzung internationalistischer Prinzipien, für den Sieg der sozialistischen Gesellschaftsordnung. Insofern ist Georges Haupt zuzustimmen, wenn er erklärt, daß die Briefe „eine Art Chronik der internationalen Sozialdemokratie" darstellen (S. 15). Eine entscheidende Einschränkung dieser These muß jedoch ausgesprochen werden. Die Unmittelbarkeit der brieflichen Aussagen darf nicht mit ihrer eindeutigen Bestimmtheit verwechselt werden. Viele der in den Briefen getroffenen Einschätzungen wurden durch die jeweilige Augenblicksempfindung diktiert und wurden in einer anderen Situation modifiziert oder sogar revidiert. Das impulsive Temperament Rosa Luxemburgs bricht sich Bahn, nicht immer gezügelt durch abwägende rationale Einordnung, wie es in den Artikeln oder anderen Schriften, die für die Öffentlichkeit der Arbeiterbewegung geschrieben wurden, zwangsläufig der Fall ist. Darin liegt der Reiz vieler Briefpassagen, aber auch die Schranke ihrer wissenschaftlichen Verwertbarkeit.
Wenn Rosa Luxemburg an Henriette Roland Holst schreibt: „ich bin in jedem Augenblick anders, und das Leben besteht nur aus Augenblicken" (vgl. Henriette Roland Holst, „Rosa Luxemburg, Leben und Wirken", Zürich 1937, S. 215; „Vive la Lutte", S. 192), dann gilt dies sicherlich nicht für ihr politisches Wirken. Es ist die Stimmung des Augenblicks, die in den Briefen eingefangen wird, in der sich die relativ konstanten politischen Auffassungen brechen.
Es scheint uns, daß auch Georges Haupt diesen von Rosa Luxemburg selbst ausgesprochenen Hinweis nur ungenügend berücksichtigt, wenn er mit Nettl davon spricht, daß die Briefe „primäre Zeugnisse für Motive und Methoden ihrer politischen Tätigkeit" abgeben, ohne dies zu relativieren, oder, wenn er – ebenfalls sich auf Nettl stützend – die Meinung formuliert, daß sich Rosa Luxemburg in den Briefen besser auszudrükken verstand als in ihren anderen Schriften. Die Überschätzung des brieflichen Materials kann leicht zu einer verzerrten Darstellung des politischen Wirkens führen. Da wird – so geschehen auch in der vorliegenden Einleitung von Georges Haupt – eine von Rosa Luxemburg in einer bestimmten historischen Situation gemachte Äußerung über ihre politische Isolation in ihrem Berliner Wirkungskreis ohne den historischen Kontext erwähnt und verlängert zu einer allgemeinen Interpretation ihres Außenseitertums. Dies wird dann der verkürzten These von einer SPD, in der von Anfang an sich der Marxismus nur marginal durchsetzte und der Praktizismus dominierte, entgegengestellt (S. 10 und S. 19 f.). Der Schluß einer solchen Gedankenkette liegt nahe: wo Rosa Luxemburgs politische Theorien als isolierte Ideen des Außenseiters ohne größere praktische Relevanz und Resonanz in einer sich notwendigerweise den Zwängen der praktischen Tagespolitik beugenden, reformistischen Bewegung begriffen werden, können ihre Schriften primär nur zur literarischen oder ästhetischen Erbauung dienen, oder verdienen allenfalls esoterische wissenschaftliche Beachtung. Ihre praktisch-politische Aktualität wird sekundär.
Genau aus diesem Grund muß die Einführung des Herausgebers Ergänzung erfahren: 1. Die Korrespondenz Rosa Luxemburgs enthält Mosaiksteine, teilweise sogar nur Kolorit der Geschichte der Zweiten Internationale, sie kann sie nicht ersetzen. 2. Der Reichtum und der Gehalt der Briefe kann nur erschlossen werden im Zusammenhang mit einem gründlichen Studium der eigent-

lichen politischen Schriften.
Mit den in den letzten Jahren im Dietz-Verlag herausgegebenen „Gesammelten Werken" liegt inzwischen ein Großteil ihrer vor allem in deutscher Sprache geschriebenen Arbeiten vor. Die seit den 60er Jahren zu verzeichnende Luxemburg-Renaissance krankt an der mangelnden Kenntnis der Originaldokumente. Es ist endlich notwendig und inzwischen auch möglich, dem nachzukommen, was Rosa Luxemburg (übrigens interessanterweise identisch mit Kautskys Einstieg in seine Einführung zu „Karl Marx Oekonomische Lehren", 1886) als Motto für das Studium der sozialistischen Wissenschaft, – und zwar mit Blick vor allem auf die politischen Texte der Klassiker – mit Lessings Worten formulierte:
„Wer wird nicht einen Klopstock loben?
Doch wird ihn jeder lesen? – Nein.
Wir wollen weniger erhoben,
Und fleißiger gelesen sein."
In diesem Sinne sollte man den vorliegenden Briefband zur Hand nehmen.

Bernhard Mutius

BUSE, Dieter K.: **Parteiagitation und Wahlkreisvertretung. Eine Dokumentation über Friedrich Ebert und seinen Reichstagswahlkreis Elberfeld-Barmen 1910-1918** (=Archiv für Sozialgeschichte, Beiheft 3). – Bonn-Bad Godesberg: Verlag Neue Gesellschaft 1975. 135 S.

Die nicht wenig umfangreiche Literatur zur Geschichte der deutschen Vorkriegssozialdemokratie ist durch die vorliegende Dokumentation von Dieter K. Buse um eine weitere Untersuchung bereichert worden. Allerdings handelt es sich hier nicht um einen Beitrag zur lokalgeschichtlichen Erforschung der Arbeiterbewegung, ein Desiderat der Historiographie, auf das der Herausgeber in seiner Einleitung hinweist, sondern um eine Quellenedition, der eine 17 Seiten umfassende Einleitung vorausgeschickt wird.
Dieter K. Buse, durch seine Dissertation über „Friedrich Ebert and German Socialism 1871-1919" als Kenner des politischen Wirkens dieses sozialdemokratischen Funktionärs und späteren ersten Reichspräsidenten der Weimarer Republik ausgewiesen, untersucht das Verhältnis Friedrich Eberts zu seinem Wahlkreis. Die Aufgabenstruktur der SPD läßt nach Buse erkennen, daß die Partei glaubte, durch eine konstruktive Mitarbeit im bestehenden staatlichen Institutionengefüge konkrete politische Zielvorstellungen (Schaffung eines demokratischen Wahlrechts, insbesondere in Preußen, Einführung eines parlamentarischen Systems, Reformen im ökonomischen und sozialpolitischen Bereich) durchsetzen zu können. M.a.W., die SPD plädierte für eine Taktik der Kooperation in den verschiedenen Gesetzgebungskörperschaften auf den einzelnen Organisationsebenen und nicht lediglich für eine Instrumentalisierung der Parlamentstribüne für Zwecke der politischen Agitation und Propaganda.
Die wesentlichen Ursachen für die zunehmende Integration der SPD in das bürgerlich-kapitalistische Herrschaftssystem sieht Buse in der „Interessenwahrnehmung und im Verantwortungsbewußtsein gegenüber dem Ganzen" (Einleitung, S. XVII). Wenngleich die Charakterisierung dieser Ursachen unpräzise erscheint, da die Dichotomie zwischen revolutionär-marxistischem Programm und reformistischer Praxis zu wenig berücksichtigt wird, so weist die Aussage Buses doch auf eine wichtige, sich immer verstärkende Komponente sozialdemokratischer Praxis hin, nämlich nicht mehr als national unzuverlässig gelten zu wollen. So nimmt es nach Buse nicht wunder, daß die Sozialdemokratische Partei im Blick auf die Reichstagswahl am 12.1.1912 ihr Wählerpotential durch Werbung von Stimmen aus dem bürgerlichen Lager zu erweitern suchte und bei der am 25.1.1912 notwendig werdenden Stichwahl in Elberfeld-Barmen ein Wahlkampfabkommen mit der linksliberalen Fortschrittlichen Volkspartei schließen konnte, in dessen Folge Friedrich Ebert sein Reichstagsmandat gewann.
Für Eberts Verhältnis zu seinem Wahkreis vor wie insbesondere nach seiner Wahl in den Reichstag war das Bestreben charakteristisch, eine enge Kommunikation mit sei-

nen Wählern herzustellen. Nach den Feststellungen Buses war er in dem Zeitraum Mai 1912 bis Mai 1914 mindestens neunmal persönlich in Elberfeld-Barmen, oder aber er entsandte Ersatzredner. Dieses Bewußtsein der Verantwortung für sein politisches Handeln gegenüber seinen Wählern fand u.a darin seinen Ausdruck, daß Ebert in Wählerversammlungen einen jährlichen Tätigkeits- und Rechenschaftsbericht über seine Arbeit im Parlament gab. Darüber hinaus brachte er aber auch umgekehrt vor allem sozialpolitische Probleme seines Wahlkreises im Reichstag zur Sprache.
Daß nach dem Beginn des Ersten Weltkrieges die auf Reichsebene auftretenden unterschiedlichen Positionen innerhalb der Parteiführung sowie der Fraktion in der Frage der Bewilligung der Kriegskredite sich auf der lokalen Ebene der Parteiorganisation in Elberfeld-Barmen widerspiegelten, lassen die im zweiten Teil des Dokumentenanhangs abgedruckten Dokumente recht deutlich werden. Wie die Mehrheit der Parteiführung, so vertrat auch Ebert die Politik des „Burgfriedens", führte Deutschland doch einen Verteidigungskrieg; andererseits stellte er aber die These auf – und hier zeigen sich die Widersprüche in seiner Argumentationskette –, daß „die Grundursachen des Krieges ... in den Triebkräften der kapitalistischen Wirtschaftsordnung" lägen (Dokument 26, S. 79). In wachsendem Maße stießen seit 1915 seine politischen Positionen auf die Kritik des linken Flügels seiner Partei in Elberfeld-Barmen wie auch im Bezirk Niederrhein. Die als Folge dieses zunehmenden innerparteilichen Polarisierungsprozesses 1917 sich vollziehende Parteispaltung auch in seinem Wahlkreis vermochte Ebert nicht zu verhindern. Bei seinen seit 1916 immer seltener werdenden Besuchen in Elberfeld-Barmen legte er in seinen Reden zu sozialpolitischen Fragen den Akzent nicht mehr auf ihre lokale Relevanz, sondern ihre gesamtstaatlichen Aspekte und Folgen. Als sich seit 1917/18 die Kooperation zwischen dem im Jahre 1917 geschaffenen Interfraktionellen Ausschuß – bestehend aus Parlamentsvertretern der SPD, des Zentrums und der Freien Volkspartei – mit den zivilen staatlichen Bürokratien verstärkte, war Ebert von Berlin unabkömmlich und erschien in seinem Wahlkreis nicht mehr.
Die in ihrer chronologischen Abfolge im Anhang abgedruckten Dokumente (Parteiberichte, Zeitungsartikel, Briefe, Parteiflugblätter) aus Archivbeständen der DDR und der BRD sind sorgfältig ediert worden. Als Quelle für ein besseres Verständnis der Kommunikationsstruktur zwischen einer lokalen Parteiorganisation und dem Inhaber einer hohen Partei- und Staatsposition ist diese Dokumentation für den Lehrbetrieb an Universitäten und Hochschulen gut geeignet.

Horst Dähn

DUNCKER, Hermann: **Das „Manifest der Kommunistischen Partei" – das wissenschaftliche Programm der internationalen Arbeiterbewegung. Zwei Vorlesungen.** – Berlin: Dietz 1974. 71 S.

Aus Anlaß des 100. Geburtstages von Hermann Duncker wurden im Jahre 1974 von der Parteihochschule „Karl Marx" beim ZK der SED zwei Vorlesungen (18.9.1957 und 19.9.1958) dieses Schriftstellers, akademischen Lehrers und Kommunisten zum Thema „Manifest der Kommunistischen Partei" veröffentlicht.
Duncker, Jahrgang 1874, aus einem bürgerlichen Elternhaus stammend, machte nach seinem Studium der Philosophie, Volkswirtschaft und Geschichte an der Leipziger Universität als Redaktionsvolontär bei der sozialdemokratischen „Leipziger Volkszeitung" (seit 1903) die Bekanntschaft mit führenden linken Sozialdemokraten (Rosa Luxemburg, Franz Mehring). Von nun an verschrieb er sich den Zielen sowie auch der politischen Praxis der revolutionären linken Gruppierung innerhalb der Sozialdemokratie und später der Spartakusgruppe bzw. seit 1918/19 der Kommunistischen Partei Deutschlands (seit 1946 der SED) bis zu seinem Tode 1960. Er wirkte als Lehrer an der sozialdemokratischen Parteischule (seit 1912 in Berlin), als Mitbegründer der KPD, als Lehrer an der

Reichsparteischule der KPD, als führender Parteifunktionär (Leiter der Abteilung Bildung und Propaganda in der Parteizentrale), als Professor an der Gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Rostock (1947-1949) und schließlich als Leiter der Bundesschule des FDGB (seit 1949).

Sein beruflicher wie politischer Werdegang qualifizieren ihn, sich zu Grundlagen der marxistischen Theorie zu äußern. Die konstitutiven Elemente des wissenschaftlichen Sozialismus sind für Duncker: erstens, die materialistische Geschichtsauffassung, zweitens, die Lehre vom Klassenkampf, drittens, der Aufbau einer sozialistischen Gesellschaftsordnung nach der Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat. Diese Grundprinzipien anhand einer Analyse der Schriften „Vorwort zur Kritik der politischen Ökonomie" und des „Kommunistischen Manifests" herauszuarbeiten und ihre Bedeutung für die Gegenwart der DDR darzustellen, ist sein zentrales Anliegen, dem er sich in den beiden Aufsätzen verpflichtet weiß.

Bei einem Textvergleich zwischen den beiden Vorlesungen unter methodischem Aspekt fällt auf, daß Duncker der Analyse des Schlüsseldokuments für die materialistische Geschichtsauffassung, des „Vorworts", in der ersten Vorlesung zwei, in der zweiten immerhin fünfeinhalb Seiten gewidmet hat, während die Interpretation des „Manifests" in beiden Vorlesungen einen hervorragenden Platz einnimmt. Erfahren in der ersten Vorlesung einzelne Absätze und Sätze eine ausführliche Interpretation, so beschränkt sich der Verfasser in seinem Vortrag aus dem Jahre 1958 auf eine mehrere Absätze jedes der beiden Kapitel des „Manifests" zusammenfassende Deutung.

Die beiden Aufsätze verdienen Aufmerksamkeit, da sie die Bedeutung des „Kommunistischen Manifests" und des „Vorworts zur Kritik der politischen Ökonomie" als für die Marx-Forschung in Ost und West gleichermaßen zentral bedeutsame Dokumente wieder in das Bewußtsein rufen.

Horst Dähn

EISENBERG, Götz: **Marxismus und Arbeiterbewegung. Versuch über das Verhältnis von revolutionärer Theorie und Erfahrung.** – Gießen: Focus-Verlag 1974. 164 S.

Eisenberg geht in seiner Arbeit von einer Reihe von Selbstverständlichkeiten aus, die aber gerade von linken Theoretikern und Historikern verdrängt werden: daß nämlich Arbeiterbewegung und Marxismus nicht dasselbe sind, und daß, wenn marxistische Theorie und reale Bewegung sich nicht dekken, dies nicht automatisch der realen Bewegung anzulasten ist. Eisenberg bewegt die Frage, wie Revolution heute noch möglich ist, obwohl „klassische" Revolutionsvoraussetzungen, z.B. materielles Elend, in Ländern wie der Bundesrepublik Deutschland nicht mehr gegeben sind. Er kommt zu dem Schluß, daß gerade, weil das angestrebte revolutionäre Ziel nicht mehr in der Sicherstellung der allernotwendigsten Reproduktionsbedingungen bestehen muß, die Chance gegeben sei, die sozialistische Zielvorstellung in ihrem vollen Umfange wieder aufzunehmen: „Mit der Veränderung der Struktur des Kapitalismus verändert sich auch die der Revolution, die vielleicht erstmals in der Geschichte das Schwergewicht auf die Veränderung der Menschen selber, auf das Hervorbringen und kämpferische Durchsetzen neuer Verkehrs- und Kommunikationsformen legen kann, um endlich den utopischen Gehalt des Sozialismus wieder aus seiner Verbannung zu befreien." (S. 127).

Eisenbergs Buch hat drei Schwerpunkte: erstens die Untersuchung darüber, ob die Marxsche Kritik der politischen Ökonomie zugleich auch eine zureichende Theorie der Revolution enthalte, zweitens die Darstellung der bisherigen Arbeiterbewegung und ihres – unter revolutionären Aspekten gesehenen – Scheiterns und schließlich der Versuch, Notwendigkeit und Möglichkeit sozialistischer Revolutionen heute zu skizzieren.

Von diesen drei Schwerpunkten erbringt der erste sehr wenig für die Frage nach dem Verhältnis von Marxismus und Arbeiterbewegung. Denn selbst unterstellt, Eisenberg hätte recht mit der Behauptung, daß Marx „die Konstitution proletarischer Subjektivi-

tät allzu mechanisch als vom gesellschaftlichen Sein produzierte dachte" (S. 120), welchen Gewinn kann man aus dieser Erkenntnis außer für die Marx-Philologie (die Eisenberg an anderer Stelle zu Recht kritisiert) ziehen? Der ganze erste Abschnitt ist nur dazu geeignet, dem idealistischen Irrtum, eine perfekte Revolutionstheorie würde auch der Revolution selbst zum Durchbruch verhelfen, Vorschub zu leisten. Desgleichen die auch bei Eisenberg wieder auftauchende Kritik am alten Engels und seiner (möglicherweise mißverstandenen) Propagierung des parlamentarischen Weges (S. 66/67). Hätte Engels sich anders, eindeutig im nichtreformistischen Sinne geäußert, dann hätte der Reformismus ebenfalls gesiegt. Denn wäre es nach intellektuellen Qualitäten gegangen, dann hätten die Luxemburg und Pannekoek über die Bernstein und Vollmar triumphieren müssen. Daß sie es nicht taten, hat andere Gründe und die zu erforschen ist die eigentliche Aufgabe materialistischer Analyse. Darauf kommt es Eisenberg im Grunde auch an: „Das ausschlaggebende Moment, das die Handlungen der Arbeiter bestimmt, ist nicht das Interesse, die Brauchbarkeit oder Unbrauchbarkeit der Marxschen Theorie nachzuweisen, sondern ihre konkrete Bewußtseins- und Bedürfnisstruktur, die einer anderen Entwicklungslogik folgt, als die notwendig abstrakte Theorie es vorhersah." (S. 23).

Bei dem Versuch, die Schwachstellen der materialistischen Theoriebemühungen in der Nachfolge von Marx aufzuspüren und zu beseitigen, gelingen Eisenberg eine Fülle von z.T. gut formulierten Beobachtungen. Am Beispiel der KPD in der Weimarer Republik zeigt er eindringlich, wohin es führt, wenn man sich in der politischen Strategie nur von den „objektiven Entwicklungsgesetzen" der kapitalistischen Akkumulation leiten läßt, ohne die Menschen zu berücksichtigen, die die sozialistische Revolution schließlich machen sollen. In der Vorstellungswelt der KPD vertauschten sich Mittel und Zweck. Der Sozialismus war nicht mehr ein Mittel zur Herstellung menschlicherer Verhältnisse, sondern umgekehrt wurde das Proletariat zum Mittel, um den Sozialismus herzustellen. „Der Sozialismus mußte nicht sein, weil die Menschen ihn wollten, sondern weil der Sozialismus sein mußte, mußten die Menschen ihn wohl oder übel wollen." (S. 123). Eine Revolutionsstrategie, die den Sozialismus als ein aus der UdSSR nach Deutschland zu übertragendes Modell begriff und die nicht sah, daß die individuelle und gesellschaftliche Emanzipation im revolutionären Kampf selbst schon antizipatorisch angelegt sein muß, mußte scheitern.

Während die Revolutionsstrategie der KPD den Bedürfnissen der Massen inadäquat war, fehlte zugleich der Versuch, diese Bedürfnisse analytisch zu erfassen. Denn es reicht weder hin, den „falschen" weil „bürgerlichen" Bedürfnissen der proletarischen Massen die „objektiv richtigen" gegenüberzustellen und die Befolgung dieser „objektiv richtigen" Bedürfnisse autoritär zu erzwingen, soweit man es kann, noch führte es weiter, den empirisch zu ermittelnden und positivistisch zu beschreibenden Bedürfnissen einfach nachzugeben. Weder das eine noch das andere kann richtig sein, weil die Bedürfnisstruktur der proletarischen Massen widersprüchlich ist. Diese Bedürfnisstruktur enthält den Keim antikapitalistischen Bewußtseins, die Sehnsucht nach dem „ganz Anderen". Sie enthält zugleich eine bewußte Anpassung an das bestehende übermächtige Gesellschaftssystem, weil man ohne diese Anpassung nicht überleben kann. „Klassenbewußtsein wäre viel leichter zu erringen, wenn bestimmte Stadien der Bewußtwerdung nicht so schmerzhaft wären für jene, die das Opfer des Bewußtseins gebracht haben." (S. 105). Dieser Sachverhalt erklärt, warum die Studentenbewegung in ihrem Versuch, die Arbeiter für ihren Emanzipationskampf zu gewinnen, scheitern mußte. Nicht nur, weil die Emanzipationsziele im nichtproletarischen Milieu formuliert wurden, sondern auch, weil das Überschreiten gesellschaftlicher Tabuzonen für Arbeiter eine viel risikoreichere Angelegenheit ist als für Studenten. Das studentische Beispiel wirkte so nicht stimulierend, sondern verstärkte nur die Aggression auf die, die „sich's leisten können."

Die Arbeit Eisenbergs ist ein Buch von einem Linksintellektuellen für Linksintellektuelle, ein Versuch, wesentliche Problemstellungen, die in dieser Rezension nicht alle dargestellt werden konnten, zu skizzieren und einen Beitrag zu ihrer Lösung zu liefern. Es ist zweifelhaft, ob in einer Zeit, wo die intellektuelle Auseinandersetzung unter linken Gruppen zunehmend theologisierende Formen annimmt und die Gruppen „in den anderen Gruppierungen gerade das bekämpfen, was ihnen selber fehlt" (S. 133), das Buch die Beachtung findet, die ihm zukommt. Vielleicht ist aber ein anderer Aspekt noch wichtiger. Eisenberg beharrt auf den emanzipatorischen Positionen der Studentenbewegung, obwohl sie in ihrer rasch erworbenen Radikalität oft arrogant auf die „kapitalistische Bewegung von Arbeitern" (S. 45) herabsah, ohne sich bewußt zu sein, daß diese Radikalität eigentlich recht wohlfeil war und weniger sanktioniert wurde als ein spontaner Streik. Diese Kritik berührt jedoch nicht die Richtigkeit des radikalen Anspruchs auf Emanzipation. Sich dieses Anspruchs zu erinnern, ist gerade notwendig in einer Zeit, in der durch Radikalenerlaß usw. „Opfer des Bewußtseins" verlangt und dargebracht werden von Menschen, die ursprünglich die Positionen vertreten haben, die auch in Eisenbergs Buch zum Ausdruck kommen.

Frank Dingel

Kritischer Rationalismus und Sozialdemokratie. Hrsg. von Georg Lührs, Thilo Sarrazin, Frithjof Spreer und Manfred Tietzel. Mit einem Vorwort von Helmut Schmidt (= Internationale Bibliothek, Bd. 79). – Berlin und Bonn-Bad Godesberg: J. H. W. Dietz Nachf. 1975. XVI, 482 S.

Der 79. Band der „Internationalen Bibliothek" des sozialdemokratischen Traditionsverlages J. H. W. Dietz, mit dem alten Verlagssignet auf der Titelseite ausdrücklich an die Theoriediskussion der alten Sozialdemokratie erinnernd und von einem sozialdemokratischen Bundeskanzler mit einem Vorwort versehen, verfolgt keine geringere Absicht, als eine wissenschaftstheoretische Lehrmeinung, nämlich den von Karl R. Popper entwickelten „kritischen Rationalismus", als „Philosophie der Sozialdemokratie" (so der Beitrag von Magee, S. 84) einzuführen. Ein Vorgang, der, weil vielleicht von historischer Bedeutung, aufhorchen lassen muß.

Hier die wichtigsten Grundgedanken des „kritischen Rationalismus" in den Worten des programmatischen Einführungsartikels der Herausgeber: „Als Erkenntnislehre gründet er auf dem Prinzip der ständigen kritischen Überprüfung und Revision unserer Theorien anhand der Erfahrungswirklichkeit. Der Erkenntnisfortschritt vollzieht sich durch die Ausmerzung von an der Erfahrung gescheiterten, *falsifizierten* Theorien und ihren Ersatz durch neue Theorien. . . . Sie steht politischen Wahrheitsmonopolen und Heilslehren kritisch gegenüber, weil sie um die Grenzen unserer Erkenntnis, um die Allgegenwart des *Irrtums* weiß. Sie sieht deshalb die freie Konkurrenz der Anschauungen in der Demokratie als die einzig *rationale* Form der politischen Auseinandersetzung an" (S. 2 f.). An Stelle des Versuchs, „abstrakte Zukunftsvisionen" zu verwirklichen (der ohnehin in Totalitarismus zu münden droht), soll die schrittweise Beseitigung konkreter Mißstände durch „Stückwerk-Sozialtechnik" (*piecemeal social engineering*) treten.

Die Herausgeber bemühen sich darum, der Tradition der „kritischen Vernunft" in den sozialdemokratischen Denkrichtungen nachzuspüren. Sie sehen sie in neukantianischen Positionen (Woltmann), dem Revisionismus Bernsteins und schließlich in dem „ethischen Realismus" Nelsons, dessen Denken über Eichler und Weisser das „Godesberger Programm" beeinflußt hat. Die Herausgeber heben zweifellos zu Recht diese älteren Positionen sozialdemokratischen Denkens hervor, die, vom Kantschen Kritizismus beeinflußt, Marxens Hegelianisieren für fatal hielten. Doch die Darstellung der Herausgeber ist lückenhaft, unscharf und unter dem Aspekt des *„piecemeal social engineering"* auch irreführend. Denn neukantianische Einflüsse bewirkten keinesfalls notwendig die Befürwortung einer reformistischen

Politik, wie das Beispiel von Max Adler und Kurt Eisner zeigt, und sozialdemokratische Theoretiker der Weimarer Zeit, die sich als Marxisten verstanden, vertraten eine Politik der sozialen Reformen und behutsamen Sozialisierung in kleinen Schritten, die dem Prinzip der „Stückwerk-Sozialtechnik" nicht widerspricht (vgl. etwa die entsprechenden Äußerungen von Kautsky, Hilferding und Karl Renner).

Der Hauptangriff der Herausgeber und anderer in dem Sammelband vertretener Autoren richtet sich natürlich gegen Marx, der die meisten wissenschaftstheoretischen Todsünden im Sinne des „kritischen Rationalismus" auf sein Haupt geladen hat: Er denke dialektisch, d.h. er lasse in seinem System kontradiktorische Widersprüche zu, ganzheitlich-„holistisch", was dieses Denken zusätzlich „immunisiere", d.h. der Falsifizierung unzugänglich mache, und schließlich abstrakt-utopisch und „chiliastisch", mit totalitären Resultaten in der politischen Praxis. Dem Neomarxismus, für den stellvertretend Habermas fungiert (dem gleich drei der Herausgeber in einem Artikel auf den Leib rücken), wird so gut wie jede wissenschaftliche Redlichkeit abgesprochen.

Die „kritischen Rationalisten" attackieren das umstandslose Hantieren mit dem kapitalistischen „Grundwiderspruch" in Teilen der neomarxistischen Literatur und das bloße Nachvollziehen dialektischer Denkfiguren bei gewissen hegelianisierenden neomarxistischen Autoren gewiß zu Recht (wobei freilich die problemklärenden Verdienste der Rekonstruktionen der „Logik des Kapitals" nicht geringgeschätzt werden sollten). Doch die Art, in der sich die meisten Beiträge mit dem Problem der Dialektik auseinandersetzen, ist – der Beitrag Werner Beckers über die Dialektik der Marxschen Wertlehre sei hier ausdrücklich ausgenommen – viel zu grobschlächtig, als daß die Problemhöhe einer sinnvollen Auseinandersetzung erreicht würde. Die dialektische „Triade" (These, Antithese, Synthese), die ja nur die allerallgemeinste Umschreibung der Struktur dialektischer Denkfiguren ist und, für sich genommen auf soziale und historische Sachverhalte angewandt, zu sinnlosen, bestenfalls trivialen, Ergebnissen führen muß, wird gleich in mehreren Beiträgen angegriffen; Popper zeigt in einem berühmten, hier wieder abgedruckten Aufsatz, daß aus kontradiktorischen Prämissen jede beliebige Aussage, z.B. „Caesar war ein Verräter" und zugleich „Caesar war kein Verräter", abgeleitet werden könne. Nun besteht aber die Struktur der dialektischen Konfrontation bei Marx und in den Systemteilen Hegels, die mit sozialen und politischen Gegenständen zu tun haben, nicht aus (im Sinne der Logik) „kontradiktorisch" gemeinten Aussagen (was Grundlage der *reductio ad absurdum* der Dialektik durch Popper ist). Es handelt sich vielmehr um Strukturen des Begreifens sozialer Verhältnisse, in denen unter bestimmten strukturellen Voraussetzungen (etwa Vereinzelung der Produzenten) die Akteure eine soziale Welt erzeugen, die sich ihnen quasi objekthaft „entgegenstellt", ihr „Gegenteil" ist (oder wie die dialektischen Chiffren sonst lauten mögen). Daß derartige Konstrukte, zu denen dialektische Realanalysen (im Unterschied zu dem leeren Geklapper mit der dialektischen „Triade") gelangen, *a limine* sinnlos, weil unlogisch und somit ohne jeden Erklärungswert, seien, scheint mir noch nicht ausgemacht zu sein. Überraschenderweise erfährt der Leser, daß sich die große *Auctoritas* des „kritischen Rationalismus", nämlich Popper selbst, gegenwärtig mit solchen objektivierten Formen menschlicher Tätigkeit, die, wenn ich es richtig sehe, der eigentliche Gegenstand von Dialektik sind, befaßt: Er arbeite gegenwärtig, so teilt er seinem Gesprächspartner Magee mit, an einer Theorie „der von mir so genannten Welt 3, womit ich die objektive Welt der Produkte des menschlichen Geistes meine. Sie umfaßt objektives Wissen – die Welt der wissenschaftlichen Probleme, Theorien und Diskussionen – aber auch die Welt der objektiven Werke der Kunst" (S. 71). An diesem Gegenstand hätte sich die Frage nach Sinn oder Widersinn von Dialektik problemadäquat entfalten lassen. Die Herausgeber scheinen diese Chance nicht erkannt zu haben.

Das mißliche Ergebnis dieser Rezension ist, daß die Beiträge dieses Bandes kaum in den

Bereich der Kernproblematik von Marxismus und Dialektik vorstoßen. Umgekehrt muß konstatiert werden, daß die Autoren, die sich zum sozialdemokratischen Teil der Arbeiterbewegung bekennen und der marxistischen Denktradition verpflichtet fühlen, bisher einer wirklich problemadäquaten Auseinandersetzung mit der Wissenschaftstheorie des „Kritischen Rationalismus" aus dem Wege gegangen sind. Mißlich ist dies nicht nur für den Fortgang wissenschaftlicher Erkenntnis, sondern auch für die Sozialdemokratie, der eine Theoriediskussion droht, die von „zwei wissenschaftlichen Welten" geführt wird, die einander nicht verstehen können (und wollen?). Im übrigen hat der Dietz-Verlag eine Fortsetzung des vorliegenden Sammelbandes („Kritischer Rationalismus und Sozialdemokratie II. Diskussion und Kritik") angekündigt, der vielleicht dazu beiträgt, die soeben geäußerte Befürchtung zu zerstreuen.

Walter Euchner

HENDERSON, William O.: **The Life of Friedrich Engels.** 2 Bde. – London: Frank Cass & Co. 1975. Fortlaufend paginiert, insges. 853 S.

Friedrich Engels' historische Bedeutung für die Geschichte und Entwicklung des Sozialismus wurde immer durch sein offenes Selbstbekenntnis in seinem Buch über Ludwig Feuerbach, daß alle Kommunisten und Sozialisten gegenüber dem Genie Marx nur Talente gewesen seien, und seinem Ausspruch in einem Brief an J. Ph. Becker, daß er sich zeitlebens damit begnügt habe, hinter Marx die „zweite Violine" zu spielen, mitgeprägt. Das Gros der Monographien und Abhandlungen über den Politiker und Theoretiker Engels aber gab sich mit diesem Bescheidenheitstopos, dieser bewußten Selbstverkleinerung nicht zufrieden. Man versuchte, Engels gegen sich selbst Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, ihn – zumindest partiell – aus dem Schatten des „Titanen" Marx zu lösen und seine Eigenständigkeit und Eigenbedeutung darzustellen. Für die Engelsforschung hat der nicht parteigebundene Historiker Gustav Mayer, der seit 1920 an der Berliner Universität Geschichte der Demokratie und des Sozialismus lehrte, Bahnbrechendes geleistet. Nach einem Wort Franz Mehrings hat er erst den jungen Engels mit der Veröffentlichung von Briefen und Schriften aus seiner Frühzeit entdeckt und bekannt gemacht; selbst enge Freunde und Vertraute von Engels wie Karl Kautsky wußten darüber so gut wie nichts. Diesen Vorarbeiten ließ Mayer 1920 zu Engels' hundertstem Geburtstag seine großartige Engels-Biographie, deren erster Band Engels' Entwicklungsgang bis 1850 beschreibt (der zweite erschien erst 1934 in Den Haag), folgen. [1] Ihre historische Objektivität, die Abgewogenheit im Urteil, die Klarheit und literarische Qualität der Darstellung, der Blick für das Wesentliche und schließlich die philosophische Durchdringung des Stoffs fanden sofort bei den sonst so divergierenden sozialistischen Richtungen von Bernstein bis Kautsky ungeteilte Anerkennung und haben eigentlich einen bis heute nicht überholten Maßstab der gesamten Marx-Engels-Biographik aufgerichtet. Auf diesen neuen Erkenntnissen aufbauend wollte der Austromarxist Max Adler in seiner Gedenkschrift „Engels als Denker" zeigen, daß Engels nicht, wie allgemein angenommen, als Interpret und Popularisierer der Marxschen Lehre zu gelten habe, sondern daß der Marxismus in bezug auf seine systematische Durchführung und vor allem seine Entstehung zugleich ein „Engelsismus" sei. [2] Im selben Tenor feiert auch Lukács in seinem Geburtstagsartikel Engels als einen der „allerersten Helden und Märtyrer" des Proletariats, der originär die Methode des historischen Materialismus auf Fragen der Militärstrategie und -organisation

1 Gustav Mayer, *Friedrich Engels. Eine Biographie.* 2 Bde. Bd. 1: *Friedrich Engels.in seiner Frühzeit*; Bd. 2: *Friedrich Engels und der Aufstieg der Arbeiterbewegung in Europa,* Den Haag 1934, Neuauflage Köln 1975.

2 Max Adler, *Engels als Denker. Zum 100. Geburtstag von Friedrich Engels,* Berlin o. J., S. 4.

angewandt habe und,über Marx hinausgehend,als Schöpfer einer marxistischen Staatstheorie anzusehen sei. [3] Dabei wird Mayers Ansicht, daß Engels früher als Marx durch seine Analyse der sozialen Verhältnisse in England die Strukturen des modernen Kapitalismus begriffen und die Bedeutung des ökonomischen Faktors für die Entwicklung der Gesellschaft im Klassenkampf richtig eingeschätzt habe, weitgehend übernommen und zugrundegelegt. Aber trotz aller nun möglich gewordenen Differenzierungen des Verhältnisses von Engels zu Marx gehen alle diese Arbeiten nicht von der Konstruktion eines Gegensatzes zwischen den beiden Denkern aus, sondern münden schließlich im Aufweis der fundamentalen Gemeinsamkeiten ihrer dialektisch-materialistischen Geschichtsauffassung in Theorie und Praxis.

Von diesem Ansatz geht auch die neue, umfangreiche Engelsbiographie des englischen Wirtschaftshistorikers W. O. Henderson aus, der durch Arbeiten zur deutschen Wirtschaftsgeschichte des 19. Jahrhunderts, insbesondere den Zollverein, und als Herausgeber und Übersetzer von Engelsschriften ins Englische als Fachmann bestens dafür ausgewiesen scheint. Die Biographie, zweibändig wie die Mayers, macht auf den ersten Blick einen respektablen Eindruck. Allein die Anmerkungen – insgesamt über 2500 – lassen erkennen, welche Mühe und Fleiß der Autor zur Durchforschung seines Gegenstands aufgewandt hat. Leider läßt die recht kümmerliche Bibliographie am Ende des zweiten Bandes keinen Überblick über die zitierte Literatur zu; dafür muß man Anmerkung für Anmerkung durchgehen. Über die Motivation des Autors zu seiner Arbeit erfährt der Leser ebenfalls außer dem Gemeinplatz, daß das Verständnis von Leben und Werk Friedrich Engels' für Ursprung und Entwicklung des Marxismus wesentlich sei, daß seit der Veröffentlichung von Mayers Engelsbiographie neues Material der Forschung zugänglich wurde und Henderson diese Forschungsergebnisse für den englischen Leser zusammenstellen wolle, in der Einleitung nichts Konkretes. Diese bescheidene Zielsetzung steht in umgekehrt proportionalem Verhältnis zu den dafür aufgewandten Mitteln. Denn anläßlich dieser Arbeit läßt sich keineswegs wieder von einer epochemachenden Leistung der Engelsforschung sprechen, ja streng genommen nicht einmal von einem neuen Impuls. Was Henderson vor dem Leser ausbreitet, scheint die verkehrte Nutzanwendung aus dem Motto „multum, non multa" zu sein: denn er bietet nur viele Details, aber wenig Zusammenhänge. Die Distanziertheit des Historikers, der sich in weiser Zurückhaltung lieber eines Urteils enthält, als ungesicherte Meinungen zu verbreiten, kann kaum für das methodische Substrat seiner Arbeit gelten. Dazu hätte er sich erst einmal auf das Niveau Mayers hinaufarbeiten müssen. Da dieser Eindruck von der Gesamtanlage und Komposition der Biographie her nicht entsteht, scheint eher eine Kapitulation vor den Stoffmassen vorzuliegen. Anders läßt sich m.E. die Monotonie und Langweiligkeit seines Stils nicht erklären. Es erinnert an das pausenlos eintönige Rattern und Poltern eines Eisenbahnwagens, wenn Henderson über hunderte von Seiten hunderte von Malen Sätze nach demselben ermüdenden Muster von der Art „In March 1848 ... In 1851 ... On March 18 ... 1852 ... In 1857 ..." usw. usw. aneinanderreiht. Daß jedoch die Kriterien einer reinen Chronologie für eine Biographie nicht genügen und sich damit nicht decken, scheint Henderson völlig entgangen zu sein. Sein summativ-kumulativer Typ einer faktenhörigen Biographie ist das reine Gegenstück zu dem Typ der reflexiv-interpretativen Biographie, wie ihn Mayer vertrat. Die Wahl ist aber keine Frage des bloßen Geschmacks, sondern immer eine der Sache selbst. Auch Henderson gewinnt sein Engels-Bild mittels einer bestimmten Auswahl und der damit zusammenhängenden spezifischen Akzentuierung. Auf der Folie des Stands der Engelsfor-

3 Georg Lukács, *Zum hundertsten Jahrestag der Geburt Friedrich Engels'*, in: ders., *Revolution und Gegenrevolution. Politische Aufsätze II* (= Sammlung Luchterhand, Bd. 122), Darmstadt 1976, S. 169-176.

schung trägt das, was er wegläßt oder überschlägt, genauso zum Gesamturteil über „seinen" Engels bei, wie das, was er schreibt. Um es kurz zu sagen, Henderson präsentiert einen „englischen Engels". Obwohl er aus den heute zugänglichen Quellen manche Einzelheit zu Herkunft und Entwicklung von Engels mitzuteilen weiß, wo Mayer die Lücken noch mangels Kenntnissen elegant überpinselte, gilt Hendersons Hauptaugenmerk dem Emigranten Engels, der von 1850-69 als „Cottonlord" (Teilhaber der Firma Ermen & Engels) in Manchester und danach bis zu seinem Tod im Jahre 1895 in London in der Nähe und in Zusammenarbeit mit Marx als Parteitheoretiker und Privatgelehrter wirkte. Über Engels' pirvate und öffentliche Aktivitäten während seiner Englandzeit erfährt der Leser haarklein auch Geringfügigkeiten; mit Buchhaltergenauigkeit wird die Höhe von Engels' Einkünften und Ausgaben sowie seiner Dotationen an Marx registriert. Die Mitteilung von Zahlen scheint eines der Hauptanliegen von Henderson zu sein. Die Probleme der Philosophie und Ideologie, Engels' geistige Herkunft, sein und Marx' Verhältnis zu den Führern der deutschen Arbeiterbewegung, das Ringen um den theoretischen Führungsanspruch innerhalb der organisierten Arbeiterklasse Deutschlands und Europas sind dagegen stark unterbelichtet und ermangeln des gedanklichen Tiefgangs. Der philosophische Entwicklungsgang des jungen Engels von Hegel und Schelling zu den Junghegelianern und Marx, von Mayer glänzend dargestellt, wird bei Henderson auf wenige dürre Angaben reduziert. Engels' Rezeption der Hegelschen Philosophie, die sein ganzes Denken bestimmte, bei Mayer in den zwei zentralen Kapiteln „Weltanschauung" und „Geschichtsauffassung" umfassend und adäquat abgehandelt, erledigt Henderson in ein paar Nebensätzen. Aus dem Blickwinkel Hendersons erfährt der Leser von den geistigen Strömungen, in denen Engels stand, nichts Nennenswertes; nichts von der tiefen Verehrung des jungen Engels für Goethe, nichts von der Bedeutung Ludwig Börnes für das Junge Deutschland des Vormärz und für Engels. Entsprechend werden auch Engels' ideologisch und philosophisch wichtige Schriften, der „Anti-Dühring", die „Dialektik der Natur" oder die Feuerbach-Schrift nur mehr oder minder kurz erwähnt und abgehakt, der Jugendschrift „Die Lage der arbeitenden Klasse in England" von 1845 wird als einziger dagegen ein ganzes Kapitel zugedacht und ihr Inhalt ausführlich referiert. Damit entstehen für die Beurteilung von Engels' Persönlichkeit unangemessene Gewichtsverteilungen und falsche Proportionen. Ganz zu schweigen von Hendersons Eifer, möglichst alle deutschen Ausdrücke und Marx-Engels-Zitate ins Englische zu übersetzen, wodurch sich oft genug ein schiefer Sinn ergibt; so, wenn er ohne Bedenken „Sturm und Drang" mit „storm and stress" wiedergibt, oder den marxistischen Begriff der Bourgeoisie durch den soziologisch unschärferen der Middle Classes ersetzt, so daß schließlich die marxistische Dialektik des Klassenantagonismus in einer soziologischen Schichtenlehre aufzugehen droht. Die Liste des Vermißten und des Unangemessenen ließe sich beliebig verlängern. Über Engels' Verdienst und Verdienste erfährt der Leser viele Zahlen und Daten, doch statt eines eigenen Standpunkts, eines gedanklichen Resümees, findet man nur einen Dokumentenanhang am Ende. Genügt das aber, um das Ganze „The Life of Friedrich Engels" zu nennen? Sinnvoller und gelungener wäre aus dem Material eine Studie über Engels und England geworden. Da aber so mit der Lokalbrille eine Gesamtschau, – ein neuer Mayer –, gemacht werden sollte, kann man leider nur vermelden: In Sachen Engels aus England nichts Neues.

Bernd Wirkus

HONEYCUTT, Karen: **Clara Zetkin: A Leftwing Socialist and Feminist in Wilhelmian Germany.** – Ph. D., Columbia University 1975. 481 S. Xerox University Microfilms 1975, 75-27, 425, Ann Arbor, Michigan 48106.

Die Dissertation ist eine Studie über Clara Zetkins Leben und politisches Schaffen bis zum Ersten Weltkrieg. Clara Zetkin, geb.

Eißner (1857-1933), nach Friedrich Engels und August Bebel die führende Theoretikerin zur Frauenfrage innerhalb des sozialistischen Lagers vor dem Ersten Weltkrieg und zugleich deren eifrigste Verfechterin, ist bis zum heutigen Tage aus der Parteigeschichte der Sozialdemokratie weitgehend verbannt. Zetkins kompromißlose Stellung innerhalb des linken Parteiflügels bis zum offenen Bruch mit der Partei und schließlich ihr Übertritt zur neugegründeten KPD diskreditierten ihren Namen so weit, daß ihre früheren Funktionen und Verdienste in Vergessenheit gerieten.

Eine umfassende Biographie der ersten Führerin der deutschen und der europäischen Frauenbewegung, der bedeutenden Repräsentantin der Sozialdemokratie und der Zweiten Internationale bis zum Ersten Weltkrieg, der Funktionärin der KPD und der Dritten Internationale nach 1918 fehlte bislang im Westen, obwohl eine solche Arbeit zur Erforschung der Frauenbewegung und wichtiger Parteiströmungen und -entwicklungen unter Zetkins Mitwirkung schon lange wünschenswert gewesen wäre. – Die Arbeit ist keine Sozialgeschichte der deutschen Frauenbewegung, auch kein komprimierter Überblick über die Konstituierung der sozialistischen Frauenbewegung. Diese Themen werden nur gestreift, sofern sie Zetkins Leben und politische Arbeit betreffen. Eine Geschichte der deutschen sozialdemokratischen Frauenbewegung steht demnach immer noch aus.

Die Studie verfolgt den Lebensweg von Clara Zetkin von ihrer Kindheit an durch alle Stadien ihrer persönlichen Entwicklung und politischen Laufbahn bis zum Ersten Weltkrieg. Über die biographische Information hinaus versucht die Autorin, die gesellschaftlichen, intellektuellen und psychologischen Faktoren aufzuzeigen, die Zetkins Kampf für Frauenwahlrecht und Sozialismus bedingten. Ihr Leben spiegelt treffend die wechselnde Rolle der Frauen im 19. Jahrhundert in Europa.

Clara Zetkin wurde wie viele Angehörige der Mittelklasse von der Sozialdemokratie angezogen wegen ihrer humanitären Ziele und ihrem Eintreten für Freiheit und Gleichheit von Männern und Frauen. Ihre Lebensgeschichte ist das Produkt des Zusammentreffens der Arbeiterbewegung mit der Frauenbewegung; denn erst im späten 19. Jahrhundert fand die Idee der Gleichheit des weiblichen Geschlechts ihre programmatische Forderung durch die sozialistische Bewegung. Zetkin sah die überkommene Familienstruktur als Folge früherer Produktionsverhältnisse und forderte folglich, daß unter veränderten Arbeitsbedingungen der Frauen außer Haus auch ein struktureller Wandel der Stellung der Frau in Familie und Gesellschaft erfolgen müsse. Dabei hielt sie – im Unterschied zur bürgerlichen Frauenbewegung – die volle Frauenemanzipation nur in einer sozialistischen Gesellschaft für möglich, in der die Ursachen aller Unterdrückung und Ausbeutung beseitigt sind.

Seit ihrem ersten öffentlichen Eintreten für die internationale sozialistische Frauenbewegung in Paris 1889 diente sie dieser Aufgabe über ein Vierteljahrhundert innerhalb der SPD. Als Redakteurin der Frauenzeitschrift „Die Gleichheit", die 1914 eine Auflage von 125 000 Exemplaren erreichte, schulte sie von 1891 bis zu ihrer Amtsenthebung 1917 das politische Bewußtsein der Frauen und unterstützte sie in ihrer Forderung nach Recht auf Arbeit und gleicher Beschäftigungsmöglichkeiten, gleicher Bezahlung, gleicher Erziehung und allgemeiner gesellschaftlicher und politischer Gleichberechtigung. Der klassenkämpferische Stil und die radikale Sprache der Frauenzeitschrift sowie ihr hohes intellektuelles Niveau gaben immer wieder zu Kritik Anlaß. Zetkins Vorliebe für eine doktrinäre, kompromißlose Stellungnahme entsprach ihrer lebenslangen konsequent marxistischen Überzeugung: „Perhaps as the result of a certain moral absolutism developed under the influence of her pious father; perhaps due to her early contact with Russian socialists in Leipzig, or to her early training in Marxism, or to her experience of poverty in Paris, or to a combination of these, Clara Zetkin never revealed the least twinge of sympathy for revisionism, . . " (S. 461). – In der Auseinandersetzung innerhalb der Frauenbewegung und bei den Hauptfragen der innerparteilichen Diskussion wie der Agrardebatte, dem Revi-

sionismusstreit, der Massenstreikdebatte und der Stellungnahme zu Imperialismus, Kolonialismus und Krieg vertrat sie immer den linken Parteiflügel.
Mehr am revolutionären Sieg der Arbeiterbewegung denn an der organisatorischen Reform des Staates interessiert, legte sie im Unterschied zur Mehrheit der Parteiführer weniger Gewicht auf den Ausbau der Parteiorganisation denn auf die Bewußtseinsschulung der Massen. Sie vertrat die Partei weitgehend in ihrer Stellung zur Bildungs- und Kulturpolitik und unterstützte als Mitglied des Zentralbildungsausschusses seit 1906 den linken Parteiflügel, der politische Bildungsarbeit als Einheit von marxistischer Theorie und politischer Praxis sah und eine intensive Eliteschulung neben einer breiten Massenbildung betreiben wollte. – Die Studie endet mit dem Austritt Clara Zetkins aus der SPD, an deren Aufbau sie jahrzehntelang in den verschiedensten Führungsgremien mitgewirkt hatte.
So wie nach dem Ersten Weltkrieg ein neues Kapitel der europäischen Geschichte einsetzte, begann auch für Clara Zetkin innerhalb der KPD und der Dritten Internationale ein neuer Wirkungsabschnitt. Da sich die Quellen für diese Jahre in der DDR und in der Sowjetunion befinden, kann vom Westen aus z. Z. keine befriedigende Untersuchung dieses Zeitraums durchgeführt werden. – Clara Zetkins Ruhm, der heute noch in der kommunistischen Welt lebendig ist, umgab sie bereits zu ihren Lebzeiten. Hier wurde ihr Name zum Programm der kommunistischen Frauenbewegung, so wie auch die Geschichte der Arbeiterbewegung als Propaganda für die kommunistische Gesellschaftsordnung herangezogen wird.
Die Autorin, die mit offener Bewunderung, aber auch mit kritischem Urteil an die Person und die Lebensgeschichte von Clara Zetkin herantritt, kennzeichnet ihren Standpunkt als den einer engagierten Feministin und Marxistin in hegelianischer Interpretation von Georg Lukács und Herbert Marcuse. Im Unterschied zu vielen anderen Arbeiten politisch fixierter Parteihistoriker erhält der Leser jedoch nie den Eindruck einer doktrinären Interpretation, die im Nachhinein noch zu verurteilen und zu rechtfertigen sucht. – Die Arbeit zeugt von einer gründlichen und umfassenden Materialsammlung, wobei viele noch nicht publizierte Quellen, insbesondere Zetkins Briefwechsel mit ihren Parteifreunden, ausgewertet wurden. Es wäre zu begrüßen, wenn die Arbeit auch in deutscher Übersetzung einem breiteren Leserkreis zugänglich gemacht würde.

Christa Söllner

LANDES, David S.: **Der entfesselte Prometheus. Technologischer Wandel und industrielle Entwicklung in Westeuropa von 1750 bis zur Gegenwart** (= Studien-Bibliothek). – Köln: Kiepenheuer & Witsch 1973. 597 S.

Die deutsche Fassung des 1969 erschienenen „Unbound Prometheus" will eine Lücke füllen, die durch das wachsende Interesse an der Geschichte der Technik entstanden ist. Der Autor versucht, auf breiteste Quellengrundlage gestützt, die Wechselbeziehung von technischer Innovation und deren ökonomischer Realisierung während der letzten 200 Jahre in Westeuropa darzustellen und zu analysieren, wobei ihm bei der Komplexität des Themas bewußt ist, sich „auf den berühmten roten Faden ... konzentrieren" zu müssen (S. 51), den er jedoch stillschweigend als gegeben voraussetzt. Der „rote Faden" entpuppt sich in seiner historischen Dimension als bloße Chronologie, in seiner inhaltichen als Beschränkung auf die hervorragendsten Erscheinungen und Ergebnisse, wobei Quantität und Qualität technologischer Erläuterungen im umgekehrten Verhältnis zur fortschreitenden Zeit stehen: über technologische Prozesse und Interdependenzen bei der Entstehung der Textilindustrie und Metallurgie, der Konstruktionstechnik von Dampfmaschinen und der Werkzeugmaschinenindustrie erfahren wir Genaueres als von der Elektronik, über deren Kern sich der Autor nur in falschen Verallgemeinerungen verbreitet: „Das zentrale Problem der drahtlosen Nachrichtenübermittlung besteht darin, über eine gewisse Entfernung ohne Benutzung eines Zwischenmediums Signale

auszusenden oder [!] zu empfangen. Im Prinzip können diese Signale mit jedem [!] Sinnesorgan wahrgenommen werden" (S. 393). Dem durch den „technischen Fortschritt" ermöglichten audiovisuellen Terror nun gleich alle Sinnesorgane zu opfern, macht an diesem beliebigen Beispiel den ideologischen Charakter der Arbeit von Landes deutlich, der zwischen Apologie der Technik und Zivilisationspessimismus schwankt, und der nur durch das Aufrechterhalten des machtpolitischen status quo wie dem des wirtschaftlichen und technologischen Gefälles das angeschlagene ökologische Gleichgewicht garantiert sieht (S. 510 f.). Daß Landes gleichzeitig die immanenten Probleme der Technik ignotiert, ist politisch das kleinere, wissenschaftlich das größere Übel, denn im „Prinzip" bestand das „Problem" wohl eher in der reversiblen, verzerrungsfreien Transformation von hör- (später auch seh-)baren Schwingungen in den nicht hör- bzw. sehbaren Frequenzbereich zwecks reibungsfreier Übertragung über weite Entfernungen durch nichtfeste Körper – die jenseits aller Sinnlichkeit dennoch zu den Medien zählen – in alle Richtungen und ohne Zeitverlust. Sicherlich ist es für den Geisteswissenschaftler schwer, sich in die immanenten Probleme der Technik einzuarbeiten und deren gesellschaftliche Dimension zu entdecken, und diese Schwierigkeit wächst mit der Dauer und der Intensität technologischer Prozesse. Bei Landes endet technisches Verständnis mit dem Aufkommen der chemischen Industrie: „die Produktion von Chemiegütern ... [ist] definitionsgemäß die Umwandlung der Materie für produktive Zwecke ... " (S. 253). Da die historische Einschätzung des fertigen Produkts eine ebenso große gesellschaftliche Ignoranz verrät, droht das Ganze zur Plauderei eines vielseitig Belesenen herabzusinken: „Beim Radio handelt es sich um ein Produkt, dessen Nützlichkeitswert bei geringem Einkommen steigt und das deshalb von den armen Leuten mehr als von den reichen gekauft wird. (Das Fernsehen ist hierfür wohl ein noch besseres Beispiel.)" (S. 396). Aber nicht nur im Detail übt Landes Nachlässigkeit, auch komplizierte Prozesse ‚erklärt' er mit einer atemberaubenden Nonchalance: Es war schlicht der „Druck der Nachfrage auf die Produktionsweise", der England zum Mutterland der ersten industriellen Revolution werden ließ (S. 82). Es hieße den Rezensionsteil der IWK sprengen, alle Plattitüden des Autors geradezurücken. Es sei hier nur auf die ans Strafbare grenzende Behauptung von Landes hingewiesen, „1870 [hätte] ... die industrielle Landkarte Europas im wesentlichen dasselbe Aussehen wie heute" gehabt (S. 218). Allein auf dem Gebiete der Bundesrepublik ließen sich ohne Mühe vier größere industrielle Regionen nachweisen, die in den letzten 80 Jahren von agrarischen zu Industrielandschaften verwandelt wurden. Die Entwicklung anderswo in Europa war nicht minder revolutionierend. Da Landes' Verständnis von der „industriellen Entwicklung" historisch überholt ist, entgehen ihm die Entwicklungen der Agrartechnologie, der Genetik, der Mikrobiologie, der Medizin etc. Weil dem Autor Problembewußtsein ein Fremdwort ist, ist die Klammer, die die verschiedenen Teile seiner Arbeit zusammenhält, nicht jener „rote Faden", sondern sein durchaus fragwürdiges literarisches Talent, und so verwundert es nicht, wenn das Ganze in mythologischen Schlußmetaphern zusammengefaßt wird.

Unter dem Strich bleibt ein unausgewogenes Buch mit einem sehr guten ersten Kapitel über die Anfänge der industriellen Revolution in England – vor allem die Darstellung über die gegenseitige Abhängigkeit von metallurgischen Möglichkeiten, steigenden Ansprüchen an die Präzision der Metallverarbeitung und die Notwendigkeit der Standardisierung bei der Herstellung von Werkzeugmaschinen verdient Beachtung – und mit einer über weite Strecken ungenauen Darstellung, die zwar dem interessierten Laien, der die Absicht hat, sich in die Geschichte der Technik einzuarbeiten, eine Fülle von Anregungen bietet, die aber den Anforderungen einer allgemeinen Einführung in eine an der Entwicklung der Technologie orientierten Wirtschaftsgeschichte nicht genügt. Dem steht auch die grobe Kapiteleinteilung entgegen, deren pseudoliterarisch formulierte Überschriften ab-

stoßen. Der Index ist eher originell als sachlich.

Dirk H. Müller

Moderne Technikgeschichte. Hrsg. von Karin Hausen und Reinhard Rürup (= Neue Wissenschaftliche Bibliothek, 81 – Geschichte). – Köln: Kiepenheuer & Witsch 1975. 431 S.

Mit diesem Sammelband machen die Herausgeber auf einen jungen historischen Forschungszweig aufmerksam, dessen Vorgeschichte sie in der Einleitung kurz skizzieren: Um die Jahrhundertwende begannen Techniker für Techniker die Genealogie technischer Innovationen aufzuarbeiten, der Fachhistoriker stand diesem Unterfangen fern. Seit etwa 15 Jahren wenden sich Wissenschaftler verschiedener Disziplinen den Problemen der Technikgeschichte zu, angeregt durch die Wachstumsdebatte der Wirtschaftswissenschaften in den 50er Jahren, die den „technischen Fortschritt" als einen entscheidenden Wirtschaftsfaktor einführte. Von nun an gings bergauf. Den umfangreichen und unterschiedlichsten Forschungsansätzen ist es – trotz einer Reihe von Versuchen – bis heute noch nicht gelungen, die Grundbegriffe dieser Disziplin (Erfindung, Entdeckung, Entwicklung, Innovation, Verbesserung . . .) dem umgangssprachlichen Vorverständnis vollends zu entziehen und historisch wie systematisch zu präzisieren, was dem doppelten Umstand geschuldet ist, einerseits als eigenständige Disziplin noch im Anfangsstadium sich zu befinden, andererseits als Hilfswissenschaft schon so sehr in Anspruch genommen zu sein, so daß der Nachholbedarf den Identitätsprozeß erschwert.
Auf welchem unterschiedlichen Stand sich diese gleichermaßen interdisziplinäre wie internationale Wissenschaft im angelsächsischen, französischen und westdeutschen Raum befindet, dokumentieren die sechzehn Beiträge, die sechs verschiedenen Aspekten zugeordnet wurden: Gegenstand und Methode der Technikgeschichte; Naturwissenschaft und Technik; Technik und Wirtschaft I (Theoretische Probleme); Technik und Wirtschaft II (Innovationsprozesse); Technik und Industriearbeit; Technik, Staat und Politik.
Vertreter der marxistisch-leninistischen Technikgeschichte kommen leider nicht zu Wort, da die notwendigen Nachdruckgenehmigungen nicht zu erlangen waren. Daß sie in den informativen, einführenden Vorbemerkungen zu den einzelnen Kapiteln nicht berücksichtigt werden, vermittelt nur dann den faden Beigeschmack einer Returkutsche, wenn man nicht weiß, wie arbeitsintensiv die Auswahl, Aufbereitung und Kommentierung fremdsprachiger Texte zur Einführung in einen neuen Wissenschaftszweig ist. Dieser Mangel wurde in der ausgezeichneten und gut untergliederten Bibliographie behoben.
Die Herausgeber führen den Leser in medias res der spannenden und vielfältigen internationalen Diskussion der Technikgeschichte, die in Westdeutschland von der Historisierung der Industriesoziologie einerseits und von der sich der konkreten Arbeitsplatzsituation zuwendenden Geschichte der Arbeiterbewegung andererseits neue Impulse zur Überwindung der nur technik-immanenten Fragestellung zu erhalten scheint.

Dirk H. Müller

Klassenkampf, Tradition, Sozialismus. Von den Anfängen der Geschichte des deutschen Volkes bis zur Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der Deutschen Demokratischen Republik. Grundriß. Hrsg. vom Zentralinstitut für Geschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR. Herausgeberkollektiv unter der Leitung von Ernst Diehl. – Berlin: Deutscher Verlag der Wissenschaften 1974. 794 S.

Die vorliegende Untersuchung zur Geschichte des deutschen Volkes im Sinne einer Darstellung der sozioökonomischen, historisch-politischen und kulturellen Entwicklungsprozesse im deutschsprachigen Raum von den Anfängen der Menschheit bis hin zu einer Analyse der DDR-Gesellschaft im Jahre 1973 muß als ein wissenschaftlich bedeut-

sames Ereignis gewertet werden, und zwar in zweierlei Hinsicht: zum einen ist hier der Versuch unternommen worden, gesellschaftliche Entwicklungsprozesse, die sich über einen Zeitraum von mehreren tausend Jahren erstrecken, in einem Grundriß (794 S.), d.h. in einer gestrafften, aber dennoch flüssig geschriebenen Form dem Fachmann wie dem wissenschaftlich interessierten Laien vorzustellen. Auf der anderen Seite wurde versucht, dieses thematisch weitgefächerte Projekt von einem materialistischen, genauer marxistisch-leninistischen Theorieansatz aus anzugehen. Gemäß diesem Ansatz sind in der Geschichte bestimmte allgemeine sozioökonomische Gesetzmäßigkeiten wirksam – seien es die Gesetzmäßigkeiten in der Abfolge der ökonomischen Gesellschaftsformation oder das „Gesetz der Übereinstimmung der Produktionsverhältnisse mit dem Charakter der Produktivkräfte", die Gesetze des Klassenkampfs u. a. Auf der Basis dieses theoretischen Denkansatzes wird – anknüpfend an die Engelssche Lehre von den fünf Gesellschaftsformationen (Friedrich Engels, „Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats") – in der Untersuchung die Menschheits- und damit auch die deutsche Geschichte in folgende gesellschaftliche Epochen untergliedert: die Urgesellschaft, die Sklavenhalterordnung, der Feudalismus, der Kapitalismus und der Sozialismus.

Die Darstellung der politischen, ökonomischen und soziokulturellen Machtstrukturen in den einzelnen gesellschaftlichen Formationen besorgten sieben, aus namhaften DDR-Historikern zusammengesetzte Arbeitsgruppen. Ihre unter der Leitung eines Herausgeberkollektivs erfolgte Arbeit wurde zusätzlich unterstützt von „interdisziplinär zusammengesetzten Kommissionen" (S. 16). – In Anbetracht der Breite des Themas können hier nicht die Forschungsergebnisse der DDR-Historiographie im einzelnen diskutiert und auf ihre Haltbarkeit überprüft werden. Als generelle Aussage kann jedoch die Feststellung getroffen werden, daß bei den DDR-Historikern das Bemühen erkennbar ist, die für alle fünf Gesellschaftsformationen typischen Zusammenhänge und Interdependenzen zwischen politischen und sozioökonomischen Entwicklungsprozessen aufzuzeigen.

Auffallend an der Strukturierung des Stoffes ist die Tatsache, daß der Darstellung der ersten drei Gesellschaftsformationen (Urgesellschaft, Sklavenhalter- und Feudalgesellschaft) knapp 200 Seiten gewidmet sind, während die einzelnen Phasen der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaftsepoche immerhin auf mehr als 280 Seiten abgehandelt werden; dagegen werden für die Analyse des Aufbaus und der Entwicklung der sozialistischen Gesellschaftsordnung auf deutschem Boden – zunächst in der SBZ und dann später in der DDR – mehr als 300 Seiten aufgewandt. Diese konzeptionell ungleichgewichtige Anlage der Arbeit läßt die Frage aufkommen, ob der Titel des Buches dem Anspruch der Verfasser voll gerecht wird, eine Geschichte des deutschen Volkes „von den Anfängen ... bis zur Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der DDR" zu schreiben.

Leider verzichten die Autoren auf ein Literaturverzeichnis, das dem Experten wie dem wissenschaftlich interessierten Nichtfachmann die Möglichkeit gegeben hätte, sich mit einzelnen Problemen und Fragestellungen vertieft auseinanderzusetzen. Auch ein Sach- und Personenregister sucht man vergebens. Gleichwohl bietet dieser Grundriß eine Fülle von Informationen, Daten und Thesen, von denen zu hoffen ist, daß sie auch den nichtmarxistischen Theorieansätzen verpflichteten Historikern und Politikwissenschaftlern in der BRD Ansatzpunkte für eine sachliche und kritische Diskussion bieten werden.

Horst Dähn

WENDE, Peter: **Radikalismus im Vormärz. Untersuchungen zur politischen Theorie der frühen deutschen Demokratie** (= Frankfurter Historische Abhandlungen, Bd. 11). – Wiesbaden 1975. 228 S.

Ursprünglich, so bekennt Peter Wende in der Einleitung zu seiner als Habilitationsschrift angenommenen Untersuchung, sei

es seine Absicht gewesen, die Politik der Linken im Verlauf der Revolution als den Beginn einer demokratischen Bewegung in Deutschland eingehender zu schildern und zu analysieren. Diese historische Analyse müsse jedoch vom „Selbstverständnis der demokratischen Politik", von ihrer „Doktrin", ihrem „Prinzip" ausgehen. Die Untersuchung der praktischen Politik verlange daher, die Relation von programmatischer Doktrin und parteipolitischer Aktivität darzustellen.

In dieser Analyse des radikalen demokratischen Gedankens und des sich entwickelnden Programms sollen – so Wende – vorzugsweise solche Konzepte berücksichtigt werden, die zur Durchsetzung der politischen Vorstellungen entwickelt worden sind. Diesen Ansatz sieht Wende schon dadurch gerechtfertigt, als es für die politische Theorie des demokratischen Radikalismus geradezu typisch ist, daß dieser die Theorie nicht von der Praxis trennt; die Entwicklung der Theorie wird bereits als ein erster Schritt der Praxis verstanden. Und dabei geht es Wende nun um „die für den Historiker stets bedeutsame Frage nach dem Verhältnis von Gedanke und Tat". Diese Frage – so entscheidet der Autor – „verlangt die ideengeschichtliche Form der Untersuchung."

Soweit vermag man die Ableitung der Forschungsfrage noch nachzuvollziehen. Im Verfolg der methodischen Ansätze jedoch wird es ärgerlich. Mit dem von ihm selbst gewählten ideengeschichtlichen Einstieg in den Problemkreis „radikal-demokratische[r] Theorie" sieht sich Wende in eine Verteidigungsposition gedrängt, wobei er sich den erwarteten Angriff erst selbst aufbauen muß. Die methodische Front, gegen die Wende meint vorgehen zu müssen, ist von ihm allerdings (absichtlich?) sehr schwach konstruiert: die „Herrschaft einer sterilen marxistischen Orthodoxie über die Wissenschaft" habe zu „Simplifizierungen" geführt, die im Ergebnis darauf hinauslaufen „alle Ideen als Ideologien, d.h. im Sinne der marxistischen Wissenssoziologie als falsches Bewußtsein zu entlarven." Unter einem solchen Aufsatz werde seine „Fragestellung nur zu dem Ergebnis führen, die demokratische Theorie der Zeit . . . als Reflex der ökonomischen Interessenlage des Kleinbürgertums zu entzaubern". Als gäbe es für ein vulgärmarxistisches Überbau-Basis-Schema wirklich ernsthafte Verteidiger, wird Ernst Bloch bemüht; hier hätte auch der viel nähere Zeitgenosse Friedrich Engels (in seinem Brief an Joseph Bloch oder demjenigen an Conrad Schmidt von 1890) sprechen können.

Das Ungleichgewicht der methodischen Diskussion wird noch an anderer Stelle deutlich, dort nämlich, wo Wende für den Dogmatismus des Positivismus und sein „beklagenswertes Versäumnis", Forschungsarbeiten über die gesellschaftliche und politische Entwicklung früherer Demokratisierungstendenzen unterlassen zu haben, die Formel bereit hält: dies sei „verständlich, da historisch erklärbar".

Angesichts der methodischen Diskussion über den Zusammenhang von historischem Positivismus und seiner politischen Indienstnahme für je zeitgenössische politische Ziele und auch angesichts der Ansätze, um die sich die moderne Sozialgeschichte als historisch-kritische Sozialwissenschaft bemüht, können Wendes allgemeine methodische Erörterungen nicht befriedigen. Einer Erwähnung dieser wissenschaftspolitisch auch so bedeutsamen Diskussionen hätte es zumindest bedurft – wenn schon die Auseinandersetzung mit diesen Positionen nicht geführt wird.

Zum Gegenstand der Arbeit, d.h. der politischen Theorie der frühen deutschen Demokratie, sind bereits an anderer Stelle kritische Ausführungen gemacht worden (vgl. Walter Grab in der „Frankfurter Rundschau" vom 15.6.1976). Hinzuzufügen wäre, daß sich Wende zwar vorgenommen hat, zu prüfen, ob sich für den deutschen Vormärz eine demokratische Theorie nachweisen läßt. Bei der Auswahl der behandelten Theoretiker war der Autor selbst offensichtlich etwas unsicher, denn sie erscheint ihm auch als „zufällig und buntscheckig". Einen Fröbel und Hagen, Nauwerck, Ruge, Struve und Wirth daher zu einer „politischen Gesinnungsgemeinschaft" zusammenschmieden, ihre Positionen zu Grundfragen des vorrevolutionären Deutschland als einheitliche radikale Theorie zusammenfassen zu

wollen, müßte eigentlich auch dem Autor etwas problematisch erscheinen. Über die behandelten Theoretiker allerdings erfährt der Leser Ausführliches und Wissenswertes.

Dorothea Fitterling

MARTINY, Martin: **Integration oder Konfrontation. Studien zur Geschichte der sozialdemokratischen Rechts- und Verfassungspolitik** (= Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bd. 122). – Bonn-Bad Godesberg: Verlag Neue Gesellschaft 1976. 248 S.

Die hier anzuzeigende Arbeit hat sich die Aufgabe gestellt, „die Chancen reformistischer Strategien an einigen Beispielen zu überprüfen" (S. 10). Angesichts der in Deutschland besonders starken Verrechtlichung sozialer Konflikte war es sicherlich eine glückliche Entscheidung, hierfür die Rechts- und Verfassungspolitik der SPD von den Vorarbeiten zum BGB bis zum Ende der Weimarer Republik auszuwählen – was dort geschah, kann weithin als repräsentativ für das Gesamtverhalten der Partei gelten. Anhand von sieben „Fallstudien", die von der Wahlrechtsreform bis zur Justizpolitik die wichtigsten Felder sozialer Auseinandersetzungen abdecken, wird ein umfassendes Material ausgebreitet, das fast ohne jedes wertende „Beiwerk" referiert wird. Einschätzungen zu gewinnen und Konsequenzen zu ziehen bleibt so dem Leser überlassen – eine Selbstbeschränkung, die gerade gegenüber einem wissenschaftlichen Publikum durchaus vertretbar ist, kann sie doch wenigstens zu einer vorurteilsfreien Faktenrezeption führen und zum Nachdenken auch dort anregen, wo bislang nicht eine Spur von Problembewußtsein vorhanden ist.

Die vom Verfasser vorgelegte Analyse der Wahlrechtsentwicklung (S. 17-53), der Entstehung des BGB (S. 55-71) sowie der Auseinandersetzungen um das Arbeitsgerichtsgesetz (S. 99-125) hat in gewissem Sinn exemplarischen Charakter für Theorie und Praxis der (damaligen) SPD: Das Mehrheitswahlrecht des kaiserlichen Obrigkeitsstaats wurde in dem Moment durch das immer geforderte Verhältniswahlrecht abgelöst, als sich dies aller Wahrscheinlichkeit nach zu Lasten der SPD-Wahlchancen auswirkte, Kooperationsmöglichkeiten mit anderen Parteien und sogar Abstimmungserfolge im Reichstag stellten sich nur ein, wenn die SPD-Vertreter wie im Familienrecht der Sache nach liberale Forderungen vertraten, und die Absicherung gewerkschaftlicher Beratungstätigkeit im Arbeitsgerichtsprozeß gelang nur, weil die Gewerkschaften aus ihrem Organisationsinteresse heraus eindeutig Position bezogen und ihre Stellungnahme ungleich mehr Gewicht hatte als der heftige Widerstand der Anwaltschaft. Solange und soweit Parteiführung und Reichstagsfraktion gewollt oder ungewollt im Interesse des Status quo handelten, war ihnen zumindest teilweise Erfolg beschieden. Auf allen anderen Gebieten lassen sich dagegen keine greifbaren Resultate sozialdemokratischer Rechtspolitik konstatieren. Gegen den von den Unternehmern praktizierten und vom Reichsarbeitsgericht sanktionierten Abbau sozialer Errungenschaften war die SPD machtlos, für eine organisatorische Veränderung der Justiz und einen Wandel konservativ-reaktionärer Richtermentalität fehlte jede eigene Konzeption (S. 212). Man kann sich angesichts dieses Befundes die Frage stellen, ob es nicht die Dinge zum Positiven hin verzerrt, wenn man für den untersuchten Bereich überhaupt von (reformistischer) „Strategie" spricht. Ist die programmatische Festlegung auf das Verhältniswahlrecht oder die staatlich reglementierte Tarifautonomie oder die Sinzheimersche Konstruktion einer selbständigen „Wirtschaftsverfassung" (S. 99) wirklich Ausdruck einer bestimmten Strategie oder handelt es sich nur um ein pragmatisches Taktieren, dessen Fixpunkte das Legitimationsbedürfnis der Parteiführung gegenüber der Mitgliedermehrheit sowie das Organisationsinteresse auf der einen und die konservativen Kräfte auf der anderen Seite waren? Gerade wenn man sich für die zweite Alternative entscheidet, läßt das vorliegende Buch nicht den Schluß zu, reformistische Strategie sei

damals wie heute zum Scheitern verurteilt gewesen. Was es zeigt, sind sehr viel eher die Schwierigkeiten, die schon bei der Konzipierung, erst recht aber bei der Durchsetzung jeder gesellschaftsverändernden Strategie auftreten. Ein wesentliches Verdienst der Arbeit liegt daher darin, der heutigen rechtspolitischen Diskussion einen Fundus an (meist negativen) Erfahrungen zu vermitteln, die von den heute Agierenden üblicherweise nicht zur Kenntnis genommen werden. So könnte es im Hinblick auf die sich immer mehr erweiternde Richterherrschaft in unserem Lande von großem Nutzen sein, die im Grunde hilflosen Versuche der Weimarer Sozialdemokratie in der Justizpolitik als Ausgangspunkt für die Frage zu nehmen, ob nicht das Verhältnis von SPD und Richterschaft auch heute neu überdacht werden sollte. Martiny's Untersuchung kann jedenfalls nicht nur den rechtsgeschichtlich Interessierten, sondern auch den rechtspolitisch Engagierten zur Lektüre empfohlen werden.

Wolfgang Däubler

DUHNKE, Horst: **Die KPD von 1933 bis 1945.** – Köln: Kiepenheuer & Witsch 1972. 605 S.

Die vorliegende Darstellung der KPD von 1933 bis 1945 ist die erweiterte Fassung einer amerikanischen Dissertation, die der Verfasser selbst übersetzt und etwa im Sommer 1971 zum Druck abgeschlossen hat. – Zwei Problembereiche stehen im Mittelpunkt: die kommunistische Widerstandsbewegung in Deutschland selbst und die Politik der Exilführung. Da der Verfasser – dies sei schon vorweggenommen – die *praktisch-politische* Bedeutung sowohl der kommunistischen Widerstandsbewegung als auch der Politik der Exilführung nicht zuletzt angesichts der spezifischen deutschen Situation als relativ gering einschätzen muß, versteht er seine Untersuchung eher „als eine Geschichte und vor allem eine Ideengeschichte eines Teils der kommunistischen Weltbewegung", also „im Rahmen der Gesamtpolitik der Komintern und der Sowjetunion" (Vorwort, S. 11).

An der Einbindung der Politik und Aktivität der KPD in diesen allgemeinen Rahmen sucht der Verfasser bei der Darstellung der verschiedenen kommunistischen Aktionsfelder während der verschiedenen historischen Entwicklungsphasen festzuhalten. Die größeren politischen Etappen sind bekannt: 1. Die „(ultra-)" linke Taktik der KPD während der Endphase der Weimarer Republik bis etwa 1934; 2. dann die Abkehr der KPD von dieser Taktik zur „Einheitsfront von oben", bzw. deren Ausweitung zur Volksfrontpolitik im Zusammenhang mit der sowjetischen Abwendung von Deutschland zugunsten einer kollektiven Sicherheitspolitik gegen Deutschland; 3. das Abrücken der Kommunisten von der Volksfronttaktik 1937/38 zugunsten einer erneuten „linken" Politik auf dem Hintergrund sowjetischer Wiederannäherungsversuche an Deutschland; 4. das Verhalten der Kommunisten nach dem Paktabschluß mit Deutschland bis zum Überfall Hitlers auf die Sowjetunion; 5. schließlich der erneute taktische Wechsel 1941/42, bzw. die Wiederanknüpfung an den Gedanken antifaschistischer Bündnisse nach dem Überfall Hitlers und der Herausbildung der Anti-Hitler-Koalition.

Es ist leider unmöglich, auf knappem Raum auf alle wesentlichen kritikwürdigen Aspekte der vorliegenden, umfangreichen Arbeit einzugehen. So sei hier nur auf einige wenige Punkte hingewiesen: Der Schwerpunkt der Arbeit liegt eindeutig auf der Darstellung der organisatorischen Entwicklung der Gesamtpartei, auf der politisch-organisatorischen Tätigkeit und Aktivität der Parteiführung, der kommunistischen Widerstandsgruppen im Lande, sowie vor allem aber in dem Versuch, tatsächlichen Erfolgen und Mißerfolgen dieser Aktivität auf die Spur zu kommen. Zu diesen Schwerpunkten breitet der Verfasser eine ungewöhnliche Fülle von Material aus, auch unter Benutzung ostdeutscher Forschungsergebnisse, aber in Auseinandersetzung mit „Geschichtslegenden", vor allem über die Stärke und Realität des deutschen kommunistischen Widerstandes.

Was Duhnke hier an Datensammlung leistet, ist in der Tat eindrucksvoll.
Allerdings ist der Rezensent ein wenig rat- und hilflos, aus der Fülle des vielfach phänomenologisch Dargebotenen durchgängige Thesen des Verfassers hier kurz zusammenzufassen. Der Leser dürfte das Gefühl nicht ganz los werden, daß die im Vorwort behauptete mindere realpolitische Relevanz *deutscher* kommunistischer Aktivität ihn selbst zu einem gewissen einseitigen organisatorisch-personalistischen Detaillismus verführt hat, der den analytischen Gehalt des Werkes zu erdrücken scheint. Sicher kann man von einem Autor nur mit Einschränkung die Behandlung von Problemen fordern, die er selbst nicht aufwirft. Immerhin will aber Duhnke mit der Darstellung der KPD – laut Vorwort – einen Beitrag zur Ideengeschichte eines Teils der kommunistischen Weltbewegung im Rahmen der Politik der Komintern und der Sowjetunion liefern. Mit diesem Anspruch tauchen aber schon eine Reihe fundamentaler methodischer und inhaltlicher Probleme auf, mit denen er sich nicht grundsätzlich und systematisch auseinandersetzt. Welche Bedeutung und welchen Stellenwert haben überhaupt „Ideen" (Theorien, Konzeptionen, Taktiken auf der Basis von „Ideen"?) für Parteien, die – nach Überzeugung des Verfassers – von der Komintern abhängig waren und ihre jeweiligen taktischen (und konzeptionellen?) „Schwenkungen" den gerade zwischen 1933 und 1945 so stark wechselnden sowjetischen außenpolitischen Bedürfnissen verdankten? Welche Probleme des Selbstverständnisses, sowie der Möglichkeiten und Grenzen politischen Handelns ergeben sich für sogenannte außengelenkte Parteien in nichtsowjetischen Gesellschaften usw.? Zumindest könnten aber eine zureichende Auswertung von Quellen- und Sekundärliteratur, begriffliche Klarheit und eine kohärente Gedankenführung erwartet werden. In dieser Beziehung finden wir jedoch eine ganze Reihe von Unzulänglichkeiten, Unklarheiten und vor allem widerspruchsvollen Aussagen, auf die hier nur in aller Kürze und beispielhaft hingewiesen werden kann.

In seiner als Einleitung verstandenen Darstellung der KPD am Ende der Weimarer Republik hat der Verfasser die bis zum Abschluß seiner Arbeit erschienene, teilweise konträre, aber weiterführende Literatur [1] nicht mehr berücksichtigt, sondern reflektiert den damaligen „widerspruchsvollen" Diskussionsstand auch auf der Grundlage unsystematischer Benutzung kommunistischer Primärquellen. Bedenklicher sind aber die Widersprüche, in die sich der Verfasser selbst verwickelt. So erklärt er das Verhalten der KPD gegenüber dem Nationalsozialismus und der Sozialdemokratie aus der „stalinschen Doktrin" (S. 85) und der Überzeugung der Komintern sowie der KPD (S. 27 und S. 58), wonach ein Sieg des Nationalsozialismus das Vorspiel zur proletarischen Revolution sein würde. Zum Beleg bringt er kommunistische Primärquellen (S. 85, An. 87), die dieser Behauptung glatt widersprechen, bzw. sie *entscheidend* relativieren, sowie ein Manuilski-Zitat (S. 28), das er einem Buche von Georg Schwarz entnimmt. Dieses Buch aber will er an anderer Stelle wiederum nur „mit Vorsicht als Quelle" benutzen (S. 22, Anm. 29). Diese angebliche Doktrin Stalins steht nun allerdings mit dem von Duhnke angenommenen sowjetischen Interesse an stabilen Beziehungen zu Hitler-Deutschland (S. 93) im Widerspruch, auch zu seiner Vermutung, Stalin habe eine „echte Zusammenarbeit" zwischen KPD und SPD aus Furcht vor „revolutionären Erfolgen" (S. 53) verhindern wollen. Zur Frage revolutionärer Chancen in Deutschland bis 1933/34 macht der Autor jedoch widersprüchliche Aussa-

1 Z.B. die Arbeiten von Karlheinz Niclauss, *Die Sowjetunion und Hitlers Machtergreifung. Eine Studie über die deutsch-russischen Beziehungen der Jahre 1929-1935*, Bonn 1966; Nicos Poulantzas, *Fascisme et dictature. La 3me internationale face au fascisme*, Paris 1970 (dt. Ausgabe München 1974); Thomas Weingartner, *Stalin und der Aufstieg Hitlers. Die Deutschlandpolitik der Sowjetunion und der Kommunistischen Internationale, 1929-1934*, Berlin 1970.

gen. So wird die Komintern-These vom „Heranreifen einer revolutionären Situation" als „ziemlich leere revolutionäre Phrasendrescherei" bezeichnet (S. 498), an anderer Stelle die Propagierung einer proletarischen Revolution noch *nach* der Machtergreifung vom Verfasser konstatiert, „obwohl die Lage in Deutschland diesem Ziel nicht mehr entsprach" (S.114). Entsprach also eine „revolutionäre Phrasendrescherei" einmal einer „Lage in Deutschland"? Dies erfahren wir nicht.

Ähnliche Widersprüche und Unklarheiten durchziehen auch andere Teile dieser materialreichen Darstellung. Zum Ursprung, der Motivation und dem Verlauf der sowjetischen außenpolitischen Umorientierung 1934/35 und der Bedeutung des damit verbundenen Beginns einer kommunistischen Volksfrontpolitik finden wir an verschiedenen Stellen verschiedene, ja widersprüchliche Aussagen. So wird der ernsthafte Wille der Sowjetunion zur antideutschen „antifaschistischen" kollektiven Sicherheitspolitik sowohl behauptet (S. 163, S. 304 f. und S. 308) als auch aufgrund ideologischer Grundeinstellungen der Sowjetunion über den „imperialistischen Charakter" der Westmächte infrage gestellt (S. 281). War Deutschland nun weniger „imperialistisch", mußte die Sowjetunion dann überhaupt auf Bündnispartner verzichten? Schlimmer ist, daß Duhnke die These Franz Borkenaus (in: „European Communism", New York 1953), „ernstlich in Betracht ziehen" will, die Sowjetunion habe mit ihrer prowestlichen Politik nur den Preis für einen Pakt mit Hitler erhöhen wollen (S. 94). Der Verfasser verzichtet nicht nur auf die versprochene Betrachtung, sondern hat übersehen, daß Borkenau diese These Krivitzkys (W. G. Krivitzky, „In Stalin's secret service", New York 1939; dt. Ausg.: „Ich war in Stalins Dienst", Amsterdam 1940), ausdrücklich für unbeweisbar hält. [2]

Welchen Sinn hatte nun die Volksfrontpolitik der Komintern und der KPD, die der Autor so ausführlich schildert? Von Max Beloff („The Foreign Policy of Soviet Russia", 2 Bde, London und New York, 4. Aufl. 1963) übernimmt er die These, daß diese Politik weder sozialreformerische oder gar revolutionäre Aktionen mit auslösen, sondern lediglich bürgerliche Regierungen stützen sollte, die für das Bündnis mit der Sowjetunion eintraten (S. 277). An anderer Stelle hält Duhnke diese „landläufige" (S. 262) Erklärung für ergänzungsbedürftig. Diese Ergänzungen finden wir dann in zwei Zusatzthesen, die in Wirklichkeit im *Widerspruch* zur oben genannten These stehen: 1. Der eigentliche Sinn der ganzen Volksfrontpolitik, besonders auch der der KPD, sei die Spaltung der sozialistischen Opposition gewesen (S. 279, 281). Doch der kommunistische Spaltungsgedanke ist alt. Worin unterschied sich dann die Volksfronttaktik *wesentlich* von vorangegangenen Taktiken? Warum wehrte sich denn die „sektiererische" Mehrheit der KPD gegen eine bloß neue Spaltungs*methode?* 2. Die Volksfront sei kommunistischerseits als neues Übergangsstadium zur proletarischen Revolution aufgefaßt worden, da an der Forderung nach Hegemonie in einem Bündnis mit anderen Parteien und am Endziel der Revolution zumindest während der ersten Phase der Volksfrontpolitik festgehalten wurde. Damit hätten die Kommunisten eine Konzeption verfolgt, die dann seit 1945 im großen und ganzen realisiert werden sollte. Diese Thesen unterscheiden nicht differenziert genug zwischen aktuellen, kurzfristigen und langfristigen Zielvorstellungen. Immerhin ist doch auch zu fragen, auf welche langfristigen Ziele ein Kommunist nicht verzichten *kann,* will er sich nicht als Kommunist aufgeben. Die unproblematisierte Verbindung volksfrontpolitischer Konzeptionen besonders der KPD mit der weitgehenden „Realisierung" 1945 stellt eine undifferenzierte ex-post-Betrachtung dar und billigt darüber hinaus der Sowjetunion und der KPD eine politische Weitsicht zu, die die Kommunisten aufgrund des „wissenschaftlichen Marxismus" für sich selbst in Anspruch nehmen. So erwähnt z.B. der

2 Duhnke benutzt die englische Fassung des Buches von Borkenau. In der dem Rezensenten vorliegenden deutschen Ausgabe (*Europäischer Kommunismus,* München 1952), ist der entsprechende Passus auf S. 105 zu finden.

Verfasser die Annahme der KPD, der Hitler-Stalin-Pakt würde 5 bis 6 Jahre dauern, in einer Fußnote *ohne* eigenen Kommentar (S. 409, Anm. 30).
Die Darstellung der Phasen von 1938 bis 1941, bzw. 1942/43 erscheinen dem Rezensenten im ganzen als gelungener, insbesondere die Darstellung der Reaktion der KPD auf den Abschluß des Hitler-Stalin-Paktes (S. 341-351), außerdem weniger widerspruchsreich, wenn auch analytisch nicht ausgeschöpft. Insbesondere zwei Komplexe in diesen Abschnitten erscheinen bemerkenswert: 1. Der Ansatz einer konzeptionellen Divergenz zwischen der KP-Linie im sowjetischen Exil und der Widerstandsgruppe Schumann-Engert-Kresse (S. 491 ff., S. 495 ff., und S. 501 ff.); 2. Die Darstellung der Widerstandsgruppe „Rote Kapelle" (S. 463-479), sowie die wohltuend differenzierte, gegen Auffassungen mancher „bürgerlicher" Historiker gerichtete Stellungnahme zum Problem des Landes- bzw. Hochverrats.
Also insgesamt ist diese Arbeit eine materialreiche Darstellung über sehr komplexe politische Entwicklungsphasen der KPD, Komintern und Sowjetunion mit erheblichen analytischen Schwächen, und Unklarheiten in der Benutzung auch von Begriffen wie „Ideologie", „Macht", „Dialektik" usw. Ist dies ein Grund, warum das voluminöse Werk keine problemorientierte Einleitung und Zusammenfassung hat, daß der Verfasser in seiner Literaturliste formal nicht zwischen Primär- und Sekundärliteratur unterscheidet? – Der Band schließt mit einem Anhang von wichtigen Dokumenten der KPD.

Thomas Weingartner

HOFSCHEN, Heinz-Gerd, Erich OTT und Hans Karl RUPP: **SPD im Widerspruch. Zur Entwicklung und Perspektive der Sozialdemokratie im System der BRD** (= Kleine Bibliothek, Bd. 64). – Köln: Pahl-Rugenstein 1975. 182 S.

Die Autoren stellen sich die Aufgabe, „von materialistischer Position aus die Entwicklung der westdeutschen Sozialdemokratie, ihre Stellung und Funktion im politischen System der Bundesrepublik sowie den Prozeß ihrer inneren Differenzierung zu untersuchen." (S. 9). Hierzu schließen sie in ihre Analyse die politische und ökonomische Entwicklung der BRD, die staatliche Wirtschaftspolitik, Lage, Aktivität und Bewußtsein der Arbeiterklasse ein. Mit dieser Vorgehensweise beziehen sie ihren eigentlichen Untersuchungsgegenstand auf seine gesellschaftlichen Entwicklungsbedingungen und bleiben – im Gegensatz zu vergleichbaren anderen Arbeiten – nicht bei einer abgehobenen Organisations-, Ideen- oder gar Personengeschichte stehen. Dabei muß sich ein so komplexes Vorhaben bei einem Buch von etwa 180 Seiten Umfang selbstverständlich auf einen grundrißhaften Überblick konzentrieren.
Das besondere Augenmerk der Autoren gilt der inneren Differenzierung sozialdemokratischer Politik. Dieser Aspekt zieht sich durch die gesamte Darstellung der SPD-Entwicklung seit 1945. Im Schlußkapitel werden die Hauptströmungen in der gegenwärtigen SPD typologisch zusammengefaßt und nach ihren Perspektiven befragt. Die Autoren sehen drei Hauptrichtungen am Werke, die sie als „integrationistisch" (d.h. auf Integration der Lohnabhängigen in das in seinen Grundelementen uneingeschränkt zu konservierende kapitalistische Gesellschaftssystem angelegt), „reformistisch-sozialistisch" (d.h. partiell der Marxschen Klassenanalyse verpflichtet, an sozialistischen Zielvorstellungen orientiert, aber prinzipiell nur auf Reformen ausgerichtet und in ihrer praktischen Tätigkeit einseitig auf den institutionellen Rahmen des parlamentarisch verfaßten bürgerlichen Staates festgelegt) und als marxistisch bestimmen. Wirksamen Einfluß reformistisch-sozialistischer Kräfte lokalisieren sie bei den Jungsozialisten, den Falken, der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA), in einzelnen Parteibezirken wie Hessen-Süd und in den Gewerkschaften. Ferner zählen sie hierzu Minderheiten der sozialdemokratischen Bundestags- und Landtagsabgeordneten „sowie einige sogenannte ‚Altlinke', z.B. Jochen Steffen, Harry Ristock, Peter von Oertzen u.a., die eine Minderheitsposition im Parteivorstand der SPD einneh-

men" (S. 162). Einzelne marxistische Kräfte existieren im Bereich der Intelligenz und der sozialdemokratischen Gewerkschafter. In organisierter Form werden sie repräsentiert vom SHB, von Teilen der Falken und der „Juso-Linken".

Die Geschichte der SPD von 1945 bis zum Godesberger Programm wird in den beiden einleitenden Kapiteln interpretiert als Prozeß der politischen und ideologischen Anpassung an restaurierte monopolkapitalistische Verhältnisse in Gesellschaft und Staat und somit des nahezu vollständigen Triumphs der integrationistischen Richtung. Mit der Übernahme von CDU-Positionen in der Außen- und Deutschlandpolitik folgte dem in den sechziger Jahren aber noch eine „Phase der weitestgehenden Anpassung" (S. 56), in deren Ergebnis sich die SPD schließlich als eine Partei darstellte, „die sich als modernerer und effektiverer Verwalter des kapitalistischen Systems anbot und die darüber hinaus eine größere Loyalität der Arbeiterklasse dieser Gesellschaftsordnung gegenüber garantieren konnte als die CDU" (S. 61).

Der Schwerpunkt der Untersuchung liegt auf den Jahren von 1966/67 bis 1972/73. Die Wirtschaftskrise von 1966/67 markierte nach Ansicht der Autoren in doppelter Hinsicht einen Wendepunkt. Zum einen ließ sie das wirtschaftspolitische Scheitern der CDU/CSU deutlich werden und bereitete den Regierungseintritt der SPD vor. Zum andern veränderten sich in der Folge der Wirtschaftskrise aber auch die gesellschaftlichen Bedingungen sozialdemokratischer Politik: Die Krise widerlegte die Legende von einem auf Dauer störungsfreien Kapitalismus und von einer auf ihm beruhenden „pluralistischen Gesellschaft", in welcher der Antagonismus von Lohnarbeit und Kapital aufgehoben sei. Infolgedessen bewirkte sie eine erhebliche Erschütterung des Massenbewußtseins und leitete mit der ihr nachfolgenden Hochkonjunktur zu einer sprunghaften und bis 1973 anhaltenden Steigerung der Streikaktivität über. Diese Momente begünstigten wieder die Ausbreitung systemkritischen Bewußtseins in der BRD, das sich auch in SPD und Gewerkschaften artikulierte. Daraus resultierten neuerliche innerparteiliche Differenzierungen und die Neubildung sozialistischer Strömungen in der SPD. Diese seien mehrheitlich reformistischen Positionen verhaftet, gleichwohl umfasse ihr Spektrum aber auch marxistische Kräfte, die sich allerdings in einer deutlichen Minderheitsposition befänden. Als weiteren Faktor, der in diese Richtung wirkte, bezeichnen die Autoren die Studentenbewegung. Vor allem aber heben sie die – auch in Zusammenhang mit der gewandelten internationalen Situation gestellte – „Neugründung der Kommunistischen Partei" (S. 106) und deren Einfluß in Betrieben und Gewerkschaften hervor.

Die folgende Untersuchung sozialdemokratischer Regierungspolitik seit Bildung der sozialliberalen Koalition konzentriert sich auf das erste Kabinett Brandt/Scheel. Dabei wird vor allem auf die Widersprüchlichkeit einer Reformpolitik abgestellt, die zwar bei der lohnabhängigen Bevölkerung die Hoffnung auf umfassende soziale Verbesserungen, gesellschaftspolitischen Fortschritt und Demokratisierung aller gesellschaftlichen Bereiche weckte (und wecken mußte), trotzdem aber der „Dominanz großkapitalistischer Interessen" (S. 126) überlassen und „primär auf die Verwertungsbedingungen des Kapitals zugeschnitten" (S. 126) war. Diese Ausrichtung habe die sozialliberale Reformpolitik von Anfang an zur Inkonsequenz verurteilt. Ebenso erkläre sich hieraus, weshalb insbesondere mit der erneuten krisenhaften Zuspitzung der wirtschaftlichen Situation seit 1973/74 die versprochenen Reformmaßnahmen immer mehr zurückgenommen wurden und weshalb „die SPD/FDP-Regierung, die mit dem Satz angetreten war, daß sie mit der Demokratie erst richtig anfangen wolle, auch zum Mittel des massiven Abbaus demokratischer Rechte" (S. 128 f.) griff.

Dennoch halten die Autoren als Unterschied einer sozialdemokratisch geführten gegenüber einer CDU/CSU-Regierung fest: „Die SPD ist als Regierungspartei aufgrund ihrer sozialen Basis in der Arbeiterklasse und der sozialen Zusammensetzung ihrer Mitgliedschaft, ihrer Verbindung zu den Gewerkschaften sowie ihrer zunehmenden inneren Differenzierung, die durch die Enttäuschung vieler Sozialdemokraten über die

Regierungspolitik der eigenen Führung verstärkt wird, eher zu Zugeständnissen an die Interessen der Werktätigen bereit als eine rein bürgerliche Partei, die angesichts ihrer Verankerung im Großbürgertum und im ideologisch desorientierten Mittelstand weitaus extensiver von den Mitteln der Repression gegen die Arbeiterbewegung Gebrauch machen kann." (S. 130). Indes mutet diese Einschätzung insofern relativ global an, als das zweite sozialliberale Kabinett nur kurz abgehandelt, die Regierung Schmidt/Genscher nur noch gestreift und somit die Entwicklung seit 1973 kaum noch einbezogen wird.
Die von den Autoren prognostizierte Entwicklung der innerparteilichen Situation der SPD ist zwar in der von ihnen erwarteten Form seither nicht eingetreten. Gleichwohl bleibt aber die in der Studie herausgearbeitete Differenzierung sozialdemokratischer Politik sinnvoll und überzeugend. Daran ändern auch gelegentliche Schwierigkeiten bei der Einordnung einzelner sozialdemokratischer Politiker (wie Peter von Oertzen, Jochen Steffen, Albert Osswalt u.a.) in den vorgestellten typologischen Rahmen nichts. Allerdings hätte eine Auseinandersetzung mit dem Begriff des „demokratischen Sozialismus" die Typologisierung ergänzen können. Schließlich verwundert am Rande die unkritische Übernahme der Begriffe „Entideologisierung" und „Reideologisierung" zur Beschreibung der verschiedenen Phasen der SPD-Entwicklung seit den fünfziger Jahren. Dennoch stellt das Buch insgesamt einen bemerkenswerten Beitrag zur Diskussion um Politik und Funktion der gegenwärtigen SPD dar.

Jürgen Harrer

BUTTERWEGGE, Christoph: **Jungsozialisten und SPD. Die Widerspiegelung sozioökonomischer Entwicklungstendenzen im Verhältnis des sozialdemokratischen Jugendverbandes zu seiner ‚Mutterpartei'.** – Hamburg: W. Runge 1975. 157 S.

Zur Flut der journalistischen gesellt sich nun auch eine der wissenschaftlichen Beiträge zur Entwicklung der Jungsozialisten in der SPD. Der Autor der vorliegenden Arbeit [1] war selbst als Funktionär über mehrere Jahre in der Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten tätig und hat so dem Gros der zu diesem Thema Publizierenden ‚nur wissenschaftlich' Engagierten einiges an Kenntnis voraus. Die vorliegende, überarbeitete, gekürzte und aktualisierte Fassung der aus dem Jahre 1974 stammenden Diplomarbeit des Autors faßt einige seiner Arbeiten zusammen. [2]
Gegenüber dem Aufsatz „Zu Theorie und Praxis der Jungsozialisten in der SPD", in dem in eher phänomenologischer Weise die Entwicklung der Jungsozialisten in eine von 1945 bis 1965 dauernde „Patronisierungsphase" (S. 52), eine daran anschließende und bis 1969 gehende „Politisierungsphase" (S. 53) und eine ab 1969 datierte „Polarisierungsphase" (S. 55) gegliedert wurde, ist nunmehr versucht worden, die drei Phasen mittels materialistischer Analyse auf die ökonomische Entwicklung der BRD zurückzubeziehen. Damit geht Butterwegge über vergleichbare ältere Arbeiten anderer Auto-

1 Butterwegge wurde wegen des von ihm und Harald Hudy publizierten Artikels, *Die rechte Herausforderung*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Jg. 19 (1974), H. 10, S. 996-998, aus der SPD ausgeschlossen. Über das Ausschlußverfahren informiert: Christoph Butterwegge, *Parteiordnungsverfahren in der SPD*, Berlin 1975.

2 Ders., *Zu Theorie und Praxis der Jungsozialisten in der SPD*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Jg. 19 (1974), H. 1, S. 48-69; Detlev Albers, Christoph Butterwegge und Fritz Vahrenholt, *Perspektiven der Jungsozialisten nach dem zweiten Münchener Bundeskongreß und den Landtags- und Kommunalwahlen im Frühjahr 1974*, in: *a.a.O.*, Jg. 19 (1974), H. 5, S. 486-501; auch abgedruckt bei Christoph Butterwegge und Karl Drewes (Hrsg.), *Die Jungsozialisten in München '74. Analysen und Ergebnisse des Juso-Bundeskongresses in München 1974*, Hamburg 1974.

ren hinaus. [3]
Im einzelnen behandelt Butterwegge in drei Längsschnitten jeweils zuerst die ökonomische Entwicklung in der BRD, dann die politische Entwicklung der SPD und schließlich diejenige der Jungsozialisten in der SPD, soweit eine solche festzustellen ist. Im ersten Längsschnitt beschäftigt er sich mit der bundesdeutschen Rekonstruktionsperiode – deren Ende er auf 1966/67 datiert – mit der allmählichen und immer vollständiger werdenden Anpassung der SPD und mit dem diese Anpassung mitvollziehenden Harmoniekurs der Jungsozialisten, die er für die Dauer dieser Periode in toto als bloßen biologischen und ideologischen Zubringerservice (S. 23) der Partei charakterisiert. Leider vernachlässigen diese Passagen nahezu völlig, wie diese Anpassung sich nun im einzelnen vollzog, obwohl diese Verdeutlichung allein die Größe des Unterschiedes zwischen den Jungsozialisten als diese Anpassung mitvollziehender Zubringerservice und den Jungsozialisten nach 1969 als „innerparteilicher Fundamentalopposition" (S. 69) erkennen läßt. Da weder Primärquellen wie die Parteitagsprotokolle noch Sekundärliteratur [4] in ausreichendem Maße aufgearbeitet worden sind, kommt es zu – teilweise schwerwiegenden – Fehleinschätzungen. So führt Butterwegge (S. 16) aus: „Nach den verlorenen Bundestagswahlen der Jahre 1949 und 1953 war es innerhalb der sozialdemokratischen Partei erstmals wieder zu tiefgreifenden ideologischen Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Gruppierungen gekommen." Dagegen sind „tiefgreifende Auseinandersetzungen" längst vorher festzustellen gewesen: So zum Beispiel anläßlich der Formulierung der Grundgedanken eines sozialistischen Wirtschaftsprogramms (1947) und eines Wirtschaftspolitischen Wahlprogramms (1948). Neben diesen, vor allem im „Wirtschaftspolitischen Ausschuß" der Partei sich abspielenden Auseinandersetzungen sind ähnliche Kontroversen auch im „Kulturpolitischen Ausschuß" nachzuweisen, etwa im Fall der Ziegenhainer Erklärung (1947). Auch die, besonders in ihren wirtschaftspolitischen Teilen, sehr widersprüchlichen Ausführungen auf den Parteitagen – bereits seit 1946! – lassen den Schluß auf durchaus tiefgreifende Differenzen und Auseinandersetzungen zu.
Die beiden sich anschließenden Längsschnitte haben derartige Mängel nicht, sie sind im Gegenteil durch Auswertung gedruckter Quellen vorzüglich fundiert und stellen insgesamt die derzeit wohl mit Abstand brauchbarste Analyse der Entwicklung der Jungsozialisten seit 1966 dar, die im Buchhandel erhältlich ist. Im ersten Schnitt wird der Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher Krise 1966/67, der darauf reagierenden sozialdemokratischen Politik in der Großen Koalition und der nicht zuletzt daraufhin sich auch innerhalb der Jungsozialisten verstärkt entwikkelnden Opposition dargestellt. Im zweiten Schnitt wird dann der Wiederaufschwung und die sich stärker ausprägende innere Differenzierung der SPD und die darin eingebettet verlaufende Entwicklung der Jungsozialisten zu einer innerparteilichen Fundamentalopposition erläutert.
Aus der Fülle des verwerteten Quellenmaterials arbeitet Butterwegge schließlich folgende – gerade nach dem Mannheimer SPD-Parteitag von 1975 zutreffend erscheinende – Entwicklungslinie der innersozialdemokratischen Opposition in den vergangenen Jahren

3 Zu nennen sind hier vor allem: Gert Börnsen, *Innerparteiliche Opposition. Jungsozialisten und SPD*, Hamburg 1969; ders. *Entwicklung des innerparteilichen Konflikts*, in: Norbert Gansel (Hrsg.), *Überwindet den Kapitalismus oder: was wollen die Jungsozialisten?*, Reinbek b. Hamburg 1971, und Erhard Eutebach, *Die Rolle der Jungsozialisten innerhalb der SPD*, Betzdorf, 2. Aufl. 1973.

4 Hier sind zu nennen: Helmut Köser, *Die Grundsatzdebatte in der SPD von 1945/46 bis 1958/59. Entwicklung und Wandel der Organisationsstruktur und des ideologisch-typologischen Selbstverständnisses der SPD. Eine empirisch-systematische Untersuchung*, Diss., Freiburg i. B. 1971; Dieter Klink, *Vom Antikapitalismus zur sozialistischen Marktwirtschaft. Die Entwicklung der ordnungspolitischen Konzeption der SPD von Erfurt (1891) bis Bad Godesberg (1959)*, Hannover 1965; Erika König, *Vom Revisionismus zum „demokratischen Sozialismus". Zur Kritik des ökonomischen Revisionismus in Deutschland*, Berlin (DDR) 1964, Nachdruck Berlin (West) 1973.

heraus: Durch die Große Koalition zu neuem Leben erweckt, schloß die Opposition sich etwa seit 1969 enger zusammen und konnte bis zum Hannoveraner Parteitag 1973 personelle und sachliche Erfolge erzielen. Der danach massiv einsetzende „roll back", der vom rechten Flügel der Partei initiiert wurde, drängte die Opposition jedoch bald wieder zurück. Bald nach dem Kanzlerwechsel 1974 arrangierte sich von den opponierenden Teilen zunächst die „Altlinke", dann – spätestens mit dem Wiesbadener Bundeskongreß 1975 – auch die Mehrheit des Bundesvorstandes der Jungsozialisten mit dem „offen prokapitalistischen" (S. 139) Regierungsflügel. Wenn man einmal davon absieht, daß die von Butterwegge verwendeten Termini zur Bezeichnung von Teilen einer sich wieder erkennbarer differenzierenden Sozialdemokratie verschiedenen Typologien (rechts-links, antikapitalistisch-reformistisch-prokapitalistisch, sozialistisch-integrationistisch, . . .) entnommen sind und ihr Gebrauch nicht explizit festgelegt wird, dürfte es sich dabei im Kern um eine der instruktivsten der derzeit vorliegenden Interpretationen handeln.

Hans Willi Weinzen

BERGMANN, Joachim, Otto JACOBI und Walter MÜLLER-JENTSCH: **Gewerkschaften in der Bundesrepublik. Gewerkschaftliche Lohnpolitik zwischen Mitgliederinteressen und ökonomischen Systemzwängen** (= Studienreihe des Instituts für Sozialforschung, Frankfurt/M., Bd. 1, hrsg. in wissenschaftlicher und inhaltlicher Verantwortung des Institutsrats). – Frankfurt/M. und Köln: Europäische Verlagsanstalt 1975. 439 S.

Die hektographierte Fassung dieses Bandes wurde bereits in H. 1/1975 der IWK (S. 125 ff.) besprochen, so daß hier lediglich auf die Veränderungen des Textes im Zuge der Drucklegung einzugehen ist. Tatsächlich hat die inhaltliche Gliederung sich kaum gewandelt – sieht man von dem ausführlicheren Untertitel der Erstfassung und einigen redaktionellen Umstellungen im Inhaltsverzeichnis einmal ab.

Angefügt wurde dankenswerterweise ein Literaturverzeichnis (11 Seiten). Als wichtige Ergänzung sind auch Tabellen über Mitgliederentwicklung und Organisationsgrad westdeutscher Gewerkschaften seit 1950 anzusehen. Als Liter des Instituts für Sozialforschung hat Gerhard Brandt ein neues Vorwort geschrieben, durch das die „kooperative Gewerkschaftspolitik" mehr in den Mittelpunkt der Betrachtung gestellt wird. Dafür fehlt in den Vorbemerkungen der Verfasser die Reflexion der Wandlungen im Forschungsansatz seit Ende der sechziger Jahre, als das Institut sich schwerpunktmäßig der gewerkschaftlichen Problematik zuwandte.

Eine vergleichende Durchsicht des alten und des neuen Textes fördert darüber hinaus eine ganze Reihe aufschlußreicher Varianten, die hier nur typisierend aufgeführt werden können, zutage:

1. Sachliche Korrekturen von Daten, Texten und Fakten, die zweifellos zur Verbesserung beitragen.
2. Variation dialektischer Leerformeln, wenn es etwa in der ersten Fassung heißt „. . . . das Problem der Arbeitsintensivierung auf eine höhere Ebene der Klassenauseinandersetzung zu heben"; und in der Neufassung „. . . . das Problem der Arbeitsintensivierung auf einer breiteren Basis in die Klassenauseinandersetzungen hineinzutragen" (S. 333).
3. Euphemistische Paraphrasierung von Reizworten, indem an die Stelle der Forderung auf „drastische Veränderung in den Organisationsstrukturen" die „Wiedergewinnung der gewerkschaftlichen Autonomie und die konsequente Praktizierung innergewerkschaftlicher Demokratie" (S. 335) als Postulat tritt.
4. Die scheinbare Abschwächung überzogener Thesen durch die Verlegenheitswendung: „Um naheliegenden Mißverständnissen vorzubeugen . . . " (S. 33). Wobei in Wirklichkeit eine wissenschaftliche und politische Auseinandersetzung geführt wird, deren Adressaten und Mediatoren im Hintergrund bleiben.
5. Ideologische Klarstellung gegenüber dem Verdacht gewerkschaftsfeindlicher Absich-

ten durch ein verklausuliertes Bekenntnis zur Einheitsgewerkschaft: „Zwar ist evident, daß in antagonistischen Auseinandersetzungen die Einheitlichkeit der Strategie und die Geschlossenheit der Organisation zu den Erfolgsbedingungen gehören, dennoch können damit nicht die Restriktionen gegen die Austragung innerverbandlicher Kontroversen über Politik und Strategien der Organisationen legitimiert werden" (S. 333).
So aufschlußreich und erhellend die Analyse all dieser Veränderungen sein mag, so legitim die streckenweise gelungene Verbesserung der ersten Fassung, bleibt doch ein Unbehagen zurück. Durch etliche Veränderungen gewinnt der Text weder an Klarheit noch an Gedankenreichtum. Vielmehr entsteht der Eindruck, daß notwendige inhaltliche Korrekturen nur widerstrebend hineingeschrieben wurden – nicht aus Einsicht in die Notwendigkeit, sondern um einer vermeintlichen Zensur zu genügen. Nur so wird es jedenfalls verständlich, daß schwer haltbare Thesen unverändert stehenblieben und ebenso wenig evidente, apriorische Aussagen angefügt wurden, die jene womöglich relativieren sollen, aber letztlich den einen Irrtum durch das andere Mißverständnis paralysieren.
Unklar bleibt auch das Verhältnis dieser Studie zur Geschichte als Sozialwissenschaft. Zwar wird eingangs der Bezug auf die „historische Entwicklung" (S. 9) angesprochen, aber nicht ausgeführt. Später heißt es, das Begriffspaar der „kooperativen" und „konfliktorischen" Gewerkschaft auf „historisch frühere Phasen der Gewerkschaftsbewegung retrospektiv anzuwenden, wäre verfehlt" (S. 33). Weshalb das verfehlt sein sollte, wird nicht weiter verdeutlicht. Es folgt die Verordnung, das Begriffspaar auf die Entwicklung seit der Weltwirtschaftskrise zu beschränken. Aber das überzeugt ebenso wenig wie der Rekurs auf die „befestigte Gewerkschaft" als Oberbegriff. Eine solche Subsumierung der Leistung des IFS unter die Nomenklatur Götz Briefs tut beiden Unrecht.
Nochmals klingt Historie an, wenn als Quellen „Archivmaterialien der Gewerkschaften" (S.13) genannt werden. Dabei handelt es sich nicht um unveröffentlichte, historische Archivalien, sondern um verbandsinterne, hektographierte Texte, Infas-Studien und dergleichen, die zwar nicht in öffentlichen Bibliotheken oder gar im Buchhandel zu erhalten sind, aber doch richtiger als „graue Literatur", denn als exklusives Archivmaterial zu betrachten wären.
All diese Einwendungen können die insgesamt positive Einschätzung einer so grundlegenden Veröffentlichung nicht aufheben. Die historischen Defizite der Soziologie der Gewerkschaften sind zugleich Mängel der Geschichte der Arbeiterbewegung als Sozialwissenschaft. Es bleibt die Frage nach dem fächerübergreifenden Dialog, der beiden Wissenschaften wie der Gewerkschaftsbewegung zuträglich sein dürfte.

Gerhard Beier

WITJES, Claus Winfried: **Gewerkschaftliche Führungsgruppen. Eine empirische Untersuchung zum Sozialprofil, zur Selektion und Zirkulation sowie zur Machtstellung westdeutscher Gewerkschaftsführungen** (= Soziologische Schriften, Bd. 18). – Berlin: Duncker und Humblot 1976. 422 S.

Der Titel dieser umfangreichen Schrift aus der Bochumer Schule Urs Jaeggis wird manchen aufhorchen lassen. Schließlich verdanken wir dieser Richtung die grundlegende Streikstudie von Rainer Kalbitz (besprochen in IWk H. 3/1974). Aus Bochum kamen seit Ende der sechziger Jahre immer wieder Nachrichten über sozialwissenschaftliche Untersuchungen zur neuesten Entwicklung der deutschen Gewerkschaften – ähnlich wie vom Frankfurter Institut für Sozialforschung. Nun also aus Bochum ein erster großer Wurf zur ‚empirischen Elitenforschung' im gewerkschaftlichen Bereich? Das wäre verdienstvoll, denn bislang liegt dazu kaum eine nennenswerte Arbeit vor – sieht man einmal von angelsächsischen Titeln ab. Auch die historische Erforschung der gewerkschaftlichen Führungsgruppen steht noch in den Anfängen.
Der durch Witjes erforschte Zeitraum reicht ungefähr von 1950 bis 1971. Die Materialsammlung wurde Mitte 1972 abgeschlossen,

die Dissertation 1974 vorgelegt und für den Druck noch einmal überarbeitet, ohne freilich die letzten Neuerscheinungen zu berücksichtigen. Was heute vorliegt, erscheint in Umfang, Titel und wissenschaftlicher Aufmachung tatsächlich als grundlegende Arbeit für künftige sozialwissenschaftliche Forschungen und für den geschichtswissenschaftlichen Transfer methodischer und inhaltlicher Erkenntnisse.

Aber bei näherem Hinsehen sind dazu Einschränkungen zu machen. Witjes verzichtet auf eine Ideologiekritik des Elitebegriffs und übernimmt ihn als „Index der Sozialstruktur" (S. 29), ohne überzeugend zu begründen, wieso eine *anti*elitäre Führungsgruppe, ein weitgehend proletarischer Kader im gesellschaftlichen Verteilungskampf um mehr Egalität, also allenfalls eine ‚*Gegen*elite', mit gleichen methodischen Instrumenten zu untersuchen ist wie jene ‚echten' Eliten, die auch ihrem Selbstverständnis zufolge antiegalitäre Zielsetzungen verfolgen.

Hier fehlt der selbständige Forschungsansatz, der seine wissenschaftlichen Fragestellungen – zu einem bislang kaum erforschten Gebiet – doch zunächst einmal der Problematisierung dieses Gegenstandes seiner Untersuchung zu entnehmen hätte. Zwar beruft Witjes sich auf eine ganze Anzahl ‚Intensivinterviews' mit westdeutschen Gewerkschaftsführern. Er legt auch seinen informellen Fragenkatalog offen. Doch hier zeigt sich, daß er seinen Partnern alle möglichen organisationssoziologischen Fragen vorgelegt hat, nicht aber die nach Elitebegriff und/oder solidarischer Führung einer demokratischen Massenorganisation.

Ebenso verzichtet der Autor auf die Überprüfung dessen, was unter einer Gewerkschaft zu verstehen sei. Stattdessen übernimmt er eine Handbuchdefinition, derzufolge es sich um „dauernde Interessenorganisationen von Arbeitnehmern" (S. 34) handeln soll. Nebenher läßt er den Leser im Zweifel, ob diese Definition nun auf Hans-Gerd oder auf Michael Schumann zurückgeht. Gleichwohl: Er reduziert das Verständnis einer sozialen Befreiungsbewegung auf einen Interessenverband und wischt damit die Dialektik von Ordnungsfaktor und Gegenmacht vom Tisch, als hätte es hundert Jahre gesellschaftskritischer Gewerkschaftstheorie gar nicht gegeben. Zwar gewinnt er dergestalt einen Begriff, der seine weiteren methodischen Manipulationen gerechtfertigt erscheinen läßt, aber dem historischen Auftrag der Gewerkschaftsbewegung und dem Selbstverständnis ihrer Führer kann er nicht mehr gerecht werden.

Wer – mit geweckter Skepsis – die weiteren Begriffe untersucht, kann diese Arbeit nicht mehr so ernst nehmen, wie sie ihrem hochgesteckten Titel nach einherstolziert. Zwar sagt Witjes viel Richtiges über Sozialprofil, Selektion und Zirkulation, aber das bleiben doch Hilfskategorien gegenüber ‚Machtstellung' und ‚Führungsgruppen'. Beide wären einer umfassenden inhaltlichen Würdigung und durchgreifenden Kritik wohl wert, sind es doch Grundbegriffe jeder emanzipatorischen Strategie. Aber was Witjes als ‚Machtstellung' untersucht, ist etwas ganz anderes. Er prüft keineswegs die Einflußmöglichkeiten der Gewerkschaften und ihrer „Machtelite" (S. 17) im gesamtgesellschaftlichen Verteilungskampf gegenüber dem wirtschaftlichen Widerpart, sondern widmet sich – nicht ohne Häme (S. 68 f.) – der innergewerkschaftlich herausgehobenen Position besoldeter Führungskader, also in Wirklichkeit der ‚Funktionselite'. Er betrachtet deren delegierte, geliehene und nur selten autonome Macht im inneren, organisationsinternen Widerspruch zu nebenberuflichen Mitarbeitern und zahlenden Mitgliedern, als handle es sich dabei um jenen Grundwiderspruch, dem alle anderen Machtfragen unterzuordnen wären. Das ist eine irreführende Übertragung des dichotomischen oder hierarchischen Modells der Gesamtgesellschaft auf einen Bereich, der erklärtermaßen im Widerspruch zu dieser Machtverteilung interpretiert werden will und anders gar nicht verstanden werden kann. Eine solche Übertragung von Fremdbildern gilt in der sozialpsychologischen Forschung als Verschiebung oder auch als Projektion. Neue Erkenntnisse sind dadurch schwer zu gewinnen, eher alte zu bestätigen.

Und nun zu den ‚Führungsgruppen': Darunter finden sich weder die Vorstände und führenden Mitarbeiter des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), noch die Gewerkschafter in Regierungen und Parlamenten, in den Organen der Europäischen Gemeinschaft, den Selbstverwaltungen der Sozialversicherung, den Aufsichtsräten der Rundfunkanstalten, den Vorständen und Aufsichtsräten mitbestimmter Betriebe, den gemeinwirtschaftlichen Unternehmen etc., nein: Unter ‚gewerkschaftlichen Führungsgruppen' versteht Witjes ganz exakt jene 89 hauptberuflichen Funktionäre, die seit der Gründung westdeutscher Industriegewerkschaften bis Ende 1971 in den Zentralvorständen von IGM, IGBE, DPG und HBV, also bei Metall, Bergbau, Post und Handel tätig waren, darunter mächtige und ohnmächtige. Die Skala reicht von Otto Brenner, gegen dessen Widerstand keine Notstandsgesetze, keine Organisationsreform, keine Programmrevision und keine Vorstandswahl durchzusetzen war, bis zu Wilhelm Pawlik, dem Vorsitzenden von HBV, der sich gewerkschaftlichen Machtinhabern vor allem als Bittsteller präsentierte.

Damit kein Mißverständnis aufkommt: Eine Beschränkung auf bestimmte, abgrenzbare Forschungsfelder ist legitim und oft genug notwendig. Aber was hier an empirischer Forschung nachbleibt, ist eine ‚Untersuchung zum Sozialprofil, zur Selektion und Zirkulation sowie zur innerorganisatorischen Leitungsfunktion von vier zufällig ausgewählten geschäftsführenden Zentralvorständen westdeutscher Einzelgewerkschaften'. Wer darüber etwas erfahren möchte, findet bei Witjes eine Reihe sehr brauchbarer Resultate, die auch der weiteren Forschung nützlich sein können – und sei es nur als Vergleichsmaterial.

Witjes bietet vollständige Informationen über Berufszugehörigkeit und soziale Schichtung der 89 Funktionäre und ihrer Väter. Die vier Zentralvorstände werden in lückenlosen Zirkulationstableaus erfaßt. Dem Autor gelingt auch die Ausweisung der Parteizugehörigkeit in SPD, CDU und KPD. KPO, SAP, Zentrum, ISK oder NSDAP bleiben dabei offen. Aber in dieser Frage sind keine übertriebenen Ansprüche zu stellen. Schließlich wäre auch nach FDP oder Staatspartei zu fragen gewesen. Überzeugend arbeitet Witjes das System „Konsultativer Kooptation" heraus, das bei der Neubesetzung vieler Wahlämter von hervorragender Bedeutung ist. Schließlich kommt der Autor zu dem Ergebnis, daß die gewerkschaftliche Elite sich überwiegend aus dem eigenen Organisationsfeld rekrutiert, ihre Spitzen nur zu einem geringen Teil akademisiert erscheinen und insgesamt gegenüber der allgemeinen Elite in einer weitgehenden Isolierung leben. Das sind Ergebnisse, die einiges zum besonderen Profil dieser Führungsgruppe beitragen. Hier ist weiter zu forschen, und zwar sowohl international vergleichend, als auch rückwärtsgewandt, in die Geschichte hinein.

Ob die quantitative Basis dieser empirisch ermittelten Aussagen in jedem Falle zuverlässig ist, läßt sich durch den Rezensenten nicht immer feststellen. Eine Stichprobe stimmt freilich skeptisch: In den Tabellen 69 und 70 wird die Anzahl der Fach- und Verwaltungsangestellten insgesamt und in den Hauptverwaltungen aufgeführt, also eine organisationssoziologisch höchst aufschlußreiche Größe. Witjes hat dafür die Stichjahre 1951, 1961 und 1971 gewählt. Nur leider kann er für das erste und zweite Stichjahr überwiegend Schätzzahlen nennen, die ihm von seinen Interviewpartnern vorgelegt wurden. Er begründet das mit dem Fehlen entsprechender Angaben in den ‚Geschäftsberichten'. Wer freilich die Geschäftsberichte des DGB nicht konsultiert, sollte mit solchen Angaben vorsichtig sein. Tatsächlich liegt eine entsprechende Aufstellung für 1951 von seiten des Gewerkschaftsbundes auch für die Einzelgewerkschaften vor. Daraus ergibt sich, daß die geschätzten Größen bei Witjes völlig falsch sind. Für HBV und DPG nennt er 1951 nur jeweils 25 Angestellte, nach dem Geschäftsbericht des DGB waren es aber 143 bzw. 156. Darin sind auch technische Angestellte enthalten, so daß die Differenz nicht so kraß ausfällt, doch dürfte Witjes sich um 100 % verschätzt haben. Dasselbe gilt für IGM, wo nach Witjes 380, nach dem Geschäftsbericht 1 042 Angestellte zu verzeich-

nen waren und für IGB mit 118 respektive 461 Angestellten. Durch solche Fehler werden Witjes' Angaben über den Prozeß der Bürokratisierung natürlich zu Größen, die alle Fehleinschätzungen Robert Michels' weit in den Schatten stellen. Bei etwas mehr Problembewußtsein hätte er selber stutzig werden müssen. Oder glaubt er ernsthaft, daß ein gewerkschaftlicher Apparat zu steuern wäre, bei dem auf einen hauptberuflichen Funktionär mehr als 5000 Mitglieder entfallen (S. 303)?

Hier soll keine Besserwisserei geübt werden. Aber der Leser muß wissen, wo er auf Glatteis geführt wird. Gewiß finden sich unter den insgesamt 70 Tabellen auch zuverlässige Aufstellungen zu vielen Themen und Problemen, die gar nicht im einzelnen genannt werden können. Hingewiesen sei nur noch auf die Ressortverteilungspläne (S. 288 ff.) und auf die Satzungssynopse (S. 378). Das sind alles wichtige und kompakte Stoffmassen. Aber das Material ist offenbar so unterschiedlich aufbereitet, daß auch die überwiegend zuverlässigen Passagen in Mitleidenschaft gezogen werden.

Der Leser soll durch diese kritischen Hinweise nicht vom Kauf oder Studium des Buches abgehalten werden. Nur muß er sich tunlichst vorsehen, um nicht hereinzufallen, wenn er die vorliegenden Angaben übernehmen will, weil er andernorts keine besseren findet.

Vor der Gefahr, wissenschaftlichen Suggestionen zu erliegen, ist bei diesem Buch besonders zu warnen. Sie folgt bereits aus der seriösen Aufmachung in einem angesehenen wissenschaftlichen Verlagsprogramm. Hinzu kommt eine überzeugend wirkende, auf hohem Abstraktionsniveau angelegte Einleitung, in der souverän mit Versatzstücken aus den Eliteschriften von Vilfredo Pareto und Gaetano Mosca bis zu Dreitzel, Zapf und – Jaeggi argumentiert wird. Die anschließenden Überlegungen zum Struktur- und Aktionswandel der Gewerkschaften übernimmt der Autor ebenso selbstsicher von Robert Michels und Goetz Briefs. Das wirkt in diesen großen Zusammenhängen durchaus faszinierend und soll hier nicht abgewertet werden. Nur drängt sich die Frage auf, wie das vermittelt werden soll, wenn die engere Thematik und die weniger philosophisch überhöhten Aussagen der interviewten Gewerkschaftsführer zur Sprache kommen.

Witjes schafft sich dazu einen historischen Übergang. Bevor er sein empirisch erhobenes ‚Sozialprofil' vorstellt und erläutert, wagt er noch auf wenigen Seiten ein Kurzreferat der deutschen Gewerkschaftsgeschichte von 1848 bis zur Gegenwart (S. 34 ff.). Das ist gut gemeint und soll offenbar dem Vorwurf ahistorischer Betrachtungsweise entgegenwirken. Tatsächlich erscheint es wissenschaftlich legitim, die Vermittlung von Theorie und Empirie im Prozeß der Geschichte zu suchen.

Aber dieser Teil, dem eine methodische Schlüsselfunktion zukommt, mißrät völlig. Der Autor rutscht scheinbar widerstandslos unter sein eigenes Niveau. Er übernimmt Teile eines chronikartigen historischen Abrisses, wie er in der einen oder anderen kostenlosen DGB-Broschüre angeboten wird. Diese dürftigen Informationen versetzt er willkürlich mit seinen aus der Theorie herbeigezogenen Fragestellungen. Dabei unterlaufen historische Irrtümer (falsche Daten, Anachronismen, sachliche Fehler) in fast jedem Absatz.

Das sei dem fachfremden Autor nicht so hoch angekreidet. Verwundern muß nur, daß er aus seiner Perspektive des Soziologen gar nicht den sozialen Prozeß, der sich in den äußeren historischen Daten doch nur spiegelt, zu begreifen versucht, sondern an diesen mehr oberflächlichen Irrtümern hängenbleibt. So unterläuft es ihm, daß er den Zusammenhang von Zentraler Arbeitsgemeinschaft (ZAG) und Weimarer Reichsverfassung auf den Kopf stellt, anstatt den gesellschaftlichen Klassenpakt als Voraussetzung des Verfassungskompromisses zu betrachten. Schlimm wird es vollends, wenn Witjes den berühmten Artikel 165 der Weimarer Reichsverfassung unvollständig zitiert und dabei die wichtigste Aussage – nämlich Gleichberechtigung von Kapital und Arbeit – durch Elisionspunkte ersetzt (S. 43). Das kann passieren, wenn man Verfassungstexte nach Werbebroschüren zitiert. Aber es sollte nicht vorkommen.

Wer nach diesem Kapitel weiterliest, wird

dem Buch gleichwohl manche nützliche Information und aufschlußreiche Erkenntnis entnehmen. Doch es bleibt ein insgesamt sehr unausgeglichenes Werk, in dem Licht und Schatten irrlichternd zusammenfallen. Eine Analyse der Fußnoten, des Literatur- und Quellenverzeichnisses unterstreicht diesen Befund. Leider fehlt ein Sach- und Personenregister, so daß die ‚Durchleuchtung' des Buches nicht leichtfällt. Aber dankenswerterweise hat der Autor jedem Hauptteil und dem Gesamtwerk orientierende Zusammenfassungen angefügt.

Gerhard Beier

MANN, Bernhard: **Die Württemberger und die deutsche Nationalversammlung 1848/49** (= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 57). – Düsseldorf: Droste 1975. 453 S.

Mögliche Einwände der Rezensenten hat der Autor vorweggenommen als er seinen Lesern zubilligte, die chronologische Erzählung als gewählte Darstellungsform werde „altfränkisch" anmuten, werde befremden. Wir wollen hier den Einwand von Bernhard Mann nicht gelten lassen, denn die Schilderung einer bloßen zeitlichen Abfolge der knapp anderthalb Jahre Württemberger Politik für die deutsche Bewegung in der Nationalversammlung und für sie vom Königreich Württemberg aus, ist die als Habilitationsschrift in Tübingen entstandene Untersuchung gewiß nicht. Hier wird vielmehr eine Periode politischer Geschichte von der Heidelberger Versammlung am 5. März 1848 bis zu der in den württembergischen „August-Wahlen" 1949 sich abzeichnenden Reaktion auf das „Scheitern" der Nationalversammlung in ihren wichtigsten Etappen „aus dem württembergischen Blickwinkel" verfolgt, hier werden die Bedingungen des Handelns und Nichthandelns von Württembergern für ihren Staat und für die „in vielerlei staatlichen und dynastischen Loyalitäten organisierte und gebundene 'Nation im Werden'" dargestellt. Mann sucht in seiner Untersuchung aufzuzeigen, wie dabei „die Gewichte zwischen Gesamtdeutschem und Einzelstaatlichem, Nationalismus und Partikularismus verteilt waren".

An dieser Aufgabenstellung schon wird deutlich, daß mit der Arbeit die strengen Grenzen einer Regionalgeschichte gesprengt werden müssen: die Akteure der geschilderten Zeit haben zwar ihren angestammten Platz im Königreich Württemberg; manche wirken zugleich aber auch in der Nationalversammlung und der Zentralgewalt in Frankfurt, die zumindest bis zur Septemberkrise „deutsche Einheit und Größe" unbestritten verkörperte.

In seinem Verhältnis zur Nationalversammlung war Württemberg unter den deutschen Königreichen gewiß insofern ein Sonderfall, als es als einziges die Frankfurter Reichsverfassung vom 28. März 1949 anerkannte. Dieser dem König abgerungene Schritt verdeutlicht die Tendenz der Württemberger, im Land selbst und auch in Frankfurt partikularstaatliche Interessen der Zentralgewalt unterzuordnen. Zugleich suchten sie aber auch partikulare Interessen durchzusetzen, was Mann an der Grundrechts-Diskussion und den daran geknüpften württembergischen Erwartungen sehr deutlich herausgearbeitet hat: Angesichts der dauernden Beeinträchtigungen der durch die württembergische Verfassung von 1819 verbrieften Grundrechte von Seiten des Bundes erhofften sich die Württemberger durch die gesetzliche und institutionelle Absicherung der Volks- und Individualrechte nicht nur ein Ende bundesstaatlicher Intervention; zugleich erwarteten sie auch eine Lösung ihrer partikularen Verfassungsprobleme. Kernpunkte waren hier Landtagsreform mit der Abschaffung der Ersten und der Demokratisierung der Zweiten Kammer, deren Voraussetzung die Abschaffung des Adels oder zumindest seiner Vorrechte war; damit eng verbunden war die Agrar- und Gemeindereform. Außerdem ging es um die Neuordnung der Beziehungen von Staat, Kirchen und Schulen und um die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung. Schließlich stand die Lösung der „sozialen Frage" in diesem Zusammenhang, soweit sie „nicht von der Herstellung der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands ... gleichsam automatisch zu erwarten war".

Partikulare und nationale Lösungen wurden für wiederum partikulare und nationale Probleme gesucht. Insgesamt jedoch – so entscheidet Mann – lag den württembergischen Nationalvertretern in Frankfurt „doch das württembergische Hemd näher als der gesamtdeutsche Rock, vom europäischen Mantel ganz zu schweigen."

Der von Mann gewählte Titel „Die Württemberger und die deutsche Nationalversammlung 1848/49" soll deutlich machen, daß nicht nur die „bekannten und berühmten ‚Männer', die nach Treitschke 'die Geschichte machen'", im Mittelpunkt seiner Darstellung stehen; „die Württemberger ... von ihrem König und seinen Ministern bis zu den politisierenden Schulmeistern und Aktuaren, Handwerkern und Bauern in kleinstädtischen und dörflichen ‚Volksvereinen' und ‚Bürgerwehren'", das heißt auf alle irgendwie erreichbaren politischen Akteure konzentriert sich das Interesse des Verfassers.

Ausführlich setzt sich daher Mann mit der Politik lokaler Vereine auseinander und den Bemühungen, sie zentral zu organisieren. Die Schwäche der gegebenen politischen Struktur Deutschlands, die Dezentralisation, erschwerte selbst in einem Land den Aufbau politischer Organisationen. Regionale und lokale Gründungen „beförderte[n] zwar due Ausbreitung der nationalen und demokratischen Tendenzen und die Politisierung breiterer Schichten zunächst in den Städten und bald auch auf dem flachen Land"; erschwert wurde aber ihre Koordinierung auf ein gemeinsames Ziel.

Bei der sehr breit angelegten Darstellung der Augustwahlen von 1949 in Württemberg wurde dann auch deutlich, daß die Vereine zwar Promotoren zur Parteibildung gewesen sind, daß sie aber keineswegs als eine bloße „Vorstufe" zur Parteibildung angesehen werden können. Dem „Freiheitsbewußtsein", als eines der Charakteristika der Bewegung von 1848/49, wurde dann 1852 mit der Verordnung betreffend die Auflösung mehrerer Vereine die organisatorische Basis entzogen.

Auf die immer wieder untersuchte Frage nach dem „Scheitern" der Bewegung von 1848/49 streicht Mann auf der Grundlage seiner sehr umfassenden Quellenstudien und gewissermaßen als Bilanz der Darstellung jener anderthalb Jahre heraus: „Der Versuch der Württemberger, mit der deutschen Nationalversammlung nicht nur eine bessere Einheit ganz Deutschlands, sondern auch eine freiheitlichere Fortbildung ihrer Landesverfassung, und, beides ohne Gewalt zu erreichen, war gescheitert ..." Nicht die Ablehnung von Revolution als politische Alternative zur Reform ist Ursache, war doch die Nationalversammlung „auch gegen die Revolution" einberufen worden. Im Spannungsfeld von Einheit und Freiheit, in der Entscheidung, erst über eine deutsche Verfassung die Probleme der überkommenen Sozialordnung anpacken zu können, ohne der Nationalversammlung allerdings die Mittel hierzu an die Hand zu geben, machten „ein so ehrgeiziges Programm wie die Schaffung eines unitarischen deutschen Bundesstaates undurchführbar". Zugleich reichte die kurze Phase 1848/49 in Württemberg nicht aus, das Staatswesen gründlich zu reformieren. Damit war „in einem seiner Verfassung und politischen Mentalität nach so ‚fortgeschrittenen' Land wie Württemberg" die „Freiheit wieder zurückgenommen" und der von den Liberalen unternommene Versuch, „Einheit" als nationale Reform zu erreichen, gescheitert.

Die Ergebnisse von Mann haben über die Grenzen des Königreichs Württemberg hinaus Bedeutung. Sie sind sicherlich nicht methodischer Art; sie erhellen aber – gewissermaßen exemplarisch – jene Ereignisse, die weit über die Phase der „gescheiterten" Revolution und ihrer Auswirkungen hinausreichen.

Dorothea Fitterling

KLEIN, Edmund: **Rada Ludowa we Wrocławiu. Centralna Rada dla Prowincji Śląskiej** [Der Volksrat zu Breslau. Zentralrat für die Provinz Schlesien]. – Warszawa und Wrocław: Państwowe Wydawnictwo Naukowe 1976. 408 S.

Am 9. November 1918 entstand in Breslau ein Ordnungsausschuß der städtischen Körperschaften, der sich in einen Volksrat umbenannte und sich ab Mitte November zu einem „Volksrat zu Breslau – Zentralrat für die Provinz Schlesien" entwickelte. Klein, Dozent an der Universität in Wrocław, liefert mit seinem großangelegten Werk eine fast vollständige Monographie dieses Zentralvolksrates. Er behandelt ausführlich die Entstehung des Rates und stellt die politischen und gesellschaftlichen Zustände in der Stadt Breslau dar. Das Buch enthält die genaue Gliederung der Aufgaben des Rates und seines Kompetenzbereiches. Auch sein Verhältnis zu den übrigen zivilen und militärischen Behörden der Provinz wird detailliert geschildert. Besondere Kapitel sind der Politik des Zentralvolksrates gegenüber Oberschlesien sowie den separatistischen Plänen in bezug auf die Gründung eines unabhängigen schlesischen Staates gewidmet. In allen Einzelheiten beschreibt Klein die Arbeit der KPD und USPD in Breslau sowie die Politik des Zentralvolksrates gegenüber den Landarbeitern und den Kleinbauern.
Zwei Tendenzen der politischen Wirksamkeit des Breslauer Volksrates arbeitet Klein besonders heraus: 1. die Bekämpfung des Radikalismus jeder Art in der Bevölkerung, vornehmlich in der Arbeiterschaft. Die antikommunistische Haltung des Zentralvolksrates wurde durch seine gesellschaftliche Zusammensetzung bestimmt, die der bürgerlichen Parole nach „Ruhe und Ordnung" entsprach. Inwieweit sich in dieser Hinsicht der Einfluß der Berliner Behörden geltend machte, hat Klein leider nicht untersucht. 2. untersucht der Verfasser die antipolnische Haltung des Rates und zeigt eindeutig, daß der Rat nicht nur als ein Zentrum des Widerstands gegen die Loslösung Oberschlesiens von Deutschland fungierte, sondern auch die preußische und deutsche Regierung in diesem Sinne zu beeinflussen suchte.
Die Monographie stützt sich auf Materialien, die reichlich in den Archiven von Wroclaw, Potsdam und Merseburg vorhanden sind. Hervorzuheben ist die Ausstattung des Werkes. Es wurden ihm nicht nur die üblichen Indices beigegeben (Personen-, Autoren-, Orts- und Sachverzeichnisse), sondern als Anhang hat der Verfasser wichtige Übersichten beigefügt (über die Zusammensetzung des Rates und seines Vorstandes, die Aufzählung der Beratungen und Konferenzen, ein Verzeichnis aller Druckschriften des Rates). Ich glaube, wir haben es nicht nur in dieser Hinsicht mit einem vorbildlichen Werk zu tun.

Franciszek Hawranek

Międzynarodowy ruch robotniczy [Die internationale Arbeiterbewegung], 2 Bde, Warszawa: Książka i Wiedza 1976, Bd. 1, 815 S., Bd. 2, 855 S.

Dieses Werk wurde von 12 Autoren unter der Leitung von Janusz Gołębiowski, Irena Koberdowa und Jerzy Pawłowicz erarbeitet und bildet das erste in polnischer Sprache verfaßte Handbuch der Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung. Der erste Bd. umfaßt das 19. Jahrhundert und schließt mit dem Jahr 1945 ab; der zweite Bd. behandelt den Zeitraum von 1945-1975. Die Disproportion zwischen beiden behandelten Zeiträumen ist offensichtlich. Als Herausgeber firmiert das Institut der Arbeiterbewegung in der Hochschule für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der PVAP in Warschau.
Im Vordergrund steht die Geschichte der politischen Tätigkeit der Arbeiterklasse. Bd. 1 beschränkt sich fast ausschließlich auf Europa und die USA; nur in den letzten Kapiteln widmet man den übrigen Erdteilen mehr Aufmerksamkeit. Als Vortragsachse dient der langjährige Kampf zwischen dem revolutionären und dem revisionistischen Flügel der Arbeiterbewegung. In diesem Zusammenhang nimmt die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung einen sehr breiten Raum ein: So wird ausführlich die Geschichte der SPD behandelt; Ursachen und Verlauf der Novemberrevolution werden

ebenso detailliert geschildert wie die Entwicklung der Lage in Deutschland zwischen beiden Weltkriegen und die Widerstandsbewegung im Dritten Reich gegen den Faschismus. – Die nichtsozialistischen Arbeiterorganisationen werden in der Darstellung nicht berücksichtigt.
Sehr hoch zu bewerten ist der Umstand, daß die Verfasser dem Leser nicht nur die notwendigen Fakten vermitteln, sondern auch auf die Verallgemeinerung der geschichtlichen Erfahrungen der Entwicklung Wert legen.
Bd. 2 hat eine andere Konstruktion als der erste. Er ist hauptsächlich der kommunistischen Bewegung gewidmet, deshalb wird hier in drei Teilen die Geschichte des Kommunismus in sozialistischen und kapitalistischen Ländern dargestellt. Dabei verdient die gründliche Studie über die heutige Sozialdemokratie von Janusz Gołębiowski besondere Beachtung. Die internationalen Beziehungen der Arbeiterbewegung, auch in der Dritten Welt, werden vorbildlich geschildert. – Das Werk erregte großes Aufsehen, nicht nur in Polen. Es stellt den gelungenen Versuch dar, den Gang der Arbeiterbewegung nach dem Stand der letzten wissenschaftlichen Erkenntnisse darzustellen.

Franciszek Hawranek

MAIMANN, Helene: **Politik im Wartesaal. Österreichische Exilpolitik in Großbritannien 1938-1945** (= Veröffentlichungen der Kommission für Neuere Geschichte Österreichs, Bd. 62). – Wien, Köln und Graz: Hermann Böhlaus Nachf. 1975. XV, 355 S.

Helene Maimanns Wiener Dissertation ist das erste größere Ergebnis der Bemühungen, die Geschichte der politischen Emigration nach den beiden Initialdaten staatlicher Repression in Österreich – 1934 mit seinen im österreichischen Koalitionsdeutsch delikat umschriebenen „Februarereignissen", 1938 mit der „Wiedervereinigung" in einem inzwischen allerdings nationalsozialistischen gesamtdeutschen Reich – jenseits der bisher vorliegenden autobiographischen Interpretation, parteilicher Denkwürdigkeitsliteratur und mehr dokumentarischen Einzeldarstellungen in die kritische Forschung einzubeziehen. Daß dies mit noch größerem zeitlichen Abstand geschieht als die an sich schon weidlich späte entsprechende Entwicklung in der Bundesrepublik, mag angesichts des höchst interessanten Spannungsverhältnisses zwischen österreichischem Exil und Nachkriegsrepublik einerseits verwundern, auf den nächsten Blick aber gerade deshalb nicht ohne Motivation erscheinen.
Waren es nach der Errichtung des autoritären Ständestaats vor allem die Führungskader der Arbeiterbewegung und Milizionäre des Republikanischen Schutzbundes, die zuvörderst in der Tschechoslowakei und – als singulärer Fall kollektiver Asylgewährung durch Moskau – in der Sowjetunion Aufnahme fanden, so folgen nach dem „Anschluß" die Exponenten des christlichsozialen Systems, Vertreter der Habsburger Legitimisten und in großer Zahl die mehr oder weniger passiven Opfer der nationalsozialistischen Rassenpolitik in die Emigration nach Frankreich, Skandinavien, Großbritannien und Übersee. Schon unter diesem Aspekt war das österreichische Exil mit wesentlich differenzierteren ideologischen und emotionalen Strukturen ausgestattet als die Emigrationsbewegung aus dem nationalsozialistischen „Altreich". Als entscheidende Besonderheiten kamen die Frage nach der Existenz einer österreichischen Nation und der Wünschbarkeit und Lebensfähigkeit eines selbständigen Nachkriegsstaats hinzu, die 1943 von den Alliierten proklamierte Aussparung Österreichs als eines ersten Opfers des deutschen Imperialismus aus dem künftigen Schicksal des besiegten NS-Reiches und schließlich, im Vergleich zu Deutschland, die Überrepräsentation des inländischen kommunistischen Potentials durch die Kader der KPÖ im Exil.
Zu Maimanns wissenschaftlichem Verdienst gehört die systematische Überblicksdarstellung der politisch-weltanschaulichen Strukturen, der Organisationsformen und -versuche und der Quantitäten und faktischen Wirkungschancen der Hauptsegmente des

österreichischen Exils – Sozialisten, Kommunisten, Liberale, Christlich-Soziale und Monarchisten mit ihren dissidierenden Sondergruppen und Koalitionen – am Beispiel des Aufnahmelands Großbritannien und mit den erforderlichen zeitlichen und geographischen Exkursen. Die politischen Verhaltensmuster der beiden österreichischen Linksparteien im Exil während der Kriegsjahre decken sich in ihren Grundzügen weitgehend mit denen ihrer reichsdeutschen Bruderparteien: auf seiten der sozialistischen Führung die mit der Willensbildungsbefugnis der unterdrückten Partei in der Heimat begründete Selbstgenügsamkeit der Statthalterschaft und der politischen Vertretung bei den Partei- und Regierungsstellen des Gastlands unter strikter Zurückweisung von Einheits- und Volksfrontversuchen; bei den Kommunisten die konsequente und auf weite Strecken erfolgreiche Organisationsarbeit zur Schaffung einer „Massenbasis" in Form von sozialen, kulturellen und koalitionspolitischen Emigrantenvereinigungen, die je nach den Bedürfnissen etwa der Volksfrontpolitik bzw. der Konzeption einer Nationalen Front im Vorgriff auf die projektierte Nachkriegsordnung einsetzbar sein würden. Erst nach der Moskauer Deklaration vom Oktober 1943 über die Wiedererrichtung eines unabhängigen österreichischen Staats hat das „Londoner Büro" der Exilsozialisten seine „großdeutschen" Vorstellungen von einer gesamteuropäischen Nachkriegsrevolution aufgegeben, in deren Rahmen das traditionelle Programmziel des deutschen sozialistischen Einheitsstaats trotz NS-Anschluß hätte verwirklicht werden sollen. Durch die Gründung der „Österreichischen Vertretungskörperschaft" mit Repräsentanten der Freien Gewerkschaften, der Demokraten und Christlich-Sozialen hat es die SPÖ in Großbritannien schließlich verstanden, dem nationalösterreichischen Anspruch der Kommunisten mit ihrem Free Austrian Movement ein Gegengewicht zur Legitimation als Mitträger des von den Alliierten präjudizierten unabhängigen Österreichs auf bürgerlich-demokratischer Ausgangsbasis zu setzen.

Innerhalb der organisatorischen Dominanz der KPÖ im Exil hebt Maimann als gesellschaftlich wirksamstes Element im Gegensatz zur politisch-elitären Distanz der österreichischen Sozialisten ihr massives Engagement für die sozialen und kulturellen Belange der meist jüdischen Massenemigration positiv hervor, das u.a. im Rahmen der Freien Österreichischen Jugend große Aktivität erreichte. Diese erfolgreiche Politik hat zwar die Heranziehung geübter, selbstbewußter Kader in der Exilpartei gefördert, andererseits freilich Erwartungen für die künftige Rolle der KPÖ geweckt, die von der Realität des nachfaschistischen Österreichs nicht eingelöst werden konnten.

Neben der klar gegliederten und dicht dokumentierten Darstellung der österreichischen Exilorganisationen und ihrer politischen Entwicklung zwischen 1938 und 1945 geht Maimann auf Umfang und Verlauf der Immigration in Großbritannien, auf die britische Flüchtlingspolitik und die Haltung gegenüber den österreichischen Exilaktivitäten ein. Die Analyse der verschiedenen Nachkriegsprogramme und ein Dokumentenanhang beschließen den Textteil. Die nach Organisationen gegliederte Bibliographie der österreichischen Exilpublizistik in Großbritannien im Rahmen des Quellen- und Literaturverzeichnisses und ein Personenregister erhöhen die Brauchbarkeit dieser Arbeit als – zumindest vorläufiges – Handbuch zur österreichischen Emigration.

Die wissenschaftliche Leistung Helene Maimanns ist um so respektabler, als ihr neben vereinzelten ungedruckten Unterlagen, den Akten des Foreign Office und persönlichen Auskünften in erster Linie die verstreuten Veröffentlichungen des Exils als Quellen dienen mußten. Insofern bleibt leider auch hier das Erkenntnisinteresse an den *inneren* Prozessen der kommunistischen Frontenpolitik in den Phasen des „imperialistischen Krieges" bis September 1941, des alliierten Befreiungskampfes und der Theoretisierung des österreichischen Nationalbewußtseins notwendig uneingelöst.

Werner Röder

BERICHTIGUNGEN, ERGÄNZUNGEN UND BRIEFE AN DIE REDAKTION

Im Januar dieses Jahrs hat sich in Marburg eine „Studiengesellschaft für Sozialgeschichte und Arbeiterbewegung, Marburg" konstituiert. [1] Dem Vorstand gehören an: Frank Deppe, Jürgen Harrer und Dieter Kramer. Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirats, der evtl. noch erweitert werden soll, sind bisher: Wolfgang Abendroth, Friedrich-Martin Balzer, Georg Fülberth, Gerd Hardach, Reinhard Kühnl und Heinz Maus. Da wir annehmen, daß Informationen über die Ziele der „Studiengesellschaft" für die Leser der IWK von Interesse sind, werden im folgenden ihre „Grundsätze" publiziert.

Die Redaktion

Studiengesellschaft für Sozialgeschichte und Arbeiterbewegung Marburg. Grundsätze

1. Das Interesse an der wissenschaftlichen Diskussion und Forschung über die Sozialgeschichte sowie über Politik und Theorie der Arbeiterbewegung hat in den letzten Jahren in der BRD zugenommen. Dies hat insbesondere seinen Niederschlag in einer Vielzahl von Veröffentlichungen gefunden, die sich mit Problemen der Arbeiterbewegung und ihrer Geschichtsschreibung befassen.
Ziel der Studiengesellschaft für Sozialgeschichte und Arbeiterbewegung Marburg ist die kritische Erforschung, Beurteilung und Darstellung des realen Verlaufs der Geschichte und der sozialen Bewegung, der Theorie und Praxis der politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiterbewegung. Dazu will sie in fruchtbare Kooperation mit anderen wissenschaftlichen Meinungen, Positionen und Institutionen einen Beitrag zur Weiterentwicklung und Verbreiterung der Diskussion leisten. Dabei geht die Marburger Studiengesellschaft ihrem eigenen Anspruch nach von einer Breite wissenschaftlich-theoretischer Meinungen aus, die unterschiedliche und kontroverse Auffassungen von fortschrittlichen bürgerlich-demokratischen und marxistischen Positionen umfaßt.
2. Die Aufgaben der Gesellschaft konzentrieren sich insbesondere auf die Bereiche der wissenschaftlichen Kooperation und der publizistischen Tätigkeit.
2.1 Wissenschaftliche Kooperation.
Um die wissenschaftliche Zusammenarbeit zu entwickeln, strebt die Studiengesellschaft eine Kooperation mit Institutionen und Personen in der BRD und im internationalen Rahmen an, die sich mit der Erforschung und Diskussion der Geschichte und Theorie der sozialen und Arbeiterbewegung befassen. Dazu gehört die Teilnahme an Kongressen und Tagungen, insbesondere die regelmäßige aktive Teilnahme und Mitarbeit an der Linzer „Internationalen Tagung der Historiker der Arbeiterbewegung".
Ein erster Schritt zur besseren Kooperation mit Archiven, Bibliotheken und Forschungseinrichtungen auf nationaler und internationaler Ebene wird die Kontaktaufnahme mit Forschungseinrichtungen, Stiftungen, Instituten und universitären Einrichtungen der Bundesrepublik sein, deren Schwerpunkte der Aufgabenstellung der Studiengesellschaft naheliegen.
2.2 Publizistische Tätigkeit.
Die Studiengesellschaft ediert und verlegt eine Schriftenreihe, die insbesondere Forschungsergebnisse und Quelleneditionen aus dem Bereich Arbeiterbewegung und Sozialgeschichte aufnehmen soll. Vorrangiges Ziel der Schriftenreihe ist es, Promovierenden die Publikation qualifizierter Dissertationen zu ermöglichen und zu erleichtern und diese Arbeiten einer interessierten wissenschaftlichen Öffentlichkeit und darüber hinaus zugänglich zu machen. In erster Linie sollen Forschungsergebnisse und wissenschaftliche Arbeiten von Mitgliedern der Gesellschaft bzw. von ihnen begutachtete oder betreute Arbeiten aufgenommen werden.

1 Adresse: Universität Marburg, Fachbereich Gesellschaftswissenschaften, Am Krummbogen 28, Block G, 355 Marburg.

Die Marburger Studiengesellschaft strebt außerdem nach erfolgreicher Einrichtung der Schriftenreihe die Herausgabe eines Jahrbuches zur Geschichte der sozialen Bewegung an. Die Zusammenarbeit mit thematisch verwandten Zeitschriften und Publikationsreihen soll gefördert werden.

2.3 Eigene Veranstaltungen.

Die Studiengesellschaft setzt sich zum Ziel, neben der Teilnahme an nationalen und internationalen Diskussionsforen selbst Veranstaltungen zum Themenbereich Sozialgeschichte und Arbeiterbewegung durchzuführen. Sie will damit einen initiierenden Beitrag zur Intensivierung und Verbreiterung der Diskussion über Probleme der Sozialgeschichte und Arbeiterbewegung und deren Bedeutung in der Öffentlichkeit leisten.

Marburg, 20. Januar 1976

BERICHTIGUNGEN

Die in der Rezension der Arbeit von Lawrence Schofer, The Formation of a Modern Labor Force: Upper Silesia, 1865-1914, in: IWK, H. 1/76, S. 117 ff., angegebenen Seitenzahlen beziehen sich auf das Manuskript, nicht auf die Druckfassung.

Im Beitrag von Frank Dingel, Rätekommunismus und Anarchismus . . . , in: IWK, H. 2/76, bitten wir folgende Korrekturen vorzunehmen: S. 77, Z. 20 v.o. statt: ist nicht dogmatisch lies: ist nicht nur dogmatisch; Z. 25 v.o. statt: denen man in manchen Punkten sicher zustimmen kann lies: denen man in manchen Punkten sicher nicht zustimmen kann.

HISTORISCHE KOMMISSION ZU BERLIN

Beihefte zur Internationalen wissenschaftlichen Korrespondenz
zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (IWK)
Herausgegeben von Henryk Skrzypczak

BEIHEFT 1

Hedwig Wachenheim

VOM GROSSBÜRGERTUM ZUR SOZIALDEMOKRATIE
Memoiren einer Reformistin

Für den Druck bearbeitet von Susanne Miller
XI, 155 Seiten Snolinbroschur DM 19,–

BEIHEFT 2

DIE FRÜHSOZIALISTISCHEN BÜNDE IN DER GESCHICHTE DER DEUTSCHEN ARBEITERBEWEGUNG
Vom „Bund der Gerechten" zum „Bund der Kommunisten" 1836-1847. Ein Tagungsbericht

Bearbeitet und herausgegeben von Otto Büsch und Hans Herzfeld in Verbindung mit Stefi Jersch-Wenzel, Monika und Wolfgang Wölk

Mit Beiträgen von Frolinde Balser, Jürgen Bergmann, Otto Büsch, Jacques Droz, Walter Grab, Jacques Grandjonc, Georges Haupt, Karin Hausen, Hans Herzfeld, Horst Lademacher, Peter Lösche, Shlomo Na'aman, Rudolf Neck, Hans Pelger, Gerhard A. Ritter, Reinhard Rürup, Francis Sartorius, Ernst Schraepler, Jean Stengers, Klaus Tenfelde

XVI, 208 Seiten Snolinbroschur DM 48,–

Die in vorliegendem Tagungsbericht zusammengefaßten Referate, Beiträge und Kommentare wurden im Juni 1973 von den Teilnehmern eines international zusammengesetzten zweitägigen Symposions in Berlin vorgetragen und diskutiert.

BEIHEFT 3

Dirk H. Müller

IDEALISMUS UND REVOLUTION
Zur Opposition der Jungen gegen den Sozialdemokratischen Parteivorstand 1890-1894

VIII, 186 Seiten Snolinbroschur DM 44,–

BEIHEFT 4

Shlomo Na'aman

VON DER ARBEITERBEWEGUNG ZUR ARBEITERPARTEI
Der fünfte Vereinstag der deutschen Arbeitervereine zu Nürnberg im Jahre 1868. Eine Dokumentation

XII, 184 Seiten Snolinbroschur DM 39,–

COLLOQUIUM VERLAG BERLIN

Suchen Sie vergriffene Bücher?

Wenn es um Politik, Wirtschaft, Arbeiterbewegung und Sozialismus geht, findet man bei uns das grösste antiquarische Angebot der Schweiz!

Viermal jährlich erscheinen zu diesen Themen unsere Antiquariats-Kataloge. Auf Wunsch stellen wir Ihnen diese Kataloge gratis zu. Bestellen Sie unseren neuesten Politik-Katalog Nr. 183.

Mehrmals jährlich erscheint auch unsere "Bibliographische Information". Sie informiert über die Neuerscheinungen der folgenden Gebiete: Arbeiterbewegung, Marxismus-Sozialismus, Revolutionäre und Befreiungsbewegung, Dritte Welt.

Die "Bibliographische Information" erscheint in einer Auflage von ca. 6000 Exemplaren und enthält Neuerscheinungen der obgenannten Gebiete in Deutsch, Englisch, Französisch, Italienisch, Spanisch und Portugiesisch.

Bei Interesse bestellen Sie die "Bibliographische Information", die wir Ihnen gerne gratis zustellen werden, bei folgender Adresse:

P I N K U S - G E N O S S E N S C H A F T

Froschaugasse 7, Telefon 01/ 32 26 47, 8001 ZüRICH

****
****